



Neueste wöchentliche Berichte ... Interviews ... Kommentare ... Meinungen .... Textbeiträge ... Dokumente ...

Ausgabe 179 / 8,50 €

**Sonderausgabe 22**

Samstag, 22. Juli 2023

## Politik / Report

### Krieg im Osten - globale Konsequenzen ...

(SB) - Die Fronten verhärten sich, nicht nur unmittelbar auf dem Kriegsschauplatz in der Ukraine. Auch in der gesellschaftlichen Reflektion des aktuellen Kampfgeschehens, seiner geschichtlichen Herkünfte und der beteiligten Interessen wird zunehmend polarisiert ... (Seite 37)

## Geisteswissenschaften

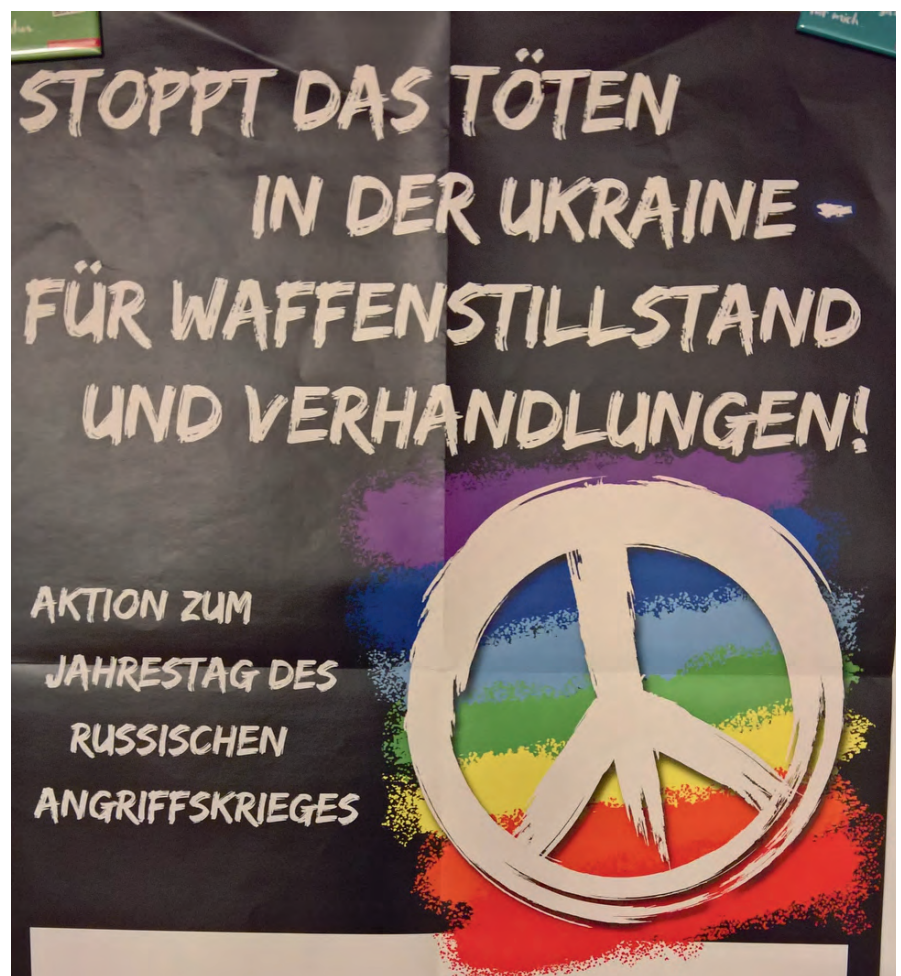


März 1848, Barrikaden in Mailand  
Aquarell von Felice Donghi  
(1828-1887), Public domain

### Die Revolution von 1848/49 in Italien endete mit einem Dreiviertelsieg der Bourgeoisie

(Gerhard Feldbauer) - Dieses Jahr begehen wir die 175. Jahrestage der Revolutionen von 1848 in Europa, unter denen die in Italien eine der erfolgreichsten war. Sie ging nach der zeitweiligen Niederlage im Juni 1849 weiter und endete 1870, wenn auch mit der Monarchie ... (Seite 90)

## Ukrainekonflikt - Verhandlungsnöte ...



Nicht für den Sieg,  
sondern gegen den Krieg  
Foto: © 2023 by Schattenblick

(SB) - Die als ideologisches Sturmgeschütz in Stellung gebrachte Forderung, sich im aktuellen Konflikt entweder für die Ukraine oder für Russland zu entscheiden, bezieht nicht Position gegen den Krieg, sondern setzt auf Sieg. Geht es aber da-

rum, um jeden Preis zu gewinnen und den Feind endgültig niederzustrecken, werden unzählige weitere Opfer und die fortgesetzte Verwüstung des Landes nicht nur in Kauf genommen, sondern als unverzichtbarer Brennstoff in das Zerstörungswerk eingespeist. Für das schnellstmögliche Ende des Waffengangs und eine Lösung auf dem Verhandlungsweg einzutreten ... (Seite 5)



Foto: © by Schattenblick

## Kalt und heiß

Schwarz und weiß, dunkel und hell, dick und dünn, groß und klein, Yin und Yang.

Seitenlang, so wissen wir, können diese Entsprechungen von sich gleichermaßen bedingenden und ausschließenden Polen aufgezählt werden, ohne an ein wirkliches Ende zu geraten. Ihre Gegenseitigkeit erweist sich geradezu als Matrix des menschlichen Denkens.

Nur so scheint es beispielsweise möglich zu sein, die Frage danach zu stellen, ob die Henne zuerst da war oder das Ei. Philosophen und Gelehrte reden sich noch heute die Köpfe heiß darüber, ohne ein Ende zu finden. Pragmatiker suchen die Lösung in der Störung der vermeintlichen Harmonie der Gegenseitigkeiten: das Ei des Kolumbus, das nur zerschlagen werden musste, um es auf eine Tischplatte zu stellen; die Kette, die an ihrem schwächsten Punkt zerbricht, oder der Apfel, der halbiert endlich sein Kerngehäuse freigibt, wären jedoch nur Beispiele aus einem unzulässigen Vergleich jener Sachverhalte. Auch das Atom, das mit der Kernspaltung zu einer der schrecklichsten Vernichtungswaffen, die der Mensch jemals

entwickelte, geführt hat, war der Geburtsort quantenmechanischer Einsichten und Erkenntnisse.

Die Schritte vom Steinwurf bis zum Faustkeil und von dort aus zur gestielten Waffe oder zum hebelverstärkten Werkzeug bis hin zu unserer derzeitigen zivilisationsschaffenden Technologie scheinen uns heute die verstandeslogische Leistung der menschlichen Gesellschaft bis zum gültigen Stand unserer augenblicklichen Evolution zu sein.

Mitnichten, denn ist nicht der Menschenaffe gleichwohl den höhlenbehauenden, keilschwingenden und wipfelkletternden Instinkten zutiefst verhaftet und ausgeliefert geblieben, wenn er sich als Sternengucker übt oder mit horizontweiten Träumen seiner hüpfenden und unbeholfenen Körperlichkeit zu begegnen sucht? Alle seine unzweifelhaften Kulturleistungen und Mühen, zu denen er sich aufzuraffen imstande fand, zumindest weisen darauf hin, dass er sich diesem Patt nicht wirklich zu entziehen vermochte.

*Ihre Schattenblick-Redaktion*

***SB-Wochendruckausgabe Nr. 179 zum 22. Juli 2023***

---

2 EDITORIAL: Kalt und heiß (SB)  
4 APHORISMUS: Feind und Freund (SB)  
99 KLEINE GESCHICHTEN: Graviton (SB)

**POLITIK - REPORT**

5 BERICHT: Ukrainekonflikt - Verhandlungsnöte ... (SB)  
13 INTERVIEW: Das alte Lied - Wirtschafts- und Eroberungsinteressen ...  
Werner Rügemer im Gespräch (SB)  
21 BERICHT: Weltkriegsgefahr - Die Schlachtrufe der Systeme ... (SB)  
37 INTERVIEW: Krieg im Osten - globale Konsequenzen ...  
Jürgen Wagner im Gespräch (SB)

**POLITIK - MEINUNGEN**

45 STANDPUNKT: Beamtenland ist abgebrannt (Pressenza)

**POLITIK - AUSLAND**

48 LATEINAMERIKA: Brasilien - Das Vermächtnis von Marielle Franco lebt weiter (poonal)  
51 LATEINAMERIKA: Kolumbien - Waffenstillstand mit ELN vereinbart (poonal)

**POLITIK - SOZIALES**

52 FRAGEN: Argentinien - Esther Pineda G. -  
"Meine Bücher schaffen ein Panorama des Rassismus in ganz Amerika" (poonal)  
55 FRAUEN: Südkoreanische Frauen wehren sich leise gegen das männliche Patriarchat (Pressenza)

**RECHT - MEINUNGEN**

57 STANDPUNKT: Wenn der Staat tötet (Pressenza)

**MEDIZIN - REPORT**

62 BERICHT: Am Lebensrand - der assistierte Suizid ... Sterbehilfe bleibt erlaubt -  
Bundestag scheidet am eigenen Regelungswahn (SB)  
64 INTERVIEW: Am Lebensrand - der assistierte Suizid ... Prof. Dr. Lars Castellucci im Gespräch (SB)

**UMWELT - INTERNATIONALES**

68 LATEINAMERIKA: Grüner Extraktivismus, das Geschäft mit Lithium, Kupfer, Wasserstoff (poonal)  
70 LATEINAMERIKA: Brasilien - Tiktok, Goldrausch, Genozid (poonal)

**KINDERBLICK - SPIELE**

74 WÜRFEL: Langsamer Peter (SB)

**KINDERBLICK - NATURKUNDE**

75 PFLANZEN: Selbstverteidigung der Pflanzen - Der Sandbüchsenbaum, Gift und Medizin ... (SB)  
77 TIERE: Die Seekuh - das Aussterben eines urzeitlichen Wesens ... (SB)

**KINDERBLICK - GESCHICHTEN**

80 TIERGESCHICHTEN: Der gute Bruder ... (SB)

---

# I N H A L T

---

## GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE

- 82 MEMORIAL: Von der eigenen Klasse umgebracht -  
vor 45 Jahren wurde Aldo Moro ermordet - Teil 1 (Gerhard Feldbauer)  
90 MEMORIAL: Die Revolution von 1848/49 in Italien endete mit einem Dreiviertelsieg  
der Bourgeoisie - Teil 1 (Gerhard Feldbauer)

## FEUILLETON

- 99 Kleine Geschichten: Graviton (SB)  
100 Mexiko - Bolero soll UNESCO-Weltkulturerbe werden (poonal)  
102 Film: Einmal wirklich leben - Was ist wahrhaftig? (Pressenza)  
105 Rezension: Vijay Prashad - Washington Bullets (CIA-Putsche) (SB)  
110 Rezension: Utsa und Prabhat Patnaik - Eine Theorie des Imperialismus (SB)  
115 Rezension: Thomas Metscher - Sein und Bewusstsein (SB)  
118 Rezension: Gerhard Feldbauer - Giorgia Meloni und der italienische Faschismus (SB)

## UNTERHALTUNG - COMIC

- 121 COMIC STRIP: Magus Rolf - Da staunt der Golem und Magus Rolf wundert sich ... (SB)

## SPORT - MEINUNGEN

- 122 KOMMENTAR: Olympia zum Trotze - Gesinnungssport setzt sich durch ... (SB)

## SCHACH UND SPIELE - SCHACH

- 125 Rezension: Stefan Gottuk - Instruktive Schachendspiele aus der Praxis (SB)  
128 Schach-Sphinx: Fest im Adlergriff (SB)  
128 Schach-Sphinx: Gedanken stolpern (SB)

## DIENSTE - WETTER

- 127 AUSSICHTEN: Und morgen ... (SB)

## UNTERHALTUNG - COMIC

- 129 COMIC STRIP: Das Büfett ... (SB)

## IMPRESSUM

- 130 Schattenblick und Kooperationspartner - poonal und Pressenza

### A P H O R I S M U S

### **Feind und Freund**

Nur Feinde schließen Frieden,  
Freunde setzen sich zur Wehr.

*Von Helmut Barthel aus Dichterstube - Kehricht Band 2, S. 108  
Copyright by MA-Verlag, [www.maverlag.de](http://www.maverlag.de)*

## Ukrainekonflikt - Verhandlungsnöte ...

***"Nationen haben keine Freunde,  
Nationen haben Interessen."***

*Charles de Gaulle [1]*

(SB) 30. Mai 2023 - Die als ideologisches Sturmgeschütz in Stellung gebrachte Forderung, sich im aktuellen Konflikt entweder für die Ukraine oder für Russland zu entscheiden, bezieht nicht Position gegen den Krieg, sondern setzt auf Sieg. Geht es aber darum, um jeden Preis zu gewinnen und den Feind endgültig niederzustrecken, werden unzählige weitere Opfer und die fortgesetzte Verwüstung des Landes nicht nur in Kauf genommen, sondern als unverzichtbarer Brennstoff in das Zerstörungswerk eingespeist. Für das schnellstmögliche Ende des Waffengangs und eine Lösung auf dem Verhandlungsweg einzutreten, erfordert demgegenüber ein Engagement, das die Gefahr nicht scheut, mit mehr oder minder weitreichenden Konsequenzen des Verrats bezichtigt zu werden. Wenngleich das zumindest hierzulande nicht dazu führt, ins Gefängnis geworfen oder umgebracht zu werden, drohen doch in bestimmten Berufsfeldern gravierende Sanktionen, ansonsten oftmals Ausgrenzung und Diskreditierung. Wer entschieden vertritt, dass dieser Krieg zwischen imperialistischen Staaten und deren nationalen Eliten ausgetragen wird, worunter die Bevölkerungen aller beteiligten Länder als Kanonenfutter und zivile Opfer zu leiden haben, sitzt rasch zwischen allen Stühlen. Eine Bewegung gegen den Krieg,



*Werner Rügemer*

*Foto: © 2023 by Schattenblick*

die sich um eine tiefgreifendere und differenziertere Analyse und Argumentation als die kritiklose Unterstützung einer der beiden Kriegsparteien bemüht, sieht sich zwangsläufig mit anwachsenden Widerständen konfrontiert, die sie zu marginalisieren trachten. Den Raubzug nach innen und außen als Wesenskern friedlicher Wirtschaftsbeziehungen wie belizistischer Übergriffe zu thematisieren wird in Zeiten offenen Krieges mehr denn je delegitimiert.

Angesichts eines Szenarios verheerender ökonomischer, ökologischer und sozialer Krisen drängt sich der Eindruck auf, dass die menscheitsgeschichtliche Entwicklung gegen die Wand zu fahren droht und eine Bewältigung der sich auftürmenden Katastro-

phen im Rahmen der herrschenden Verhältnisse unmöglich herbeigeführt werden kann. Die auf Eigentumsordnung, Wachstum und Konkurrenz gestützte profitgetriebene Verwertung ist an ihre Grenzen gestoßen und häuft gigantische Schuldtitel jenseits konkreter Produktionssphären auf, während die Ausplünderung natürlicher Ressourcen und die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft unvermindert eskaliert. Wenngleich eine weltweite Zusammenarbeit bei der Eindämmung dieses vielgestaltigen Verhängnisses erodierender Lebensverhältnisse und bedrohter Existenzmöglichkeiten unverzichtbar anmutet, ist das Gegenteil der Fall.

Um die Blockade der um ihr Wohlergehen, wenn nicht gar Überleben kämpfenden Menschen zu brechen und einen neuen Zyklus der Kapitalverwertung

in Schwung zu bringen, setzen die Herrschaft sichernden und fortschreibenden Kräfte auf innere und äußere Repression, wobei administrative Gewalt und offene Kriegsführung nahezu nahtlos ineinander übergehen. Die Strategie der Disruption, andere Regionen oder Länder unter immensen Opfern zu zertrümmern, beschwört eine Innovationsoffensive, als gelte es, den Phoenix aus der Asche wieder auferstehen zu lassen. Der Zugriff auf schwindende Sourcen des Überlebens und die Wahrung eines Vorsprungs zu Lasten unterworfenen und ausgebeuteter Sphären bedient sich des Urreflexes erhoffter Übervorteilung durch die Auslöschung des andern und die Zerstörung all dessen, was er aufgebaut hat. Den Erzfeind in die Knie zu zwingen wird zum Königsweg der Befreiung von allem Übel erklärt und als solcher bereitwillig akzeptiert. Dass die absurde Hoffnung auf den Sieg in der kommenden Schlacht zumindest befristet überschäumende Euphorie wachzurufen vermag, zeigt die Kriegsbegeisterung in beträchtlichen Teilen der deutschen Bevölkerung, die sich eine zuvor für undenkbar gehaltene Opferbereitschaft verordnen lässt.

In der Staatenkonkurrenz werden Nationalismen beschworen und geopolitische wie kulturelle Ansprüche daraus abgeleitet. Unter der Maßgabe, dass es uns um jeden Preis besser gehen soll als den andern, auf deren Schultern wir selbstverständlich reiten, werden innergesellschaftliche Widersprüche brachial negiert und geplant. Die Kriegstrommeln versammeln das nationale Reservoir vereinheitlichter Kraftanstrengungen unter dem Banner des

ideologischen Entwurfs kultureller Überlegenheit und innovativen Fortschritts, wie sie hierzulande im Namen einer wertebasierten Außenpolitik und des grünen Kapitalismus eingefordert und vorangetrieben werden. So erweisen sich westliche Werte und humanitäre Aufwallungen noch immer als selektiv eingesetzter Brandbeschleuniger expansiver und interventionistischer Raubgelüste.

### **"Zeitenwende - plötzlich und unerwartet?"**

Die Bewegung gegen den Krieg Dithmarschen ist ein regionaler Zusammenschluss von Organisationen und Einzelpersonen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gegen Krieg als Mittel der Politik. Sie versteht sich als Teil der örtlichen Friedensbewegung und wendet sich seit 1991 gegen den wachsenden Einfluss des Militärs in der Gesellschaft. Ihr zentrales Anliegen ist der Kampf gegen die eskalierende Kriegsgefahr durch massive Aufrüstung und die weltweite Ausweitung der Bundeswehreinsätze. Die Untauglichkeit von Waffengewalt zur Lösung politischer Konflikte kann ihres Erachtens leicht erkannt werden, wenn man den Blick auf den Irak, nach Afghanistan oder nach Mali richtet. Auch in der Ukraine werde es keinen Frieden ohne Zugeständnisse beider Seiten geben, wie sie insbesondere angesichts der wachsenden Gefahr eines Atomkriegs unverzichtbar seien.

Zum Thema "Zeitenwende - plötzlich und unerwartet?" führte die Bewegung gegen den Krieg Dithmarschen am 14. und 22.

März 2023 in Heide/Holstein zwei Veranstaltungen zu Weltpolitik und Krieg durch. Diese wurden in Kooperation mit attac Dithmarschen und der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen (DFG-VK) Gruppe Westküste mit großzügiger Unterstützung durch die Informationsstelle Militarisierung Tübingen (IMI) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung SH Kiel organisiert. Referent der ersten Veranstaltung unter dem Thema "Der neue Systemkonflikt: Der US-geführte Kapitalismus gegen den 'Rest' der Welt" war Dr. Werner Rügemer aus Köln, der als Publizist, Buchautor, Vortragender, Berater und Stadtführer arbeitet.

Wie sich bereits in seiner thematischen Schwerpunktsetzung abzeichnete, konzentrierte sich Rügemer auf den US-geführten Kapitalismus, den er in scharfer Opposition auch zu anderen Verlaufsformen kapitalistischer Entwicklung in der "restlichen" Welt und somit auch der seiner Ansicht nach subordinierten Verbündeten setzte. So kontrastierte der Referent einerseits das Sinken von Wohlstand und Lebenserwartung in den schrumpfenden Volkswirtschaften der USA und EU mit dem rasanten Aufstieg der Volksrepublik China zur größten Volkswirtschaft und Handelsnation, die Kooperationen auf allen Kontinenten eingehe. Der Systemkonflikt spiele sich andererseits aber auch innerhalb der Staaten des US-geführten Kapitalismus ab. Da die Herrschaft von "America First" weltweit bröckle, nehme ihre Aggressivität zu, wobei die USA mit der NATO über einen unvergleichlichen militärischen Vorsprung verfügen. Es stelle sich mithin die Frage, wie

mit Völkerrecht und Menschenrechten, gerade bei Arbeits- und Sozialrechten, eine friedliche, gerechte Entwicklung gesichert werden könne.

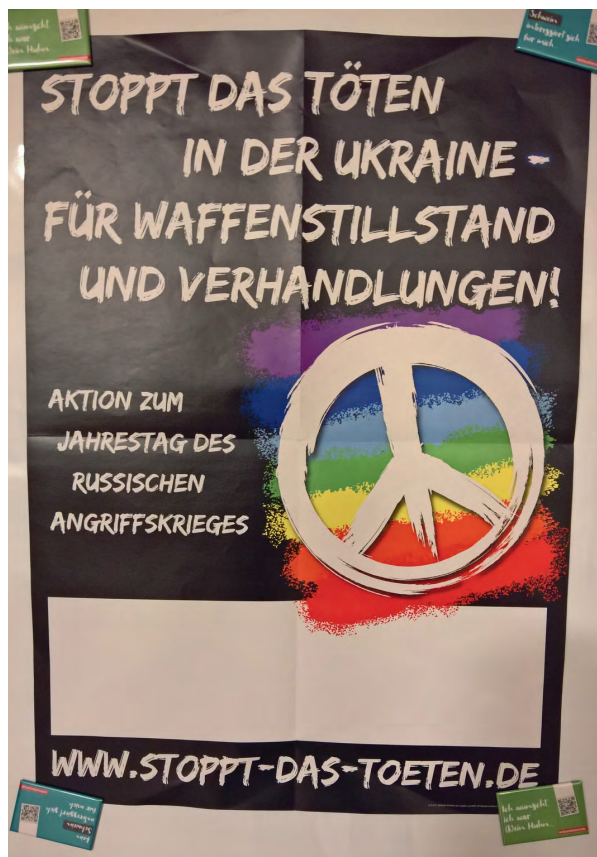
### Washingtons Griff nach Kontrolle der Welt

Wie Rügemer in seinem Vortrag unterstrich, verschärfe sich der Systemkonflikt zwischen dem US-geführten Kapitalismus und dem Rest der Welt, da der Abbau von Rechten und die Militarisierung von den USA extrem vorangetrieben würden. Die Vorgeschichte des Ukrainekriegs reiche sehr viel weiter zurück als die gegenwärtigen Kampfhandlungen und präge auch die Entwicklung in anderen Ländern wie Deutschland oder Frankreich. Der weltgrößte Kapitalorganisator BlackRock ist bei den führenden US-Rüstungskonzernen präsent, verkehrt in Paris und Berlin auf höchster Ebene, kontrolliert die deutsche Waffenschmiede Rheinmetall und berät Kiew beim Wiederaufbau, der um so lukrativer ausfällt, je mehr zuvor zerstört worden ist. Die EU habe seit ihren Anfängen als eine Kapitalbürokratie unter US-amerikanischem Einfluss gestanden, mit systemischem Niedriglohn, den Hartz-Gesetzen, Migrationsarbeitskräften und der Benachteiligung von Frauen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, so der Referent, bekämpften die siegreichen USA die "kommunistische Gefahr", worunter sie auch Befreiungsbewegungen, Pa-

zifisten und selbst Nationalkonservative wie de Gaulle subsumierten. Ihn identifizierte die Roosevelt-Regierung 1943 als ein

men "weiche" Instrumente der Einflussnahme wie Hollywood-Filme, Stipendien, NGOs und milde Gaben.



*Nicht für den Sieg, sondern gegen den Krieg*

*Foto: © 2023 by Schattenblick*

Hindernis, das es aus dem Weg zu räumen gelte. Seine Vorstellungen von einem souveränen Staat waren mit jenen der USA nicht vereinbar, und so erkannte Washington die provisorische Regierung Frankreichs zunächst nicht an, erst nach der Ära de Gaulles flossen die Marshall-Plan-Gelder. Die Vereinigten Staaten haben nach Angaben des US-Kongresses bis dato 182 Kriege geführt, worunter verschiedenste Optionen wie etwa der Putsch 1953 im Iran oder der Vietnamkrieg fallen, in dem nicht nur Soldaten, sondern auch massenhaft Zivilisten bekämpft wurden. Hinzu kom-

Mit Gründung der NATO und dem Marshall-Plan wurde ein militärisch-ziviler Zangengriff in Stellung gebracht, zumal nur Regierungen Gelder erhielten, an denen keine Linken beteiligt waren. Im Extremfall Griechenlands wurde 1948 der Sieg der Opposition mit militärischer Unterstützung einheimischer Kollaborateure zunichte gemacht. George Marshall war Army Chief of Staff, dann Handelsminister und schließlich Verteidigungsminister bei der NATO-Gründung. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde die NATO nicht aufgelöst, sondern im Gegenteil erweitert, obwohl das erklärte Feindbild Kommunismus verschwunden war. Russland und China blieben die Hauptfeinde, wobei Moskau unter dem von US-Beratern umgebenen Jelzin zunächst wohlge-

litten war, was sich dann unter Putin radikal änderte, der die Ausplünderung beendete. Es gehe also nicht um die Durchsetzung des Kapitalismus an sich, sondern dessen US-amerikanische Art, so Rügemer. Brzezinski verkündete 1998, dass "die einzige Weltmacht" nur als solche überleben könne, sofern sie ganz Eurasien von Lissabon bis Wladivostok als Territorium und Ressource kontrolliere, wofür die Ukraine der Schlüsselstaat sei. Dort sind die USA bereits seit 1991 zivil und seit 1998 auch als militärische Berater präsent.

Seit Obamas Präsidentschaft ist China zum Hauptfeind aufgerückt. In der Praxis des US-geführten Kapitalismus könne man schnell vom Freund zum Feind werden. Im Falle Chinas nahmen Nixon und Kissinger Beziehungen zur Volksrepublik auf, während der bisherige Freund Taiwan fallengelassen wurde und die Vereinten Nationen verlassen musste. Im Gegenzug konnten sich zahlreiche US-Konzerne in der Volksrepublik niederlassen. China sei der bevorzugte Freund geblieben, bis es den US-geführten Kapitalismus transformiert, die Arbeitsbedingungen verbessert und als einziges Land in den letzten 15 Jahren steigende Löhne ermöglicht habe. Millionen Menschen wurden aus der Armut geholt, eine ansehnliche Mittelschicht bildete sich heraus, während diese in den USA, in der Folge auch in Deutschland und der EU, geschliffen wurde. China, das wegen seines Aufstiegs zum wirtschaftlich stärksten Staat der Welt zum Feind erklärt worden sei, habe seinen Erfolg mit der Neuen Seidenstraße auf alle Kontinente exportiert und sei Kooperationsformen in Südamerika, Afrika und Asien eingegangen. Die maritim wie auch zu Lande ausgebaute Neue Seidenstraße bindet die durch die EU verarmten osteuropäischen Länder ein. Dort kommen seit 15 Jahren die unter Juncker und Merkel angestoßenen Infrastrukturprojekte nicht voran, weil sich die erhofften Gewinne für Privatinvestoren nicht realisieren lassen. Zudem müssen westliche Unternehmen in China beispielsweise mit Joint-Ventures und einer gewissen Prozentzahl einheimischer Manager Zugeständnisse machen. Darum wurde China

zum langfristigen Hauptfeind aufgebaut, während Washington die Verbündeten im pazifischen Raum wie Taiwan, Australien oder Guam zusammentrommelt und aufrüstet.

Der Krieg in der Ukraine hat dazu geführt, dass sich der Systemkonflikt vor allem global beschleunigt. Indien wurde zum Zwischenhändler von russischem Öl und Gas, was wiederum Russland stärkte, viele andere Länder distanzieren sich von den westlichen Mächten. Scholz und Habeck reisten nach Brasilien und Indien und versuchten, diese Länder wieder einzufangen. Der Konflikt finde nicht nur in der Ukraine, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen statt, von der Verschlechterung des Gesundheits- und Bildungssystems bis hin zum Fachkräftemangel. Um Wohlstand und Demokratie zu erhalten gelte es für die Friedensbewegung, den Kapitalismus zu thematisieren und sich der geschilderten Entwicklung entgegenzustellen, schloss der Referent seinen Vortrag.

In der anschließenden Diskussion ging Rügemer auf Fragen und Beiträge ein. Die kapitalistischen Staaten zeichneten sich durch gravierende Klassenunterschiede aus, die Arbeiterklasse in den USA sei heute so arm wie seit 1945 nicht mehr. Viele Menschen stehen in Arbeit und bleiben doch arm (working poor), wozu längst jene kommen, die erkrankt sind und dennoch arbeiten müssen (working sick). Die herrschende Klasse weiß um ihren schwindenden Rückhalt, ähnlich verhält es sich auch in Deutschland, wo die Unterstützung der Parteien wegbricht.

Die Vereinten Nationen waren eine Schöpfung der USA, doch bei deren Brüchen des Völkerrechts war die UNO entweder hilflos oder Komplize Washingtons. Unter Kofi Annan erhielten die Konzerne Mitspracherecht, Unternehmen und Stiftungen drangen in die WHO ein, der IWF ist eine menschenrechtsfeindliche Organisation, längst spricht man nicht mehr von Völkerrecht, sondern der regelbasierten Ordnung. Die USA haben von den über 200 Arbeitsrechten der UN-Charta lediglich die zehn belanglosesten ratifiziert. Heute ist China mit seiner multipolaren Globalisierung zum verzweifelten Anhänger der Vereinten Nationen geworden.

Ein Diskussionsbeitrag stellte das vom Referenten vertretene Unterwerfungsverhältnis Deutschlands gegenüber den USA in Frage, da die Bundesrepublik zwar im Bündnis von der Zusammenarbeit mit Washington profitiere, aber zugleich erhebliche Eigeninteressen verfolge. Vom Jugoslawienkrieg über essentielle Strategiepapiere bis hin zu Zeitenwende und massiver Aufrüstung legten deutsche Eliten damals wie heute einen eigenständigen Drang nach Osten an den Tag. Darauf erwiderte Rügemer, um die Interessen der deutschen Kapitalisten sei es nach 1945 schlecht bestellt gewesen. Zwar hielten die USA sie für nützlich und schützten sie vor Enteignung, stellten sie aber unter engmaschige Beobachtung. Flick und Krupp wurden vorzeitig aus der Haft entlassen, McCloy passte auf Adenauer auf. Diese tiefgreifende Verflechtung zahlte sich bis 1990 aus, da die BRD mitmachen, globalisieren und US-Verhältnisse übernehmen durfte.



Doch mit dem Ende des Realsozialismus wurde Amerikas bester Freund in Europa weiter herabgestuft. Bei den Privatisierungen in Abwicklung der DDR durch die Treuhand und der Entindustrialisierung des Ostens wirkten US-Berater maßgeblich mit. Im Übergriff auch auf Westdeutschland sorgte die Agenda 2010 in Teil 1 mit den vier Hartz-Gesetzen für systemische Niedriglöhnerie und Entrechtung, während Teil 2 die Entflechtung der Deutschland-AG und damit die konkrete Einladung von US-Konzernen vorsah. Als Müntefering die "Heuschrecken" anprangerte, war dies den übernommenen Grohe-Armaturen in seinem Wahlkreis geschuldet. 10.000 Mittelständler wie WMF oder KKR wurden aufgekauft und weiterverscherbelt, die zweite Welle folgte ab 2008 und machte BlackRock, Vanguard und andere aus der ersten Liga zu heute führenden Aktionären der großen DAX-Konzerne. Beispielsweise kontrolliert BlackRock den Rüstungskonzern Rheinmetall, der eine Panzerfabrik in der Ukraine bauen will, während die Gewinne in die USA fließen. Erhebliche Teile der BASF gehen in die USA, bei Bayer geben zwei Hedgefonds mit jeweils nur 1 Prozent der Aktien im Auftrag der institutionellen Anleger den Ton an.

Ähnliche Entwicklungen seien auch in Frankreich und den übrigen EU-Staaten zu verzeichnen, es gebe keine herrschende nationale kapitalistische Klasse mehr. Alle Regierungen würden von denselben globalen Ratingagenturen bewertet und Beratungsunternehmen beraten. Die USA legten vor, wobei die ausländischen Mittäter zum System gehörten,

der deutsche Mittelstand schweige dazu. Wie das Energiesicherheitsgesetz der USA zeige, entscheide der US-Kongress über die Energiesicherheit Europas. Die Europäer dürften mitverdienen, aber nicht mitherrschen im US-amerikanischen kapitalistischen System. Auch die USA würden systematisch deindustrialisiert und versuchten, in bestimmten Schlüsselsektoren wie Autos, Mikrochips und Batterien die Führung zu behalten. BlackRock & Co. hätten sich von den USA losgelöst und brauchten sie nur als militärischen Stützpunkt. Sie hätten im Ausland immer mehr aufgekauft und würden vom US-Militär dabei geschützt. Die USA wurden als sklavenhaltende Demokratie gegründet und haben seither immer neue Formen der Sklaverei entwickelt wie beispielsweise die Produktion des Smartphones Apple Pro 14 in Indien. Alles, was Widerstand leisten konnte, sei gebrochen worden. Die USA greifen nach Weltkontrolle. Gibt es eine Gegenmacht, um das friedliche Überleben durchzusetzen? Deutschland mit seinen 33 US-Militärbasen und den wichtigsten Firmen in US-Hand könne sich kaum davon befreien. Es müsse also darum gehen, diesen kleinen Kreis des Abends zu erweitern, beendete der Referent die Runde.

### **Ein kritischer Blick auf das Konzept des neuen Systemkonflikts**

Mit seiner Definition eines neuen Systemkonflikts zwischen dem US-Kapitalismus und dem Rest der Welt kommt Rügemer zu dem Schluss, es gebe in Europa keine herrschende nationale kapitalisti-



*Raubgefüge europäischen Geltungsdrangs*

Cover: PapyRossa Verlag

sche Klasse mehr. Die Europäer dürften mitverdienen, aber nicht mitherrschen im US-amerikanischen kapitalistischen System. Er lotet dessen Dominanz und globalen Führungsanspruch weitreichend aus, verabsolutiert ihn aber zu einer Übermacht, die letztendlich alle Strippen zieht. So bleiben Staatskritik wie auch eigenständige kapitalistische und folglich imperialistische Interessen anderer Nationalstaaten auf der Strecke, wenn er zwar von Mittätern spricht, ihnen aber im Konkurrenzkampf unter den westlichen Mächten keine Verfolgung identischer Absichten zuerkennt. Unschärf wenn nicht gar ungeklärt bleibt damit das unverzichtbare Zusammenwirken von Nationalstaat und Kapital, das auch durch überstaatliche Bündnisse, Abkommen und globalisierte Expansion wirtschaftlicher Akteure keineswegs völlig aufgehoben wird. Staaten stellen als "ideelle Gesamtkapitalisten" jegliche

Voraussetzungen für das Wirken des Kapitals einschließlich seines Expansionsdrangs bereit.

Mit Blick auf die USA geht Rügemer durchaus von einem Zusammenspiel politischer, ökonomischer und militärischer Fraktionen aus, wenngleich auch hier einige Unwuchten in der Argumentation aufschlagen. "America First" ist ein umfassender Herrschaftsentwurf, der von einem Konglomerat teils miteinander verschlungener, teils einander widerstreitender Ambitionen vorgetragen wird. BlackRock & Co. verwalten Billionen von Dollars, sind aber dennoch nicht die Herren der Welt, bedürfen sie doch des US-Militärs, um sich international durchzusetzen. Hätten sie sich tatsächlich von den USA gelöst, wäre kaum nachzuvollziehen, wieso sie auf deren Streitkräfte bauen können. Wenngleich Rügemer also von einer herrschenden Klasse nicht nur in den USA spricht, stellt er deren Herrschaft in den europäischen Ländern doch wiederum in Frage.

Solche Widersprüche dürften zwangsläufig auf der Strecke liegen, wenn der Klassenbegriff im Sinne einer Bewusstwerdung und Kampfansage unterworfenen und ausgebeuteter Menschen als entscheidender Frontverlauf zwar nicht entsorgt, aber in den zweiten Rang verwiesen wird. Rügemer hebt ja selbst hervor, dass er im Rahmen des neuen Systemkonflikts nicht den Kapitalismus als solchem, sondern den US-geführten Kapitalismus aufs Korn nehme und allem übrigen gegenüberstelle. Damit wird der grundsätzliche Frontverlauf verlegt und zwischen den USA und dem Rest

der Welt angesiedelt. Es geht also letztendlich nicht mehr um den Kampf der Verdammten dieser Erde, um mit Frantz Fanon zu sprechen, gegen jegliche Form der Zurichtung und Auspressung, sondern um eine Parteinahme im Staatenkonflikt.

Dieser Einwand, der auf den ersten Blick haarspalterisch anmuten mag, sollte doch bedenkenswert sein, wenn man den Entwurf eines neuen Systemkonflikts einmal vom Ende her denkt. Wird der US-Kapitalismus unter Relativierung des Kapitalismus in anderen Nationalstaaten als Hauptfeind der Menschheit identifiziert, lugt die opportunistische Ratio, dass der Feind meines Feindes mein Freund sei, um die nächste Ecke. Dann fehlte nicht viel, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland und China zu verklären oder die multipolare Welt ohne Rücksicht auf die daran beteiligten repressiven Regime herbeizusehnen. Auch läge die Kehrtwende nicht fern, den deutschen Militarismus im Dienste nationaler Stärke durch die Hintertür hereinzubitten, wenn wir nur die Amerikaner loswürden.

Die Parole, der Hauptfeind stehe im eigenen Land, klingt vielleicht recht abgedroschen, könnte einer Bewegung gegen den Krieg aber noch immer als Kompass dienen. Sie stellt keineswegs das überwältigende Arsenal der US-amerikanischen Streitkräfte und Wirtschaftsmacht in Abrede, gemahnt aber in einem internationalistischen Sinn daran, den antimilitaristischen Kampf an der heimischen Front zu führen, wie das zahlreiche Menschen auch in anderen Ländern tun.

## **Deutscher Militarismus auf eigenen Füßen**

In diesem Zusammenhang könnte es von Nutzen sein, den deutschen Militarismus der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart schlaglichtartig zu beleuchten. In seinem erneuten Streben nach Weltgeltung gründet er auf einer Wirtschaftshegemonie, die wiederum einer Unterfütterung mit Waffengewalt bedarf, deren Potential das letztgültige Argument in der Durchsetzung globalisierter Raubzüge bleibt. Wie die hiesige Exportwirtschaft die EU braucht, um in ihr und mit ihr zu wildern, bedarf die Bundeswehr der NATO, um im Schutz des Nordatlantischen Bündnisses nach eigenen Maßgaben in eine führende Position hineinzuwachsen. Sich gemeinsam mit Bündnispartnern, doch zugleich in Konkurrenz zu ihnen über andere herzumachen ist zwangsläufig ein Vorhaben, dessen äußere und innere Widersprüche für heftige Unwuchten sorgen. Schienen diese in der Vergangenheit eher randläufig und organisch auszusteuern zu sein, so eskalieren längst die Konflikte nicht nur mit den finalen Gegnern Russland und China, sondern auch innerhalb der EU und der NATO. Die alles verschlingende Existenz- und Wirtschaftsweise treibt Zerstörungsprozesse voran, deren exponentiell wachsende Geschwindigkeit die Fristen dramatisch schrumpfen lässt, innerhalberer sich der permanente Kriegszug in planbar anmutenden Etappen konzipieren ließ. Im Dienste deutscher Staatsräson geht es dabei nicht nur um konkret realisierten ökonomischen Zugewinn, sondern auch in einer Kette sukzessive ausgeweiteter Kriegsbe-

teiligungen um günstige Ausgangsbedingungen für den nächstfolgenden Waffengang. Denn wer dabei nicht mitzieht droht auf der Strecke zu bleiben.

Wie eine kurze Chronologie ausgewählter Etappen belegt, steht deutscher Militarismus keineswegs nur unter der Fuchtel Washingtons, sondern zugleich in Eigenregie Gewehr bei Fuß. Am 7. Oktober 2001 griff die US-Armee Afghanistan mit der fingierten Begründung an, die Taliban müssten gestürzt werden, weil sie Osama bin Laden Zuflucht gewährten. Deutschland zog in "uneingeschränkter Solidarität" mit, wobei die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer den USA die deutsche Kriegsbeteiligung regelrecht aufdrängten, was der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld später bestätigte. Am 11. Oktober kündigte Schröder vor dem Bundestag eine grundlegende Neuorientierung der deutschen Außenpolitik an, die sich einer internationalen Verantwortung stelle, die eine Beteiligung an militärischen Operationen ausdrücklich einschließe. Einen Monat später beschloss der Bundestag die Bereitstellung von 3900 Bundeswehrsoldaten für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Schröder verknüpfte die Abstimmung mit der Vertrauensfrage, obwohl ohnehin eine Mehrheit garantiert gewesen wäre. Auch Fischer drohte mit Rücktritt, falls sich die Grünen-Fraktion gegen den Afghanistan-einsatz wenden sollte. Diese Drohungen erwiesen sich als überflüssig. Ein SPD-Parteitag stimmte drei Tage später mit 90 Prozent der Kriegspolitik zu, und auf dem Bundesparteitag der Grünen stell-

ten sich mehr als zwei Drittel der Delegierten hinter den Kriegsbeschluss. Erst am 29. Juni 2021 verließen die letzten deutschen Soldaten fluchtartig Afghanistan. Damit endete ein fast 20-jähriger Einsatz der Bundeswehr, die das zweitgrößte Kontingent nach den USA gestellt hatte. Insgesamt waren über 150.000 deutsche Soldaten und Soldatinnen am Hindukusch präsent, viele wurden mehrfach eingesetzt. Allein die militärischen Kosten des Kriegseinsatzes beliefen sich auf 12 Milliarden Euro.

Mit dem Rückzug aus Afghanistan wurde allenfalls eine Front gewechselt, nicht jedoch vom ultimativen Argument massiver Waffengewalt Abstand genommen. Der deutsche Militarismus ist auch in Ostasien und im Südchinesischen Meer zunehmend mit von der Partie, insbesondere jedoch in Osteuropa gegen Russland aufgestellt. Seine Zielvorgaben wurden bereits in den wegweisenden Strategiepapieren "Neue Macht. Neue Verantwortung" (2013) und "Weißbuch" (2016) ausformuliert. Diese sahen vor, dass die US-Amerikaner sukzessive aus dem Nahen Osten abziehen, um sich voll und ganz der Einkesselung Chinas zu widmen, während die Bundeswehr nachrückt und den Druck auf Russland und dessen Verbündete erhöht. War das übermächtige Waffenarsenal der USA und deren Bereitschaft, unablässig Krieg in aller Welt zu führen, der Schutzschirm aufschließender deutscher Ambitionen, so sollte die Bundesrepublik Zug um Zug aus diesem Schatten heraustreten und den Sprung zur eigenständigen Militärmacht machen. Zugleich sollte der Aufbau einer europäischen Verteidigungsunion

vorangetrieben und sogar eine europäische atomare Abschreckung organisiert werden.

Diese fließende Wachablösung wird konzeptionell weiterverfolgt, doch haben sich inzwischen die weltweiten Verwerfungen derart verschärft, dass nationalistische Rettungsversuche zu Lasten jeglicher Konkurrenz vielerorts präferiert werden. Die größte Wucht entwickelten dabei die USA, als sie unter der Trump-Regierung auf eine vorgezogene Eskalation des Machtkampfs setzten, welcher der finalen Schlacht vorausgeht. Noch ist Washington dank seiner militärischen Übermacht in der Lage, anderen Regierungen seinen Willen aufzuzwingen oder zumindest enormen Druck aufzubauen. Dabei sind die auch der Bundesrepublik abverlangten höheren Militäraufwendungen in Richtung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO den Protagonisten deutscher Aufrüstung durchaus willkommen. Was aber eine geordnete Wachablösung betrifft, kann davon aus verschiedenen Gründen kaum noch die Rede sein. Von den erratischen Manövern der USA ganz abgesehen sind die zeitlichen Dimensionen und erhofften Kontinuitäten derart durcheinandergeraten, dass der hiesige Imperialismus taumelt, was ihn aber um so gefährlicher macht.

So entwirft ein Strategiepapier des Verteidigungsministeriums von 2018 Szenarien künftiger Anforderungen an die Bundeswehr. Wie aus der "Strategischen Vorausschau 2040" hervorgeht, hält man ein Auseinanderbrechen der EU und eine Welt in zunehmendem Chaos in den nächsten

Jahrzehnten für denkbar. Beschrieben wird darin, wie die internationale Ordnung nach "Dekaden der Instabilität" erodiert, die Wertesysteme weltweit auseinanderdriften und die Globalisierung gestoppt ist: "Die EU-Erweiterung ist weitgehend aufgegeben, weitere Staaten haben die Gemeinschaft verlassen. Europa hat seine globale Wettbewerbsfähigkeit verloren." Und weiter: "Die zunehmend ungeordnete, zum Teil chaotische und konfliktrichtige Welt hat das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands und Europas dramatisch verändert." Diese Simulationen stellen zwar ausdrücklich keine Prognosen dar, werden aber dennoch "mit dem Zeithorizont 2040" für "plausibel" erachtet. Die Quintessenz dieser Studie läuft auf ein Szenario hinaus, in dem Deutschland auf sich allein gestellt ist und die Anstrengungen forciert, zu einer Hegemonialmacht aufzusteigen.

Derzeit erarbeitet die Bundesregierung eine Nationale Sicherheitsstrategie, die Kriegsbereitschaft und -fähigkeit auf höchstem Niveau festschreiben soll. Damit dieses im grün geführten Auswärtigen Amt federführend entwickelte Instrument langgehegter bellizistischer Ambitionen nichts zu wünschen übrig lässt, gab die damalige Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht schon vorab sozialdemokratische Rückendeckung. Mit ihrer Grundsatzrede am 12. September 2022 steuerte sie die Steilvorlage bei, das in Deutschland erstmals auszuformulierende "oberste sicherheitspolitische Dachdokument" solle einen militärischen Führungsanspruch begründen, die deutschen Rüstungskontrollen auf den kleinsten gemeinsamen europäischen Nenner absenken und der Bevölkerung dauerhaft Opfer zu Gunsten der Aufrüstung abverlangen.

weshalb man geradezu prädestiniert sei, eine militärische Führungsrolle zu übernehmen, so Lambrecht. [2] Diese ideologische Volte, ausgerechnet aus der fatalen deutschen Geschichte einen erneuten militärischen Führungsanspruch abzuleiten, ist zwar schon recht altbacken, nimmt aber unter dem Banner rot-grüner Regierungsbeteiligung abermals gewaltig Fahrt auf. Die "wertebasierte Außenpolitik" soll den Damm widerständiger Beharrungskräfte endgültig brechen und den Sprung in ein Regime beispielloser Zumutungen gangbar machen.

Während also eine aufgerüstete Bundeswehr befähigt werden soll, im eskalierenden Konkurrenzkampf um Einflussphären, Rohstoffe, Handelswege und Absatzmärkte weltweit mitzumischen, wird zum anderen der



*Jugendherberge Heide  
Veranstaltungsort des  
ersten Themenabends  
Foto: © 2023 by Schattenblick*

Gerade aufgrund der eigenen Geschichte habe Deutschland einen nüchternen Blick auf die Macht und auf das Militärische,

soziale Krieg gegen die eigene Bevölkerung massiv verschärft. Da die Finanzierung der gewaltigen Rüstungsprojekte nur

durch eine gravierende Umverteilung der Haushaltsmittel möglich ist, wird das ideologische Kernversprechen der deutschen Klassengesellschaft, selbst als Mitläufer der Räuberbande allemal besser als jegliche Opfer der auswärtigen Raubzüge dazustehen, auf eine harte Probe gestellt. Die unverzichtbare Beteiligung der eigenen Bevölkerung an den Herrschaftsverhältnissen auch da auszutarieren, wo der soziale Abstieg vom Gegenteil gesellschaftlicher Verheißungen zeugt und Widerstand aufbrechen könnte, nötigt der politischen Führung des Landes akrobatische Täuschungsmanöver ab. Wer die Zeche am Ende bezahlen soll bleibt gewissermaßen ein offenes Geheimnis. Eine breite antimilitaristische Bewegung war vorgestern und soll nie wieder erstarken, ein Brückenschlag ihrer verbliebenen Reste zu jungen Massenbewegungen wie etwa jener für Klimagerechtigkeit verhindert werden. Was hat dem eine über die Jahre geschwächte und marginalisierte Bewegung gegen den Krieg entgegenzusetzen? "Krieg beginnt hier" könnte ein Ansatz sein, den stets aufs Neue auszuloten und auf seine Handlungskonsequenzen abzuklopfen bloßes Hoffen auf bessere Zeiten und künftige Mehrheiten in den Schatten stellt.

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://www.gsp-sipo.de/news/news-details/auf-der-suche-nach-der-nationalen-sicherheitsstrategie>

[2] [www.heise.de/tp/features/Deutschland-ein-anderes-Land-Die-militaerische-Fuehrungsmacht-7261532.html](http://www.heise.de/tp/features/Deutschland-ein-anderes-Land-Die-militaerische-Fuehrungsmacht-7261532.html)

## **Das alte Lied - Wirtschafts- und Eroberungsinteressen ...**

### **Werner Rügemer im Gespräch**

*Gespräch am 15. März 2023*



*Werner Rügemer*

*Foto: © 2023 by Schattenblick*

*(SB)* 30. Mai 2023 - Dr. Werner Rügemer lebt in Köln und arbeitet als Publizist, Buchautor, Referent, Berater und Stadtführer. Seine thematischen Schwerpunkte sind internationale Kapital- und Arbeitsverhältnisse, Privatisierung, Unternehmenskriminalität und die Entwicklung des Weltsystems nach Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte. Er ist Mitglied im Deutschen Schriftstellerverband (VS/Verdi) und im PEN-Zentrum Deutschland.

Zum Thema "Zeitenwende - plötzlich und unerwartet?" führte die Bewegung gegen den Krieg

Dithmarschen am 14. und 22.03.2023 in Heide/Holstein zwei Veranstaltungen zu Weltpolitik und Krieg durch. Referent der ersten Veranstaltung unter dem Thema "Der neue Systemkonflikt: Der US-geführte Kapitalismus gegen den 'Rest' der Welt" war Werner Rügemer. Am folgenden Tag nahm der Schattenblick die Gelegenheit wahr, ihm einige vertiefende Fragen zu stellen.

Schattenblick: Vor dem Hintergrund des laufenden Ukraine-Kriegs und der Untätigkeit Berlins in Bezug auf den Bombenanschlag auf die Nordstream-Gaspipelines im Baltikum sieht die Regierung der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland keinen souveränen Staat und keinen eigenständigen Akteur auf der diplomatischen Bühne mehr. Was sagen Sie dazu?

Werner Rügemer: Nun, diese Situation hat sehr früh angefangen, nämlich bereits mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949. Einen westdeutschen Teilstaat zu schaffen war von den westlichen Alliierten unter Führung der USA erzwungen worden. In den ersten Jahren war diesem Separatstaat keine eigenständige Außenpolitik erlaubt. Bei ihrer Gründung verfügte die

Bundesrepublik Deutschland nicht einmal über ein eigenes Außenministerium. Statt dessen hatten ab 1949 zunächst die drei westlichen Hochkommissare, darunter als wichtigster der Wall-Street-Bankier John McCloy, der im Zweiten Weltkrieg als US-Vizekriegsminister gedient hat und in den ersten Jahren danach Weltbankchef gewesen ist, die Außenpolitik Bonns in der Hand. Erst nach einigen Jahren bekam die Bundesrepublik ihr eigenes Außenamt, das aber zur Sicherheit und damit dort keine Fehler geschahen, Konrad Adenauer als Kanzler und Außenminister in Personalunion anvertraut wurde, den gleichzeitig US-Hochkommissar McCloy überwachte. Diese wesentliche Einschränkung der deutschen Souveränität wurde dann mit den beiden Instrumentarien Marshall-Plan und NATO-Beitritt fortgesetzt. Letzterer ging mit der Aufrüstung der BRD und der Gründung der Bundeswehr einher.

Die NATO ist keine Militärallianz gleichgewichtiger Staaten, sondern wird von den USA geführt. Von daher war die Bundesrepublik Deutschland von Anfang an in die US-Strategie der Bekämpfung des Kommunismus und aller Bestrebungen, die von Washington dafür gehalten wurden, eingebunden. Wie vielfach dokumentiert, wurde auch ein National-Konservativer wie Charles de Gaulle als Feind im Sinne des US-amerikanischen Antikommunismus in Europa betrachtet. Deswegen gab es eben auch mehrere, inzwischen gut belegte geheimdienstliche Eingriffe der USA in die Politik der Bundesrepublik Deutschland. Der Auslandsgeheimdienst der BRD, der Bundes-

nachrichtendienst, war nach dem Zweiten Weltkrieg von den Amerikanern aus der Taufe gehoben worden. In den ersten sechs Jahren des Bestehens der Bundesrepublik unterstand dieser Geheimdienst nicht der Regierung in Bonn, sondern wurde vom amerikanischen Schwesterdienst, der Central Intelligence Agency (CIA), geführt. Erst 1956 ist der Bundesnachrichtendienst formell zu einer Behörde der BRD geworden.

Die Voraussetzungen, die bei der Schaffung der Bundesrepublik von den Amerikanern implantiert worden sind, gelten mit den verschiedenen Modifikationen, zum Beispiel verstärkt durch die von den USA mitbeförderte Gründung und Weiterentwicklung der Europäischen Union, bis heute. Dazu kommen noch jene Modifikationen, die von den USA nach dem Ende des sozialistischen Ostblocks, der Auflösung des Warschauer Pakts und des Untergangs der Sowjetunion durchgesetzt wurden, nämlich die Osterweiterung der NATO und die Aufnahme zahlreicher Staaten Osteuropas in die EU, in deren Rahmen die Bundesrepublik Deutschland eine zwar führende, aber gleichzeitig den USA dienende Funktion ausübt, hinzu. Beim Besuch in Washington Anfang März hat es der amtierende Bundesminister für Wirtschaft und Umwelt, Robert Habeck, so ausgedrückt, dass Deutschland im westlichen Bündnis eine "dienende Führungsrolle" erfülle. Das ist nun eine ganz deutliche Einordnung in diese, wie gesagt, bereits bei ihrer Gründung eingerichtete, unterworfenen und nicht-souveräne Position der Bundesrepublik Deutschland.

SB: Die NATO-Osterweiterung und die Ausdehnung der EU in östlicher Richtung der letzten fast dreißig Jahre geht mit einem verstärkten Eindringen US-amerikanischen Kapitals auf dem Alten Kontinent einher. Müssen wir NATO und EU Ihres Erachtens als zwei Seiten derselben Medaille verstehen und die Konzeption eines "Europa" als Gegenspieler der USA als Fata Morgana auffassen?

WR: Ich würde sagen, ja. Die gleichzeitige Osterweiterung der EU und der NATO bedeutet einen wirtschaftlich-militärischen Zangenriff, wie er schon nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA auf Westeuropa mittels Marshall-Plan und NATO angewandt worden ist. Und diese ursächlich miteinander verbundene Gleichzeitigkeit, die später im größeren Stile nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und der Auflösung der Sowjetunion weiter in Richtung Osteuropa getrieben wurde, war dann auch mit einem mittels verschiedener Werkzeuge und Praktiken bewerkstelligten Eindringen einer neuen Welle amerikanischen Kapitals in die wichtigen, reicheren Gründungsstaaten der EU in Westeuropa verbunden.

Das heißt, die neueren, global orientierten Finanzakteure, die in den neunziger Jahren von der seitens der US-Regierung Bill Clintons durchgeführten Deregulierung des amerikanischen Banken- und Finanzsystems profitiert hatten, also Hedge-Fonds und Private-Equity-Investoren wie BlackRock, Vanguard, State Street, Blackstone, KKR und so weiter, haben dann nach der "Wende" ihre Praktiken in der

Bundesrepublik Deutschland eingesetzt und zwar über die Treuhandanstalt, die das Vermögen der Staatsbetriebe der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik verwaltete und veräußern sollte. McKinsey und JPMorgan aus den USA und PricewaterhouseCoopers aus Großbritannien waren die wichtigen Unternehmensberater, welche die Treuhandanstalt mit dazu veranlasst haben, das betriebliche Vermögen der ehemaligen DDR zu günstigsten Konditionen westlichen Investoren zur Verfügung, besser gesagt zur Ausbeutung, zu stellen.

Eine weitere Welle setzte zu Beginn der 2000er Jahre ein, als zunächst amerikanische Private-Equity-Investoren auch in Deutschland begannen, öffentliche Wohnungsbestände und mittelständische Unternehmen aufzukaufen. Mit der globalen Finanzkrise 2007/2008 traten die ganz großen Finanzverwalter wie BlackRock, Vanguard und State Street auf den Plan und kauften die wichtigen börsennotierten Aktiengesellschaften in Europa auf oder etablierten sich bei ihnen als führende Investoren und Aktionsgruppen. Zwar hatte die Bundesrepublik Deutschland eine gewisse Vorreiterrolle inne, aber das Vorgehen wurde dann auch in den anderen wichtigen EU-Staaten wie Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Großbritannien sowieso mitvollzogen.

In der City of London waren die Filialen der großen Wall-Street-Banken bereits seit den Tagen Margaret Thatchers als britische Premierministerin privilegiert, zu günstigen Bedingungen präsent und hatten an der Themse ihre

Europazentralen, was heute immer noch der Fall ist. Das heißt also, die großen Vermögensverwalter des amerikanischen Kapitals beherrschen auch die führenden Banken und Unternehmen in der EU, vor allem aber in den reichen Gründungsstaaten Westeuropas. Inzwischen ist BlackRock zum Berater der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie der Europäischen Kommission aufgerückt, um sich mit der modischen Begründung, man investiere "nachhaltig" und "umweltfreundlich", auch in der Europäischen Union nach amerikanischem Vorbild durchsetzen zu können.

SB: Nach mehr als dreißig Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik zeichnen sich im Westen enorme Probleme nicht nur bei der Quantität der militärischen Produktion - Stichwort Munition -, sondern vor allem bei der Qualität der Waffensysteme ab, wie zum Beispiel bei dem überbewerteten Panzer-Kampfflugzeug F-35 und dem nur bedingt funktionsfähigen Patriot-Raketensystem sowie angesichts der vielen Fragen hinsichtlich der Belastbarkeit des verwendeten Stahls beim Rumpf der amerikanischen Atom-U-Boote. Von daher erscheinen die Pläne der NATO und ihrer Verbündeten im pazifischen Raum - Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland -, Russland und China militärisch bezwingen zu können, illusorisch. Daher die Frage an Sie: Worauf lässt sich die Überzeugung, dass der Westen stets "auf der richtigen Seite der Geschichte" stehen werde, zurückführen? Aberglaube? Ideologische Verblendung? Hybris?

WR: Die kapitalistische Elite, die sich in den USA seit der Staats-

gründung Ende des achtzehnten Jahrhunderts herausbildete und erweiterte, hat mit ihrer medialen, militärischen und geheimdienstlichen Begleitung einschließlich der entsprechenden Sicherungspraktiken und -werkzeuge bis zum Zweiten Weltkrieg eine aus ihrer Sicht erfolgreiche, schrittweise Globalisierung vollbracht. Die US-Amerikaner haben als erstes den nordamerikanischen Kontinent auch mittels Sklavensklavenarbeit, Sklavenhandel und Völkermord an der indigenen Bevölkerung erfolgreich erobert. Danach, bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts, kam die militärisch-finanzielle Erschließung und Ausbeutung des lateinamerikanischen Hinterhofs sowie des asiatisch-pazifischen Raums einschließlich Japan und China dazu. Darauf folgten die ganz großen Wirtschaftsaufschwünge, welche die USA durch die Finanzierung der beiden Weltkriege in Europa verzeichnen konnten. Das waren aus Sicht der amerikanischen Kapitalelite Riesenerfolge.

Vieles davon ist wenig bekannt, weswegen ich es in meinem neuen Buch mit dem Titel "Die verhängnisvolle Freundschaft: Wie die USA Europa eroberten: Vom 1. zum 2. Weltkrieg" behandeln will. Die USA waren nach dem Ersten Weltkrieg, der für sie einen gewaltigen Wirtschaftsboom mit sich brachte, der größte Unterstützer faschistischer Regime in Europa. Mussolini wurde von den US-Banken mit Krediten überhäuft. John McCloy, der, wie bereits erwähnt, nach dem Zweiten Weltkrieg Präsident der Weltbank und Hoher Kommissar in der Bundesrepublik wurde, war in den zwanziger, dreißiger Jahren als Finanzberater der Wall Street

bei Benito Mussolini tätig. Obwohl der US-Kongress in den dreißiger Jahren unter Präsident Franklin D. Roosevelt angesichts der aufkommenden Konflikte in Europa dreimal ein Neutralitätsgesetz verabschiedete, ließ sich die Führung der großen amerikanischen Konzerne wie Standard Oil, Ford und General Motors nicht davon beeindrucken, sondern rüstete Francos Truppen im spanischen Bürgerkrieg aus und belieferte sie mit Militärfahrzeugen, Benzin und anderen Ölprodukten.

Diese US-Konzerne haben auch die Wehrmacht Adolf Hitlers zur damals modernsten Armee Europas aufgerüstet, die später auf dieser Grundlage ihre Blitzkriegserfolge einfahren konnte. Selbst während des Zweiten Weltkriegs wurde die Wehrmacht und damit der Hitler-Staat weiterhin von amerikanischen Unternehmen beliefert. Das Ford-Werk in Köln zum Beispiel hat im Jahre 1944 mit Armeefahrzeugen für die Wehrmacht die höchste Produktion seiner Geschichte verzeichnet. Ford-Köln war gleichzeitig das Zentrum für die anderen Ford-Filialen in den von Nazi-Deutschland besetzten Nachbarstaaten wie beispielsweise Frankreich und Belgien. Auch sie haben die Wehrmacht mit wichtigem Kriegsmaterial beliefert.

Die Unterstützung der USA für Nazi-Deutschland auch während des Zweiten Weltkrieges hat noch eine andere Seite, nämlich die Führung der Bank of International Settlements (BIS) in der Schweiz durch die Wall Street. Die Wall-Street-Banken hatten bereits 1930 die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in

Basel gegründet, und zwar weil das Deutsche Reich seine Reparationen aus dem Versailler Vertrag nicht mehr bezahlen konnte. Damals hat sich die amerikanische Finanzelite gesagt, "okay, die Deutschen können zwar jetzt nicht bezahlen, aber die Schulden, die Verpflichtungen müssen aufrechterhalten werden". Deswegen haben sie diese Abwicklungsbank in der Schweiz mit der Perspektive gegründet, dass die Schulden durch Deutschland spätestens bis 1986 getilgt werden sollten. In solchen Zeiträumen denken die. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde diese Bank in der Schweiz die gemeinsame Zentralbank aller am Krieg beteiligten Länder einschließlich der militärisch verfeindeten Staaten. Die Bank for International Settlements stand unter der Führung eines Wall-Street-Bankiers namens Thomas McKittrick. Aber auch die deutsche Reichsbank, die Bank of England, die Banque de France, die Banca d'Italia und die Industrial Bank of Japan - alle kriegsbeteiligten Parteien, ob verfeindet oder nicht - waren in dieser Bank vertreten und wickelten dort ihre Kriegsgeschäfte ab.

Die BIS hat beispielsweise das von der deutschen Wehrmacht aus den Zentralbanken der besetzten Staaten geplünderte Gold in Devisen umgewandelt. Das Deutsche Reich erhielt für das Raubgold als Devisen US-Dollars oder schwedische Kronen, um in den neutralen Staaten weiter Rohstoffe einkaufen zu können. Diese Vorgänge standen unter amerikanischer Führung und bildeten sozusagen die Vorprägung der dann 1944 von den USA parallel dazu gegründeten Weltbank. Deswegen wurden viele Führungskräfte

aus dieser Nazikooperationsbank in der Schweiz später in die Weltbank übernommen. Der spätere langjährige CIA-Chef Allen Dulles hat von Bern aus als Leiter der US-Auslandsspionage in der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges enge Verbindungen zur BIS unterhalten.

Bis zum Zweiten Weltkrieg und danach konnte sich die amerikanische Kapitalelite sicher fühlen, auf dem Vormarsch zu sein. Das wurde vierzig Jahre später durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und der Sowjetunion nur noch weiter bestätigt. Aber dadurch wurde die kapitalistische Elite der USA samt medialer, militärischer und geheimdienstlicher Begleitung übermütig und hat dann in den neunziger Jahren quasi öffentlich zur Eroberung Eurasiens geblasen, um damit jedwede dort auftretende Großmacht bezwingen zu können. Dieser Anflug des Übermuts stellt gleichzeitig den Beginn des Niedergangs der bisherigen US-Strategie dar, wengleich dies nicht so schnell vonstatten geht, weil es durch die geschilderten Investitionen zum Beispiel in den Kernländern Europas diverse Kompensationen, Mittäter und Mitgewinner - nicht in der Bevölkerung, aber bei den ohnehin reichen Leuten - gibt. In den USA selbst bildet sich bei der Mehrheit der Bevölkerung das Einkommen, die Gesundheit, das Wohlempfinden zurück. Das nimmt die amerikanische Gesellschaftselite hin, weil sie sich ohnehin international orientiert.

SB: Angesichts der jüngsten Turbulenzen im amerikanischen Finanzsektor, der Überschuldung des US-Bundesstaats und der



Banken - Stichwort Derivate -, sowie der fehlenden Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer für die westlichen Sanktionen gegen Russland wegen des Konflikts in der Ukraine meinen einige Beobachter, das Ende des US-Dollars als Leitwährung im internationalen Warenhandel sowie bei Finanztransaktionen, wenn nicht sogar der westlichen Vorherrschaft insgesamt zu erkennen. Wie sehen Sie das?

WR: In der Perspektive ist dieser Niedergang wahrscheinlich. Das Problem ist aber, dass dies, so wie es sich aktuell abzeichnet, erst infolge eines längeren, konfliktreichen Prozesses ablaufen wird, weil, wie gerade gesagt, die kapitalistische Elite der USA ihre zahlreichen Mittäter auf allen Kontinenten, vor allem in Europa, aber auch einige in Lateinamerika, in Afrika und Asien, hat. Der verwundete Löwe USA, der moralisch und politisch bei der Weltbevölkerung und selbst beim eigenen Volk auf immer weniger Zustimmung stößt, verfügt noch über das größte militärische Potential der Welt und hat den Rückgriff auf den atomaren Erstschlag als Handlungsoption in petto, die unter Barack Obama in Zusammenhang mit der Ausrufung des Asian Pivot im Jahre 2011 und der damit einhergehenden Feindeserklärung an die Volksrepublik China bekräftigt worden ist. Vor diesem Hintergrund ist der absehbare, weil logische Niedergang des von den USA geführten westlichen Imperialismus wahrscheinlich, dürfte aber, wie es sich jetzt schon in der Ukraine zeigt, sehr konfliktreich sein, und schließt, wenn es besonders hart zugehen sollte, auch die Gefahr eines von den USA entfess-



*Platzhirsche des internationalen Finanzkapitals*  
Cover: Nomen Verlag

selten Atomkrieges und das sogar mitten in Europa ein.

SB: Trotz der unübersehbaren gesellschaftlichen Probleme der USA wächst deren Einfluss in Europa immer noch an. Schweden und Finnland wollen der NATO beitreten, während Irland und die Schweiz ebenfalls auf dem besten Weg sind, ihre bisherige Neutralität aufzugeben. Irland beendet gerade seine langjährige Teilnahme an der UN-Friedensmission auf den syrischen Golanhöhen, um die eingesparten Kapazitäten einer EU-Battle-Group zur Verfügung stellen zu können, während die Schweizer Banken bei den Finanzsanktionen gegen Russland mitmachen, trotz der für sie negativen Auswirkungen - Stichwort Credit Suisse. Kann es sein, dass die Verantwortlichen in Bern, Dublin, Helsinki und Stockholm auch durch die Angst

vor einer zunehmend unberechenbaren, weil schwächelnden Supermacht motiviert sind?

WR: Seit Jahrzehnten setzen die USA und die NATO "sanfte" Mittel ein. Solche Kooperationsvereinbarungen bewirken, dass sich zum Beispiel die neutrale Schweiz ohne eine formelle Mitgliedschaft im atlantischen Militärbündnis mit eigenen Soldaten am Krieg in Afghanistan beteiligt hat. Mit den offiziell neutralen Staaten Schweden und Österreich gab es ähnliche Kooperationsvereinbarungen unterhalb der Schwelle der NATO-Mitgliedschaft, wie sie die USA seit den neunziger Jahren mit der Ukraine unterhalten. Schon Ende der neunziger Jahre kam es zu den ersten gemeinsamen Manövern der Streitkräfte der USA und der NATO mit denen der Ukraine. Das bedeutet im Klartext, dass mit der aktuell zunehmenden Formalisierung der Kooperation durch die bevorstehende Aufnahme von zwei der genannten, bisher neutralen Staaten in die NATO nur das vollzogen wird, was ohnehin seit vielen Jahren von den USA angebahnt worden ist.

SB: Wie schaffen es die USA angesichts der desaströsen Lage in der Ukraine immer noch Menschen wie jüngst in Georgien für eine versuchte "Farbenrevolution" zu gewinnen, die eventuell das Land in Schutt und Asche legen könnte? Kann sich wirklich niemand der Soft-Power der USA, zuletzt verkörpert durch die Auszeichnung des Films "Navalny" über den gleichnamigen russischen Oppositionellen als beste Dokumentation des Jahres samt Übergabe der begehrten Hollywood-Trophäe Oscar an

seine Familie bei der Galazere-  
monie in Los Angeles, entziehen?

WR: In den meisten kapitalisti-  
schen Staaten im Westen wie  
auch des einst sozialistischen Ost-  
blocks sind die Wertesysteme und  
-maßstäbe der Bevölkerung sehr  
zerbrechlich und instabil gewor-  
den. Die Mehrheit der Menschen  
ist frustriert oder gestresst vom  
Überlebenskampf, sei es durch  
Arbeitsbelastung, Kurzarbeit oder  
Arbeitslosigkeit. Das macht es  
gut finanzierten, gut geschulten  
Nichtregierungsorganisationen  
leicht, jeweils eine vergleichswei-  
se nennenswerte Gruppe von  
Menschen zusammenzubringen,  
die dann Proteste organisieren.  
Die vorbereitete mediale Verstär-  
kung bildet zudem einen will-  
kommenen Resonanzboden. Oh-  
nehin ist die Professionalität bei  
den von Stiftungen aus den USA  
geförderten NGOs, die Unzufrie-  
denheiten in der jeweiligen Be-  
völkerung aufgreifen und thema-  
tisieren, in den letzten Jahren ge-  
stiegen.

Solche Nichtregierungsorganisa-  
tionen setzen bei der tatsächli-  
chen Unzufriedenheit nicht aller,  
aber bestimmter Bevölkerungs-  
gruppen, die meistens jünger und  
deshalb aktionsbereiter sind, an.  
Das erzeugt durch die mediale  
und internationale Verstärkung  
den Eindruck, als würde sich eine  
ganze Bevölkerung gegen die ei-  
gene Regierung auflehnen. So-  
wohl mit staatlichen Institutionen  
wie USAID und der National En-  
dowment for Democracy (NED)  
als auch mit hunderten größeren  
und nicht ganz so großen privaten  
Stiftungen sind die USA auf dem  
Gebiet der Beeinflussung im Aus-  
land führend. Zusammen bilden  
diese Organisationen eine rele-

vante Aktionsszene, die dann auf-  
grund der mehrheitlichen Frustra-  
tion, Enttäuschung, Unzufrieden-  
heit und Inaktivität in dem jewei-  
ligen Zielland eine relativ leichte  
Operationsbasis vorfindet.

SB: Inwieweit, meinen Sie, sind  
die politischen Eliten in den  
USA und ihre Gesinnungsge-  
nossern in Europa und Asien  
durch die Sorge um schwinden-  
de Ressourcen infolge von Kli-  
mawandel, Umweltzerstörung  
und Artenschwund bei Tieren und  
Pflanzen angetrieben?

WR: Sie sind dadurch überhaupt  
nicht angetrieben, sondern nutzen  
die Bereitschaft in großen Teilen  
der noch handlungsfähigen Be-  
völkerungen aus, für Umwelttret-  
tung im Allgemeinen einzutreten,  
was natürlich tatsächlich gute  
Gründe auf seiner Seite hat. Aber  
das wesentliche Handeln der füh-  
renden kapitalistischen Klasse der  
USA geht in eine ganz andere  
Richtung. Die US-Regierung Bill  
Clintons hat zum Beispiel durch-  
gesetzt, dass der Verbrauch des  
US-Militärs aus den Bilanzen al-  
ler internationalen Umweltab-  
kommen bis heute ausgeklammert  
wird. Deswegen können sich in-  
stitutionelle Aktionäre wie Black-  
Rock oder Vanguard mit ihren  
Beteiligungen an den weltweit  
größten Rüstungskonzernen, zum  
Beispiel Raytheon in den USA,  
Rheinmetall in Deutschland, Leo-  
nardo in Italien und BAE Systems  
in Großbritannien, als hehre Um-  
weltprediger darstellen und damit  
eine vor allem jüngere Generation  
mit auf ihren kapitalistischen Weg  
nehmen. Das Gleiche gilt für die  
neue E-Mobilität, die aktuell auf  
das Militärische übergreift. In den  
USA werden bereits zusammen  
mit Rheinmetall E-Motoren für

den Abrams-Panzer entwickelt,  
die ohne Benzin laufen. Man plant  
einen batteriebetriebenen Panzer,  
der bei Bedarf nachts im Ge-  
fechtsfeld auf Elektrobatterie um-  
schalten kann, dadurch keine Hit-  
ze entwickelt, keinen Lärm macht  
und somit nicht aufspürbar ist.

Folglich produzieren die großen  
Apostel der Umweltrettung wie  
die US-Regierung und die EU-  
Kommission hemmungslos mehr  
Rüstung, denn sie bleibt aus allen  
Umweltbilanzen völlig ausge-  
nommen. Umweltprediger wie  
BlackRock und Vanguard gehö-  
ren zu den wichtigsten Aktionären  
der US-Fracking-Industrie, die  
bekanntlich und tausendfach do-  
kumentiert zu den größten Produ-  
zenten von Treibhausgasen wie  
Methan gezählt wird. In den letz-  
ten Jahren hat sich die Erkenntnis  
durchgesetzt, dass die Anwohner  
nahe der Fracking-Anlagen in den  
USA früher sterben als Gleichalt-  
rige, die nicht in der Nähe solcher  
Bohrstellen leben. Alles das hin-  
dert die US-Regierung, die Digi-  
talkonzerne und die großen Akti-  
enverwalter wie BlackRock nicht  
daran, weiter die Umwelt zu zer-  
stören. Vielmehr ist es mit dem  
Narrativ von der Klimakrise ge-  
lungen, eine Umstellung des  
westlichen Kapitalismus einzulei-  
ten und gleichzeitig eine neue po-  
litisch-ideologische Unterstüt-  
zung durch die grünen Parteien  
und viele der Umweltbewegungen  
und Initiativen hervorzurufen.

SB: An der US-freundlichen Au-  
ßenpolitik Lula da Silvas seit sei-  
ner Wiederwahl zum Präsidenten  
Brasiliens lässt sich ablesen, dass  
der einstige Sozialist offenbar  
durch die Zeit im Gefängnis ge-  
genüber Uncle Sam zahm gewor-  
den ist. In Pakistan haben die

USA letztes Jahr das Cricket-Idol Imran Khan als Premierminister trotz großer Beliebtheit in der Bevölkerung wegen seines eigenständigen Kurses gegenüber Russland und China wegputschen lassen. Wie Sie in Ihrem gestrigen Vortrag angemerkt haben, ist Indien mit Abstand der große Gewinner der aktuellen Energiekrise, kauft russisches Embargo-Öl in riesigen Mengen auf und bringt es wieder gewinnbringend auf den Markt. Gleichzeitig versucht die hindu-nationalistische BJP-Regierung Narendra Modis den langjährigen Grenzstreit mit der Volksrepublik China beizulegen. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass es Washington gelingt, Neu-Delhi wieder in eine Feindstellung gegenüber Peking zu bringen? Muss die BJP vor ausländischen Umtrieben im Innern auf der Hut sein?

WR: Ja, aber das muss jede Regierung. In der durch die Sanktionen gegen Russland ausgelösten Neugruppierung der Verhältnisse der Staaten untereinander sind die amerikanischen Akteure, von den Kapitalorganisatoren über die Geheimdienste bis hin zu den Nichtregierungsorganisationen, überall, wo sie können, präsent, um die unterschiedlichen Absetzbewegungen in vielen Ländern der Welt zu behindern. Wie sich das genau in Indien abspielt, weiß ich nicht. Jedenfalls ist die indische Führung ganz zwiespältig, denn das Land betätigt sich einerseits als Zwischenhändler für fossile Energien aus Russland, wirbt andererseits um neue amerikanische Investoren wie beispielsweise Apple und Foxconn, die möglichst schnell aus China abwandern und ihre Billigstproduktion für die neuesten Apple-Smartphones und

Alexas et cetera in Indien einrichten wollen, was durch die indische Zentralregierung in Neu-Delhi oder die Regionaladministrativen in den einzelnen Bundesstaaten gefördert und subventioniert wird. Im Rahmen der aktuellen Neugruppierung, die durch den Ukraine-Krieg beschleunigt wird, kommt es zu vielen Doppeldeutigkeiten und ambivalenten Verhaltensweisen vor allem bei den Staaten, die quasi zwischen den Blöcken stehen, wo praktisch jeder Vorteil von der einen oder der anderen Seite mitgenommen werden soll und abgewogen wird und wo definitive Entscheidungen ungern gefällt werden.



*Stühlerücken an der Tafel globaler Vorherrschaft  
Cover: PapyRossa Verlag*

SB: Vor wenigen Tagen hat die Volksrepublik China mit der Verkündung der Wiederaufnahme bilateraler diplomatischer Beziehungen zwischen der Islamischen Republik Iran und dem Königreich Saudi-Arabien einen großen diplomatischen Erfolg erzielt. Dagegen laufen neokonservative Kräfte in den USA und israelische

Hardliner Sturm. Wie werden die USA auf diese neue Entwicklung reagieren?

WR: Ich nehme an, dass die USA da längst aktiv sind. Diese Entwicklung dürfte für sie absehbar gewesen sein, denn die diplomatische Distanzierung infolge der Emanzipation der Golfstaaten von den USA als einstigem Hauptabnehmer des Öls ist bereits länger im Gange. Die Golfstaaten wollen sich industrialisieren und neu orientieren. Die neuen Überschneidungen mit anderen Staaten und Volkswirtschaften ergeben neue Absatzmärkte für neue Produkte. Diese Länder vergeben gerade zahlreiche Aufträge für den Bau von Industrieanlagen, von Straßen- und Schienennetzen sowie von Rüstungsbetrieben, wobei letztere von westlichen, hauptsächlich europäischen Unternehmen errichtet werden. All das ist am Persischen Golf schon länger im Gange. Von daher haben wir es jetzt lediglich mit einer zugespitzten Situation zu tun. Aufgrund der bisherigen Praxis ist zu vermuten, dass die entsprechenden US-Akteure versuchen werden, diese Entwicklung zu korrigieren, zu ändern oder abzuschwächen.

SB: Aktuell bereiten sich die USA ideologisch wie auch logistisch auf eine militärische Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China mit der Insel Taiwan als Vorwand und Schauplatz vor. Dazu gehört das umstrittene, 368 Milliarden Dollar teure Projekt der verstärkten australisch-britisch-US-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Feld der atomar angetriebenen U-Boote, auch AUKUS genannt, die Verlegung entscheidender Teile der Produk-

tion modernster Computerchips von Taiwan in die USA sowie das von Washington forcierte Embargo gegen die IT-Produkte führender chinesischer Konzerne wie Huawei und TikTok. Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen den USA und China ein?

WR: Seit der Präsidentschaft Barack Obamas gilt die Volksrepublik China in der mittleren und längeren Perspektive als erklärter Hauptfeind Amerikas. Die verstärkte Präsenz der US-Streitkräfte im asiatisch-pazifischen Raum sowie die von den USA angeregte und beförderte Aufrüstung ihrer Verbündeten in der Region laufen auf Hochtouren. Rüstet man gegen einen klar definierten Staat, in diesem Fall die Volksrepublik China, dann stellt man die Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung unmissverständlich in den Raum. Diese Aufrüstung nimmt die verschiedensten Formen an. Neue US-Militärstützpunkte in Australien und auf den Philippinen werden errichtet, bestehende Stützpunkte, wie beispielsweise auf der westpazifischen Insel Guam, kräftig ausgebaut. Darüber hinaus wird Japan praktisch gezwungen, aus seiner bisherigen in der Verfassung verankerten Friedenspolitik auszusteigen, und gezielt gegen China in Stellung gebracht. Taiwan selbst wird militärisch und ideologisch aufgerüstet. Eigentlich ist es nur eine Frage der Zeit, der Situation und der Umstände, bis der Krieg ausbricht, den Washington und nicht China anpeilt.

SB: Ende letzten Jahres wurde eine Vorlesung von Ihnen in Bochum zum Thema Ihrer Kritik an der ab 1945 geschichtsklitternden

Hochstilisierung Konrad Adenauers zu einem Verfolgten des Nazi-Regimes vom Verband der deutschen Schriftsteller und Schriftstellerinnen mit der Begründung abgesagt, sie störe die Harmonie und sei nicht genügend unterhaltsam. Was sagt dieser Vorfall erstens über das Harmoniebedürfnis des Schriftstellerverbands, zweitens über die Medienlandschaft und aktuelle Debattenkultur in Deutschland und drittens über die These, die deutsche Gesellschaft habe die Jahre der Hitler-Diktatur geschichtlich aufgearbeitet?

WR: Ich muss Sie leicht korrigieren. Keine Veranstaltung von mir mit diesem Text wurde abgesagt, sondern es wurde lediglich ein von mir für eine Veranstaltung des Schriftstellerverbandes Nordrhein-Westfalen eingereichter Text mit der Begründung, die Sie gerade zitiert haben, abgelehnt. Übrigens wird dieser Text im Mai bei einer Veranstaltung des Kölner Schriftstellerverbands öffentlich präsentiert. Was Ihre Frage betrifft, so lässt sich eine Entwicklung im deutschen Schriftstellerverband und sogar in der Schriftsteller-Community zum Beispiel beim PEN-Zentrum Deutschland feststellen, die dort den Vormarsch der Unterhaltungsliteratur begünstigt. Ein Vorsitzender des Schriftstellerverbandes auf Bundesebene war beispielsweise der bekannteste Krimiautor im ersten deutschen Fernsehen. Das hängt damit zusammen, dass die linksliberale Phase beim Deutschen Schriftstellerverband, die sich aus seiner Gründung 1969 während der Ära Willy Brandts durch linke Autoren wie Günter Grass und Heinrich Böll ergab, mit dem Unter-

gang des Sozialismus und der DDR schrittweise zu Ende gegangen ist.

Schriftsteller, die eben mehr individuelle Liebesromane und sonstige Formen der Unterhaltungsliteratur bieten, haben sich durchgesetzt, ohne allzuviel kämpfen zu müssen - zuletzt auch in Verbindung mit den neuen sozialen oder besser gesagt asozialen Medien. Die Zeit der Gesellschaftskritik oder der leisen Kapitalismuskritik ist vorbei. Wenn es noch eine Gesellschaftskritik gibt, dann ist es eine nachholende, einseitige Kritik an der DDR von damals. Sie wird kritisiert und nicht die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer vergleichbaren, aber anders gearteten Nachkriegsgeschichte. Also ist die von Grass und Böll auf ihre Weise aufgenommene Auseinandersetzung mit der Nazi-Geschichte damit auch beendet. Ich versuche dem unter anderem dadurch entgegenzuwirken, dass ich mit meinem nächsten Buchprojekt endlich die erste wahrheitsgemäße Adenauer-Biographie fertigstellen möchte.

SB: Und das andere Buch, das im April erscheinen soll, was ist damit?

WR: Es trägt, wie gesagt, den Titel "Verhängnisvolle Freundschaft: Wie die USA Europa eroberten: Vom 1. zum 2. Weltkrieg".

SB: Also dürfte die Aufarbeitung der Geschichte der Nazi-Diktatur nicht zu kurz kommen?

WR: Hoffe ich doch!

SB: Herzlichen Dank, Herr Rügemer, für das ausführliche Gespräch.

## Weltkriegsgefahr - Die Schlachtrufe der Systeme ...

Vortrag:

"Im Krieg mit Russland"

Zur Geschichte des

Russland-Ukrainekonfliktes

von Jürgen Wagner,

Informationsstelle

Militarisierung (IMI)

am 22. März 2023

in Heide/Holstein

(SB) 30. Mai 2023 - Was wird in einem "Abnutzungskrieg" eigentlich abgenutzt? Der eher in der Materialkunde als auf dem Schlachtfeld angesiedelte Begriff macht vergessen, dass insbesondere Menschen betroffen sind, die von den politischen und militärischen Zwecken eines Krieges verfügt, aber nicht vertreten werden. Respekt wird Staat und Nation gezollt, als seien es eigenständige Subjekte, Empathie wird selektiv dosiert, sei es anhand besonders intensiv wahrgenommener Massaker oder bei Parolen, mit denen Ruhm, Ehre und Heldentum zelebriert werden. Die vielen hundert SoldatInnen und ZivilistInnen, die täglich in der Ukraine sterben oder anderweitig Schaden nehmen, werden als vermeintlich notwendige Opfer dem höheren Zweck, dem Aggressor zum Erfolg zu verhelfen oder ihn zurückzuschlagen, unterworfen. Als kalte Ziffern in der Bilanzierung notwendiger Bemittelung des Kriegsgeschehens tragen sie dazu bei, dessen weiteren Verlauf kalkulieren zu können, ist die Übersicht über zahlenmäßig begrenzte Verbrauchsfaktoren doch

**Schlaf, Kind, schlaf, es ist Schlafenszeit.**

**Ist Zeit auch zum Sterben.**

**Bist du groß, wird dich weit und breit**

**Die Trommel anwerben.**

**Lauf ihr nach, mein Kind, hör deiner Mutter Rat;**

**Fällst du in der Schlacht, so würgt dich kein Soldat.**

*Ricarda Huch: Aus dem Dreißigjährigen Kriege - 1. Wiegenlied*



*Jürgen Wagner*

*Foto: © 2023 by Schattenblick*

von zentraler Bedeutung, was nicht nur Panzer und Munition, sondern auch die Zahl verfügbarer RekrutInnen betrifft.

So sehr auf beiden Seiten der entschiedene Wille anzutreffen ist, für einen vermeintlich höheren Zweck zu kämpfen und zu sterben, so sehr werden Menschen gegen ihren Willen für den nationalen Zweck eingespannt. Die Flucht zahlreicher der Wehreffassung unterliegender Männer aus Russland, aber auch aus der Ukraine belegt, dass nicht alle für

einen ideologischen Staatsapparat oder die nationale Oligarchie bluten wollen. Dementsprechend gleichgültig ist den kriegführenden Staaten, wer leben darf und wer sterben muss, so lange es ihrer Räson zuträglich ist. Das gilt erst recht für die indirekt beteiligten Staatsakteure - wie ihr höchst unterschiedliches Engagement in den vielen Kriegen dieser Welt zeigt, geht es nie um die dabei leidenden Menschen, sondern stets um Wahrung und Durchsetzung nationaler Interessen. Dass diese meist mit moralischem Furor aufgeladen oder durch die Ethik des gerechten Krieges gerechtfertigt werden, ist der notwendigen Mo-

bilisierung der Menschen geschuldet, die für einen abstrakten Staatszweck sterben sollen.

Die von allen Kriegsparteien in Anspruch genommenen Zwecke sind in sich so widersprüchlich, dass niemandem zu verdenken ist, sich der Pflicht, für die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols sein Leben zu riskieren, zu entziehen. Während der Kreml für das Ziel, das eigene Territorium zu vergrößern und die Neutralität der Ukraine zu erzwingen, vor allem Rekruten aus abgelegenen, ökonomisch abgehängten Regionen der Russischen Föderation einberuft, um nicht den Widerstand der urbanen Eliten gegen die "Spezialoperation" zu provozieren, werden in der Ukraine mittlerweile Männer fast jeden Alters, derer die Rekrutierungsbeamten habhaft werden können, zum Kriegsdienst gezwungen. So sehr es einen hohen Anteil auch weiblicher Kriegsfreiwilliger in der Bevölkerung geben mag, so hat sich die Bereitschaft, in einem Stellungskrieg mit hoher Verlustzahl zu verbluten, nach über einem Jahr Landesverteidigung "abgenutzt".

Mit der anwachsenden Zahl an Kriegsopfern, der zunehmenden Zerstörung der Ukraine und den mittelbaren globalen Kriegsfolgen ökonomischer Belastung, wachsenden Hungers und stark beschädigter Klimapolitik trifft die in Westeuropa und den USA propagierte Generalklausel, zur Verteidigung der Ukraine mit Rüstungsgütern und finanzieller Unterstützung "as long as it takes and whatever it takes" beizutragen, auf anwachsenden Unwillen. Wie viele Menschen sollen noch leiden und sterben, um Russland hinter die

Grenzen von 2014 zurückzudrängen? Welchen Unterschied macht es für die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, unter welchem Staatsregime sie nach dem Ende des Krieges das alltägliche Elend der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft erdulden soll? Sind die eigenen Zwangsverhältnisse tatsächlich so viel akzeptabler, dass es sich dafür zu sterben lohnt, um nicht vergleichbaren Bedingungen anderer Herren ausgesetzt zu sein? Kann ein Dasein als LohnempfängerIn überhaupt ein Lebenszweck sein, der etwas mit Freiheit und Selbstbestimmung zu tun hat?

Fragen dieser Art sind zumindest für diejenigen relevant, über die in diesem Sinne verfügt wird und deren Fremdbestimmung als Marktsubjekt und StaatsbürgerIn nicht in der nationalen Identität und ihrer Abgrenzung gegenüber anderen Bevölkerungen aufgeht. Das gilt um so mehr, als dieser Krieg nicht erst am 24. Februar 2022 angefangen hat, sondern das Resultat einer Auseinandersetzung zwischen Staaten und Machtblöcken ist, deren hegemoniale Interessen schon seit längerem auf eine gewaltsame Kollision zusteuern. Während der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine ein eklatanter Bruch internationalen Rechts ist, zeugen die dafür angegebenen Gründe wie so häufig in Staatenkonflikten von einer Mischung aus im eigenen Land populären Vorwänden - "Entnazifizierung" der Ukraine, Verhinderung eines Genozids an den russischsprachigen UkrainerInnen - und relevanten geostrategischen Faktoren - strategische Bedrohung Russlands durch eine der NATO angehörende Ukraine.

Eine Schuldzuweisung an die Adresse Moskaus, die ein Ende des Krieges erst nach Rückeroberung aller vor 2014 zur Ukraine gehörenden Gebiete für möglich hält, mag den strategischen Interessen der NATO und den nationalhegemonialen Wünschen Kiews entsprechen. Um dieses Ziel zu realisieren wäre allerdings seitens der NATO-Staaten mehr erforderlich als ein auf die Verlängerung des "Abnutzungskrieges" geeichter Nachschub an Rüstungsgütern. Das in den Hauptstädten der NATO zum Ausdruck gebrachte Ziel, Russland dauerhaft zu schwächen, wird ökonomisch auf dem Rücken aller Bevölkerungen ausgetragen, geht in Sachen konkreter Zerstörung an Lebenschancen jedoch vor allem zu Lasten der UkrainerInnen. Diese regelrecht zu verbrauchen, um die Erschöpfung des Aggressors zu bewirken, ist eine von zynischer Logik bestimmte Machtprobe, die die empathische Freiheitsrhetorik als populistisches Instrument zur Durchsetzung strategischer Ziele kenntlich macht.

Angesichts der großen Menge an Truppen und Kriegsgerät, die Russland allem Anschein nach noch mobilisieren kann, verliert das Erkämpfen eines Sieges über den Angreifer bis zur letzten UkrainerIn zusehends an moralischer Glaubwürdigkeit. Die Unteilbarkeit des Werteanpruchs, mit der Verteidigung der Ukraine einen gerechten Krieg zu unterstützen, bricht nicht nur an der ausgebliebenen Verurteilung von NATO-Staaten ausgehender Angriffskriege. Der anomische Charakter einer selektiv in Anspruch genommenen und mit von politischen Interessen kontaminierten moralischen Norm wirft auch die

Frage auf, wieso die NATO den erhofften strategischen Gewinn nicht mit eigener Kraft, sprich ihren Truppen und Waffen, erkämpft.

Ein solcher Schritt würde auch der Sprachregelung gerecht, dass in der Ukraine "unsere" Werte, namentlich Freiheit und Demokratie, gegen das autokratische Regime Putins verteidigt würden. Mit der moralischen Überhöhung des Angriffs auf die Ukraine zum Gesinnungskrieg, bei dessen Ausgang es dementsprechend um alles oder nichts ginge, haben sich die Regierungen der USA und EU auf eine Weise hervorgetan, die einen Rückzug von dieser Position fast unmöglich macht. UkrainerInnen für diesen Zweck sterben zu lassen und die eigenen Bevölkerungen einer ökonomischen Schlankheitskur zu unterziehen, belastet das Konto ihrer Glaubwürdigkeit desto mehr, je länger der Krieg dauert und je größer die Verluste sind. Da hilft auch das Argument, man wolle keinen Atomkrieg provozieren, nicht weiter.

Eine solche Beschränkung der Handlungsfähigkeit der NATO wäre nicht akzeptabel, wenn Russland einen Mitgliedstaat der Militärallianz angriffe. Soll eine Beistandsklausel unter atomar gerüsteten Staaten den Zweck ihrer territorialen Verteidigung erfüllen, dann ist die praktische Einsetzbarkeit von Atomwaffen selbstverständlich gegeben. Wäre sie es nicht, bedürfte das Militär dieser Waffen nicht. Die langjährige Gewöhnung an den Status quo gegenseitiger Abschreckung verleitet viele Menschen zu dem Glauben, der Einsatz von Atomwaffen wäre prinzipiell nicht zu befürchten, weil das das perspektivische Ende aller Konfliktparteien bedeutete. Der Trugschluss, es nach der weitgehenden Entregelung der Politik der Mutual Assured Destruction (MAD) noch mit Verhältnissen wie im Kalten Krieg zu tun zu haben, denen bereits ein erhebliches Risiko innewohnt, trägt dazu bei, dass der Manövrierraum zwischen Provokation und Aktion stetig enger wird.

"Mourir pour Kiev?" Dieser Frage verweigern sich viele derjenigen, die Waffenlieferungen bis zum Sieg einer Ukraine propagieren, die de facto längst in die NATO eingemeindet wurde und ohne finanzielle wie rüstungstechnische Alimentierung aus EU und USA längst nicht mehr kriegsfähig wäre. Nur unter Ausblendung dieser Konsequenz lassen sich Risiken eingehen, für die sich, wenn die Bomben gefallen sind, niemand mehr verantwortlich zeigen muss. In ihrem Eskalationspotential nicht gering zu schätzen ist auch die durch das ständige Vorrücken der NATO bewirkte Entwertung russischer Abschreckungspolitik. Wenn diese systematisch ihrer Glaubwürdigkeit beraubt wird, dann erhöht das die Notwendigkeit ihrer Verifikation etwa durch den Einsatz sogenannter taktischer Atomwaffen.

Angesichts der Aufrüstung der immer heißeren Grenze zwischen Polen und Belarus durch NATO und Russland ist ein Szenario, in dem der Kreml zum Schreckmoment eines Atomwaffeneinsatzes etwa über der Ost- oder Nordsee greift, um sich aus einer strategischen Bedrängnis zu befreien, nicht mehr auszuschließen. Gleiches gilt für die weitergehende Aufrüstung der Ukraine mit Waf-

fensystemen größerer Reichweite und eines informellen Einsatzes von NATO-Truppen etwa als PilotInnen auf Kampfjets neueren Typs, lediglich durchsichtig getarnt durch den Status von SöldnerInnen.

Wer dieses Zerstörungswerk nicht weiter steigern will, sollte diese Stufenleiter stets vor Augen haben, um davon so schnell wie möglich wieder herunterzukommen. Zudem ist der Impetus der Entschiedenheit, mit dem dieser Krieg seitens der NATO zum Erfolg geführt werden soll, alles andere als widerspruchsfrei. Aus Sicht derjenigen, denen dieser Krieg nur Nachteile und Entbehrungen beschert, weist das Interessenprofil seiner Akteure weit mehr Gemeinsamkeiten auf, als die Frontstellung zwischen NATO und Ukraine einerseits und Russland, das die Rückendeckung Chinas genießt, andererseits vermuten lässt. Hier sind strukturelle Symmetrien zu erkennen, denen eine herrschafts- und staatskritische Position entgegenzuhalten ist, zumindest dann, wenn emanzipatorische und sozialrevolutionäre Anliegen nicht weiter von den Trümmern als links ausgewiesener Glaubenskriege begraben werden sollen.

### **Brandsätze für die finale Katastrophe**

Bei einem Vortrag im schleswig-holsteinischen Heide am 22. März 2023 hat der Politikwissenschaftler Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisation (IMI) nicht nur die Vorgeschichte des russischen Angriffs ausgeleuchtet, er hat auch die Unvereinbarkeit einer antimilitaristi-

schen Position mit den Zwecken kriegführender Staaten heute wie gestern unterstrichen. Eingeladen hatte die attac-Regionalgruppe Dithmarschen in Kooperation mit der Bewegung gegen den Krieg Dithmarschen. Der Veranstaltungsraum im Bürgerhaus der Kleinstadt an der Westküste war gut besetzt, was dennoch bedeutet, dass das Interesse im über 130.000 Einwohner umfassenden Landkreis Dithmarschen an dieser doch existenzielle Bedrohungsqualität aufweisenden Krise eher bescheiden ist.

Ein Grund mehr, anhand der genaueren Untersuchung ihrer Bedingungen darüber nachzudenken, wie sich derartige Katastrophen künftig verhindern lassen. Das in gebotener Freizügigkeit des Wortes zu tun, verlangt in der erhitzten gesellschaftlichen Debatte um vermeintlich legitime Gründe Russlands, diesen Krieg zu führen, wie des verbrecherischen Charakters des Überfalls auf die Ukraine nach einem Disclaimer. Schon in der Ankündigung der Veranstaltung wurde Sorge dafür getragen, nicht einseitiger Sympathien verdächtigt oder gar der "Putin-Versteheri" bezichtigt werden zu können.

Dabei versteht es sich für AntimilitaristInnen von selbst, den Angriff Russlands auf die Ukraine als prinzipiell nicht legitimierbar zu bewerten. Um diesen gesellschaftlich getragenen Konsens nicht zum Anlass zu nehmen, noch mehr Öl ins lichterloh brennende Feuer zu gießen, als auch Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges zu eruieren, ist es gleichwohl wichtig, die Geschichte des Konflikts und die Interessen beider Seiten genauer zu

verstehen. Damit allerdings wird das eng umgrenzte Geviert herrschender Diskursregulation bereits verlassen. Eine Mitverantwortung der jahrzehntelangen Expansionspolitik der NATO-Staaten für die Eskalation des Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine findet in den Agenturen massenmedialer Deutungsmacht kaum FürsprecherInnen.

Jürgen Wagner, dessen Analysen auf diversen Foren präsent und vor allem auf der Seite der Informationsstelle Militarisation [1] nachzulesen sind, ist wichtig, die Bedeutung der militärisch unterfütterten neuen Großmachtspolitik Deutschlands für die Entwicklung in Südosteuropa hervorzuheben, etwa durch Verweis auf das aktuelle Weißbuch der Bundeswehr, wo die Absicht bekundet wird, "die globale Ordnung aktiv mitzugestalten". Dabei spiegelt das unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen 2016 herausgegebene Weißbuch ein Verständnis von Sicherheitspolitik, das stark auf Bedrohungen terroristischer Art als Vorlage eines neokolonialistischen Interventionismus ausgerichtet war. Militärische Überfälle auf Staaten des Globalen Südens, die kaum über eine wirksame Flugabwehr verfügen und dem militärischen Potential hochgerüsteter Industriestaaten auch sonst kaum etwas entgegenzusetzen haben, sind allerdings kaum mit den Erfordernissen zu vergleichen, die in einem Krieg gegen einen konventionell wie nuklear kriegsfähigen Staat wie die Russische Föderation anfallen.

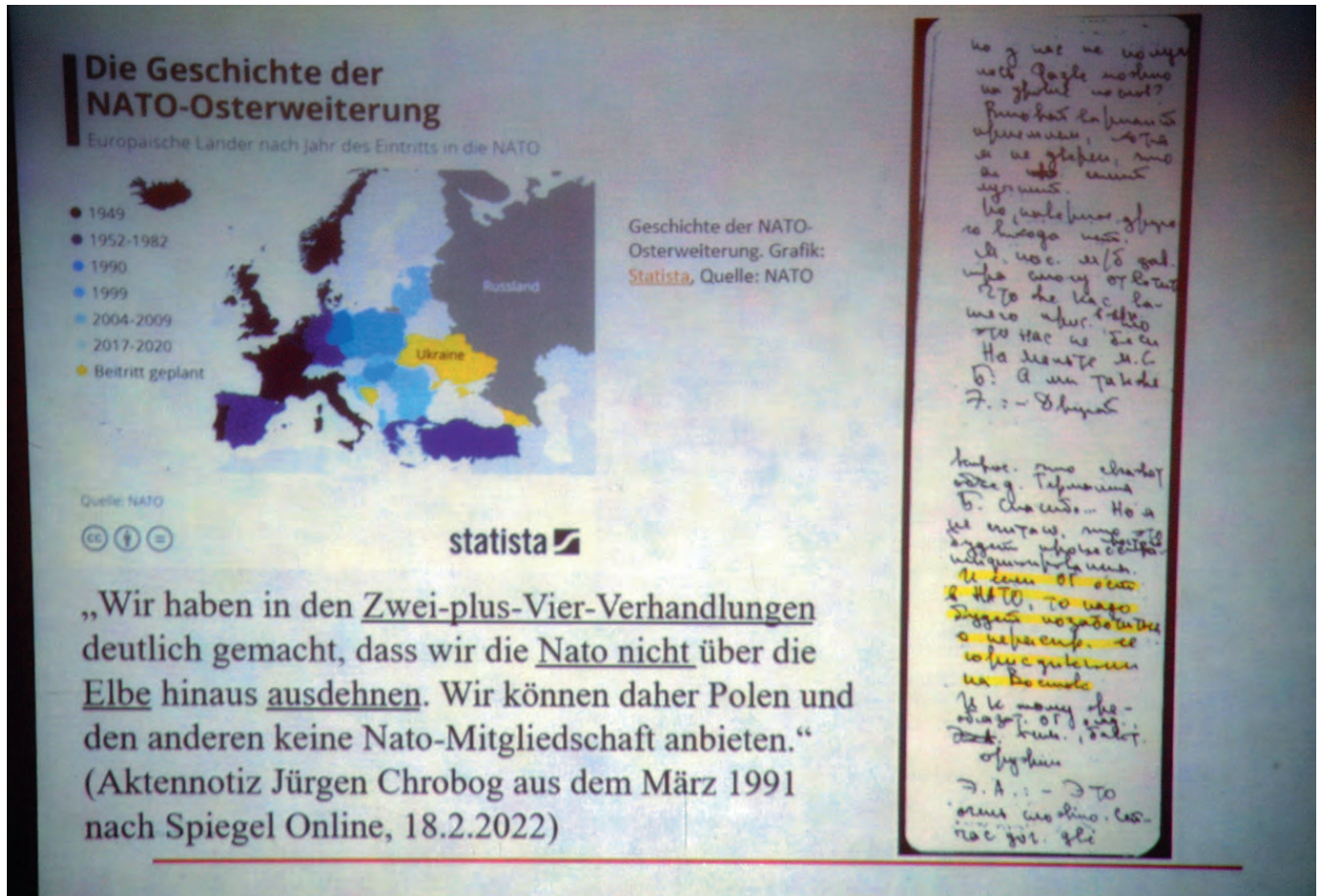
Dem Rahmen der Veranstaltung gemäß wandte sich der Referent an eine Friedensbewegung, die

trotz oder gerade wegen des Ukrainekrieges kaum mehr in der Lage ist, aus dem Schatten früherer Proteste wie etwa der Massendemonstrationen vor 20 Jahren gegen den drohenden Überfall auf den Irak durch die von den USA geführte Coalition of the willing zu treten. Dieses Problem in notwendiger Breite zu diskutieren, hätte allerdings den Rahmen der der Geschichte des Russland-Ukrainekonfliktes gewidmeten Veranstaltung gesprengt.

So sollen KriegsgegnerInnen in die Lage versetzt werden, sich anlässlich des schweren Völkerrechtsbruchs Russlands nicht in eine argumentative Defensive drängen zu lassen, in der die Mitverantwortung der NATO für diese Entwicklung ausgeklammert werden kann. Geht es darum, deren Reaktionen auf den russischen Angriff, die Wagner für falsch und gefährlich hält, zum Zwecke einer schnellen Beendigung des Blutvergießens angemessen zu bewerten, versagt eine Diskurslandschaft, die von hypermoralischen Frontstellungen geprägt ist, auf ganzer Linie.

Für Wagner beginnt diese Vorgeschichte schon kurz nach dem Ende der Sowjetunion mit den nicht eingehaltenen Zusicherungen der NATO-Regierungen, das Gebiet der Militärallianz nicht weiter in Richtung Osten ausdehnen zu wollen. Diese Zusagen seien in Aktennotizen aus damaliger Zeit vielfach belegt, meint Wagner an diejenigen gewandt, die heute davon nichts mehr wissen wollen. Die Tatsache, dass es sich um schriftlich nicht fixierte Zusagen handelte, wird seitens der NATO dahingehend ausgelegt, dass eine entsprechende Zusicherung nicht





Folie aus dem Vortrag Jürgen Wagners  
Mündliche Zusicherung für die Nachwelt dokumentiert  
Foto: 2023 by Schattenblick

existiere. Dabei hätten die damals getätigten Aussagen in Moskau dazu geführt, dass sich die russischen Nachfolgeregierungen von der NATO hintergangen fühlten insbesondere in Hinsicht auf die Errichtung eines gemeinsamen Hauses Europa und der dazu gehörigen Sicherheitsarchitektur. Was 1991 noch offizielle Sprachregelung in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gewesen war, mündete nur wenig später in eine Konsolidierung der NATO-Hege- monie, die ganz und gar zu Lasten entsprechender Interessen Russlands ging. 1994 wurde die Partnerschaft für den Frieden der NATO geschaffen, die 19 Staaten auf dem eurasischen Kontinent umfasste. Diese konnten zwar

nicht die Beistandspflicht der NATO im Fall eines militärischen Angriffs in Anspruch nehmen, doch schon die Tatsache, dass in- zwischen 15 der Unterzeichner- staaten der westlichen Militär- allianz beigetreten sind, belegt, dass es sich bei der PfP um eine Vorfeldorganisation handelt. Mit dem Überfall der NATO auf Ju- goslawien ging Präsident Boris Jelzin zwar ausgesprochen defen- siv um, doch schon damals be- stand das Potential einer direkten militärischen Konfrontation zwi- schen NATO und Russland.

Während dieses Krieges traten Tschechien, Polen und Ungarn der NATO bei, 2004 folgten unter an- derem Estland, Lettland und Li-

tauen - Staaten, die einst der Sow- jetunion angehörten. Der russi- sche Präsident Putin, der dem Westen 2001 im Bundestag eine strategische Partnerschaft und ge- meinsame Sicherheitsordnung in Europa angeboten hatte, akzep- tierte diesen Schritt, ohne mit ei- ner konfrontativen Entwicklung zu drohen. Davor hatten die USA bereits mit dem Angriffskrieg auf den Irak demonstriert, dass inter- nationales Recht im Zweifelsfall zu eigenen Gunsten gebeugt wer- den kann. 2008 wurde der Ukrai- ne und Georgien eine Beitrittsper- spektive eröffnet, was angesichts von Putins scharfer Kritik an der Expansionspolitik der NATO auf der Münchner Sicherheitskonfe- renz 2007 zeigte, dass der russi- sche Präsident nicht weiter ernst- genommen wurde. 2009 schließ- lich wurden Kroatien und Alba- nien in die NATO aufgenommen.

Im August 2008 hatte Russland den Versuch der georgischen Regierung, die separatistischen Gebiete Südossetien und Abchasien wieder einzunehmen, mit militärischen Mitteln gekontert. Jürgen Wagner hält die in Moskau herrschende Annahme, die Einnahme abtrünniger Gebiete durch Georgien sei eine Vorbedingung des NATO-Beitrittes, für den ausschlaggebenden Grund, den von Tiflis begonnenen Krieg in wenigen Tagen für Russland zu entscheiden. Wie im Fall der Besetzung der serbischen Provinz Kosovo durch die NATO hatte ein äußerer Akteur in einen sezessionistischen Konflikt eingegriffen, was die Regierungen der NATO-Staaten nicht davon abhielt, diese Intervention als russische Aggression zu verurteilen.

Die von der damaligen Bundeskanzlerin vollzogene Politik, die Offerte eines Beitrittes Georgiens zur westlichen Militärallianz nun erst recht voranzutreiben, weist denjenigen, die Angela Merkel eines zu laxen Umgangs mit den Hegemonialansprüchen des Kreml bezichtigen, ein schlechtes Erinnerungsvermögen nach. An dieser Stelle sei zudem daran erinnert, dass die ausgesprochen grausam geführten Kriege Jelzins und Putins gegen die tschetschenische Unabhängigkeitsbewegung in den Hauptstädten der NATO fast klaglos akzeptiert, wenn nicht gar wie im Falle Deutschlands, mit Aufklärungsmaterial unterstützt wurden. Auch damals zeigte sich, dass die Frage, wann das Leid einer von übermächtiger Aggression betroffenen Bevölkerung zum Politikum wird, dem jeweiligen strategischen Interesse unterworfen wird.

2009 kam es noch einmal zum Angebot gütlichen Einvernehmens durch Russland in Form des Vorschlags, einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag abzuschließen, der die NATO überflüssig gemacht hätte. Die relativ schroffe Ablehnung dieses Angebots verschärfte auch den Konflikt um die Ukraine, die der US-amerikanische Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski schon 1997 als einen geopolitischen Dreh- und Angelpunkt identifiziert hatte, der in die westliche Hemisphäre einzugliedern sei. Da gleiches für das Bestehen Moskaus darauf gilt, die ehemalige Sowjetrepublik im eigenen Einflussbereich zu belassen, zeigt um so mehr, wie relevant eine Politik der Neutralität des Landes sein könnte, so Wagner.

Anlässlich der Verhandlungen zwischen Kiew und Brüssel, ein Assoziationsabkommen mit der EU zu schließen, nahm der Konflikt in der Ukraine an Intensität zu. Kernpunkt des Abkommens war die Übernahme der Zollsysteme der EU durch die Ukraine. Das hätte es ihr unmöglich gemacht, in die Eurasische Wirtschaftsunion mit Russland einzutreten, zudem hätte ein solcher Schritt aus russischer Sicht der Aufkündigung des neutralen Status der Ukraine und einer strategischen Westverschiebung entsprechen. Die Ablehnung dieses Abkommens durch den damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch brachte schließlich die Entwicklung auf dem sogenannten Euromaidan ins Rollen, an der anfänglich auch linke Kräfte teilgenommen hatten, die jedoch von rechtsradikalen Gruppen zusehends an den Rand gedrängt wurden.

Wenn heute geltend gemacht wird, dass der aktuelle Krieg in der Ukraine schon 2014 begonnen hatte, dann betrifft dies nicht nur die kriegerische Auseinandersetzung um die separatistischen Republiken Donezk und Lugansk, der schon vor dem 24. Februar 2022 14.000 Menschen zum Opfer fielen. Zudem muss daran erinnert werden, dass die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens durch Kiew zwei Wirtschaftsräume von ganz unterschiedlichen Produktivitätsniveaus in ein Verhältnis gesetzt hätte, das einem Freibrief zur umfassenden Aneignung von Rohstoffen und Ressourcen, von Rechten und Besitztiteln durch EU-Kapitale gleichgekommen wäre.

Neue Räume für den eigenen Kapitaleexport zu erschließen, ist ein Kernanliegen der EU im Konkurrenzkampf globaler Wirtschaftsmächte, was stets zu Lasten derjenigen Menschen in den Expansionszonen geht, die schon jetzt am unteren Rand der Gesellschaft leben. Wer nicht einmal seine Arbeitskraft verkaufen kann, sondern versorgungsbedürftig ist, hat von der Kapitalisierung aller noch informell oder staatlich bewirtschafteten Sphären der Produktion und Reproduktion nur Nachteile. So werden häufig Formen der Subsistenz, die ärmeren Menschen noch gewisse Überlebensmöglichkeiten bieten, zugunsten der Marktmacht großer Akteure eingeebnet, wie die neoliberalen Radikalreformen im Osteuropa der 1990er Jahre hinlänglich belegt haben.

Russland hat zwar viel Druck ausgeübt und Geld angeboten, um die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zu verhindern,

doch im Endeffekt haben die Proteste auf dem Euromaidan und die umfassenden Interventionen westlicher Regierungen den Sturz Janukowitschs bewirkt. Zweifellos gab es viele Gründe für die Proteste, die aus den sozialen Widersprüchen der ukrainischen Gesellschaft hervorgehen, doch hat nicht zuletzt das Ringen zwischen den USA und der Bundesrepublik bei dem Versuch, über ihre jeweiligen Klienten auf dem Maidan Zugriff auf die künftige politische Entwicklung im Land zu bekommen, den sozialen Charakter des Aufstandes überformt.

Hier ließe sich darüber spekulieren, was geschehen wäre, wenn tatsächlich eine soziale Revolution stattgefunden hätte. In einem solchen Falle hätte die Macht der Oligarchen und die Überwindung von Klassenherrschaft und nicht der Anschluss des Ostens an Russland im Mittelpunkt revolutionärer Bestrebungen gestanden. Dass diejenigen Gruppen der ukrainischen Bevölkerung, die von der Unterwerfung des Landes unter die Austeritätspolitik der EU und des IWF nichts als Nachteile zu erwarten hatten, sich Unterstützung von der russischen Regierung erhofften, war auch Ergebnis der machtpolitischen Instrumentalisierung eines Sozialkampfes, den zu führen es auch im wohlhabenderen Osten der Ukraine Gründe gab. Die soziale Frage wurde durch das Bündnis der eigenen Bourgeoisie mit den Gläubigern, die die Finanzierung der Ukraine zum Hebel des neoliberalen Strukturwandels machten, und dem Machtanspruch der militanten Rechten neu gestellt. Beantwortet wurde sie von Kräften in Kiew, die dem russischen Nationalismus sein ukrainisches

Pendant entgegenstellten, das durch äußere Akteure wirksam aufmunitioniert wurde.

### **Entuferter Faschismusvorwurf**

Was die Regierungen der NATO-Staaten seit damals als illegitime russische Einflussnahme auf die Ukraine beklagen, ist das Passepartout des eigenen Schritts, die Aufkündigung der geplanten Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens durch Präsident Janukowitsch zum Anlass seines Sturzes zu machen. Die Auftritte westlicher Politiker auf dem Maidan, die fast ungeteilte Unterstützung des Aufstands in den Leitmedien der NATO-Staaten und die Nötigung der Übergangsregierung, zwecks Gewähr eines großen IWF-Kredits umfassende Strukturreformen vorzunehmen, wiesen die Handschrift einer Hegemonialpolitik auf, deren imperialistischer Charakter heute durch sein russisches Äquivalent konterkariert wird.

Insbesondere nach der Annexion der Krim tauchte schon 2014 die schlimmste aller möglichen Folgen dieses Hegemonialkonfliktes, ein offener Krieg zwischen Russland und der NATO, am Horizont auf. Schon vor nunmehr neun Jahren wurde die Person Putins zum Synonym eines Aggressors, der nur die Sprache der Gewalt versteht, schon damals waren die Stellungnahmen westlicher PolitikerInnen und JournalistInnen von einer Freund-Feind-Logik bestimmt, die der heutigen Sprachregelung nur wenig nachsteht.

Da die Etablierung einer Übergangsregierung aus faschistischen und prowestlichen Kräften für die

russische Regierung einen illegalen Putsch darstellte, betrachtete sie die durch bewaffnete Kräfte geschützte Abstimmung auf der Krim über deren weitere Zugehörigkeit zur Ukraine respektive Russland als adäquate Reaktion auf diesen Akt der Ermächtigung. Der kriegerische Konflikt zwischen Kiew und den separatistischen Republiken in der Ostukraine wurde zwar mit einem Waffenstillstand gemäß des vorläufigen Abkommens von Minsk, das einen Autonomiestatus und Wahlen für sogenannte Volksrepubliken akzeptierte, heruntergefahren, jedoch nie vollständig beendet. Heute ist bekannt, dass auch die Bundesregierung darin eher eine Strategie erkannte, die weitere Konfrontation aufzuschieben, aber nicht aufzuheben.

Auf dem ersten Gipfel der NATO nach diesem wichtigen Schritt zur Konsolidierung ihrer Hegemonie im September 2014 in Wales wurde ein signifikanter Ausbau der Schnellen Eingreiftruppe und die Schaffung einer noch schneller verlegbaren Einheit beschlossen. 2016 wurde auf dem NATO-Gipfel in Warschau die Stationierung permanenter Truppen an den Grenzen Russlands vereinbart, was einen eklatanten Bruch der NATO-Russland-Akte von 1997 darstellte. Die Rolle Deutschlands als führender strategischer Akteur in Westeuropa wurde 2018 weiter aufgewertet, indem ein Logistikzentrum in Ulm für die schnelle Verlegung von Truppen und Gütern der NATO und ihr Marinekommando für die gesamte Ostsee in Rostock eingerichtet wurde.

Mit der Aufkündigung des Intermediate Range Nuclear Forces Treaty (INF) durch die USA 2019

wurde ein zentrales Instrument der Rüstungskontrolle und Verhinderung eines Atomkrieges außer Kraft gesetzt. Der 1987 unterzeichnete Vertrag hatte die Abschaffung sämtlicher atomwaffenfähigen landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen zur Folge gehabt. Auf die US-amerikanische Bezeichnung, Russland sei vertragsbrüchig geworden, reagierte Moskau mit dem Angebot eines Moratoriums und Inspektionen zwecks Klärung des Vorwurfes, was von Washington abgelehnt wurde. Zeitgleich wurden dort Pläne zum Bau von Kurz- und Mittelstreckenraketen aktiviert, die vermutlich schon seit längerem in der Schublade lagen. Die Stationierung derartiger Raketen in Mittel- und Osteuropa oder gar der Ukraine verkürzte die Vorwarnzeiten für Russland so sehr, dass das Eintreten einer atomaren Eskalation noch wahrscheinlicher würde als ohnehin schon.

Indem Moskau im September 2021 die NATO aufforderte, die Osterweiterung des Bündnisgebietes einzustellen, den Aufbau von Militärbasen an der russischen Grenze zurückzunehmen und vor allem dort keine Angriffssysteme zu stationieren, machte der Kreml deutlich, dass er nicht gewillt sei, mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Ukraine die Möglichkeit eines atomaren Enthauptungsschlages gegen Moskau hinzunehmen. Wie der IMI-Referent ausführte, benötigten Tomahawk-Marschflugkörper von der Ukraine 35 Minuten bis Moskau, ballistische Raketen 7 bis 8 Minuten, und Hyperschallraketen könnten die russische Hauptstadt in etwa 5 Minuten erreichen. Russland seiner-

seits hat den New-START-Vertrag bis auf weiteres suspendiert und stationiert taktische Atomwaffen in Belarus, versucht also, jede Asymmetrie in der strategischen Parität durch weitere Offensivmaßnahmen auszugleichen.

Von alledem ist die Bundesrepublik schon aufgrund der nuklearen Teilhabe unmittelbar betroffen. In Wiesbaden wurde 2021 eine Multi Domain Task Force aufgebaut, die unter anderem über Hyperschallwaffen mit bis zu 2700 Kilometer Reichweite verfügt, zudem wurde das US-Kommando für Mittelstreckenraketen aktiviert, das einst für das Abfeuern von Pershing 2-Trägersystemen zuständig war. In einem Atomkrieg wären russische Atomwaffen dementsprechend auch gegen Ziele in Deutschland gerichtet.

Seit 2014 wurden die Streitkräfte der Ukraine durch MilitärausbilderInnen der NATO auf einen Angriff Russlands vorbereitet und in diesem Rahmen rüstungs- wie ausbildungstechnisch schrittweise auf NATO-Standard gebracht. Es ist zu vermuten, dass zahlreiche dazu gehörige SoldatInnen in dem verlustreichen Stellungskrieg im Osten des Landes bereits getötet oder verletzt wurden, was die Aussicht auf eine erfolgreiche Gegenoffensive der Ukraine nicht besser macht.

Jürgen Wagner ging auch auf die offiziellen Begründungen Russlands, in der Ukraine eine sogenannte Spezialoperation durchzuführen, kritisch ein. So sei das Motiv eines an Russland nahestehenden UkrainerInnen begangenen Völkermords, der eine humanitäre Intervention begründe,

schon deshalb fragwürdig, weil die Verteilung der laut UN 14.000 Kriegsoffer vor dem 24. Februar 2022 auf die Konfliktparteien erst einmal untersucht werden müsste. Das Argument eines unterstellten Genozids für eine militärische Intervention sei aber auch deshalb inakzeptabel, weil es das 1999 beim Angriff der NATO auf Jugoslawien für die Friedensbewegung ebenfalls war. Warum also sollte mit der russischen Präventivkriegthese heute anders umgegangen werden als beim Überfall der USA auf den Irak, um nur ein Beispiel zu nennen?

Zwar richte sich der Kriegsgrund einer "Entnazifizierung" der Ukraine gegen verschiedene Akteure und Ideologien in der Ukraine, jedoch hätten die faschistischen Akteure dort bei Wahlen nie relevant gepunktet. Ihre Wirkmächtigkeit bestehe in der vorhandenen Bewaffnung und der damit möglichen Einflussnahme auf politische Akteure, von einer Faschisierung des ganzen Landes könne jedoch nicht ausgegangen werden.

Hinzuzufügen wäre, dass der Kreml mit seinem Faschismusbegriff an den Großen Vaterländischen Krieg, also den Sieg über Nazideutschland, anknüpft. Gerade die Bevölkerung der Ukrainischen Sowjetrepublik hat dabei einen erheblichen Blutzoll geleistet, sie war in der Roten Armee und den Partisanenverbänden sehr präsent und hat nicht nur in faschistisch-nationalistischen Einheiten mit Wehrmacht und SS kollaboriert. Die historische Fundierung dieses exklusiven Faschismusbegriffes durch den Kreml geht einher mit einer strikten Ablehnung der sowjetischen

Staatsdoktrin und bedient sich statt dessen vor allem ethnonationalistischer wie patriarchaler Werte, kann also den Staatskommunismus, mit dem das NS-Regime den Vernichtungskrieg im Osten legitimierte, nicht als Ausgangspunkt des angeblich antifaschistischen Kampfes in der Ukraine nutzen.

Die NATO müsse sich fragen lassen, wie es zu einer Bedrohungswahrnehmung in Russland kommen konnte, die über Entscheidungen der NATO induziert wurde, deren Ausführung sich über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahre erstreckte. Wagner hält die Schlussfolgerung des Kreml nicht für akzeptabel, aber es könne auch niemand behaupten, bloßes Appeasement sei das Problem gewesen, das zum Überfall russischer Truppen auf die Ukraine geführt habe. Abschließend zu seinen Ausführungen über die Vorgeschichte des Krieges warf der Referent die Frage auf, ob die Schlussfolgerung der NATO, immer härtere Bandagen anzulegen,

nicht genau das hervorgebracht habe, was damit angeblich verhindert werden sollte.

### Heiße Grenze vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer

So nimmt die NATO den Krieg ihrerseits zum Anlass, Russland auf dem Gipfel in Madrid im Juni 2022 ganz offiziell zur größten Bedrohung für die Militärallianz zu erklären. Mit dem Beitritt Finnlands und voraussichtlich Schwedens verdoppelt sich die Länge der Grenze des Bündnisgebietes zu Russland, was die Gefahr nicht geplanter Kollisionen mit entsprechendem Eskalationspotential erhöht. Russland wird genötigt, die Grenze zu Finnland mit zusätzlichen Truppen abzusichern, zumal auf der nahegelegenen Kola-Halbinsel zahlreiche Atomwaffen und im Hafen Murmansk die als Abschussbasen fungierenden U-Boote konzentriert sind.

Die Ostsee wird durch die NATO-Mitgliedschaft Finnlands und

Schwedens praktisch zum Hoheitsgebiet der Militärallianz, während Russland mit Kaliningrad und St. Petersburg nur noch einen kleinen Zugang zu dem nordeuropäischen Binnenmeer hat. Auch hier sind Konflikte vorprogrammiert, das gilt insbesondere für den Transferkorridor zwischen Russland und seiner Exklave Kaliningrad. Das ehemalige Randmeer wird damit zu einer der am meisten militarisierten und konfliktrichtigsten Regionen der Welt, was eine wichtige Rolle bei den Aufrüstungsplänen der Bundesregierung spielt. Sie ist denn auch in erster Reihe daran beteiligt, die ehrgeizigen Pläne der NATO zur Aufstellung schnell verlegbarer Einsatzkräfte in nie dagewesenem Umfang durch die Bereitstellung von Personal und Waffen zu ermöglichen.

So wird sich künftig eine heiße Grenze vom Nordpolarmeer bis zum Schwarzen Meer quer durch Europa ziehen. Deutschland ist kein Frontstaat mehr, während der Nachfolger Polen noch ehr-



Quelle: IMI / Arno Neuber

geizigere Aufrüstungspläne verfolgt als die Bundesrepublik. Deren Gesellschaft wird in einem Ausmaß militarisiert werden, der gegenüber selbst die Hochzeiten des Kalten Krieges verblassen. Die Schaffung eines kriegsbereiten Hinterlandes und einer wehrbereiten Bevölkerung setzt auch eine Transformation in der ideologischen Zurichtung und militärraffinen Vergesellschaftung der Menschen voraus, die sich im Schwarz-Weiß-Duktus aktueller Gesinnungskonditionierung bereits abzeichnet.

### Im Aufwind imperialistischer Ambitionen

Dennoch ist dieser Krieg nicht, wie das vielzitierte Schlagwort "Zeitenwende" nahelegt, der originäre Anlass eines quantitativen wie qualitativen Sprungs zur Aufrüstung und Militarisierung Deutschlands. Dieser ist spätestens seit 2013 in Arbeit, als die regierungsnahen Think Tanks Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund (GMF) Empfehlungen zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik unter dem Titel "Neue Macht - Neue Verantwortung" veröffentlichten. Schon damals hieß es unter Verweis auf die vielen Vorteile, die der Bundesrepublik ökonomisch aus der Globalisierung erwachsen:

*Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. [2]*

In diesem Kontext kann die Bedeutung der Ukraine für die deutsche Weltmachtspolitik kaum überschätzt werden, wie der IMI-Aktivist schon vor neun Jahren ausführte. Dementsprechend ist Jürgen Wagner nicht der Auffassung, dass Deutschland alleine von den USA am Nasenring über das internationale Parkett geführt werde und keinerlei eigene geostrategischen Ambitionen hätte, wie etwa die Konkurrenz mit den USA um die Frage danach, wer die neue Übergangsregierung nach dem Putsch 2014 in Kiew bildet, dokumentiere.

Deutschland habe eigene machtpolitische Interessen, aber auf einer höheren Ebene sei man sich darüber einig, sich in einem fundamentalen Systemkonflikt mit China und Russland zu befinden. Das habe unter anderem mit unterschiedlichen Ordnungskonzepten zu tun wie etwa demjenigen, dass das Kapital in Deutschland und den USA nach wie vor auf einen stark finanzmarktgetriebenen neoliberalen Weltmarkt setze, während das staatskapitalistische China anderen Konzepten folge, die insbesondere den Konflikt mit den USA anheizen.

Wenn insbesondere PolitikerInnen der Grünen darin einen globalen Kampf zwischen demokratischen und autokratischen Staaten zu erkennen meinen und sich für eine "regelbasierte Weltordnung" stark machen, dann ist das lediglich der ideologische Schaum, mit dem das Publikum eingeseift wird, um das Bündnis mit den USA auch wertetechnisch legitimieren zu können. Dass es sich bei den dabei bemühten Regeln um höchst selektive Kriterien einer wertemodifizierten Inter-

essenpolitik handelt und die vor allem über die NATO vermittelte Allianz mit den USA keinen Bestand hätte, wenn es sich bei diesen nicht um den am schwersten bewaffneten Staat auf dem Planeten handelte, ist unschwer daran zu erkennen, dass in Sachen Krieg, Bündnispolitik und Menschenrechte stets mit zweierlei Maß gemessen wird.

So steuern die NATO-Staaten ausgehend vom Ukrainekrieg auf eine längerfristige Konfliktkonstellation zu, in der die Konkurrenz zwischen den USA und China die zentrale Achse wirtschaftlicher wie militärischer Konfrontationen ist. Die SPD entspricht dieser Entwicklung mit einem geostrategischen Entwurf des Parteivorstands, der im September in das Parteiprogramm einfließen soll. Darin werden die ideologischen Grundlagen des Systemkonflikts und der Großmacht Konkurrenz mit China auch für Deutschland anerkannt, was entsprechende Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik haben soll.

### Sportiv mit Schach und Pingpong

Die von Jürgen Wagner so detailliert, wie es in einem Vortrag möglich ist, ausgeführte Vorgeschichte des Krieges bürdet den Regierungen der NATO eine Mitverantwortung für seinen Ausbruch auf. Dass diese in den Agenturen westlicher Meinungsbildung ignoriert, wenn nicht offen gelehrt wird, kann zumindest dann nicht erstaunen, wenn die These, in der Ukraine werde ein Stellvertreterkrieg zwischen NATO und Russland ausgefocht-

ten, zutrifft. Dementsprechend ist für den IMI-Referenten das Eingeständnis, dass auch der Westen Fehler begangen hat, indem er Russland bei der Etablierung einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur in Europa nicht entgegengekommen ist, eine Minimalbedingung dafür, aus dieser Konfliktkonstellation halbwegs unbeschadet wieder herauszukommen.

Angesichts der in den bürgerlichen Leitmedien und den meisten der im Bundestag vertretenen Parteien doktrinär vertretenen Unterstellung, bei der These von einem Stellvertreterkrieg handle es sich um eine Art Verschwörungsmythos, sei hier noch die Stellungnahme des CIA-Direktors William Burns angeführt. Dieser hatte in seiner Zeit als US-Botschafter in Moskau kurz vor dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 seine Regierung davor gewarnt, dass ein Beitritt der Ukraine zur NATO die "rötteste aller roten Linien" für die russische Führung bilde und er noch niemanden unter den zahlreichen Gesprächspartnern in Moskau gefunden habe, der die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht als "direkte Herausforderung russischer Interessen" bewertet hätte [3].

Selbst der US-Geopolitiker Zbigniew Brzezinski, dem die vorrangige Bedeutung der Ukraine für die Beherrschung des eurasischen Kontinents und damit der Hegemonialstellung Russlands eine zentrale Achse seiner geostrategischen Analysen war, vertrat in seinen letzten Schriften eine das Land integrierende Bündnispolitik und plädierte nach der Annexion der Krim durch Russland 2014, die er scharf verurteilte, dennoch für eine Zusicherung

an die Adresse Moskaus, dass die Ukraine nicht der NATO beitreten werde [4].

Mitte Mai haben 14 Ex-Offiziere und Sicherheitsexperten in einer Erklärung des Eisenhower Media Networks die Mitverantwortung der NATO und USA für die Entstehung und Fortdauer des Krieges in der Ukraine dokumentiert und eine schnelle diplomatische Beendigung des Konflikts gefordert [5]. Zur Mäßigung aufrufende und die eigene Kriegspolitik kritisierende Stimmen sind in Washington durchaus häufiger zu vernehmen als etwa in Berlin, das nicht nur aus zu begrüßenden Motiven heraus, sondern auch aufgrund der strategischen Ausrichtung der US-Hegemonialpolitik auf China, das von einem tiefen Bruch zwischen Russland und dem Westen insbesondere militärisch profitieren könnte.

Inwiefern die Vorgeschichte des Krieges zum monokausalen Deutungsmuster wird oder andere Motive für den Überfall auf die Ukraine herangezogen werden, liegt im Auge der BetrachterIn. So könnte ihr Startpunkt auch weiter in die Vergangenheit verlagert werden, wenn etwa slawophobe und eurozentrische Motive, die Feindseligkeit gegenüber "Russen", von denen in der BRD stets die abwertende Rede war, wenn die viele Ethnien umfassende Sowjetunion gemeint war, oder die traditionelle Orientierung des deutschen Imperialismus nach Südosteuropa im allgemeinen und in Richtung Ukraine im besonderen in Rechnung gestellt werden. Auch ist die geopolitische Konstellation, die zum Ersten Weltkrieg geführt hat, und deren komplexe Weiterentwick-

lung, in diesem Fall analysiert von Gille Dauvé [6], für die historische Tiefendimension dieses Krieges von Interesse.

Ohnehin beschönigt das Konzept "Sicherheit" das prinzipiell auf Aus- und Einschließung basierende Verhältnis von Staaten zueinander, andernfalls bedürfte es keiner durch militärische Gewaltmittel armer Grenzen und keiner Streitkräfte, die für den Ernstfall des Bruches vereinbarter Regeln bereitstehen. "Sicherheit" soll die Geschäftsordnung einer Weltwirtschaft garantieren, in der das finanzielle Gewicht der transnationalen Kapitale und ihrer staatlichen Durchsetzung das gegenseitige Kräfteverhältnis bestimmen.

### **Krieg als Fortsetzung des Geschäftsverkehrs mit anderen Mitteln**

Russland als vor allem auf Rohstoffrente basierende Ökonomie war und ist gegenüber dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus des Westens benachteiligt, was seine Führung erst recht dazu veranlasst hat, einen Platz am Tisch der führenden Wirtschaftsmächte zu verlangen. Als nachholender Imperialismus zu versuchen, industriepolitische, innovationstechnische und sozialökonomische Defizite militärisch zu kompensieren, liegt nahe, insbesondere angesichts gesellschaftlicher Unwuchten, die im Spannungsfeld zwischen äußerer Expansion und inneren Verteilungskämpfen nationalistische und kulturalistische Identitäten hervorbringen. Werden die besonders im Fokus stehenden liberalen Geschlechterverhältnisse als

Feindbild der globalen Rechten bedient, dann zeigt sich, dass das in diesem Kontext häufig fallende Schlagwort "Identitätspolitik" vor allem dort auf fruchtbaren Boden fällt, wo mit nationalchauvinistischen, patriarchalen und rassistischen Identitäten die Saat des Hasses ausgebracht wird.

Wenn der Kreml vor der eigenen Bevölkerung eine Aggression der NATO geltend macht, dann legitimiert er damit einen Krieg, der nur dann alternativlos erscheinen kann, wenn interimperialistische Konkurrenz zum unhintergehbaren Sachzwang erhoben wird. Den Krieg mit Sicherheitsinteressen zu begründen, geht zu Lasten der Unsicherheit auf der Seite der Angegriffenen, die in die Zerstörung ihres Gemeinwesens und eine noch mehr als zuvor gegebene Abhängigkeit von dritten Akteuren mündet. Wenn Äußerungen des russischen Präsidenten zu den Territorialansprüchen seines Landes, eines Krieges gegen den Faschismus in der Ukraine und des kulturalistischen Imperativs notwendiger Verteidigung gegen westliche Dekadenz ernst genommen werden, dann kann das den aggressiven Charakter seines Vorgehens gegen die Ukraine nicht entschuldigen.

Das mindert nicht die Verantwortung der NATO-Staaten für die lange zuvor in Gang gesetzte Eskalationsdynamik, legt aber auch die strukturelle Verwandtschaft der Motive aller offen, die die Ukraine zum Schlachtfeld ihrer Interessen auserkoren haben. Während die Bevölkerung der Ukraine als Bauernopfer und Spielball in einer geopolitischen Konfliktkonstellation mißbraucht wird, weist das Kriegsgeschehens

weit über seinen territorialen Radius hinaus und birgt damit erhebliche Risiken für alle Beteiligten. Die Entgrenzung vorgegeblicher Kriegsgründe und der konstitutiven Logik ultimativer Zerstörung wird in einem Gespräch mit Peter Decker erhellt [7].

Inzwischen nimmt selbst der Bundeskanzler das lange verfilmte Wort "Imperialismus" in den Mund, allerdings nur, wenn es um Russland geht. Einen deutschen Imperialismus scheint es für die Bundesregierung ebensowenig zu geben wie einen der USA, dabei lässt sich dieser Begriff gerade auf die von der westlichen Wertegemeinschaft in Anspruch genommene Definitionsmacht anwenden. In einer Welt, wo alle Territorien verteilt und der Zugriff auf Naturressourcen in nationaler Hoheit oder unter vertraglichen Bedingungen erfolgt, steht der Kampfbegriff der antiimperialistischen Linken weniger für expansive Raubstrategien als ein transnationales Ordnungssystem, in dem mit Geld bezahlt und mit Rechtsansprüchen Kapitalverwertung betrieben wird. Die "regelbasierte Ordnung", auf die die Bundesregierung die Legitimation ihres Interventionismus gründet, bietet in der Widersprüchlichkeit ihrer Anwendung ein gutes Beispiel dafür, dass ein auf andere Staaten und Gesellschaften übergreifender Ordnungsanspruch stets selektiv justierte Herrschaftsinteressen spiegelt.

Russland hat sich nicht minder als andere Akteure der internationalen Arbeitsteilung im weltweiten Geschäft als zuverlässig und berechenbar erwiesen. Zugleich nimmt es als Atommacht den Anspruch wahr, seine Geschäftsinteressen,

nicht anders als die führenden NATO-Staaten, auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Um so mehr scheint die Gefahr, dass Russland und China etwa im Rahmen der Eurasischen Union eigene Wege gehen und in absehbarer Zeit den Führungsanspruch der USA und EU in Frage stellen, mit einer gedeihlichen Geschäftsordnung unvereinbar zu sein. Für Washington gibt es erklärtermaßen kein Land, das mit den USA auf Augenhöhe agieren darf, also auch keinen Anspruch auf die Durchsetzung von Einflussphären, die nicht von der NATO verfügt werden, erheben kann.

Hier geht es um schlichte Staatenkonkurrenz unter im Grundsatz Gleichgesinnten, denn eine Differenz in Sachen Gesellschaftsdoktrin wie zu Zeiten der Sowjetunion liegt nicht mehr vor. Was die kapitalistische Bewirtschaftung der eigenen Bevölkerung und ihre autoritäre Zurichtung auf widerspruchslöse Verfügbarkeit betrifft, war Russland ein ebenso zuverlässiger Akteur wie viele andere Bündnispartner des Westens auch. Ein Blick auf die soziale Dynamik, die das Land seit dem Ende der Sowjetunion bestimmt, verrät zudem, dass es zur Erklärung expansiver Hegemonialbestrebungen Moskaus auch Gründe gibt, die in den postsowjetischen Verteilungskämpfen und Klassenkonflikten verankert sind, wie Felix Jaitner ausführt [8].

### **Ruinenbaumeister im Schaffenswahn**

So lange die Regierungen der NATO-Staaten fast einhellig die militärische Erzwingung eines



vollständigen Rückzug Russlands aus den seit 2014 annektierten Gebieten propagieren, ist die Tragfähigkeit dieses Risikos offensichtlich nicht erschöpft. Diverse Äußerungen des politischen Spitzenpersonals in Berlin darüber, dass sich Deutschland mit Russland im Krieg befinde, dass es darum gehe, Russland zu ruinieren, dass Russland so geschwächt werden müsse, dass es niemals wieder zu einem solchen Angriffskrieg in der Lage wäre, untermauern die These des Stellvertreterkrieges ebenso wie die Behauptung, in der Ukraine würden die Werte der westlichen Wertegemeinschaft verteidigt.

Indem die NATO sich vorerst auf die ökonomische Kriegführung gegen Russland verlegt hat und diese durch immer neue Sanktionspakete weiter qualifiziert, indem sie die Ukraine nicht nur mit Waffen versorgt, sondern seit 2014 auf diesen Krieg vorbereitet und dabei die strukturellen Grundlagen für einen NATO-Beitritt gelegt hat, indem sie Tausende von ukrainischen SoldatInnen auf dem Gebiet der Militärallianz an den zu liefernden Waffensystemen ausbildet, indem sie die ukrainische Militärführung mit detaillierten Aufklärungsdaten versorgt, testet die NATO systematisch die roten Linien aus, deren Überschreiten den Kreml zu direkten militärischen Maßnahmen gegen NATO-Einheiten oder auf NATO-Territorium veranlassen könnte.

Dass die roten Linien Moskaus in der deutschen Debatte über Waffenlieferungen praktisch keine Rolle mehr spielen, wie die DfK-Korrespondentin Gesine Dornblüth in einer Diskussionssen-



*Am Eingang zum Militärflugplatz Jagel  
"Bevor ich im großen Schlaf versinke,  
möchte ich den Schrei des Schmetterlings hören"*

*The Doors - When The Music's Over*

*Foto: © 2019 by Schattenblick*

derung des Deutschlandfunks am 17. Mai erfreut feststellte, sondern nurmehr die sinnvolle Verteilung militärischer Ressourcen unter den NATO-Staaten zur Debatte stände, sorgt für die erforderliche Beinfreiheit des deutschen Imperialismus. Der in dieser Runde anwesende CDU-Politiker Roderich Kiesewetter freute sich seinerseits darüber, dass es endlich mit der deutschen Zurückhaltung vorbei sei, die Russland die Möglichkeit zur weiteren Eskalation gegeben habe. Nur wenige Tage später trat er mit der Forderung an die Öffentlichkeit, der Ukraine Marschflugkörper vom Typ Taurus mit einer Reichweite von bis zu 500 Kilometern zu liefern.

Die unter westlichen MilitärstrategInnen diskutierte Möglichkeit, im Kreml durch einen Abnutzungskrieg in der Ukraine und langfristig wirkende Wirtschaftssanktionen einen Regimewechsel

herbeizuführen oder gar die territoriale Einheit der Russischen Föderation auf secessionistische Weise zu zerschlagen, verweist ebenfalls auf die übergeordneten Beweggründe dieses Krieges. Die Russische Föderation war stets zu groß und zu schwer bewaffnet, um so fugenlos wie die Transformationsstaaten Mitteleuropas integriert zu werden. Sie hat sich als Gravitationszentrum eigener Art dem Drängen der EU auf erweiterten wirtschaftlichen Zugang und der hegemonialen Ostexpansion insbesondere Deutschlands in den Weg gestellt. Im geostrategischen Kräfteparallelogramm wäre der Staat mit der größten Landmasse der Erde stets ein Akteur geblieben, der maßgeblichen Einfluss auf eine wie auch immer geartete Weltordnung genommen hätte, als deren Führungsmacht bislang die USA gelten.

Indem die Ukraine als ehemaliges Mitglied der Sowjetunion auf je-

der Ebene umfassende Verbindungen zu Russland unterhalten hat, empfiehlt sie sich geradezu als Vorfeldakteur der NATO mit eigenständiger nationaler Agenda in zugleich vollständiger ökonomischer und militärischer Abhängigkeit von der westlichen Wertegemeinschaft. Wenn etwas den Willen zu nationaler Unabhängigkeit dort befeuert, dann der Angriff Russlands, der zumindest in der vorgeblichen Annahme, dort auf viele FreundInnen zu stoßen, schon in den ersten Kriegswochen gescheitert ist. Die immer wieder zu vernehmende und von JournalistInnen vor Ort glaubwürdig berichtete Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, für den Kampf gegen die Invasoren das eigene Leben zu riskieren, legt beredtes Zeugnis davon ab, dass sich die These, die Menschen scharten sich im Falle einer äußeren Aggression um die eigene Flagge, auch in der Ukraine bewahrheitet.

Darüber nachzudenken, wer im unwahrscheinlichen Fall eines Sieges, wie er in den Hauptstädten der NATO propagiert wird, über das Leben der UkrainerInnen verfügt, wie die Eigentumsverhältnisse nach dem Krieg sortiert werden und wer sich politisch durchsetzt, scheint belanglos zu sein. In einer Situation, wo kriegsunwillige Männer zwangsrekrutiert werden, wenn sie nicht über die grüne Grenze fliehen, wo missliebige Parteien verboten werden und wo ideologisch mit einer an faschistische Traditionen anknüpfenden Staatsdoktrin aufmunitioniert wird, ist es schwer, für zivilen Widerstand zu mobilisieren. Gleiches gilt für Russland, wo mitunter drakonische Strafen über KriegsgegnerInnen wie regierungskritische

JournalistInnen verhängt werden, während die massenmediale Zurichtung der Bevölkerung von unerwünschten Zwischentönen bereinigt wird. Der russische Sozialist Boris Kargalitzky jedenfalls bittet seine GenossInnen im Westen angesichts kafkaesker Maßnahmen der Strafverfolgung kriegskritischer Menschen in Russland, dessen Regierung nicht weiter durch beschwichtigende und ambituöse Stellungnahmen zu unterstützen [9].

### **Soziale Opposition im Mehrfrontenkrieg**

Wie destruktiv sich der Krieg auf die gesellschaftlichen Bedingungen in Russland wie der Ukraine auswirkt, wird im Furor der Mobilisierung für einen Sieg der Ukraine und damit NATO erst recht nicht bedacht. Oppositionelle haben es auch in der Ukraine schwer, politische Repression gesellt sich zu einer neoliberalen Marktdoktrin, die nur die Zwecke der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft und nicht die Interessen der durch sie verfügbaren Menschen kennt. Die Verschärfung der sozialen Notlagen in Russland wie der Ukraine wird in beiden Fällen mit populistischen Botschaften dem jeweiligen Feind zur Last gelegt, dessen kollektive Dämonisierung die Grundlagen für weitere Kriege legt. Darüber mehr erfahren zu wollen heißt auch hierzulande, die simple Schwarz-Weiß-Zeichnung deutschnationaler Interessenpolitik zu verwerfen und Gewaltverhältnisse fundamentaler Art in den Blick zu nehmen. Zu diesem Zweck sehr empfehlenswert ist ein mehrstündiges Gespräch, das Thilo Jung mit dem ukrainischen Kulturwissenschaft-

ler Roman Dubasevych geführt hat [10].

In Zeiten populistischer Regression nicht weiter erstaunlich ist denn auch die auf Dauer gestellte Niederlage emanzipatorischer und sozialrevolutionärer Kräfte. Wo diese nicht verstehen, sich als dritte Kraft gegen alle Kriegsparteien und herrschaftliche Gewalt zu formieren, ist deren Unterwerfung unter die Interessen von Staat und Kapital selbstverständliche Folge von Ausnahmezustand und Kriegsrecht. Sind diese Maßnahmen auch im Kern gegen jede Opposition gerichtet, die nicht fürs Vaterland sterben und die GenossInnen auf der anderen Seite umbringen möchte, so bedarf es ihrer angesichts der Schwäche als links ausgewiesener Bewegungen im Herzen der Bestie kaum noch.

Dass die Opposition gegen den Krieg und die Herrschaft des Kapitals in Russland wie der Ukraine dennoch nach Kräften unten gehalten wird, belegt, dass der Funke des Aufbegehrens noch nicht gänzlich erloschen zu sein scheint. Durch die schiere Grausamkeit der Verhältnisse vielleicht noch einmal entfacht, rechtfertigt offenkundig die vage Möglichkeit, dass sich soziale Opposition formieren könnte, deren rigorose Elimination. Dies im übrigen im Einklang mit den PredigerInnen liberaler Freiheitsrechte, denen ukrainische wie russische Deserteure ebenso wenig zu pass kommen wie eine soziale Bewegung, die nicht nur den Krieg beenden, sondern auch die Herrschaft kapitalistischer und patriarchaler Hegemonie von welcher Seite aus auch immer überwinden will.

Staatsakteure fallen Befreiungsbewegungen regelmäßig in den Rücken, wie auch die internationale Aufwertung des Irans durch Russland und Saudi-Arabien zeigt. Dass die soziale Opposition dort regelrecht ermordet wird - 256 vollstreckte Todesurteile allein dieses Jahr -, ruft in der EU kaum noch Kritik hervor, befürchten deren Regierungen doch, Teheran an Moskau zu verlieren. So erschweren die Brüche und Widersprüche in den Gesellschaften der Kriegsparteien die Möglichkeit eines dauerhaften Friedens um ein weiteres, wie der russische, in den USA lehrende Historiker Gregory Afinogenov herausgearbeitet hat [11].

Dabei lädt, überspitzt gesagt, gerade die Freiheitsrhetorik der NATO-Regierungen dazu ein, den sozialen Widerstand gegen den Krieg aufzubauen, ohne gleich für Jahre hinter Gittern zu verschwinden, wenn die Rechtsstaatsrhetorik hält, was sie verspricht. So könnten die Bevölkerungen derjenigen Staaten, deren Regierungen die Aufrechterhaltung des Krieges durch Waffenlieferungen an Kiew besorgen, massenhaft Einspruch gegen diese Politik erheben. Sie könnten dafür eintreten, die Kriegsmittel zivil umzudeklarierten, anstatt die Sozialbudgets zusammenzustreichen, sie könnten umfassende humanitäre Hilfe für die UkrainerInnen und einen Schuldenschnitt verlangen, um die erhebliche Belastung des Landes durch Forderungen westlicher Banken zu lindern. Sie könnten sich fragen, ob die von vielen StrategInnen der NATO prognostizierte lange Dauer des Krieges den Blutzoll wert ist, den die ukrainische Bevölkerung leisten muss in Vertei-

digung nicht nur ihrer nationalen Souveränität, sondern auch der westlichen Werte und Interessen, für die sie sterben. Sie könnten fragen, ob der Preis einer inflationären Entwertung ihrer Vermögen, einer Verschlechterung ihrer sozialen Lage, einer möglichen Gefährdung ihres Lebens durch einen Kriegseintritt der NATO und die weitere Verschlimmerung der Klimakatastrophe durch die dadurch ausbleibenden Gegenmaßnahmen nicht zu hoch sei, um eine Konsolidierung des Ordnungsgefüges zu bewirken, das vom Führungsanspruch der USA und EU in globalen Angelegenheiten bestimmt wird.

tive Vormachtstellung im Weltwirtschaftssystem stützen, doch gerade weil diese seit der Pandemie verstärkt in Frage gestellt wird, sollen potentielle KonkurrentInnen in die Schranken gewiesen werden. Dass in Moskau vergleichbare Motive den Ton angeben und der Angriff auf die Ukraine nicht notwendig gewesen wäre, wenn der eigene Anspruch auf imperialistische Bewirtschaftung der Welt weniger aggressiv vertreten würde, gibt um so mehr Anlass darüber nachzudenken, wie sich die Bevölkerungen frei machen können von jeglicher Art gewaltgestützter Herrschaft.



Quelle: IMI / Arno Neuber

In diesem Krieg vor allem das Ausfechten konträrer Interessen zwischen NATO und Russland zu erkennen, gilt für weite Teile des Globalen Südens. Dort hat die moralische Selbstherrlichkeit von Staaten, deren Kolonialherrschaft und imperialistische Politik das Leben von Millionen zur Hölle gemacht hat und die wesentlich für den Ökozid in ihren Ländern verantwortlich zeichnen, zu starker Zurückhaltung bei der Durchsetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland geführt. Zwar können sich die USA, EU und Japan noch auf ihre rela-

### Antimilitarismus als Grundlinie des Protestes

Opposition gegen den Krieg ohne fundamentale Kritik an den die Welt beherrschenden Verhältnissen läuft denn auch Gefahr, von der einen oder anderen Kriegspartei instrumentalisiert zu werden. So stand bei der Großdemonstration des von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierten Manifests für den Frieden am 25. Februar in Berlin auch der erstunterzeichnende Ex-General Erich Vad mit auf der Bühne. Der als Gruppenleiter im Re-

ferat Aussen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Kanzleramt Angela Merkels tätig gewesene Offizier hat in einem Beitrag für das an der Harvard Kennedy School angesiedelte Portal Russia Matters am 20. April [12] umfassend begründet, warum die Aufrüstung der Bundeswehr im Angesichte des Ukrainekriegs zu langsam vonstatten gehe und auch mit einem zusätzlich zu dem jährlich ansteigenden Verteidigungshaushalt ausgewiesenen Sondervermögen von 100 Milliarden Euro unterfinanziert sei.

Vad mahnt die Entsendung von mehr deutschen Truppen nach Osteuropa an, wozu künftig wohl auch die Ukraine zumindest bei der Stationierung von Waffen und Material gehöre, er spricht sich für die fortgesetzte Inanspruchnahme US-amerikanischer Atomwaffen und anderer militärischer High-Tech-Entwicklungen und Fähigkeiten dieses kriegserprobten Staates aus. Damit liegt er etwa auf der Linie der Forderungen, die am 3. April in der zur besten Sendezeit in der ARD ausgestrahlten Dokumentation "Können wir Krieg?" von einer Riege ausgesprochener BefürworterInnen deutscher Kriegsbereitschaft erhoben wurden. Die schon im Titel der Sendung vorgenommene kollektive Vereinnahmung "wir" und die Ausrichtung der Frage auf das "können" ging in "Deutschlandgeschwindigkeit" über all jene hinweg, die vielleicht erst einmal fragten "Wollen wir Krieg?"

Dem liegt die Unterstellung zugrunde, dass ein Russland, das im Rahmen postsowjetischer Hegemonialsicherung und geostrategischer Raumkontrolle ein anderes einst der Sowjetunion angehören-

des Land überfällt, nicht minder als die Sowjetunion vorhabe, schnurstracks zum Atlantik zu marschieren. Dass es zuletzt Deutschland war, das die Sowjetunion in einem epochalen Vernichtungskrieg überfallen hat, erscheint vor diesem Drohbild als vernachlässigbare Fußnote der Geschichte. Wenn die Konfrontation zwischen NATO und Russland nicht mehr den Umweg über die Ukraine nehmen sollte, belegte das nicht die Stichhaltigkeit der Mutmaßung, Russland sei auf Expansion auf NATO-Territorium aus. Da eine solche Entwicklung eine schnelle Eskalation hin zu einem atomaren Abtausch wahrscheinlicher machte, hätten beide Seiten an einer dann möglicherweise unumkehrbaren Katastrophe gekocht.

Eine Friedensbewegung, die vor allem das nationale Wohl im Sinne hat, kann angesichts dessen, dass die SachwalterInnen imperialistischer Stärke nichts anderes tun, nur sehr bedingt Wirkung entfalten. Da das Gros einer Antikriegsbewegung, die zuletzt vor 20 Jahren im Protest gegen den Irakkrieg nennenswert in Erscheinung getreten ist, heute die militärische Neuordnung Europas für eine Art Befreiungskampf zu halten scheint, und prinzipieller Antimilitarismus als politische Position kaum noch vertreten wird, repräsentiert die Großdemonstration am 25. Februar in Berlin all

***Unsere Körper brechen  
und das Blut, es fließt und fließt,  
aber wir sitzen hier und tauschen Zahlen aus.  
Es ist eine Schande  
meine Hand tötet und tötet.  
Das muss einmal zu Ende sein.***

*Low - Breaker (in freier Übersetzung der Schattenblick-Redaktion) [14]*

diejenigen, die sich diesen Positionen nicht anschließen, aber ihrem Unwillen an der deutschen Kriegspolitik Ausdruck verleihen wollen. Anstatt die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht unter Gesinnungsverdacht zu stellen, wäre es produktiver für die Kampfkraft einer breiten Gegenbewegung, die Grundlagen ihres Aufrufs zur Formierung einer Friedensbewegung vor dem Hintergrund ihres Eintretens für die Herrschaft von Staat, Nation und Kapital genauer zu untersuchen und demgegenüber die eigene Position zu bestimmen [13].

Antimilitaristischer Protest, der den Frieden der Paläste ebenso angreift wie den Krieg der Hütten zu beenden trachtet, findet in einigen kleinen Initiativen statt. Zu erwähnen sind hier vor allem das Bündnis Rheinmetall Entwaffnen und die unter dem Dach der Transnational Social Strike Plattform organisierte Permanent Assembly against the War, in der sich auch viele vom Krieg betroffene AktivistInnen in Osteuropa organisiert haben. Es wirkt zwar nicht so, als könne hier noch ein Widerstand entfaltet werden, der die Katastrophe des Krieges in die Schranken weist, aber aufzugeben ist ebensowenig eine Option, als auf die nicht minder ohnmächtigen Versuche zu verzichten, auf anderen Feldern gesellschaftlicher Machtausübung eine missliebige Position zu beziehen.

**Anmerkungen:**

[1] <https://www.imi-online.de>

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/imi-598.html>

[3] <https://theconversation.com/ukraine-war-follows-decades-of-warnings-that-nato-expansion-into-eastern-europe-could-provoke-russia-177999>

[4] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0152.html>

[5] <https://eisenhowermedianetwork.org/russia-ukraine-war-peace/>

[6] <https://non.copyriot.com/peace-is-war/>

[7] [https://www.youtube.com/watch?v=MsGo3mnC0\\_w](https://www.youtube.com/watch?v=MsGo3mnC0_w)

[8] <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i208.2007>

[9] <https://russiandissent.substack.com/p/a-very-simple-request>

[10] <https://www.youtube.com/watch?v=g34nNyrTSF4&t=428s>

[11] <https://jacobin.com/2023/02/peace-ukraine-war-invasion-one-year-putin-zelensky>

[12] <https://www.russiamatters.org/analysis/ukraine-war-compels-bundeswehr-refocus-and-rebuild-too-slow-pace-0>

[13] <https://gegen-kapital-und-nation.org/von-lenin-zu-lucke-ein-buch-und-seine-weltanschauung/>

[14] <https://www.youtube.com/watch?v=DMhRCbzPm0>

## Krieg im Osten - globale Konsequenzen ...

### Jürgen Wagner im Gespräch

*Gespräch am 23. März 2023*



*"Inzwischen besteht ein relativ klarer Fahrplan bis 2025 zur Bildung von Strukturen für autonome Militäreinsätze der EU in Brigadestärke ohne die USA."*

*Foto: © 2023 by Schattenblick*

(SB) 30. Mai 2023 - Die Fronten verhärten sich, nicht nur unmittelbar auf dem Kriegsschauplatz in der Ukraine. Auch in der gesellschaftlichen Reflektion des aktuellen Kampfgeschehens, seiner geschichtlichen Herkünfte und der beteiligten Interessen wird zunehmend polarisiert. Wie Jürgen Wagner, Geschäftsführer von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. in einem Interview mit dem Schattenblick berichtete, hatte seine Organisation allerdings den Angriff Russlands auf die Ukraine von Anfang an verurteilt, zugleich aber die Mitverantwortung des Westens nicht unerwähnt gelassen.

Das Gespräch mit Wagner fand am 23. März 2023 in Heide statt, einen Tag nach seinem Vortrag im Bürgerhaus Heide zum Thema "Im Krieg mit Russland - Zur Geschichte des Russland-Ukraine-Konfliktes". Dazu hatte die Organisation attac Dithmarschen eingeladen. Gut drei Monate sind seit dem Treffen vergangen, und doch müssen an der Relevanz der Ausführungen des Interviewpartners keinerlei Abstriche gemacht werden.

Schattenblick (SB): Einerseits hat die NATO ihre Zusage, sich nicht nach Osten auszudehnen, wiederholt gebrochen. Andererseits ist

zu hinterfragen, ob Russland als der mit Abstand flächengrößte Staat der Erde erst dann sicher ist, wenn er sich noch mehr Territorium einverleibt. Welche andere Möglichkeit der Reaktion auf die NATO-Osterweiterung hätte Russland gehabt, als ausgerechnet einen Krieg gegen die Ukraine anzufangen?

Jürgen Wagner (JW): Sehr viele Optionen hatte es in der Situation nicht. Dennoch darf ein Angriffskrieg aus verschiedensten Gründen keine Option sein. Russland hätte noch stärker darauf pochen können, dass die Dinge, die besprochen worden waren, auch eingehalten werden. Am Ende läuft es auf die Frage hinaus, ob das, was von russischer Seite mit Verweis auf die Maßnahmen des Westens behauptet wurde, nämlich dass ein Angriff der NATO bevorstand, zu dem Zeitpunkt eine realistische Option war oder nicht. Wenn ja, war es aus russischer Sicht gerechtfertigt, massive Maßnahmen zu ergreifen. Doch diese Einschätzung kann ich nicht teilen.

SB: Aus welchen Gründen nicht?

JW: Beispielsweise weil Wladimir Putin in seiner Rede am 21. Februar 2022 zur Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken argumentiert hatte, dass in der Ukraine Kurz- und Mittelstreckenraketen stationiert werden würden. Nun verhält es sich aber so, dass die NATO durchaus die Möglichkeit gehabt hätte, diese Waffen zum Beispiel in Polen zu stationieren. Dort hätte man sie mit Kussband genommen. Das gleiche gilt für Litauen. Aus russischer Sicht wären also die strategischen Probleme dieselben ge-

blieben, selbst wenn es die Ukraine eingenommen hätte.

Die Bedrohung, die mit diesen Kurz- und Mittelstreckenraketen im Raum stand und die von der russischen Seite sehr stark herausgestellt wurde, bezieht sich hauptsächlich auf die Gefahr eines Enthauptungsschlags gegen Moskau. Zwar ist es offensichtlich, dass die NATO einen aggressiven Kurs gefahren hat, aber aus meiner Sicht stand Russland zu dem Zeitpunkt vor keiner realistischen Bedrohung durch einen Erstschlag.

Man muss aber auch dazu sagen, dass die Maßnahmen, die die NATO ergriffen hat, eine Rüstungsspirale ausgelöst haben. Die Hyperschallwaffen, die Russland entwickelt hat und wohl auch in der Ukraine einsetzt, wurden vor dem Hintergrund gebaut, potentielle Raketensysteme zu überwinden. Das war für mich eine "nachvollziehbare" Option. Was Russland dann gemacht hat, ist aus meiner Sicht durch nichts mehr gedeckt, auch nicht durch die strategische Logik.

Die subjektive Wahrnehmung Russlands war und das wird auch in Putins Rede deutlich, dass man mit dem Rücken zur Wand steht und kurz davor ist, sozusagen komplett dagegen gepresst zu werden. Dass dieser Eindruck aufkam, ist etwas, das sich der Westen mit seinem rabiatischen und rücksichtslosen Vorgehen ankreiden lassen muss.

SB: Die deutsche Restlinke ist zu tiefst gespalten hinsichtlich der Frage nach Waffenlieferungen an die Ukraine. Zieht sich ein solcher Spalt auch durch die IMI?

JW: Nein. Noch am 24. Februar hatten wir unser erstes Online-Treffen. Da standen alle noch ein bisschen unter Schockstarre. Aber schon zu dem frühen Zeitpunkt war unser Standpunkt klar: Verurteilung des Angriffskriegs bei gleichzeitiger Thematisierung der Mitverantwortung des Westens.

Wir sind eigentlich ein relativ heterogener Verein. Wir haben anarchistische, kommunistische, friedensbewegte, christliche Leute, die sich aber grundsätzlich um einen relativ stiernackigen Pazifismus/Antimilitarismus sammeln. Das haben wir schon immer als unser grundsätzliches Selbstverständnis empfunden. Deswegen gab es für uns keine Frage, wo wir als IMI stehen.

Es stellte sich für uns allerdings eine andere Frage: Wie stehen wir zu den verschiedenen Bündnissen, die sich gerade formieren und aus unserer Sicht bei den Aufrufen Schief lagen in die eine oder andere Richtung haben? In der einen Richtung hatten es bestimmte Leute nicht fertiggebracht, in ihren Aufruf eine Kritik am russischen Angriffskrieg reinzuschreiben, und wenn es nur die allersanfteste war. Auf der anderen Seite haben Leute angekündigt, dass sie das Bündnis verlassen, wenn nicht die Aufrufe so formuliert sind, dass die anderen das Bündnis verlassen müssen, beispielsweise wenn es um Waffenlieferungen ging.

Da waren wir oft ein wenig ungeschlüssig, weil wir eigentlich immer gesagt haben: Wenn es in eine von diesen beiden Richtungen kippt, wollen wir das als IMI nicht mehr mittragen. Wir sind dann manchmal Kompromisse einge-

gangen und haben uns an Aufrufen beteiligt, aber zugleich einen eigenen Aufruf formuliert. Weil uns klar war, dass das so nicht hingenommen werden konnte und irgendetwas in den Städten passieren musste. Aber das soll kein Dauerzustand sein. Als Friedensbewegung können wir nicht permanent so agieren, dass jeder seinen eigenen Aufruf macht und wir keine gemeinsame Position nach außen tragen. Das war unter diesem Schock, in dieser schweren Situation, nur ein Notbehelf. Auf Dauer müssen wir uns wieder auf Gesprächsformate und Ähnliches besinnen, in denen wir uns besser austauschen können.

Im Augenblick wird viel zu viel über Maximalforderungen gestritten, anstatt zu suchen, wie man breitestmögliche Kompromisse erzielen kann, um alle an Bord zu holen. Ich glaube, dass die Tendenz, in Bündnisse reinzugehen und dort auf seinen Maximalforderungen zu beharren und diese dann zur Not zu sprengen, das Fenster für andere Akteure öffnet, mit denen ich durchaus meine Probleme habe.

Die Friedensbewegung steht spätestens seit 2014 vor der Schwierigkeit, sich deutschlandweit aufzustellen. Aber wenn wir schon vor einer Weile besser agiert hätten, wäre vielleicht so ein Aufruf mit anderen Leuten als mit Schwarzer und Wagenknecht [1] zustande gekommen. So aber haben sich ganze Teile der linken Szene davon abgekoppelt, weil sie ein Problem damit hatten.

SB: Nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg geht es heute erneut mit deutschem Kriegsgerät auf ukrainischem Boden gegen

Russland, den Rechtsnachfolger der Sowjetunion. Zeigt sich darin eine Kontinuität deutscher Interessen am, wie es früher hieß, "Lebensraum" im Osten?

JW: Sagen wir es mal so: Wenn man sich Klassiker wie "Europastrategien des deutschen Kapitals" von Reinhard Opitz anschaut, dann sieht man in den Frühplanungen durchaus eine konsistente Idee der kapitalistischen Durchdringung und Einbeziehung - wengleich nicht von "Lebensraum". Diese hatte sich in der Idee der Europäischen Union fortgepflanzt und - wenn man nach Kontinuitäten fragt - findet heute ihren Niederschlag in der Politik der Assoziierungsabkommen. Damit verfolgt die EU die Idee, die Länder in ein "größeres Europa", wie sie es gerne nennt, und somit zwar in den Wirtschaftsraum einzubinden, ohne ihnen jedoch ein Mitspracherecht zu geben. Faktisch wird damit eine große europäische Wirtschaftszone unter Kontrolle eines Kerns geschaffen. Darin spiegeln sich klassische imperiale Ideen wider.

Das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine war der Kern der Auseinandersetzung, die sich vor zehn Jahren über die Frage entzündet hatte, wohin sich die Ukraine politisch und wirtschaftlich orientiert. Da sehe ich durchaus Kontinuitäten, denn in letzter Konsequenz sichern größere Mächte ihre wirtschaftliche Expansion und das militärische Potential über die innerkapitalistische Wirtschaft ab. Insoweit würde ich deine Frage mit ja beantworten. Aber den Begriff "Lebensraum" würde ich in Anführungszeichen setzen, weil er ein eliminatorisches Element ent-

hält, das heute dem deutschen Kapitalismus und Kapital so nicht anhängig ist. Da muss man aufpassen, dass man die Begriffe nicht relativiert.

Die Idee der Kapitaldurchdringung und gegebenenfalls später auch der militärischen Absicherung kann man in der Art und Weise erkennen, wie Deutschland hartnäckig versucht hat, sich als führender Spieler in der Ukraine zu etablieren. In vielen linken Debatten, in denen allein die USA als entscheidender Akteur beschrieben werden, wird vergessen, wie massiv man Vitali Klitschko und seine Partei aufgebaut, wie massiv man versucht hat, ihn dort in eine führende Position zu bringen, und wie stark deutsche Akteure auf dem Maidan vertreten waren. Von Elmar Brok [2] über Frank-Walter Steinmeier, zahlreiche der Grünen, und so weiter. Und es war Deutschland, das das Assoziierungsabkommen führend ausparaphrasiert und vorangetrieben hatte. All diese Komponenten sprechen schon für eine relativ starke deutsche Rolle.

Außerdem steht Deutschland in einem Wettrennen mit den USA, wer Osteuropa militärisch ausstattet. An dem Beispiel sieht man, dass die militärische Präsenz für die Ausstattung förderlich ist: Deutschland wird Chefausstatter für Litauen, weil Deutschland dort militärische Führungsmacht der NATO ist. Dabei geht es nicht allein um finanzielle Fragen und darum, primär Rheinmetall oder KMW ein paar Millionen mehr in die Kassen zu spülen, sondern es geht um Ausstattungsmacht. Das folgt klassischen machtpolitischen Prinzipien.

SB: Wie bewertest du die Rolle von Olaf Scholz hinsichtlich der Waffenlieferungen an die Ukraine? Muss er dazu gedrängt werden oder treibt er sie voran?

JW: Das ist natürlich ein bisschen wie eine Black Box, ich kann nicht ins Hirn von Olaf Scholz hineinblicken. Nach meinem Eindruck zählt er nicht zu denjenigen, die sofort die allerschwersten Waffen liefern wollten. Er hat durchaus gebremst gegenüber den Grünen und der FDP. Das heißt aber nicht viel in dem Zusammenhang. Wir wissen, dass für den Kern der Zeitenwende-Rede [3], jene Ankündigung eines 100 Milliarden Euro umfassenden Bundeswehr-Sondervermögens, spätestens bereits im Oktober 2021 Projekte vorlagen. Nach dem, was man aus den vorliegenden Informationen schließen kann, war das vom Kanzleramt abgesegnet worden. Ein Militarisierungsschub sondergleichen für Deutschland auf zunächst fünf Jahre. Wobei zu befürchten ist, dass das ein Dauerzustand wird.

Scholz hatte die Entscheidung für das einhundert Milliarden Euro große Sondervermögen allein in Absprache mit Lindner getroffen. Dann hat er Habeck Bescheid gesagt. Doch die eigene Fraktion hatte davon erst kurz vor seiner Rede erfahren. Da bestand wohl die Sorge, dass der Mützenich-Flügel [4], also die Halblinken in der SPD oder wie immer man sie nennen möchte, im Vorfeld irgendwelche Schwierigkeiten machen könnten. Scholz hat in der SPD eine komplette Wende vorangetrieben. Eigentlich steht dafür personell eher Lars Klingbeil. Der hat im Juni 2022 eine Grundsatzzrede [5] gehalten, in der er mit

den ganzen alten Zöpfen, der Kultur der militärischen Zurückhaltung, aufräumt. Deutschlands Selbstverständnis aus dem Zweiten Weltkrieg müsse nach 80 Jahren ein anderes sein, und so weiter. Solche Bestrebungen werden diskursiv schon seit zehn Jahren immer stärker in die Debatte eingespeist. Das hat Scholz massiv unterstützt und ist am 20. Januar 2023 in ein Grundsatzpapier eingeflossen, das Ende des Jahres beim SPD-Parteitag verabschiedet werden soll. [6]



*Das Buch des Politikwissenschaftlers und Historikers Jürgen Wagner erschien im Oktober 2022.*

*Cover: PapyRossa Verlag*

Das läuft auf eine relativ starke Veränderung der gesamten sozialdemokratischen Programmatik hinaus. In den Bereichen ist Scholz auf keinen Fall ein Bremsers. Außerdem hört man von ihm nichts zu dem Vorstoß der Grünen, die gerade mit Hilfe des neuen Rüstungsexportgesetzes die deutschen Rüstungsexportrichtlinien schleifen. Darüber hinaus hat er in seiner Zeitenwende-Rede

bestimmte Streitigkeiten, die unter anderem der Mützenich-Flügel noch aufrechterhalten hatte, unabgesprochen vom Tisch gewischt. Dazu nur zwei Beispiele: Erstens, die Nachfolge der Tornados. Da hat Scholz am Ende seiner Zeitenwende-Rede in einem Halbsatz einfach mal gesagt: "Wir kaufen jetzt F-35." Damit hat er die Debatte über die hoch umstrittenen amerikanischen Atomwaffen in Deutschland, die sich an der Tornado-Frage entzündet hatte, kurzerhand weggebügelt. Denn es war klar, dass nach einem Kanzlerdekret im Bundestag, drei Tage nach dem russischen Angriffskrieg, die Parteilinke da nicht mehr aufmucken konnte. Das war damit durch.

Zweites Beispiel: die Bewaffnung von Drohnen, ja oder nein. Bis zu dem Zeitpunkt waren wir davon ausgegangen, dass es noch eine Möglichkeit gibt, die Entscheidung zur Bewaffnung zu verhindern. Da hat sich Scholz ebenfalls hingestellt und unabgesprochen einen Knopf dran gemacht. Auch da hat er die Sache vorangetrieben.

Bevor ich jetzt zu stark auf den halblinken SPD-Flügel einhacke: In einem Punkt hat sich dieser durchgesetzt. Scholz hatte in seiner Rede erklärt, dass zwei Prozent des BIP für die Bundeswehr ausgegeben und 100 Milliarden Euro Sondervermögen ausgelobt werden. Nach anfänglicher Lesart wäre die Summe noch oben drauf gekommen. Darauf hatte die Union besonders stark gepocht. Das wären noch einmal ganz andere Dimensionen gewesen. Das wurde durch den Widerstand der SPD-Halblinken vom Tisch genommen. Die sind zwar in allen möglichen Fragen eingeknickt,



aber wir reden von ungefähr 100 Milliarden Euro, die anderen Resorts nicht mehr zur Verfügung gestanden hätten, wenn nicht verhindert worden wäre, das als zusätzliches Sondervermögen zu der Zwei-Prozent-Zusage auszuweisen.

SB: Scholz hat die Lieferung von Leopard-2-Panzern an die Ukraine daran geknüpft, dass auch die USA ihre Kampfpanzer Typ Abrams liefern. Über ein mögliches ökonomisches Motiv für diesen Schachzug hattest du in deinem Vortrag gesprochen. Scholz wollte nicht, dass Europa seine Panzer schickt und sich dadurch für die USA ein lukrativer Absatzmarkt in Europa für ihre eigenen Panzer eröffnet. Wie bewertest du die geostrategische These, dass mit der Lieferung solcher Kampfpanzer aus russischer Sicht eine Rote Linie überschritten wird und Deutschland nicht plötzlich allein dastehen und die Antwort aus Moskau abbekommen soll, falls die Republikaner - vielleicht mit Trump - den nächsten Präsidenten stellen und sich die USA plötzlich aus dem Ukrainekrieg zurückziehen?

JW: Das ist sicher auch ein Aspekt. Wobei Deutschland nicht als einziges Land liefert, aber es muss für jeden Leopard 2, der an die Ukraine geht, eine Exportgenehmigung erteilen. Ich gehe zwar nicht davon aus, dass Trump die Wahlen gewinnen oder auch nur aufgestellt wird, aber da droht ein Stück weit die Gefahr, dass einem dieser Konflikt auf die Füße fällt. Das wäre im Augenblick für Deutschland eine Nummer zu groß, darin ist sich die überwiegende Mehrheit der strategischen Gemeinschaft sicher.

Alle Rüstungsmaßnahmen, die man in der EU macht, zielen darauf ab, perspektivisch auch ohne die USA auskommen zu können. Weil tatsächlich diese Trump-Episode nicht nur mit irgendwelchen barschen Worten, sondern mit extrem feindlichen, auch fürs deutsche Kapital feindlichen Politiken verbunden war; einschließlich gegebenenfalls einer Abkehr von bestimmten neoliberalen Prinzipien, die man hier durchaus kennt und schätzt. Wenn sich das verstetigen sollte, so die Überlegung, muss man militärpolitisch aufgestellt sein. Diese Überlegung treibt zur Zeit die europäische Komponente maximal voran. Im Windschatten der Ukraine-Debatte werden in der EU Maßnahmen gestärkt, die auf eine Europäisierung des Rüstungskomplexes abzielen.

SB: Kannst du uns dafür Beispiele nennen?

JW: Vor kurzem wurde über den Munitionskauf debattiert. In der Berichterstattung wurde häufig nur von einer Milliarde Euro geredet, die an die Ukraine geht. Die zweite Milliarde aber, die gleichzeitig ausgelobt wurde, ist für den gemeinsamen Ankauf von Munition vorgesehen. Was zu Synergieeffekten, aber auch Fusionen und Übernahmen führen soll. Das läuft auf eine Konsolidierung dieses Sektors hinaus. Die dritte Marge von 300 bis 500 Millionen Euro soll für ein siebenjähriges Programm zum Aufbau einer Kriegswirtschaft zu schneller Munitionsproduktion im europäischen Rahmen sein. Da tritt die Europäische Union das erste Mal als Akteurin in der Produktion auf.

Inzwischen besteht ein relativ klarer Fahrplan bis 2025 zur Bil-

dung von Strukturen für autonome Militäreinsätze der EU in Brigadestärke ohne die USA. Solche Einsätze, die komplett im EU-Rahmen gemacht werden könnten, betreffen dann Größenordnungen von Ländern wie Mali. Frankreich hat signalisiert, dazu allein nicht mehr in der Lage zu sein. Wir haben, abgesehen von eigenen Kampfpanzern, perspektivisch auch das Future Combat Air System, also ein Kampfflugzeugsystem, das eine potentielle Komplettabkopplung von den USA möglich macht. Mit einem Zeithorizont von 2035, 2040, denn vorher ist man dazu nicht in der Lage.

An sich sind die USA bei allem der logische Partner der EU, und mit den Demokraten - Clinton, Obama, Biden - konnte bzw. kann man im großen und ganzen relativ gut. Da kabbelt man sich hin und wieder, aber das geht. Man meint, mit den USA auf Dauer eine bessere Synergie erzeugen zu können als mit Russland oder China als Partner. Gleichzeitig hat man das Problem einer zum Teil ziemlich durchgeknallten Tea Party, mit der man schwer kalkulieren kann. Es ist ja nicht so, dass es nur eine Tea Party gäbe. Darin sind totale Hardliner im Ukraine-Konflikt vertreten, die am liebsten eine Atombombe einsetzen würden, und dann gibt es diejenigen, die sagen, man sollte sich aus dem Konflikt sofort zurückziehen. Das macht die Kalkulation für die deutsche und europäische Militärplanung schwierig.

Man fährt zur Zeit zweigleisig. Man tut etwas für die NATO, aber gleichzeitig wird versucht, die EU auch ohne die NATO fit zu ma-

chen. Das kostet natürlich sehr viel Geld. In Folge dieser schwierigen Kalküle entsteht der Eindruck, dass Scholz wankelmütig ist, wie es in der Presse heißt. Dabei befindet er sich in schwierigen Aushandlungs- und Abwägungsprozessen, weil eine dritte Option, die Blockfreiheit zwischen den großen Mächten USA und China, mit Europa als Zivilmacht, wie es mal gedacht war, nicht zur Debatte steht. Das wäre eigentlich etwas, das wir als Linke und Friedens- und Antikriegsbewegung erwarten. Deutschland sollte eine progressivere Rolle einnehmen in diesem Gewitter, das gegenwärtig heraufzieht, und vermittelnd eintreten.

Indien spielt da eine interessante Rolle. Lange dachte man, es sei fest im westlichen Lager gegen China verankert. Jetzt stellt man fest, so eindeutig ist das überhaupt nicht. Für viele andere Länder gilt das gleiche. Wir hatten im Februar 2023 die Abstimmung in der UN-Generalversammlung über eine Resolution mit der Forderung nach dem Rückzug Russlands aus der Ukraine. In der deutschen Presse hieß es, eine überragende Mehrheit der Mitgliedsländer habe für eine Verurteilung des russischen Kriegs gestimmt. Das ist einerseits richtig, wenn man sich aber die Enthaltungen anschaut, dann sind das Länder wie Indien, China und insgesamt die Hälfte der Weltbevölkerung. Es ist also immer eine Frage, aus welcher Perspektive man ein Ergebnis beurteilt. Da betrachtet unsere Presse tunlichst alles nur aus einer Perspektive.

Die Empörung im globalen Süden und auch in Indien über die Art und Weise, wie die Sanktionen

gegen Russland eingenordet wurden - Sanktionen, die Milliarden von Menschen schwer treffen und zum Teil töten, unverschuldet und unverdient - ist groß. Man kann schwer einschätzen, wie das bei diesen Ländern ankommt. Es sind Sanktionen, die weder abgesprochen noch angekündigt waren und bei denen es keine Mitspracherechte gab. Da muss man sich nicht wundern, wenn viele Länder sagen, das machen wir nicht mit. Die sind nicht begeistert von dem, was Russland zur Zeit veranstaltet, aber sie sind überhaupt nicht begeistert, wie der Westen darauf reagiert. Das könnte ein Nukleus sein, um den sich eine Blockfreiheit herumbildet. Da sehe ich eher Indien oder Brasilien als Partner. Wobei es in Brasilien von Wahl zu Wahl politisch große Schwankungen gibt. Aber unter einem Präsidenten Lula wäre das für mich vorstellbar.

SB: Manche Ukrainer und Ukrainerinnen sehen womöglich im Nationalismus eine Chance, die Oligarchie zu überwinden. Mit dem Konzept der Nation wird jedoch nicht nur Zugehörigkeit, sondern eben auch Nicht-Zugehörigkeit und Ausgrenzung von Menschen definiert. Begünstigt bereits die Ordnung einer Gesellschaft als Staat und die Identifikation mit Nation eine Militarisierung und in der Konsequenz den Krieg?

JW: Ich komme eigentlich aus der anarchistischen Szene, mit all ihrer Herrschafts- und Staatskritik. Aber ich glaube, dass für einen Staat wie die Ukraine die Besinnung auf, sagen wir mal, irgendein progressives Sozialstaatskonzept, einen Sozialstaat westlicher Prägung, bei allen Problemen, die

damit einhergehen, schon ein Fortschritt sein könnte. Auch ein Sozialstaat kann beispielsweise über einen Verfassungspatriotismus Identität stiften. Aber wie gesagt, ich komme aus einer anderen politischen Ecke.

Im ukrainischen Staat werden Werte verteidigt, die ein Versagen der Demokratie unter kleptokratischer Herrschaft bedeuten. Im Krieg wurden die Arbeiterrechte noch mal massiv eingeschränkt; und Selenskyi ist Verbündeter des Oligarchen Ihor Kolojtschuk, einem der schlimmsten Finger überhaupt, die aus dem sowjetischen Zerfallsprozess hervorgegangen sind. In der Ukraine herrscht ein identitätsstiftender Nationalismus vor. Diese Präsenz von Bandera [7] ist kein Zufall, sie passt zu der hochproblematischen, rechtsnationalistisch aufgeladenen Identitätsstiftung eines Staates Ukraine.

Ich meine, dass man das nicht beschönigen darf. Von unseren "Wertekriegern" wird gern unter den Tisch gekehrt, wie das Land vor dem russischen Angriff aufgestellt war. Da wurden im Vorfeld extrem rechtslastige politische Entscheidungen auf Kosten der russischsprachigen Bevölkerung getroffen. Das war ja keine Minderheit, wenn man von rund 50 Prozent der Bevölkerung redet, wovon sich wiederum 30 Prozent als Russen empfanden. Da wurde ein Sprachgesetz verabschiedet, mit dem die russischsprachigen Medien faktisch verboten wurden, weil sie plötzlich in beiden Amtssprachen publizieren mussten. Das war nicht mehr zu leisten und das wusste die Regierung auch. Dass man ein Sprachgesetz gemacht hat, nach dem Russisch als

Amtssprache verboten wird, halte ich für zutiefst problematisch. Da ist der Rechtsnationalismus - was ja noch zu harmlos formuliert ist hinsichtlich der Ukraine - ein zentrales Element. Dennoch, das rechtfertigt aus meiner Sicht keinen Angriff.

SB: Gegen die Friedensbewegung in Deutschland wird zur Zeit wegen ihrer pazifistischen Grundhaltung Stimmung gemacht. Hat auch die IMI bereits negative Reaktionen auf ihre antimilitaristische Position erfahren?

JW: Wir hatten einige Austritte, aber nicht viele. Das hatte ich mir anders vorgestellt. Mehrheitlich sind die Leute wegen einer angeblich zu prorussischen Haltung ausgetreten, zum Teil aber auch wegen einer zu russlandkritischen Haltung. Das ist für mich ein Gradmesser, dass wir da offenbar ganz gut fahren. Auf Veranstaltungen Vorträge zu halten ist zum Teil sehr mühsam, weil da häufig irgendwelche Grünen mit drinsitzen.

Ich habe zum Teil sehr bizarre Erfahrungen mit Berichterstattungen in der Lokalpresse gemacht, die bei Veranstaltungen war. Das hatte teilweise wenig mit dem zu tun, was ich gesagt hatte, und reichte bis hin zu klaren Verdrehungen. Es ist nur zur Zeit so viel los, aber ich habe mir überlegt, in ein, zwei Fällen den Presserat anzurufen, weil mir Aussagen in den Mund gelegt wurden, die ich nie gemacht habe. Das alles ging in Richtung "Putinismus" und "Putin-Propaganda", obwohl ich mehr als deutlich gemacht habe, dass dieser Krieg abzulehnen ist. Aber das reicht anscheinend nicht. Für manche Leute genügt

auch die leiseste Kritik der NATO-Mitverantwortung, dass sie Schaum vor den Mund kriegen.

Die IMI und ich haben die Erfahrung gemacht, dass wir systematisch an den Rand einer Debatte gedrängt werden. Die Anfeindungen waren, das würde ich jetzt persönlich sagen, 2014 weitaus größer als heute. Aber wir waren 2014 auch auf ganz andere Veranstaltungen als heute eingeladen worden. Zwar erhielten wir auch damals Einladungen vom anarchistischen Jugendzentrum oder von der Friedensbewegung, aber relativ häufig wurden wir auch zu Diskussionsveranstaltungen mit hochrangigen Grünen oder manchmal gar UnionspolitikerInnen eingeladen. Einmal saß ich mit Polenz [8], dem damaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der CDU, auf dem Podium. Diese Ebene war das.

Jetzt, in der zweiten Eskalationsphase des Ukraine Konflikts habe ich nicht eine einzige Einladung in diesem Spektrum erhalten. Dort kommt unsere Position nicht vor. Das ist ein Phänomen, das man zur Kenntnis nehmen muss. Es ist ja nicht so, dass wir innerhalb von zehn Jahren unseren Verstand verloren hätten. Entweder haben die vor zehn Jahren totalen Mist gebaut, indem sie uns einluden, und es erst jetzt begriffen oder es hat sich etwas verändert in der Gesellschaft, was man heute noch sagen und wen man noch anfragen darf. Es werden keine Vertreterinnen oder Vertreter der Friedensbewegung oder der Antikriegsbewegung zu Talkshows und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Es gibt ja durchaus Leute, die

Sachverstand haben. Aber das kommt nicht vor.

Viele Menschen, die sich von der Einseitigkeit der Medienberichterstattung angegränzt fühlen, informieren sich zunehmend im Internet. Das ist ein Problem, weil da auch allerlei Mist verzapft wird, und das auch noch mit hohen Zugriffszahlen. Es gibt Seiten, von denen ich wirklich sagen würde, dass sie Propaganda aus dem Kreml sind. Bei "russia today" weiß ja hoffentlich noch jeder, dass das mit Vorsicht zu genießen ist. Trotzdem schaue ich mir das an, weil ich, quellenkritisch, da durchaus einzelne wertvolle Dinge erfahre und aus russischer Sicht informiert werde.

Darüber hinaus gibt es viele relativ verbreitete Seiten, die ich für problematisch halte. Die nehmen es mit der Quellenarbeit nicht so genau. Die Quellen werden dann so interpretiert wie das, was man gerade sagen möchte. Die Grenze von einer nachvollziehbaren Verschwörungstheorie in wirklich wildes Zeug lässt sich ganz einfach grob überschreiten. Damit werden auch die kritischen, richtigen Fragen, die bei bestimmten Ereignissen gestellt werden sollen und müssen, diskreditiert.

Wir von der IMI sind in den letzten Jahren immer vorsichtiger geworden, zu steile Behauptungen in den Raum zu stellen. Einfach wegen der Erfahrung, dass es zentral ist, sich in dieser aufgeheizten und medienunsicheren Zeit immer vorsichtiger zu verhalten. Wir bemühen uns dann, Informationen gegenzuchecken, oder arbeiten ganz stark mit Konjunktiven, wenn wir von der Beweislage her zu unsicher sind.



*"Als Linke in Deutschland müssen wir wieder ein positives Bild entwerfen, das wir auch mit Verve und Selbstvertrauen nach außen vertreten."*

*Foto: © 2023 by Schattenblick*

SB: Sicherlich sollte es zunächst darum gehen, die unmittelbaren Kriegshandlungen in der Ukraine zu beenden. Doch was käme danach? Ein Blick in die Geschichte der Menschheit zeigt, dass nach dem Blutvergießen vor dem Blutvergießen ist. Nach der Ukraine käme der nächste Konflikt, bzw. er läuft zeitgleich ab, siehe Jemenkrieg. Zudem leben wir in einer Epoche der multiplen planetaren Krisen. Es ist eine schwierige Frage, aber hast du eine Idee oder irgendwelche Vorstellungen, in welche Richtung es gehen könnte, wie diesem Gesamtkomplex der Krisenhaftigkeit der Menschheit begegnet werden könnte?

JW: Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus hat sich die Linke nie berappelt und Visionen entwickelt. Da wurden schon mal so seltsame Teilutopien aufgebracht wie "Empire" von Hardt und Negri [9]. Aber eine Gesamtvision hat man nicht mehr entwickelt und auch den Glauben

daran verloren. Das ist erst einmal eine nüchterne Beschreibung.

Als Linke in Deutschland müssen wir wieder ein positives Bild entwerfen, das wir auch mit Verve und Selbstvertrauen nach außen vertreten. Denn wir doktern stets an Dingen herum, die schon angerichtet sind, und können dem nichts Positives entgegensetzen. Das ist jetzt nicht unbedingt "die" Lösung. Ich hätte mir gewünscht, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung als eine der Akteurinnen, die dafür den Auftrag hätten, eine sinnvollere und konstruktivere Arbeit in eine solche Richtung gemacht hätte oder machen würde.

Was die globalen Entwicklungen angeht, bin ich total ernüchtert. Für die nächsten zwanzig, dreißig Jahre geht es wohl nur darum, Möglichkeiten zu finden, dass das Ding nicht hopps geht. So zynisch das klingt, man ist sozusagen auf die Minimalziele des kalten Kriegs zurückgeworfen. Wir können Glück im Unglück haben und

die Klimakatastrophe schlägt so heftig zu, dass sich alle möglichen Herrschenden sagen, okay, jetzt ist wirklich Ende, wir können uns das nicht mehr leisten. Das ist sozusagen die einzige Option. Dann haben wir aber so viele Probleme am Hals, dass es auch nicht witzig wird.

Gesetzt den Fall, wir bekommen die Klimakatastrophe mit einigen Schwierigkeiten und vermutlich auf dem Rücken von hauptsächlich den Menschen im globalen Süden irgendwie gemanagt, dann, glaube ich, wird es aus diesem konfrontativen Verhältnis kaum einen Weg herausgeben.

Es ist haarsträubend, aber wir fangen jetzt wieder an, uns mit den klassischen Konzepten des kalten Krieges zu beschäftigen. Beispielsweise mit der Frage, wie bei Manövern im Südchinesischen Meer Transparenz hergestellt werden kann. Wie kann man dort zu Rüstungskontrollvereinbarungen kommen, die zumindest minimal die Wahrscheinlichkeit senken, dass die Lage nicht explodiert? Selbst eine Ein-Prozent-Wahrscheinlichkeit, dass das aus dem Ruder läuft, halte ich für eine unverantwortlich hohe Zahl.

Das heißt, man muss schlicht und ergreifend möglichst viele Maßnahmen ergreifen, um potentielle Konflikte nach unten zu schrauben. Darin sehe ich durchaus eine Rolle der Linken-Bewegung; sie sollte so etwas stärker einfordern. Das Problem ist, dass die Leute, die sich damit während des kalten Kriegs näher beschäftigt haben, heute alle außer Lohn und Brot sind. Die sind in Rente. Dabei waren sie zum Teil sehr gut gewesen.

Wer heute noch erstaunlich viel macht, ist Wolfgang Richter von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Die hat bestimmt nichts Progressives, aber er ist einer der wenigen, der zur Zeit praktische Vorschläge unterbreitet, was man in der Krise noch machen könnte, um zu verhindern, dass uns der ganze Laden um die Ohren fliegt.

Das ist jetzt das genaue Gegenteil einer Utopie. Aber wir müssen uns mit den Forderungen an unsere Politik erstmal, bevor wir eine eigene Vision haben, die wir wirkmächtig reinbringen, im großen und ganzen in den Parametern bewegen. Das ist jetzt nicht unbedingt das, was mich als 18-jähriger besonders motiviert hätte, Politik zu machen. Doch wir können auch nicht permanent irgendwelchen Wolkenkuckuckshäusern hinterherjagen, die uns politisch schlicht und ergreifend nicht weiterbringen. Zumal, wenn die Hütte brennt, es nicht sinnvoll

ist, eine Sandburg zu bauen. Dann muss man anfangen zu löschen.

Es ist tatsächlich mein Eindruck, dass wir uns in so einer heiklen Lage befinden. Ich kann mich täuschen, aber die Zuspitzung, die wir in den letzten rund zehn Jahren erfahren haben und wesentlich mit der veränderten und stärkeren Rolle Chinas zu tun hat, ist so gravierend, dass wir die Utopien erst einmal für uns im Kleinen entwickeln müssen; und im Großen müssen wir pragmatische Politik machen. So blöd es sich vielleicht am Ende anhört.

SB: Vielen Dank, Jürgen, für das ausführliche Gespräch.

#### **Anmerkungen:**

[1] Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht haben am 10. Februar 2023 auf [change.org](https://change.org) die Petition "Manifest für Frieden" gestartet.

[2] Elmar Brok (CDU), ehemaliger Abgeordneter des EU-Parlaments.

[3] Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sondersitzung zum Krieg gegen die Ukraine vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 in Berlin.

[4] Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

[5] "Zeitenwende - der Beginn einer neuen Ära" - Rede des SPD-Bundesvorsitzenden Lars Klingbeil auf der Tiergartenkonferenz 2022 der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21. Juni 2022 in Berlin.

[6] SPD-Kommission Internationale Politik: "Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch", Berlin, 20. Januar 2023.

[7] Stepan Bandera (1909 - 1959), ehemaliger nationalistischer ukrainischer Politiker.

[8] Ruprecht Polenz (CDU), ehemaliger Bundestagsabgeordneter.

[9] Michael Hardt, Antonio Negri: "Empire. Die neue Weltordnung", Frankfurt am Main 2002.

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

### **Beamtenland ist abgebrannt**

*von Helmut Ortner, 27. Mai 2023*

***Unsere Beamten: Mal werden sie beneidet, mal verspottet. Fest steht: ohne staatliche Beamten-schaft geht es nicht. Aber brauchen wir so viele? Gerade hat die Ampelregierung über 1.700 neue Beamtenstellen geschaffen.***

Schon Carl Ludwig Börne (1786-1837) wusste, dass man "ohne Witz nicht auf die Menschen wirken kann...". Also, dann ... Kennen Sie den? Woran merkt man, wenn Beamte streiken? Daran, dass alles viel schneller und bes-

ser funktioniert! - Daraus wird vorerst nichts. Beamte dürfen auch zukünftig nicht streiken, das entschied schon vor Jahren das Bundesverfassungsgericht. Die Richter wiesen damit die Klage von vier beamteten Lehrern zu-

rück. Diese hatten argumentiert, das Streikrecht sei ein Menschenrecht. Um einen handlungsfähigen Staat zu gewährleisten, könne man deshalb nicht allen Beamten den Streik verbieten, sondern allenfalls den "hoheitlich Tätigen", also etwa Polizisten, Richtern und Soldaten. Dem erteilten die Karlsruher Richter eine Absage: Lehrer dürften schon allein deshalb nicht streiken, weil das Bildungssystem einen hohen Stellenwert habe. Schließlich würden auch nicht alle Gewerkschaftstätigkeiten verboten, sondern nur das Streiken.

Warum aber sollen Abteilungsleiter in der städtischen Personalabteilung oder Sachbearbeiter am kommunalen Bauhof eigentlich nicht streiken dürfen? Auch nicht überlastete Lehrer und gestresste Gerichtsvollzieher? Gönnen wir nicht allen bessere Arbeitsplätze und bessere Bezahlung? Sicher, die Frage ist nur, ob Lehrer, Sachbearbeiter und Gerichtsvollzieher Beamte sein müssen. Und da ist die Antwort eindeutig: Nein, müssen sie nicht. Im Gegenteil.

Unsere Beamten: Mal werden sie beneidet, mal verspottet. Fest steht: Ihr Job ist sicher. Egal ob sie ein Sabbatical einlegen, Eltern- und später Teilzeit beanspruchen oder sich gleich für ein paar Jahre beurlauben lassen: Ihr Arbeitsplatz steht unter so etwas wie Denkmalschutz. Etwa 1,8 Millionen Beamte in Deutschland profitieren von solcherlei Privilegien. Laut Jobbeschreibung sollen sie "hoheitliche Staatsaufgaben" wahrnehmen. Hohle Phrasen, monieren Kritiker, denn was "hoheitliche Aufgaben" sind, werde zunehmend mit Blick auf den klammen Haushalt definiert.

### **Vasallentreue gegen Sicherheit**

Der Staat mag durchaus etwas von dieser Form des stabilen Arbeitsverhältnisses mit loyalen Arbeitnehmern haben. Wer Beamter sein möchte, muss schließlich bereit sein, Einschränkungen seiner Grundrechte zu akzeptieren. Zu Beginn der Laufbahn legt er oder sie einen Diensteid ab und schwört, stets die Weisungen Vorgesetzter zu befolgen - das nennt sich nüchtern Gehorsamspflicht. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gibt es, bezogen auf den eigenen Job, nur auf dem Dienstweg. Wer sich ungefragt und öffentlich zu brisanten Behördenthemen äußert, dem droht Ungemach. Auch nach Feierabend und abseits des Arbeitsplatzes besteht für Beamte die Pflicht zum Wohlverhalten. Ein vorbildlicher Bürger soll er oder sie sein, also unauffällig und gesetzestreu. Verstöße werden je nach Verfehlung im außergerichtlichen Disziplinarverfahren oder auch mal in gerichtlichen Disziplinarverfahren vor den Verwaltungsgerichten geahndet. Im Extremfall kann das zur Entfernung aus dem Dienst führen. Polemiker sagen, Beamte tauschen diese Vasallentreue gegen Sicherheit ein.

Dass sich die Rechnung auch für den Staat als Arbeitgeber wirklich lohnt, ist inzwischen mehr als zweifelhaft. Beamte sind teuer, und zwar insbesondere dann, wenn die Staatsdiener (klar... auch Staatsdienerinnen...) schon gar nicht mehr arbeiten, sondern ihren Ruhestand genießen. Denn für ihre Pensionen steht der Staat gerade. Weil in einer ohnehin stark alternden Gesellschaft nun ein geburtenstarker Pensionisten-Jahrgang bereitsteht, werden in

der Folge die Pensionslasten durch Beamte von Bund und Ländern rasant steigen.

### **Was sind hoheitliche Aufgaben?**

Beamte sollen "hoheitliche Staatsaufgaben" wahrnehmen. Doch was "hoheitliche Aufgaben" sind, ob wirklich so viele Aufgaben des Staates mit einem hoheitlichen Beamtenstatus einhergehen müssen - mit den entsprechenden Folgerisiken für die Staatsfinanzen - darüber darf gestritten werden. Braucht es das für den Lehrerberuf, für eine Hochschul-Professur oder eine Karriere beim Zoll?

Beispiel Lehrer: Dort, wo die Kassenlage angespannt ist - also in allen Bundesländern -, war in der Vergangenheit auf die Verbeamtung von Lehrkräften großzügig verzichtet worden. Stattdessen vergab der Staat Angestelltenverträge, häufig in Form kurzfristiger Anstellungen, oft nur von Schuljahr zu Schuljahr. Das sparte Geld. Nicht selten entstand daraus eine Zweiklassenzunft mit ungleicher Bezahlung für gleiche Arbeit und einseitigen Privilegien. Gift für das Betriebsklima im Lehrerzimmer. Mittlerweile überbieten sich die Bundesländer im harten Wettbewerb um Lehrkräfte mit der Aussicht auf zeitnahe Übernahme in den Beamten-Status - samt vieler Privilegien.

Dass Lehrkräfte in unserem Land dringend benötigt werden, daran erinnern uns regelmäßig alarmierende Meldungen aus den Niederungen deutscher Schul- und Bildungswirklichkeit, wie etwa die aktuellen Ergebnisse der Interna-

tionalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU). Jedes vierte Kind, heißt es dort, kann nach vier Grundschuljahren nicht richtig lesen und erreicht nicht das Mindestniveau beim internationalen Standard. Ein besorgniserregender Befund.

Wir sind uns einig: es braucht allerorten mehr Lehrerinnen und Lehrer, kleinere Klassen, bessere Ausstattung. Es braucht gute Bezahlung, gute Arbeitsplätze und Wertschätzung - aber das geht auch ohne Beamten-Status. Schließlich sind 60 % der im öffentlichen Dienst Beschäftigten keine Beamten - und trotzdem bekommt man zuverlässig Steuerbescheide und Strafzettel, Schulzeugnisse und Sozialhilfe.

### Wo Regeln sind, ist Bürokratie

Klar ist: Wo Regeln sind, braucht es Bürokratie. Ohne Gesetze geht es nicht, auch nicht ohne eine Verwaltung, die die Gesetze anwendet, managt und kontrolliert. In Deutschland gelten mehr als 2.000 Bundesgesetze und mehr als 3.000 Bundesrechtsverordnungen. Ständig kommen Änderungen, Erweiterungen und neue Gesetze hinzu. Alles will staatlich geregelt werden in diesen fragilen Zeiten. Aber braucht es dazu ein Heer von Beamten? Von den 4,9 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Jahr 2020 waren 61,6 % Arbeitnehmer, 34,9 % Beamte und Richter sowie 3,5 % Berufs- und Zeitsoldaten.

Zum Vergleich: in Frankreich ist der Anteil der Staatsbediensteten 24,3 %, in Finnland 22,9 %, in den Niederlanden 21,4 %, in Spa-



*Das Kanzleramt und die 15 Bundesministerien haben seit Regierungsbeginn 2021 insgesamt 1710 zusätzliche Beamtenstellen geschaffen.*

*Foto: Tischbeinahe, CC BY 3.0*

*[<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>],  
via Wikimedia Commons*

nien bei 12,0 %. Die Japaner zeigen, wie ein schlanker Staat aussieht: gerade mal 7,9 % Beamtentum. Und man kann nicht behaupten, dass das Land dadurch zum Stillstand kommt.

### Kein Politiker legt sich mit den Lobbyisten an

Dass die Quote an Beamten stabil bleibt, dafür sorgt hierzulande der mächtige Deutsche Beamtenbund. Kein Politiker legt sich freiwillig mit ihm an. Staat und Beamtenschaft - das ist eine Allianz mit Tradition. Als Vater des deutschen Berufsbeamtentums gilt Friedrich Wilhelm I. von Preußen, der "Soldatenkönig" (Regentschaft 1713-1740). Er berief ausgediente Soldaten zu Beamten und schuf die Treuepflicht als Pendant zum Gehorsam beim Militär. Die Beamten sollten ihrem König mit voller Hingabe dienen.

Er war es, der Rangordnungen einführte, aber auch Pflichtbewusstsein, Loyalität und Unbestechlichkeit verlangte.

Damals hatte der Monarch sicher nicht vorhergesehen, wie sich das System in den folgenden drei Jahrhunderten entwickeln würde und dass es wegen der Pensionslasten für die Staatsfinanzen richtig teuer werden könnte. Beamte erhalten als Pension maximal ca. 72 % ihres Bruttogehalts, das sie während der zwei Jahre vor dem Ruhestand bezogen haben. Der genaue Satz ist abhängig von der geleisteten Dienstzeit - pro Jahr erhöht er sich um rund 1,79 %. Um den maximalen Satz zu bekommen, müssen sie eine Dienstzeit von 40 Jahren erreichen. Da viele wegen Beurlaubung oder Teilzeit mit weniger Dienstjahren in den Ruhestand gehen, liegt laut Versorgungsbericht der Bundesregierung der durchschnittliche

Ruhegehaltssatz zum Stichtag 1. Januar 2022 bei 68 %.

In absoluten Zahlen bedeutet das: Beamte erhielten im Schnitt eine Pension von ca. 3.100 Euro, wobei Männer durchschnittlich 3.300 Euro bekamen, Frauen 2.770 Euro. Spitzenbeamte des Bundes (auch der Länder) kamen auf durchschnittlich 4.840 Euro. Von solchen Summen können normale Rentner nur träumen. Ihr Versorgungsniveau liegt im Vergleich dazu, gemessen am Einkommen, um mehr als 20 Prozentpunkte niedriger. Ein eklatantes Missverhältnis.

Doch so gut wie die rüstigen Pensionäre der Jetztzeit werden es künftige nicht mehr haben. Auch wenn Lobby-Funktionäre gerne den Untergang des Behörden-Abendlandes an die Wand malen, wird es dem flächendeckenden Beamtenstaat und den anachro-

nistischen Privilegien an den Kragen gehen. Das Beamtentum ist aus der Zeit gefallen und gehört abgeschafft. Beamte sollten allein hoheitliche Aufgaben übernehmen, etwa in der Justiz, als Polizisten oder beim Zoll. Alle anderen sind Angestellte des öffentlichen Dienstes. Das spart viel Geld, hilft den Rentenkassen, befriedet Konflikte über Privilegien - und ermöglicht das Streikrecht.

Ach, noch ein kleiner Nachsatz. Aus einer Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage des CSU-Bundesabgeordneten Wolfgang Stefinger geht hervor: das Kanzleramt und die 15 Bundesministerien haben seit Regierungsbeginn 2021 insgesamt 1710 zusätzliche Beamtenstellen geschaffen. Das ist ein Plus von 82 %, hat der Bund der Steuerzahler ausgerechnet. Begründet wird der Zuwachs von der Regie-

rung mit dem Hinweis, dass immer mehr Aufgaben zu bewältigen seien.

Nach dem Motto: Viel braucht viel. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Dietmar Bartsch, lästert, bei der Bundesregierung werde quasi "im Minutentakt verbeamtet". Die Ampelregierung, das dürfen wir festhalten, setzt wie angekündigt auf den "vollschlanken Staat" ...

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail: [redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Brasilien

### Das Vermächtnis von Marielle Franco lebt weiter

***Der Mord an der feministischen Stadträtin ist immer noch nicht aufgeklärt. Fünf Jahre nach der Tat erinnern wir uns an ihr politisches Wirken.***

*(Rio de Janeiro, 14. März 2023, Marcha)* Es ist der 14. März 2018. Eine Stadträtin von Río

de Janeiro wird durch Schüsse auf der Straße getötet. Die Nachricht verbreitet sich rasend schnell, das Gesicht von Marielle Franco erscheint auf den Bildschirmen wie ein frisch entwickeltes Foto. Auch ihr Fahrer Anderson Gomes wurde getötet.

Zum damaligen Zeitpunkt konnten wir es noch nicht wahrnehmen, aber zwei Vorgänge, die sich im Raum entgegengesetzt bewegen, fanden damals statt: Transparente mit der Forderung nach Gerechtigkeit erhoben sich in die Luft während gleichzeitig ein Samenkorn in der Erde ver-



schwand. In den folgenden fünf Jahren fing dieser Same an, Wurzeln zu schlagen und sich zu verbreiten. Das Vermächtnis der Schwarzen, lesbischen, aus der Favela kommenden, feministischen und sozialistischen Frau, welche demokratisch gewählt und hinterrücks ermordet wurde, wird nun zur Aufgabe, überall auf der Welt gegen den patriarchalen und rassistischen Faschismus zu kämpfen.

Ende 2018 hat ihre Familie die Stiftung Marielle Franco ins Leben gerufen, um ihr Andenken lebendig zu halten und um den brasilianischen Staat mit der Frage zu konfrontieren: Wer hat Marielle umbringen lassen und warum? Während sie die Antwort darauf unerbittlich fordern, setzen sie sich auch für Marielles Vermächtnis ein. Sie ermöglichen, dass ihre Geschichte nicht nur ein unbewegtes Bild im Archiv bleibt, sondern dass ihre Stimme gehört wird, sich ihre Lebenspraktiken und ihr Politikverständnis vervielfältigen - als ein permanentes Denken mit anderen und für andere. Und vor allem, um der Tradition Privilegien zu entreißen und institutionelle Räume so zu gestalten, dass sie auch für Menschen aus den Favelas, für Frauen, für Schwarze, für queere Menschen, für Transvestiten und für Trans-Personen funktionieren.

Marielle kannte die Schwierigkeiten, die Frauen, rassifizierte Personen und Menschen aus einfachen Verhältnissen haben, wenn sie eine Stimme haben wollen in Räumen, wo Entscheidungen getroffen werden. Sie hat es am eigenen Leib erfahren. Sie kam aus der Favela Maré im Norden von

Río de Janeiro und arbeitete, studierte, war Mutter und Aktivistin gleichzeitig. Und sie wusste auch, dass niemand allein ans Ziel kommt, sondern nur im gemeinsamen Kampf mit anderen. Ihre Wahl zur Stadträtin für die Partei des Sozialismus und der Freiheit (Partido Socialismo y Libertad, PSOL) fand zu einem bedeutenden Zeitpunkt in der Geschichte statt, als brasilianische Frauen anfangen, ihre geringe Repräsentanz in der Politik zu hinterfragen.

Einmal im Amt versuchte Marielle auch anderen zu ermöglichen, sich in den Institutionen der Macht einzubringen. Sie wollte die materielle und symbolische Distanz verringern, die besteht zwischen einem armen Viertel und den Orten, wo die Zukunft einer Stadt entschieden wird. Ihr Schaffen im Stadtrat von Río de Janeiro war volksnah, gemeinschaftlich, disruptiv und offen. Marielle Franco hat bei ihren Projekten die direkt betroffenen Personen mitbedacht und über ihre Aktionen berichtet. Sie hat sich mit Themen wie Schwangerschaftsabbruch, Sichtbarkeit lesbischer Frauen und der Prävention von geschlechtsspezifischer Gewalt befasst - und dabei immer mit der Stimme der Betroffenen gesprochen.

Marielle lebte und verkörperte die Identitäten, für welche sie kämpfte. Darüber hinaus versuchte sie diese persönlich-kollektive Erfahrung zu verbreiten - wie eine Pflanze, die neue Samen verstreut.

Der Feminizid an Marielle Franco war nicht zufällig. Es gab einen Exekutionsplan, der ein Angriff war, auf alles, was sie symbolisierte. Einen Tag vor ih-



*Erinnerung auch in Berlin - Wandmalerei*

*"Marielle Franco"*

*von Katerina Voronina*

*aus dem Jahr 2021*

*in der Gitschiner Straße 64*

*in Kreuzberg*

*Foto: OTFW, Berlin,*

*CC BY-SA 3.0*

*[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>],*

*via Wikimedia Commons*

rer Ermordung hatte sie die Menschenrechtsverletzungen durch das Militär in der Region Irajá im Norden von Rio kritisiert.

Was die heimlichen Urheber der Tat angeht, verwies der ehemalige Gouverneur von Rio de Janeiro, Wilson Witzel, auf Verstrickungen der Familie des ehe-

Regierung mit der Wahrheit ge-  
deutet werden.

### **Eine Stimme, die sich multipliziert**

Im letzten Jahr sollten sich die Brasilianer:innen zwischen Faschismus und Demokratie ent-

sammen mit dem Kollektiv "Schwarze Frauen Entscheiden" (Mulheres Negras Decidem), welches Kandidaturen von Schwarzen Frauen unterstützt, geht es um die Unterstützung und Stärkung von kollektiver politischer Führung. Die Stiftung bestätigt: "Marielles Vermächtnis umfasst nicht nur die Politik, sondern auch den Aktivismus, die Fürsorge und die Aufgabe, jungen Schwarzen Personen die Türen zu öffnen.

Mónica Benicio, Wegbegleiterin von Marielle und amtierende Stadträtin in Rio de Janeiro, antwortete: "Alles, was Marielle in ihrem Leben und in ihrer politischen Tätigkeit war, wurde der Welt durch diese Tragödie, ihre Ermordung, offenbart. Aber es braucht eine positive Antwort, frei von Angst und Barbarei. Ganz im Gegenteil. Es muss unbedingt mehr dafür gekämpft werden, dass es noch mehr Marielles gibt und dass alles, wofür die Erinnerung an sie steht, überall auf der Welt noch stärker erblüht." Und sie fügt hinzu: "Ihr Vermächtnis und das von Anderson lebt in jeder Person, die für eine gerechte Welt kämpft."

Dani Balbi, die erste Trans-Person, die in Rio de Janeiro zur Abgeordneten gewählt wurde, meint: "Wir folgen ihren Schritten und stellen uns den Übeln des Kapitalismus, des Faschismus, des Nazismus, des Autoritarismus, des Machismo und des Rassismus entgegen, indem wir das Redner:innenpult auf den Plenarsitzungen dazu nutzen, die Stimmen Schwarzer Frauen zu stärken. Ich glaube, dass ist der Weg, der Marielle gefallen hätte: Nicht zuzulassen, dass die Parlamentsgebäude in Brasilien nur formale Orte



*Marielle Franco, 2016*  
Foto: Marcelo Freix (CC BY 2.0)  
[<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>],  
via Wikimedia Commons

maligen Präsidenten Jair Bolsonaro. Doch die Polizei hat mit ihrer schludrigen Arbeit nach fünf Jahren immer noch nicht alle Verantwortlichen gefunden.

Das Fehlen von Antworten schwelt nach sechs Jahren faschistischer Misswirtschaft weiter in einer verwundeten Demokratie. Es ist eine moralische Aufgabe der neuen Regierung unter Luiz Inácio Da Silva, dieses Verbrechen aufzuklären. Die Ernennung von Anielle Franco - Schwester von Marielle und auch Aktivistin - als Ministerin für die Gleichstellung ethnischer Gruppen kann als ein Kompromiss der aktuellen

scheiden. In den Wahlen, bei denen sich Bolsonaro und Lula gegenüberstanden, gab es eine Rekordzahl an Kandidaturen von LGBTIQ-Personen, Schwarzen Menschen und Indigenen. Das Vermächtnis von Marielle Franco lebte während dieser Zeit in der Hoffnung, gemeinsam den Hunger und den Tod zu überwinden. Marcha berichtete darüber in den Tagen vor der Wahl und in jedem Interview fragten wir: Wie folgen wir Marielles Vermächtnis?

Die Stiftung Marielle Franco antwortete, indem sie uns von der Kampagne "Wir sind bereit" (Estamos prontas) erzählten: Zu-

sind, sondern dass sie auch Räume der Auseinandersetzung sind für radikale Veränderungen der staatlichen Strukturen."

Vor fünf Jahren hat politische Gewalt eine Frau getötet, welche auf ihrem Abgeordnetensitz und auf der Straße die Grenzen der institutionellen Tradition überschritten hat. Aber sie haben ihre Stimme nicht zum Schweigen gebracht, ihre Geschichte nicht ausstrahlt, dass Keimen ihrer Samen nicht verhindert.

In einem Interview von 2017 bekräftigte Marielle Franco: "Der Feminismus ist wichtig, um zu garantieren, dass Frauen nicht in zweitrangigen Positionen bleiben. Um den Status der Unsichtbarkeit zu beenden, in den viele uns drängen wollen. Um Räume zu erschließen, in denen wir Protagonistinnen sind."

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/das-vermaechtnis-von-marielle-franco-lebt-weiter/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber: Nachrichtenpool  
Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188,  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer  
Nachrichtenagenturen*

## Kolumbien

### Waffenstillstand mit ELN vereinbart

***Die kolumbianische Regierung und die ELN-Guerilla haben einen Waffenstillstand vereinbart. Zudem soll die Zivilgesellschaft an den Verhandlungen beteiligt werden.***

*(Bogotá, 9. Juni 2023, colombia informa).* - Nun also doch: Die kolumbianische Regierung und die Guerillaorganisation ELN haben sich auf einen Waffenstillstand geeinigt. Er soll am 3. August in Kraft treten und zunächst für ein halbes Jahr gelten. Zudem wurde vereinbart, inwieweit die Zivilgesellschaft an den Friedensgesprächen beteiligt werden soll.

Das Übereinkommen wurde in der kubanischen Hauptstadt Havanna unterzeichnet, wo die dritte Gesprächsrunde zwischen beiden Delegationen am 2. Mai begonnen hatte. Präsentiert wurde das Abkommen von dem kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro, dem Oberkommandierenden der ELN Antonio García und dem kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel [1]. Anwesend waren zudem Vertreter\*innen der UN sowie weiterer Staaten, darunter auch Deutschland.

#### Wie sind die weiteren Schritte?

Bis zum 5. Juli sollen beide Verhandlungsdelegationen mehrere

Punkte ausarbeiten. Dabei geht es unter anderem um einen Kommunikationskanal zwischen beiden Parteien, der über den Sondergesandten des UN-Generalsekretärs laufen soll. Außerdem sollen noch ausstehende Protokolle und ein Mechanismus zur Überwachung der umzusetzenden Maßnahmen erstellt werden.

Bereits am 6. Juli sollen die Befehle zur Einstellung aller Kampfhandlungen erteilt werden. Am 3. August soll dann der Waffenstillstand landesweit für zunächst sechs Monate in Kraft treten. Er kann dann von den Delegationen verlängert werden.

#### Beteiligung der Zivilgesellschaft

Die Delegationen der kolumbianischen Regierung und der ELN einigten sich auch darauf, eine Möglichkeit für die Zivilgesellschaft zu schaffen, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Dafür sollen verschiedene Sektoren der Zivilgesellschaft eingeladen werden.

Noch zu bildende Arbeitsgruppen sollen ein genau definiertes Komitee zur Teilnahme der Zivilgesellschaft ins Leben rufen. Dieses Komitee (Comité Nacio-

nal de Participación de la Sociedad) soll am 25. Juli eingerichtet werden.

### Rolle Kubas gewürdigt

Sowohl die kolumbianische Regierung als auch die ELN würdigten die Rolle Kubas bei dem Versuch, Frieden in Kolumbien zu schaffen. Zugleich kritisierten sie, dass Kuba auf der Liste der Terrorismus unterstützenden Länder steht. Dessen Präsident Miguel Díaz-Canel bekräftigte seine Unterstützung für den Friedensprozess.

Der Oberkommandierende der ELN, Antonio García dankte der internationalen Gemeinschaft und insbesondere den Kubaner\*innen für die Unterstützung in den zehn Jahren seit Beginn der Friedensverhandlungen mit der Regierung Santos, die nun

mit Petro wieder aufgenommen werden konnten. Zwischenzeitlich, während der Regierung von Expräsident Iván Duque, waren die Verhandlungen zum Erliegen gekommen.

Auch die Vereinten Nationen begrüßten die "Friedensbemühungen der kolumbianischen Regierung und der ELN, um einen Waffenstillstand und einen Mechanismus zur Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erzielen".

Die vierte Verhandlungsrunde wird vom 14. August bis 4. September in Venezuela stattfinden. Dann soll ausgewertet werden, inwieweit die bisherigen Übereinkommen erfüllt wurden.

### Anmerkung:

[1] <https://www.kubakunde.de/neues/historischer-durchbruch-in-ha->

vanna-waffenstillstand-mit-eln-bringt-hoffnung-auf-dauerhaften-frieden

### URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/politik-gesellschaft/waffenstillstand-mit-eln-vereinbart/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Argentinien

**Esther Pineda G. -**

### **"Meine Bücher schaffen ein Panorama des Rassismus in ganz Amerika"**

*von Maga Pérez*

***Esther Pineda G. über die historischen Unterschiede zwischen Lateinamerika und den USA, die Abschaffung der Sklaverei und die heutige Femizid-Kultur.***

*(Buenos Aires, 14. Mai 2023, Agencia Paco Urondo) - Auf der*

Internationalen Buchmesse in Buenos Aires interviewte die Zeitschrift AGENCIA PACO URONDO die venezolanische Schriftstellerin, Soziologin und Feministin Esther Pineda. Diese stellte dort ihr neuestes Buch *"Ser afrodescendiente en América Latina: racismo,*

*estigma y vida cotidiana"* (Schwarzsein in Lateinamerika. Rassismus und Stigmatisierung im Alltag) zusammen mit ihren weiteren beim Prometeo Verlag herausgegebenen Werken vor. Sie zeigt darin die vielfältigen Formen von Gewalt gegen Frauen auf und

schlägt die Intersektionalität und den Antirassismus als politische Antwort darauf vor.

\*

*Agencia Paco Urondo (APU): Was sind deine Erwartungen bezüglich der diesjährigen Buchmesse, bei der alle deine Werke vorgestellt werden?*

Esther Pineda G.: Es ist immer sehr angenehm, nach Argentinien zurückzukehren und an der Buchmesse mit einem Überblick über die Themen, zu denen ich arbeite, teilzunehmen. Dies schließt alle meine Werke zu Frauenrechten und der Gewalt gegen Frauen ein, sowie zwei Bücher über rassistische Diskriminierung, die ich vor kurzem veröffentlicht habe. Das erste davon handelt von Rassismus und Polizeigewalt in den USA (*"Racismo y la brutalidad policial en los Estados Unidos"*), das zweite behandelt das Thema Schwarzsein in Lateinamerika, Rassismus und Stigmatisierung im Alltag (*"Ser afrodescendiente en América Latina, estigma y vida cotidiana"*).

*APU: Aus der Perspektive deiner Bücher: Wie zeigt sich Rassismus in unserer Region?*

E.P.G.: Schau, diese zwei Arbeiten können getrennt voneinander gelesen werden, aber zusammen schaffen sie ein Panorama über Rassismus in ganz Amerika und erlauben uns so, auch die Unterschiede in den verschiedenen territorialen Räumen zu beschreiben, aufzuzeigen und zu beweisen. Die historischen Unterschiede zwischen Lateinamerika und den USA begannen bereits beim Prozess der Abschaffung der Sklaverei. In den



*Esther Pineda G. auf der Internationalen Buchmesse in Buenos Aires  
Foto: Maga Pérez*

USA führte der soziale Druck zu einem Abdriften in die Segregation, zu institutionellem Rassismus durch die Verabschiedung strenger Gesetze und starker Limitierungen auf allen Ebenen. Dies bedeutete den physischen und territorialen Ausschluss der von Rassismus betroffenen Personen aus den für weiße Personen - die in dieser Gesellschaft als das perfekte Wesen par excellence wahrgenommen wurden - vorgesehenen Bereichen. Für die weiße Bevölkerung in den USA bedeuteten die afroamerikanischen Personen aufgrund ihrer stetigen Suche nach derselben Anerkennung, Sichtbarkeit, Zivilrechten und Macht eine Gefahr.

Im Gegensatz dazu wurde in Lateinamerika nach der Abschaffung der Sklaverei nicht der Weg der Segregation eingeschlagen. Dies passierte nicht etwa deshalb, weil man nicht darüber nachgedacht hätte, sondern weil die Auswirkungen von Sklaverei und Unterdrückung solchen Ausmaßes waren, dass auch nach der Freilassung die ehemals Versklavten ihre Le-

ben weiterhin in extrem ungeschützten und prekären Umständen lebten und sie keine Mittel hatten, um sich in das soziale Gefüge zu integrieren. Aus diesem Grund - angesichts einer vollkommen zerstörten sozialen Gruppe - geschah die Institutionalisierung des Rassismus nicht auf die gleiche Art und Weise.

*APU: Erklärt dies die unterschiedlichen Formen, die der Rassismus angenommen hat?*

E.P.G.: Auf jeden Fall! In den USA wurden die Voraussetzungen für einen expliziten Rassismus kreiert. Um diese Politik durchzusetzen, wurde die Polizei zu einem zentralen Element für die Aufrechterhaltung des Systems der Segregation und die ausführende Hand der physischen Vernichtung der rassifizierten Personen. In diesem Kontext hat die Polizeigewalt Ausmaße angenommen, die sich bis heute nicht aufgelöst haben.

Gleichwohl fand in Lateinamerika eine symbolische Auslöschung

statt. Unsere Gesellschaften tendieren dazu, ihren Rassismus durch das Unsichtbarmachen der rassifizierten Bevölkerung zu äußern: zum Beispiel die fehlende Anerkennung der Errungenschaften der indigenen und afrikanischstämmigen Bevölkerung in der Geschichte Lateinamerikas und beim Aufbau unserer Gesellschaft. Das ist keine Kleinigkeit, sondern extrem komplex und hat in der heutigen Zeit direkte Auswirkungen auf die afrikanisch-stämmige Bevölkerung, die statistisch gesehen die ärmste, prekärste und ungebildetste der ganzen Region ist.

*APU: Ausgehend von deinen Untersuchungen: Wie bewertest du die bestehenden Schwierigkeiten in Argentinien hinsichtlich der Anerkennung und des Sprechens über Rassismus?*

E.P.G.: Das Leugnen von Rassismus ist keine Eigenart Argentinens, sondern in ganz Lateinamerika zu beobachten. Es handelt sich um eine Problematik in unseren Gesellschaften, mit der sich nicht auseinandergesetzt wird; die eben aufgrund dieser fehlenden Anerkennung der Problematik nicht angegangen wird, denn was nicht als Problem erkannt wird, kann auch nicht gelöst werden. Und in Lateinamerika haben sich Praktiken und Erzählungen ausgehend von der Idee des Schmelztiegels der Ethnien und dieser "positiv harmonischen" Vermischung normalisiert, die auf gewisse Art und Weise zur Unsichtbarkeit des Konflikts beitragen und deshalb auch den Rassismus verdecken. All diesen Fragen gehe ich in meinem zuletzt erschienen Buch auf den Grund.

*APU: In welcher Verbindung stehen deine vorherigen Arbeiten zu*

*diesem Thema: Machismo y vindicación (Machismus und Rache), El riesgo de ser mujer en América Latina (Das Risiko, in Lateinamerika eine Frau zu sein), Bellas para morir (Zum Sterben schön) und Cultura Femicida (Femizid-Kultur)?*

E.P.G.: Das ist eine der größten Schwierigkeiten des Feminismus und des Antirassismus: Die Unfähigkeit, ausgehend von der Intersektionalität zu denken. Die Idee, "dass aufgrund natürlicher Gegebenheiten Frauen so und so sind" und dass "aufgrund natürlicher Gegebenheiten rassifizierte Frauen so und so sind", ist Teil des biologischen Determinismus, der die Auffassung aufdrängt, dass rassifizierte Personen minderwertiger seien, sowie geringere organisatorische und intellektuelle Fähigkeiten hätten. Die Hierarchisierung trägt zudem auch zur sozialen Einschränkung der Betroffenen bei, der Dehumanisierung der Personen, zum Anderssein, der Feind, der nicht die gleichen Möglichkeiten haben kann, der andere, den ich ausschließen und beherrschen werde. Diese Strukturen erlauben und ermöglichen die Ausübung aller möglicher Formen von Gewalt, weshalb rassistisch diskriminierte Personen gefährdeter sind.

*APU: Wird der Einfluss dieser Gewaltstrukturen in deinem Buch "Cultura femicida" (Femizid-Kultur) deutlich?*

E.P.G.: Femizid-Kultur ist ein Konzept, das in den letzten Jahren verstärkt zutage getreten ist und das aufzeigt, wie eine Gesellschaft (auf gewisse Art und Weise) die Ermordung von Frauen in ihre Strukturen integriert, toleriert und befördert.

In unseren Gesellschaften wird das Leben von Frauen geringgeschätzt. Wenn Frauen ermordet werden, führt dies nur selten zu starken Erschütterungen; es ist eine Situation der Schutzlosigkeit, der staatlichen Vernachlässigung. Die Femizid-Kultur schafft ein permissives Narrativ zu diesen Formen der Gewalt, und zwar tagtäglich in unterschiedlichen Formen, etwa durch Mediennarrative, die kulturellen Produkte der Gesellschaft. Diese überhäufen uns mit den Ermordungen von Frauen, als etwas Natürliches dargestellt, wie etwas, "das passiert" und in manchen kriegerischen Auseinandersetzungen sogar "notwendig" ist. Wir sehen es die ganze Zeit, in den Serien ist es oft Ausgangspunkt der Geschichte: Wenn die Frau die Beziehung nicht mehr fortführen möchte, erscheint der Femizid als auflösender Akt des Konflikts. Diese Toleranz schafft, in gewisser Weise, eine Normalisierung und Akzeptanz der Morde an Frauen und non-binären Personen. Deshalb, aufgrund dieser Überfülle an Bildern in Videospiele, Telenovelas, der Kunst und der Literatur, wo Frauen ermordet werden - wie könnte es da noch beeindrucken, wenn ein Mord in der Realität passiert?

*APU: Die Dekonstruktion des Patriarchats, der Machismo ... ist er noch weit davon entfernt, zu fallen?*

E.P.G.: In einer Gesellschaft, in der historisch bedingt das Wissen, das Prestige und die ökonomischen Ressourcen männliches Monopol sind und in der unentwegt Bedingungen kreiert werden, in denen Männer diejenigen sind, die das Wort ergreifen können, bedarf es der kontinuierlichen Arbeit, um die Reproduktion dieser Stereoty-

pe zu beenden und aufzulösen. Diese Narrative und Ideen, die davon ausgehen, dass wir Frauen Konsumobjekte sein können, ebnet den Weg für verschiedene Formen der Gewalt in unserer Gesellschaft, weil wir als das Andere wahrgenommen werden. Wenn wir nicht als gleichwertig wahrgenommen werden, verfestigt sich die Ausübung von physischer und psychischer Gewalt sowie der Ausschluss von Frauen aus den verschiedenen Bereichen des Sozialen, der Bildung, Arbeit und Wirtschaft.

*APU: Konnten bereits Fortschritte erreicht werden?*

E.P.G.: Auch wenn wir glauben, dass wir bereits weit vorangekommen sind - denn wir haben tatsächlich einige Rechte erkämpft, Anerkennung und Sichtbarkeit erhalten - befinden wir uns als soziale Gruppe immer noch in einer verletzlichen Position und haben die Narrative, die ökonomischen Ressourcen und die großen Entscheidungen nicht selbst in der Hand. Heißt, die Macht bleibt weiterhin konzentriert, die soziale Macht, die politische Macht, die ökonomische Macht ist noch immer in männlichen Händen. Die weltweiten Entscheidungen, zum Beispiel in Bezug auf die künstliche Intelligenz, diejenigen, die Kapital besitzen, obwohl es Frauen in diesen Bereichen gibt, die jedoch mitmachen und deren Macht unterstützen und aufrechterhalten, alles bleibt in ihren Händen. Und das zeigt, dass die Gesellschaft auf patriarchalen Strukturen aufbaut, auf Ungleichheit, und auch auf der Abwesenheit von wahrer Macht in den Händen von Frauen.

*Übersetzung: Chantal Diercks*

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/meine-buecher-schaffen-ein-panorama-des-rassismus-in-ganz-amerika/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
 Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
 Köpenicker Straße 187/188, 10997 Berlin  
 Telefon: 030/789 913 61  
 E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
 Internet: <http://www.npla.de>

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## **Südkoreanische Frauen**

### **wehren sich leise gegen das männliche Patriarchat**

*von Clara Santos, Seoul (Südkorea), 25.05.2013*



*Eine Gruppe südkoreanischer Frauen, die in traditioneller Kleidung auftreten*

*Foto: KIYOUNG KIM (CC BY 2.0), via flickr  
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>*

**Die Anzahl der Angriffe auf Frauen in Südkorea nimmt zu, da sich immer mehr Frauen weigern, die traditionelle Rolle der Mutter und Ehefrau zu übernehmen**

**men und sich dabei auf die erdrückenden Bedingungen berufen, die das traditionelle patriarchalische System des Landes vorgibt.**

Ende März hat die südkoreanische Regierung ihre Strategie zur Steigerung der Geburtenrate vorgestellt. Das asiatische Land hat mit 0,79 Geburten pro Frau im Jahr 2022 die niedrigste Fruchtbarkeitsrate der Welt. Diese Zahl liegt weit unter den 2,1 Geburten, die für den Erhalt der Bevölkerung eines Landes erforderlich sind.

Wie in den vergangenen Jahren plant die koreanische Regierung, bis zu 200 Milliarden Dollar in Förderprogramme zu investieren, die laut Präsident Yoon Suk Yeol "von den Südkoreanerinnen und Südkoreanern direkt wahrgenommen werden können". Auch wenn mit dem Geld Aspekte wie bessere Bildung und Zuschüsse zur Kinderbetreuung unterstützt werden sollen, übersieht die Politik die eigentliche Ursache des Problems, die nichts mit der Fruchtbarkeit zu tun hat.

Eine im Jahr 2022 von der *Sisa Times* [1] durchgeführte Umfrage ergab, dass 68 % der jungen koreanischen Männer und 54 % der Frauen keine Kinder haben wollen. Dies ist vor allem auf gesellschaftliche Belastungen zurückzuführen, die alle jungen Menschen in ähnlicher Weise betreffen, wie zum Beispiel hohe Kosten für Wohnraum, anstrengende Arbeitszeiten und teure Kindererziehung. Für Frauen kommt jedoch noch ein weiterer entscheidender Faktor hinzu: das patriarchalische System, das strenge Maßstäbe dafür anlegt, was es bedeutet, eine Familie zu haben.

Vor allem die 4B-Feminismus-Bewegung hat immer wieder mit ihrem Motto Schlagzeilen gemacht: keine Verabredungen (*biyeonae*), keine Heirat (*bihon*), kein Sex (*bi-*

*sekseu*) und keine Kindererziehung (*bichulsan*). Und obwohl nicht alle koreanischen Frauen für alle vier Punkte stehen, ist *bihon* für viele zur Philosophie geworden.

In der koreanischen Gesellschaft gelten für Männer und Frauen bestimmte Normen für Verhalten, Kleidung und Aussehen. Für Frauen wird dieser Druck nicht nur an Orten des öffentlichen Lebens - am Arbeitsplatz oder an der Universität - deutlich, wo sie tadellos aussehen müssen, sondern auch in ihrem Privatleben.

Wenn sie sich entscheiden, eine Familie zu gründen, müssen Frauen alles tun: sich um die Kinder kümmern, den Haushalt führen, emotionale Unterstützung bieten und die besten Schulen finden. Aber angesichts der erdrückenden Situation müssen sie auch einen wirtschaftlichen Beitrag leisten. In Südkorea ist die Diskrepanz zwischen den Geschlechtern in Bezug auf die Zeit, die für die Hausarbeit aufgewendet wird, eine der größten unter den OECD-Ländern. Frauen sind etwa 14,1 % ihres Tages mit Hausarbeit beschäftigt, während Männer nur 4,4 % ihrer Zeit dafür aufwenden. Noch extremer ist es bei der Kinderbetreuung, der sich die Frauen durchschnittlich 8.194 Stunden pro Jahr widmen, während ihre männlichen Partner lediglich 818 Stunden mit ihren Kindern verbringen.

Romy, eine 24-jährige Südkoreanerin, die derzeit in Seoul lebt, erklärt, dass die Umsetzung von *bihon* in ihrem Leben nicht bedeutet, dass sie "das andere Geschlecht hasst" oder keine Kinder haben will, sondern vielmehr, dass sie von vornherein vermeidet, die perfekte Familie gründen zu müs-

sen. Wie sie versucht ein großer Teil der weiblichen Bevölkerung, einen Mittelweg zu finden zwischen dem potenziellen Wunsch, eine Familie zu haben und der gleichzeitigen Weigerung, die auferlegten Bedingungen zu erfüllen.

Dieser Druck kommt vor allem von der älteren Generation, insbesondere von der Seite des Ehemanns. Ein anschauliches Beispiel sind die Chuseok-Feierlichkeiten, bei denen nur die Frauen für die Vorfahren ihres Mannes ein reichhaltiges Essen kochen müssen, während die Aufgabe des Mannes darin besteht, "einfach nur gemütlich zu sitzen". Romy zufolge glauben viele junge Männer immer noch an diesen Brauch, der aus den Lehren ihrer Eltern und Großeltern stammt.

Dieser Druck auf die Frauen und die Skepsis gegenüber dem Feminismus kristallisierten sich bei den letzten Wahlen mit dem Aufstieg von Yoon Suk-yeol an die Macht heraus. Der derzeitige Präsident, der sich des demografischen Problems des Landes mehr als bewusst ist, hat den Diskurs gegen die Frauen gerichtet und den Feminismus als Hauptproblem verurteilt. Während seines Wahlkampfes bestand er darauf, das Gleichstellungsministerium und den Begriff der Gleichstellung der Geschlechter abzuschaffen, beides Dinge, die bereits in Arbeit sind.

Der Begriff "Feminismus" ist in der südkoreanischen Gesellschaft relativ neu. Diejenigen, die offen ein Mindestmaß an Engagement für die Sache zeigen, werden öffentlich ausgegrenzt. "Feminismus wird als etwas sehr Schlechtes dargestellt", bekräftigt Romy.



Dies gilt umso mehr, als der Präsident die Schuld für das demografische Problem des Landes den Frauen zuschreibt.

Die Erklärung für den Trend in Südkorea liegt also an zwei Dingen. Ein Muster, das in westlichen Ländern zu beobachten ist, und ein patriarchalisches System, das Frauen unterdrückt. Während der erste Faktor mit wirtschaftlichen Maßnahmen angegangen werden kann, liegt der zweite in einem tieferen strukturellen Problem begründet.

In einem Interview mit der *New York Times* bekannte sich Frau Chung, Mitglied der früheren Regierung und zuständig für die Umkehrung des Trends bei den Geburtenraten, zu einem feministischen Ansatz, den sie auch heute noch vertritt. "Der Schwerpunkt sollte auf orientierten Maßnahmen und einem feministischen Ansatz liegen, um die Barrieren des Mutter- und Frauseins abzubauen".

**Anmerkung:**

[1] <http://www.timesisa.com/news/view.html?section=93&category=94&no=34370>

*Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Anita Köbler vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.*

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

**Wenn der Staat tötet**

*von Helmut Ortner, 20. Februar 2023*

***"Du sollst nicht töten!" Dieses Gebot gilt weltweit als schlimmes Verbrechen. Sieht ein Staat in seiner Rechtsordnung aber die Todesstrafe vor, ist die Tötung legitimiert. Ein Grundwiderspruch, der besteht, solange es die Todesstrafe gibt. Doch die historischen Legitimations-Argumente verlieren - zumindest in der westlichen Welt - an Zustimmung.***

Im Jahre 1761 wird ein französischer Protestant namens *Jean Calas* aus Toulouse verurteilt und hingerichtet. Er wird für schuldig befunden, einen seiner Söhne umgebracht zu haben, weil dieser beabsichtigt hatte, zum Katholizismus überzutreten. *Voltaire*, bereits auf der Höhe seines Ruhms, geht der Sache nach und setzt durch, dass der Fall erneut verhandelt wird. Dabei ergibt sich die Unschuld des Hingerichteten. Noch ehe das Verfahren definitiv abgeschlossen ist, erscheint ein Buch, das für die nächsten hundert Jahre und darüber hinaus gleichsam das Manifest der Gegner der Todesstrafe werden sollte. Es trägt den Titel *Über Verbrechen und Strafe* und stammt aus der Feder von *Cesare Beccaria*, einem 25-jährigen Mailänder Juristen. Der Todesstrafe sind darin gerade einmal zehn Seiten gewidmet, doch diese Seiten sind es, die das Buch berühmt machen. Hier wird das erste Mal die Todesstra-

fe als unrechtmäßig grundsätzlich verworfen, weil niemand das Recht habe, sich selbst zu töten und deshalb auch niemand imstande sei, ein solches Recht wirksam auf andere oder an die Gesellschaft abzutreten, darüber hinaus als ganz und gar nicht notwendig befunden, weil die lebenslange Freiheitsstrafe die Allgemeinheit nicht weniger gut vor dem Täter sichere als der Vollzug der Todesstrafe. Schließlich heißt es in dem Buch, die Abschreckung Dritter vom Verbrechen werde durch den Anblick des lebenslangen Leidens des Eingesperrten eher erreicht als durch das schnell vorübergehende Schauspiel der Hinrichtung.

Im Übrigen sei die Todesstrafe auch aus ethischen Gründen zu verwerfen, denn die Gesetze seien dazu bestimmt, veredelnd auf die Sitten der Menschen einzuwirken - und nicht ihnen ein Beispiel der Wildheit zu geben. Es sei daher widersinnig, wenn eben die Gesetze, welche die Tötung verpönten und bestrafte, selbst eine Tötung begingen, wenn sie, um die Bürger von Morden abzuhalten, selbst einen öffentlichen Mord anordneten. *Beccarias* Buch, bald in zahlreiche Sprachen übersetzt, findet große Verbreitung. Nach dessen Lektüre wird auch *Voltaire* zu einem leidenschaftlichen Gegner der Todesstrafe. Er begnügt sich nicht da-

mit, Beccarias Argumente mit anderen Worten zu wiederholen; er ist es, der als einer der ersten die Möglichkeit des Justizirrtums als Einwand gegen die Todesstrafe ins Feld führt, den er als *Justizmord* bezeichnet. Eine Provokation in einer Zeit, in der das "Wohl des Staates" im Mittelpunkt aller Vorstellungen steht.

### Abschreckung und Vergeltung

In den letzten 250 Jahren haben sich - in der westlichen Welt - die Argumente für oder gegen die Todesstrafe vor allem auf zwei Grundsätze konzentriert: den der Abschreckung und den der Vergeltung. Die These, dass eine so unwiderrufliche Strafe wie der eigene Tod Menschen davon abhält, abscheuliche Verbrechen zu begehen, ist seit dem 18. Jahrhundert von zahlreichen Autoren angezweifelt worden. Strafrechtler, Psychologen, Mediziner, Politiker, ja Philosophen, wiesen auf zweierlei hin: Der rational planende Täter geht davon aus, dass er nicht gefasst wird, während diejenigen, die in der Erregung des Augenblicks eine schwerste Gewalttat wie etwa einen Mord begehen - und das sind die allermeisten - nicht in der Verfassung sind, die Folgen ihres Handelns abzuwägen oder zu kontrollieren, "es passiert".

Dort, wo Statistiken den Abschreckungsbeweis erbringen sollen, ist ihr Erkenntniswert gering. Befürworter wie Gegner der Todesstrafe müssen sich eingestehen, dass der Beleg, ob die Abschaffung zu einer Zunahme und die Wiedereinführung zu einer Abnahme von Mordtaten geführt haben, noch aussteht. Richard J.

Evans verweist darauf, dass es Indizien dafür gibt, dass Gesellschaften mit hoher Hinrichtungsrate und drakonischen Strafen dazu neigen, auch Gesellschaften mit einem hohen Maß an zwischenmenschlicher Gewalt zu sein. Kurzum, die Schwäche des Abschreckungsarguments ist evident, das konstatieren auch immer mehr Befürworter der Todesstrafe. Also ändern sie ihre Rhetorik: nun plädieren sie für die Vergeltung. Der Tod des Täters sei die einzig angemessene Reaktion der Gesellschaft, es dem Mörder heimzuzahlen. Das schwerste Verbrechen verdient die schwerste Strafe. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Das Dilemma dieses in biblischer Tradition stehenden Rachedenkens besteht darin, dass das Vergeltungsargument willkürlich ist. Gleiches mit Gleichem zu beantworten, warum sollte das nur für Mord und nicht für andere Verbrechen gelten?

Warum nicht bei Körperverletzung, Diebstahl, Betrug? Das Vergeltungsprinzip wird aus gutem Grund nicht angewandt, um den Rechtsfrieden wiederherzustellen. Niemand würde einem Straßenräuber, der bei seiner Attacke dem Überfallenen den Arm gebrochen hat, seinerseits als Strafe den Arm brechen wollen. Und was geschieht mit einem Mehrfachmörder? Wie will man den Täter wie in mittelalterlichen Hinrichtungsritualen mehrfach morden?

### Bestrafung und Wiedergutmachung

Demokratische, moderne Justizsysteme - außer in den USA - haben dafür ein abgestuftes System

der Bestrafung und Wiedergutmachung vorgesehen, von der Gefängnisstrafe bis zur Geldstrafe. Selbstjustiz soll es nicht geben. Der Staat allein besitzt das ausgleichende - Gewaltmonopol. Warum also glauben die Befürworter, ausgerechnet bei schwersten Straftaten wie Mord müsse die Gesellschaft ebenfalls mit Mord antworten? Hier wird der *Ausnahmecharakter* bemüht, es soll und muss ein Exempel statuiert werden: Tod für Menschen, die mit ihrer Tat so Abscheuliches, Grausames, Niederträchtiges getan haben, dass sie keine Milde verdienen. Die Todesstrafe soll keine normale Strafe sein, sondern eine Ausnahmesanktion für ein Ausnahmeverbrechen.

Nun wissen wir aus der deutschen Geschichte, dass der Begriff des "*Ausnahmefalls*" sehr dehnbar und interpretationsfähig ist und den jeweiligen politischen Wirklichkeiten geschuldet sein kann. Im nationalsozialistischen Unrechtsstaat wurden Kritik am System, Zweifel am "Endsieg" oder negative Äußerungen über den Führer als *Wehrkraftzersetzung* und *Defätismus* definiert, was ein Todesurteil zur Folge haben konnte. Die gnadenlose Urteilspraxis des Volksgerichtshofs gibt davon erschütterndes Zeugnis.

Was aber, wenn die Ausnahmerhetorik fragwürdig ist, die Abschreckungs- und Vergeltungsargumente keiner kriminologischen, kultursoziologischen und sozialpsychologischen Überprüfung standhalten, was bleibt dann als Legitimation? Die Todesstrafe als staatliches Symbol der Macht? "Der wichtigste rationale Grund gegen die Todesstrafe ist,

dass es keine rationalen Gründe für sie gibt", konstatiert Paul Bockelmann. "Sie leistet für die Bekämpfung von Verbrechen nichts, jedenfalls nichts, was nicht andere Strafen ebenso gut leisten können."

Roger Hood, Professor für Kriminologie an der Universität Oxford, sagt: Die Todesstrafe ist willkürlich, unwirksam, anachronistisch und menschenverachtend - und er nennt vier zentrale Argumente für deren Abschaffung:

- "Die Todesstrafe ist eine Strafe, die das grundlegende Menschenrecht auf Leben verletzt. Sowohl der Europarat als auch die Europäische Union haben erklärt, 'die Todesstrafe hat keinen legitimen Platz im Justizsystem moderner zivilisierter Gesellschaften, ihre Anwendung kann mit Folter verglichen werden und als unmenschliche und entwürdigende Strafform gemäß Art. 3 der Europäischen Menschenrechtscharta betrachtet werden' (Empfehlung 1264, 1994).
- Als utilitaristisches oder praktischeres Argument kann angeführt werden, dass es bislang keinen überzeugenden Beweis dafür gibt, dass die Verankerung der Todesstrafe im Gesetz und ihres Vollzugs eine bleibende Senkung der Mordraten bewirkt - oder jeder anderen Straftat, die mit Todesstrafe geahndet wird. Die Todesstrafe ist kein effektiveres Abschreckungsmittel als Alternativen wie lebenslange oder langjährige Freiheitsstrafen.
- In rechtsstaatlichen Ländern (beispielsweise der USA), in denen Verfahrensgarantien einen fairen Prozess sicherstellen sollen, wird die Todesstrafe nur auf besondere Straftaten angewendet, oft werden



"Über Verbrechen und Strafe" (Dei delitti e delle pene),  
 Titelblatt der 6. Auflage von 1766  
 Abbildung: Biblioteca Europea di Informazione e Cultura,  
 Public domain, via Wikimedia Commons

mindernde Umstände bei der Urteilsfindung berücksichtigt, sodass die Todesstrafe nur in einer kleinen Anzahl der Fälle verhängt wird. Und doch zeigt sich auch hier, dass sich der gesamte Prozess bis zur Urteilsfindung nicht ohne ein inakzeptables Maß an Willkür, Ungleichheit und Diskriminierung umsetzen lässt.

• *Schließlich ein Argument, das bereits 1764 von Cesare Beccaria formuliert wurde: Dass die Todesstrafe in ihrer Botschaft grundsätzlich kontraproduktiv sei, da sie genau das Verhalten - beispielsweise Mord, Tötung - legitimiert, das sie zu bekämpfen versucht. Dies trifft besonders auf jene Fälle zu, in denen die Hingerichteten als Sündenbock erscheinen und mehr noch in jenen Fällen, in denen Unschuldige hingerichtet werden - eine unvermeidliche Konsequenz der Todesstrafe. Sie untergräbt also die Legitimität und die moralische Autorität des Rechtssystems insgesamt."*

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International argumentiert ähnlich. Erstens: Die Hinrichtung ist eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Form der Bestrafung. Zweitens: Die Wirksamkeit der Abschreckung ist nicht nachgewiesen. Und drittens: Die Todesstrafe wird von fehlbaren Menschen verhängt. Das impliziert auch in letzter Konsequenz Fehlurteile. Unschuldige Menschen werden hingerichtet.

### **Ächtung und Abschaffung**

Was meinen Verteidiger der Todesstrafe dazu? Sie räumen allenfalls ein, dass Justizirrtümer möglich, aber doch unerheblich sind, dass man Fehlurteile hinnehmen kann, sofern sie nur durch menschliche Fehlbarkeit verursacht sind. Der statistische Befund bezeugt jedoch, dass Justizirrtümer keineswegs selten sind und dass ein Todesurteil sehr stark von der Klasse, vom

Status und der ethnischen Zugehörigkeit des betreffenden Täters, den jeweiligen politischen Verhältnissen sowie den Meinungen und dem Charakter der das Begnadigungsrecht ausübenden Macht abhängt. Rechtssysteme werden letztlich von Menschen getragen, hier gehen subjektive Urteile ein, die wiederum stark von äußeren Faktoren beeinflusst werden. Etwa: An welchem Ort findet der Prozess statt? Steht gerade (beispielsweise in einem US-Bundesstaat) eine wichtige Wahl an? Welcher Täter ist zurechnungsfähig, wer verdient Milde? Solche Unwägbarkeiten können - das zeigt die Wirklichkeit - ein Urteil beeinflussen. "Auf dem Weg von der Theorie in die Praxis nimmt die Todesstrafe unweigerlich ein Maß an Willkür an", stellt Richard J. Evans nüchtern fest.

In den vergangenen Jahren ist ein weltweiter Trend zur Abschaffung der Todesstrafe zu registrieren. Am Anfang des 21. Jahrhunderts - das zeigen die aktuellen Statistiken - ist Europa eine "todesstrafenfreie Zone" und international lehnt eine deutliche Mehrheit aller Staaten die Anwendung der Todesstrafe ab. Dennoch ist der entscheidende Durchbruch auf dem Weg zur weltweiten Ächtung und Abschaffung der Todesstrafe noch nicht gelungen. Sie ist Bestandteil der auf Religion basierenden Rechtskultur der islamischen Staaten des Mittleren Ostens sowie autoritärer Diktaturen in Asien und Afrika. Nirgendwo werden mehr Menschen exekutiert als in China, aber rechtsstaatliche Demokratien wie die USA oder Japan halten an der Todesstrafe fest.

Darüber hinaus ist die Zahl der Straftaten, auf die die Todesstrafe angewendet werden kann, in vielen Ländern noch hoch. Tatsächlich hat sich diese in den letzten 20 Jahren in zahlreichen Staaten noch vergrößert. China hält mehr als 60 Straftaten für todeswürdig, in mehr als 34 Ländern kann der Handel mit illegalen Drogen mit dem Tode bestraft werden, ebenso Sexual- und Wirtschaftsverbrechen.

Bei nationalen Krisen und innenpolitischen Machtkämpfen - nicht nur, wenn das Militär die Macht ergriff - wurde die Todesstrafe in vielen Fällen nach langen Jahren der Nichtanwendung wieder eingeführt. Beispielsweise in einigen Karibikstaaten.

Sollten Cesare Beccaria und seine Anhänger auferstehen und eine Karte mit der globalen Todesstrafen-Statistik zu Gesicht bekommen - sie wären enttäuscht. Bei allen Fortschritten: Der Glaube an die Todesstrafe ist weiterhin weit verbreitet. Und selbst in den Ländern, in denen auf Todesstrafe verzichtet wird, basiert die Bestimmung des Strafmaßes für schwere Verbrechen auf den alten Gedanken der Abschreckung und der Vergeltung. Eine Tatsache, die den Befürwortern der Todesstrafe nicht entgeht. Ist Änderung in Sicht?

Besonders unter demokratischen Politikern in den USA [1] ist die Todesstrafe seit Längerem umstritten. Gerade hat der Gouverneur von Pennsylvania [2] Josh Shapiro für seinen Bundesstaat Konsequenzen verkündet, er teilte mit, während seiner Amtszeit wolle er keine Häftlinge hängen lassen. Shapiro war bei

den Zwischenwahlen im November zum Gouverneur des Bundesstaats gewählt worden und trat sein Amt im Januar an. Er war kein ausgesprochener Gegner der Todesstrafe. Mehr als ein Jahrzehnt lang, auch noch in seiner Zeit als Generalstaatsanwalt, war er der Meinung gewesen, dass die Todesstrafe eine gerechte Strafe für schwerste Verbrechen sein kann, gestand er in einem Interview. Als jedoch die ersten Kapitalverbrechen in seinem Büro gelandet seien, habe er sich schwer damit getan, die Todesstrafe zu beantragen. "Als mein Sohn mich fragte, warum es in Ordnung sei, jemanden als Strafe für einen Mord zu töten, konnte ich ihm nicht in die Augen sehen und erklären, warum."

In den USA wird seit jeher über die Todesstrafe gestritten: juristisch, gesellschaftlich, politisch, moralisch - zunehmend polarisierend. Eine Enthauptung in Saudi-Arabien oder im Iran gilt als barbarisch, eine Exekution mit einer Giftspritze im eigenen Land als "human". Die Notwendigkeit wird von vielen US-Bürgern noch immer kaum angezweifelt. Nur "rechtsstaatlich-modern" soll sie vollstreckt werden. Laut dem "Death Penalty Information Center" sind in den USA seit Wiederezulassung der Todesstrafe im Jahr 1976 mehr als 1560 Menschen hingerichtet worden - in Pennsylvania sind es drei. Allerdings wurde dort seit 1999 niemand mehr hingerichtet. Im ganzen Land sind aber allein seit Jahresbeginn sechs Verurteilte hingerichtet worden. Immerhin: 23 der 50 US-Bundesstaaten haben die Todesstrafe ganz abgeschafft. Und: die USA

zählen nicht mehr zu den fünf Staaten mit den meisten Hinrichtungen.

Wenn ein wachsender Teil der Amerikaner jetzt - wieder einmal - über Sinn und Legitimation der Todesstrafe nachdenkt, mag das auch mit der Tatsache zu tun haben, dass sie sich als Mittel der Prävention nirgendwo nachhaltig bewährt hat; ebenso mit der Einsicht, dass das gesamte Hinrichtungssystem zukünftig kaum mehr finanzierbar ist. Vielleicht aber auch mit der Erkenntnis, dass Europa, mit dem die USA so viele Werte und Überzeugungen teilt, in Fragen der Menschenrechte und Rechtspraxis Standards vorlebt, die zu keinen sozialen Gefährdungen führt.

"Das entscheidende Argument für die Ablehnung der Todesstrafe muss sein, dass es den Staat und damit uns alle, seine Bürger, herabsetzt und entwürdigt, wenn er seine Macht dazu gebraucht, das Leben eines Menschen zu beenden", schreibt Richard J. Evans. Nicht nur Amerikaner sollten dem zustimmen.

#### Anmerkungen und Quellen:

[1] <https://www.spiegel.de/thema/usa/>

[2] <https://www.spiegel.de/thema/pennsylvania/>

Cesare Beccaria, *Verbrechen und Strafe*, Frankfurt 1998, Vergeltung, Darmstadt 2020

Richard Evans, *Rituale der Bestrafung*, Darmstadt 2020  
Die noch immer gültigen Argumen-

te für die Abschaffung der Todesstrafen von Roger Hood finden sich in seinem Beitrag *Die Todesstrafe - Globale Perspektiven*, in: Christian Boulanger u.a. *Zur Aktualität der Todesstrafe*, Berlin 1997

Zum Stand der aktuellen Diskussion zur Todesstrafe in den USA vgl. den Beitrag von Arthur Kreuzer, *Todesstrafe und Bürgerbewaffnung - Vom mühsamen Weg zu rationaler Kriminalpolitik* in: Neue Kriminalpolitik, Heft 1-2022, S. 75

Über den Widerstand gegen Hinrichtungen im US-Bundesstaat Pennsylvania vgl. [spiegel-online](https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/todesstrafe-in-pennsylvania-josh-shapiro-kuendigt-widerstand-gegen-hinrichtungen-an-a-bab66b6b-2422-4812-ad65-43d49679099c) vom 17.2.2023

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/todesstrafe-in-pennsylvania-josh-shapiro-kuendigt-widerstand-gegen-hinrichtungen-an-a-bab66b6b-2422-4812-ad65-43d49679099c>

#### Vom Autor:

Helmut Ortner  
OHNE GNADE  
Eine Geschichte der Todesstrafe  
Mit einem Nachwort von Bundesrichter a.D. Thomas Fischer  
Nomen Verlag Frankfurt 2020

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### Quelle:

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail: [redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)



## Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

### *Sterbehilfe bleibt erlaubt*

### *Bundestag scheitert am eigenen Regelungswahn*

von Christa Schaffmann - 9. Juli 2023



Foto: 2013 by Manos Bourdakis, CC-BY-SA-3.0  
[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>],  
via Wikimedia Commons

(SB) - Am 6. Juli 2023 fanden im Deutschen Bundestag eine Debatte über zwei Gesetzentwürfe zur Sterbehilfe sowie die Abstimmung über beide statt. Die Verfasser der konkurrierenden Entwürfe stammten jeweils aus mehreren Parteien. Einer der beiden Gesetzentwürfe stellte Sterbehilfe grundsätzlich unter Strafe, ermöglichte sie jedoch unter ganz bestimmten Umständen. Der andere siedelte die Sterbehilfe nicht im Raum des Strafrechts an, weil das aus Sicht der Verfasser zu dem klaren Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2020 nicht passe.

Karlsruhe hatte seinerzeit entschieden, das jeder Bürger das Recht habe, selbstbestimmt über seinen Tod zu entscheiden und dabei auch Hilfe anzunehmen.

Abgeordnete aus beiden Verfassers-Gruppen begründeten ihre Entwürfe zum Teil mit unzutreffenden Behauptungen und trugen dazu Einzelfälle vor, mit denen sie offenbar meinten, eine Mehrheit des Parlaments für sich gewinnen zu können. Es waren Kurzreferate mit persönlicher Wertung. Rednerinnen und Redner aus allen Fraktionen glänzten dabei vor allem durch Unkennt-

nis der Materie bezüglich der nationalen wie internationalen Praxis der Suizidhilfe sowie der Rechtslage. Einige legten Glaubensbekenntnisse ab, andere präsentierten sich als Beschützer der Bürger, und wieder andere ließen erkennen, dass ihnen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020, welches den § 217 des Strafgesetzbuches vom 10. Dezember 2015 für nichtig erklärt hat, viel zu weit gehe. Dabei zeigte mindestens ein Teil von ihnen, dass sie dieses wegweisende Urteil entweder gar nicht gelesen oder aber nicht verstanden haben.

Keiner der beiden Gesetzentwürfe und auch die in der Debatte vorgetragenen Argumente überzeugten eine Mehrheit von Abgeordneten. Der Entwurf der Gruppe um Lars Castellucci erhielt 690 Stimmen, davon 304 für und 363 gegen den Entwurf. Die Abgeordnetengruppe um Katrin Helling-Plahr und Renate Künast brachte es auf 682 Stimmen, davon 287 Ja-Stimmen und 375 Nein-Stimmen; hinzu kamen 20 Enthaltungen. Die Unterschiede zwischen beiden Entwürfen waren einerseits klar durch die grundsätzliche Entscheidung für bzw. gegen die Verankerung der Sterbehilfe im Strafrecht. Andererseits ähnelten

sie sich in ihrem Bemühen, soviel wie möglich zu regeln, und in ihrer paternalistischen Haltung mit der Begründung, man müsse Bürger durch Beratung vor Kurzschlusshandlungen schützen, Affektsuizide vermeiden (solche sind von allen mit Sterbehilfe befassten Organisationen ausgeschlossen!) und man dürfe den assistierten Suizid nicht zur Normalität werden lassen. Was sie darunter verstehen, z.B. durch die Nennung von Zahlen, verschwiegen sie. Während Betroffene unter dem Regelwahn der Politiker leiden, sucht ein Teil der enttäuschten Abgeordneten schon jetzt nach einer Lösung, die in ihren Reihen mehrheitsfähig ist und nach der Sommerpause durchgesetzt werden kann. Begründung: es gebe sonst keine Rechtssicherheit.

\*

Sind sie damit auf dem richtigen Weg oder besteht ein grundsätzliches Problem, weshalb es am Ende keine Mehrheit gab? In Reaktionen auf die Entscheidung des Bundestages findet man auf diese Frage vielleicht eine Antwort.

Mit Erleichterung reagierte erwartungsgemäß der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) RA Robert Roßbruch auf die Bundestagsabstimmung. Die vermeintlichen gesetzlichen "Grauzonen" und der behauptete "unregulierte Zustand" seien für ihn nicht erkennbar. Eine erneute Gesetzgebung sei nicht zwingend erforderlich. Dies hat im Übrigen auch das Bundesverfassungsgericht so gesehen, denn es hat den Gesetzgeber nicht dazu

verpflichtet, ein wie auch immer geartetes legislatives Schutzkonzept zu verabschieden.

Roßbruch widerspricht auch der Behauptung, dass durch den Ausgang der Bundestagsabstimmung für die Ärzte eine sehr schwierige Situation entstanden sei, die zu Verunsicherung führe. Für Ärzt:innen, die bei einem freiverantwortlichen Suizid eines ihrer Patienten assistieren, existiere schon jetzt in Deutschland ein klarer und eindeutiger rechtlicher Handlungsrahmen. Organisationen, die Freitodbegleitungen anbieten oder vermitteln, arbeiten transparent und überprüfbar; dies gelte auch, weil sie nach jeder Freitodbegleitung die örtlich zuständige Kriminalpolizei informieren, die dann ein förmliches Todesermittlungsverfahren einleitet. Assistiert ein Suizidhelfer bei einem Suizid, ohne dass die suizidwillige Person einsichts- und entscheidungsfähig ist und demzufolge freiverantwortlich handeln kann, liegt tatbestandsmäßig ein Totschlag gemäß § 212 StGB vor. Es gebe bei Verstößen somit genügend Möglichkeiten, strafrechtlich aktiv zu werden.

Auch Frank Ulrich Montgomery, Ehrenpräsident der Bundesärztekammer und ehemaliger Ratsvorsitzender des Weltärztebundes, ist keine Spur von enttäuscht über den Ausgang der Abstimmung im Parlament, wie er im Gespräch mit dem Deutschlandfunk erklärte. Vielmehr findet er den Ausgang der Abstimmung gut. Der seit dreieinhalb Jahren bestehende Zustand sei durchaus nicht ungerecht, wie manche Politiker den Bürgern weismachen wollen.

Auch hat das BVerfG neue Regelungen in Form eines Gesetzes nicht *gefordert*, sondern lediglich *erlaubt*. Beide Entwürfe hätten Montgomery zufolge zu einem monatelangen administrativen Verwaltungsverfahren mit Beratungen und Zeitfristen geführt. Das wäre der Ersatz der Humanitas durch Verwaltung gewesen und der Sache weder angemessen noch würdig. Es habe in den zurückliegenden Jahren keine Skandale, keine Prozesse, keine Dammsbrüche, also ein starkes Ansteigen der Suizidalität gegeben, wie auch er sie seinerzeit erwartet hatte und eines Besseren belehrt wurde. Auch ein Wettbewerb von Sterbehilfeorganisationen habe nicht stattgefunden. Er sieht in der gegenwärtigen Situation keine Rechtsunsicherheit.

Montgomery ist wie große Teile der Ärzteschaft nicht glücklich darüber, dass das Karlsruher Urteil auch Menschen, die sich *nicht* in einem unumkehrbaren Sterbeprozess befinden, die Sterbehilfe erlaubt. Er begrüßt die Entscheidung des Parlaments zur verstärkten Suizidprävention. Alles andere sollte man jetzt mal so lassen wie es ist. "Man kann nicht jeden Lebenszustand, nicht alles im Leben bis ins kleinste mit Verwaltungsprozessen rechtlich regeln."

Diese Auffassung teilt auch der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, der Theologe Peter Dabrock. Er verweist auf eine Million Menschen, die pro Jahr sterben, 100.000 Suizidversuche, von denen 10.000 tödlich ausgehen und etwa 200 Menschen, die einen assistierten Suizid wählen. Nicht auf diese

Letzteren müsse man das Augenmerk richten, sondern auf die vielen anderen zum Teil tödlichen oder folgenschweren Suizidversuche. Die neue Chefin des Ethikrates, Alena Buyx, sieht es anders. Sie möchte die

Dinge nicht so lassen, sondern weiter nach einer Regelungslösung suchen.

Alternativ wäre es vermutlich wichtiger, dass die Ärzteschaft sich mit dem Wunsch von Men-

schen nach ärztlicher Freitodbegleitung stärker auseinandersetzt, besser zwischen unterschiedlichen Sterbewünschen unterscheiden lernt und von paternalistischer Bevormundung Abstand nimmt.

---

## Am Lebensrand - der assistierte Suizid ... Prof. Dr. Lars Castellucci im Gespräch

### Vor der Entscheidung des Bundestages am 6. Juli 2023 über die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Sterbehilfe

*Das Gespräch führte Christa Schaffmann - 12. Juni 2023*

*Die Entscheidung des Bundestages über die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Sterbehilfe steht unmittelbar bevor. Sie soll noch vor der Sommerpause des Parlaments fallen. Christa Schaffmann führte aus diesem Anlass ein Gespräch mit Prof. Dr. Lars Castellucci (SPD), dessen Gesetzentwurf gemeinsam mit Ansgar Heveling (CDU), Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen), Petra Pau (Die Linke) und Benjamin Strasser (FDP) entstanden ist. Der Gesetzentwurf will die Suizidbeihilfe über das Strafrecht regeln und sieht ein Verbot der geschäftsmäßigen, also organisierten Sterbehilfe, vor. Das Gespräch fand statt, bevor Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) und Katrin Helling-Plahr (FDP) am 13. Juni 2023 ihren neuen gemeinsamen Gesetzentwurf der Bundespressekonferenz vorstellten [1].*

*Schattenblick:* Sie haben gegenüber dem Evangelischen Pressedienst im Mai Änderungen an Ihrem ursprünglichen Gesetzentwurf angekündigt, die sich als Ergebnis sowohl aus den Anhörungen von Sachverständigen als auch aus weiteren Gesprächen mit Betroffenen ergeben haben. Worum geht es da?

*Lars Castellucci:* Wir haben ein Schutzkonzept erstellt im Sinne des Urteils des Verfassungsgerichts, das uns den Auftrag gegeben hat, "dafür Sorge zu tragen" - eine meines Erachtens starke Formulierung! -, dass der freie Wille eines Suizidwilligen tatsächlich gegeben ist, also niemand in einer akuten Krise oder von außen durch Druck beeinflusst eine Kurzschlussentscheidung trifft.

Wir haben deshalb entschieden, dass diejenigen, die dafür am

besten ausgebildet sind, die Freiverantwortlichkeit von Menschen zu erkennen, auch damit beauftragt werden das zu prüfen, wenn jemand den assistierten Suizid in Anspruch nehmen möchte. Das sind Psychiater/Psychiaterinnen. Doch von mehreren Seiten sind wir darauf hingewiesen worden, dass nicht der gleiche Fehler wie 2015 passieren darf und etwas, was ermöglicht werden soll, dann doch praktisch unmöglich wird. Das könnte passieren, wenn gar keine ausreichende Zahl dieser Fachleute flächendeckend zur Verfügung steht. Es ist unser Anliegen, den Zugang zur Suizidassistenz zu ermöglichen, aber zugleich den freien Willen zu sichern, und zwar nicht nur in Ballungszentren, wo vielleicht eine bessere Versorgung existiert, sondern auch in der Fläche. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Begutachtung



auch für psychologische Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen zu öffnen.

Ein weiterer Punkt betrifft das Werbeverbot. Dies regeln wir nicht mehr über das Strafrecht, sondern über das Heilmittelwerbegesetz. Werbeveranstaltungen für den assistierten Suizid oder Plakate in Altenheimen soll es nicht geben, aber Informationen müssen für alle verfügbar sein.

Außerdem wollen wir eine Evaluation ins Gesetz aufnehmen. Das war im ersten Entwurf nicht so vorgesehen, erscheint uns aber als unverzichtbar, denn natürlich muss man die Wirkungen dieses Gesetzes nachverfolgen und ggf. Korrekturen vornehmen.

Ein letzter Punkt betrifft Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Altenheime. Wir stellen klar, dass auch dort niemand verpflichtet ist, an einem assistierten Suizid mitzuwirken. Die Rechte von Bewohnern bleiben davon aber unberührt, und auch wenn jemand beispielsweise nicht mehr transportfähig wäre, darf dies seinen Zugang zu Hilfe nicht verstellen.

Ich bin bekanntermaßen kein Freund der Suizidassistenz; das habe ich mehrfach deutlich gemacht, aber ich bin auch kein Mensch, der anderen seine Sicht der Dinge aufnötigen will. Wir müssen Suizidassistenz ermöglichen, wollen aber nicht, dass daraus ein neues gesellschaftliches Modell entsteht. Denn machen wir uns nichts vor: Wenn im Nebenzimmer gerade ein assistierter Suizid stattfindet oder stattgefunden hat, dann kann das Einfluss auf andere Bewohne-



*Prof. Dr. Lars Castellucci MdB: "Ich sehe es immer als unsere erste Aufgabe, am Lebenswillen zu arbeiten und nicht einfach eine Möglichkeit anzubieten, Leben zu beenden."*

*Foto: 2021 by Thomas Köhler/Photothek*

rinnen und Bewohner haben und dazu führen, dass diese sich die Frage stellen, ob es für sie nicht auch bald an der Zeit ist, ihr Leben zu beenden.

*Schattenblick:* Für mich ist eine freie Entscheidung erst gegeben, wenn jemand ausreichend Informationen bekommt. Bei anderen politischen Themen werden viel mehr Details mitgeteilt, auch kontroverse Ansichten beschrieben. Bei diesem Thema - so mein Eindruck - findet das nicht statt. Wird Ihres Erachtens genug getan, damit sowohl alle Ärzte, Pfleger, alle Betroffenen und auch so viele Bürger wie möglich wissen, wie Sterbehilfe abläuft, wie niedrig die tatsächlichen Zahlen in Deutschland sind, so dass erst gar keine Panik vor einem Dambruch aufkommen kann?

*Lars Castellucci:* Informationen sind unbedingt notwendig. Unter

anderem deshalb haben wir in der Corona-Zeit die Entscheidung über das Gesetz verschoben, denn in dieser Zeit wären viele Diskussionen in der Öffentlichkeit sowie persönliche Gespräche in Freundes-, Bekannten- und Kollegenkreisen ja sehr erschwert gewesen. Wir wollten das Thema rausholen aus der Tabuzone und haben es deshalb erst jetzt für Juli auf die Tagesordnung gesetzt, obwohl es Gesetzentwürfe ja schon länger gab.

Wir sind gesetzgeberisch gefordert oder genauer gesagt: wir *fühlen uns* aufgefordert, eine Regelung zu finden. Aber eigentlich bewegen wir uns in einem Feld, das sich einer wirklich guten Regelung fast entzieht. Es geht um Grenzbereiche des Lebens, um sehr individuelle Situationen. Und dann sagt das Bundesverfassungsgericht auch noch, dass wir eine Regelung für

*alle* - nicht nur für die Schwerkranken, nicht nur für die Alten - treffen sollen, sondern für alle, die zu einer freiverantwortlichen Entscheidung in der Lage sind und sich für einen Suizid entscheiden, bei dem sie Hilfe in Anspruch nehmen wollen ...

*Schattenblick:* ... sich nicht auf Gleise legen oder erhängen wollen.

*Lars Castellucci:* Ich appelliere deshalb auch an die Eigenverantwortung, und die beginnt mit Patientenverfügungen und mit Vorsorgevollmachten. Die gehen derzeit zahlenmäßig leider zurück, dabei schützen sie Menschen und verschaffen Klarheit darüber, was der einzelne Mensch will und was nicht. Niemand muss der Apparatedizin ausgeliefert sein, der das für sich ausschließt.

*Schattenblick:* Da bin ich ganz bei Ihnen. Doch zurück zur bevorstehenden Abstimmung im Bundestag. Wie groß bewerten Sie Ihre Chancen im Parlament, nachdem Sie sich trotz starker Kritik aus den Reihen der sachverständigen Juristen nicht von dem Versuch trennen konnten, am Strafrecht als Heilsbringer bei der Regulierung der Sterbehilfe festzuhalten? Haben Sie die Einwände des Deutschen Anwaltsvereins und anderer nicht überzeugt, dass nämlich ein Strafbedürfnis für die geschäftsmäßige Förderung der straflosen Selbsttötung nicht erkennbar und nicht begründet ist, und zudem die reine Möglichkeit, dass ein strafloser assistierter Suizid bei mehr Menschen den Sterbewunsch erzeugen und intensivieren könnte, in der Rechtsgutleh-

re nicht ausreicht, um mit einer strafrechtlichen Regelung zu reagieren?

*Lars Castellucci:* Wenn Leute bei unserem Entwurf mit dem Strafrecht fremdeln, kann ich das nachvollziehen. Jedoch überzeugen mich die beiden anderen Gesetzentwürfe nicht; einen Antrag bei einer Behörde stellen zu müssen, finde ich überhaupt nicht liberal. Unserem Entwurf spricht man ja ab, liberal zu sein; zu Unrecht, wie ich finde, denn wir ermöglichen die Sterbehilfe ja auch. Die Frage ist, wie niedrigschwellig der Zugang wird. Je niedrigschwelliger, umso mehr Suizide wird es geben. Entscheidend ist, dass die Selbstbestimmung wirklich gesichert ist, dass ein dauerhafter, fester Wille zum Suizid besteht. Ob Künast und Helling-Plahr durch den angekündigten gemeinsamen neuen Entwurf Stimmen gewinnen werden oder sogar verlieren, ist reine Spekulation. Beides ist möglich. Die verbleibende Zeit bis zur Abstimmung im Parlament wird sehr intensiv werden, was die Kommunikation und die Überzeugungsarbeit betrifft. Es gibt auch die Möglichkeit, dass gar kein Antrag eine klare Mehrheit bekommt und es damit bei einem unregulierten Zustand bleibt ...

*Schattenblick:* ... was viele Betroffene nicht als die schlechteste Lösung empfinden, wie ich aus vielen Gesprächen weiß. Profitieren Sie und Ihre Gruppe davon, dass nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung für sich selbst einen assistierten Suizid in Erwägung zieht und deshalb der Druck auf das Parlament aus der Bevölkerung heraus, eine libera-

lere Entscheidung im Sinne des Bundesverfassungsgerichts zu fällen, relativ gering ist?

*Lars Castellucci:* Es gibt immer wieder seltene Krankheiten oder andere Themen, die nur sehr wenige Menschen betreffen und deshalb in der Politik Schwierigkeiten haben, Aufmerksamkeit zu gewinnen. Aber bei diesem Themenfeld erlebe ich eine hochkonzentrierte Debatte, große Ernsthaftigkeit. Es ist eine klassische Gewissensentscheidung und kein Bemühen um Wählerstimmen. Es geht nicht um die Frage, wie viele Menschen es betreffen könnte, sondern um unsere Vorstellung vom Zusammenleben. Wir sagen: Niemand soll sich überflüssig fühlen. Wer Hilfe, Beratung, Unterstützung, Nähe benötigt, soll sie erhalten und nicht einfach den schnellen Weg aus dem Leben aufgezeigt bekommen.

Die Individualisierung lässt uns alle freier leben als jede Generation zuvor. Aber wir sind nun einmal nur als soziale Wesen ganz Mensch. Jeder versucht stark zu sein, aber das sind wir nicht immer - nicht als Kinder und auch in späteren Phasen des Lebens nicht. Von einem Moment auf den anderen kann sich alles ändern. Das ist kein Defizit, sondern gehört zu uns. Und das kann man auch miteinander tragen, indem wir gut miteinander umgehen und füreinander da sind.

*Schattenblick:* Das klingt, als hofften Sie mit diesem Gesetzentwurf die Welt, mindestens die deutsche, retten zu können. Das kann das Gesetz meines Erachtens nicht leisten, und das war

auch nicht das Angebot und schon gar nicht die Forderung des Bundesverfassungsgerichts an den Bundestag. Fürchten Sie einen Dammbbruch, eine inflationäre Entwicklung von Sterbehilfefällen, wenn Ihr Entwurf nicht gewinnt?

*Lars Castellucci:* Ich glaube nicht an eine rasche Zunahme der ein oder zwei Prozent von Menschen, die den selbstbestimmten Tod wählen, oder dass es gar der Mehrheitsweg in Deutschland wird, um aus dem Leben zu scheiden. Aber jeder einzelne Mensch ist mir wichtig. Ich will, dass niemand sich überflüssig fühlt in diesem Land, und deshalb geht es mir um die eine Person, die irgendwo vereinsamt ist, von niemandem mehr das Gefühl bekommt, eine Bedeutung zu haben und die dann mitbekommt, dass es offenbar völlig in Ordnung, ja fast normal ist, sich aus dem Leben zu verabschieden. Für mich heißt das: Ich sehe es immer als unsere erste Aufgabe, am Lebenswillen zu arbeiten und nicht einfach eine

Möglichkeit anzubieten, Leben zu beenden.

*Schattenblick:* Ich versichere Ihnen nach Gesprächen mit Betroffenen: es ist mitnichten eine **einfache** Möglichkeit, die Entscheidung über das eigene Lebensende zu treffen und sie in die Tat umzusetzen.

*Lars Castellucci:* Bislang nicht, aber jetzt eröffnen alle vorliegenden Gesetzentwürfe den Zugang zu einem todbringenden Medikament.

Gleichzeitig regelt die Ärzteschaft, dass niemand die Zulassung verliert, der oder die sich als Arzt oder Ärztin an einem Suizid beteiligt. Wir schaffen also die Möglichkeit, aber ich bleibe dabei, dass wir sie nicht zum Modell machen sollten.

Unser Gesetzentwurf ist eine Einladung an alle Kolleginnen und Kollegen, das Urteil des Verfassungsgerichts umzusetzen, indem der assistierte Suizid ermöglicht und die Selbstbe-

stimmung dabei geschützt wird. Dazu definieren wir klar, unter welchen Voraussetzungen der assistierte Suizid erlaubt ist. Das schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

*Schattenblick:* Danke für das Gespräch.

#### **Über die Autorin:**

*Christa Schaffmann* ist Diplomjournalistin und arbeitet seit zehn Jahren als freie Autorin und PR-Beraterin, nachdem sie zehn Jahre Chefredakteurin von *Report Psychologie*, der Fach- und Verbandszeitschrift des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen, war.

#### **Anmerkung:**

[1] Schattenblick-Bericht über den neuen gemeinsamen Gesetzentwurf von Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) und Katrin Helling-Plahr (FDP), der auf der Bundespressekonferenz am 13. Juni 2023 vorgestellt wurde:

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/report/m0rb0036.html>

*Weitere Artikel der Autorin zum Thema "Assistierter Suizid" in Form von Berichten und Gesprächen mit Expert\*innen verschiedener Berufs- und Interessengruppen sind im Schattenblick unter dem kategorischen Titel "Am Lebensrand - der assistierte Suizid ..." zu finden unter:*

Schattenblick → INFOPOOL → MEDIZIN → REPORT → BERICHT  
[http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/ip\\_medicin\\_report\\_bericht.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/ip_medicin_report_bericht.shtml)

Schattenblick → INFOPOOL → MEDIZIN → REPORT → INTERVIEW  
[http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/ip\\_medicin\\_report\\_interview.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/ip_medicin_report_interview.shtml)

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## **Lateinamerika**

### **Grüner Extraktivismus - das Geschäft mit Lithium, Kupfer, Wasserstoff**

*von Ute Löhning*

***Deutschland setzt für die Energie- und Mobilitätswende auf den Import von Lithium, Kupfer und grünem Wasserstoff aus dem globalen Süden. Deren Abbau belastet dort die Umwelt.***

*(npla, 31.12.2022)* - Klimaneutralität, die Mobilitätswende und der massive Ausbau erneuerbarer Energien gehören zu den zentralen Zielen der Ampelregierung in Deutschland. So steht es im Koalitionsvertrag [1] der rot-gelbgrünen Bundesregierung. Doch woher sollen die nötigen Rohstoffe für Akkus und Windräder, Elektrofahrzeuge und synthetische Kraftstoffe kommen? So wertvolle Stoffe wie Lithium, Kupfer und Wasserstoff werden zumeist aus Südamerika importiert. Deren Abbau belastet dort die Umwelt und damit auch die Menschen, die dort leben.

"Die Bedingungen dort sind zumindest fragwürdig. Gleichzeitig werden aber alle diese Metalle, die dort abgebaut werden, gebraucht", leitete Bernd Pickert, Auslandsredakteur der taz, eine Diskussionsveranstaltung [2] in Kooperation mit dem Nachrichtenpool Lateinamerika und dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika in der taz Kantine am 15. Dezember 2022 ein. "Wenn man hier eine Energiewende auf der Basis

von Elektromobilität hinbekommen möchte, kann man sagen ja, das ist vertretbar? Ist das eigentlich völlig unvertretbar?" spitzt er die Fragestellung an die freie Journalistin und Chile-Korrespondentin Sophia Boddenberg zu. Sie und Michael Reckordt von PowerShift [3], einem Verein, der sich für eine ökologisch und sozial gerechte Energie- und Weltwirtschaft einsetzt, beleuchten dieses Dilemma dann ausführlich von verschiedenen Seiten.

#### **Die Kupfermine Antapaccay in Peru**

"Peru und Chile gehören zu den größten Kupferproduzenten der Welt", erklärt Sophia Boddenberg. "Ein Großteil dieses Kupfers wird nach China exportiert, in die USA und auch nach Deutschland. Deutschland ist das dritte Land, das am meisten Kupfer importiert weltweit." Sie zeigt Fotos von ihren Recherchereisen und beschreibt die Kupfermine Antapaccay, eines der größten Bergwerke in Peru, wo im offenen Tagebau Kupfer abgebaut wird. Nach dem Abtragen des Erzes werden die Abfälle auf großen Abraumhalden gesammelt. Als einen der größten Kritikpunkte vor Ort in Espinar, wo sich diese Mine befindet, bezeichnet sie "dass die Abfälle nicht ordnungs-

gemäß abgeladen werden und deswegen giftige Stoffe in den Boden sickern und so ins Grundwasser gelangen, in die Flüsse, in die Gewässer, und dass es dadurch eine große Schwermetallbelastung im Wasser gibt, das die Menschen trinken, die Tiere trinken". Dabei ist das Wasser dort eine wichtige Ressource, um auch Landwirtschaft zu betreiben und die Tiere zu versorgen. Denn achtzig Prozent der Bevölkerung gehören zu den indigenen Quechua, und viele leben von der Landwirtschaft, Kartoffelanbau, Schafzucht, Alpakas.

Die Journalistin spricht auch über ihre Recherchen zum Abbau von Lithium in der chilenischen Atacamawüste. Dabei sinkt der Grundwasserspiegel in der ohnehin trockensten Wüste der Welt weiter ab. "Chile hat die größten Lithiumvorkommen der Welt und ist nach Australien einer der wichtigsten Exporteure von Lithium", erklärt sie. Die Nachfrage nach Lithium steige stark mit dem Ausbau der Elektromobilität, da Lithium auch für Batterien in Handys, Computern und Elektroautos gebraucht werde. In einem Pilotprojekt von Siemens und Porsche im südchilenischen Patagonien soll mithilfe von Windenergie grüner Wasserstoff für synthetische Kraftstoffe erzeugt werden, berichtet Sophia Boddenberg.



*In der Atacamawüste werden Kupfer, Lithium, Eisen gefördert  
Foto: © Ute Löhning*

### **Grüner Extraktivismus**

Beide Projekte werden als grüner Extraktivismus kritisiert. Denn die Rohstoffe sollen zwar die ökologische Transformation unserer Gesellschaft voranbringen. Aber in den Herkunftsländern kommt es zu verstärkten Umweltbelastungen und zur Zerstörung von Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung. Die Rohstoffe werden fast ausschließlich zum Zweck des Exports auf den Weltmarkt gefördert. Ihre Bearbeitung und die Wertschöpfung finden hingegen überwiegend in den Zielländern statt - unter anderem in Deutschland.

Michael Reckardt ist Experte für Rohstoffpolitik bei der NGO PowerShift und nimmt dabei vor allem die Verwendung im Mobili-

tätssektor unter die Lupe. "Deutschland ist der fünftgrößte Ver- und Gebraucher von Primärmetallen", erklärt er. Deutschland sei also nach den USA, China und Japan einer der großen Importeure dieser Rohstoffe aus Peru und Chile. Das liege auch an der hiesigen Industriestruktur. "Wir haben uns jahrelang damit gerühmt, dass wir Exportweltmeister sind, weil wir schwere Maschinen - ich würde sagen zu schwere große Autos - exportieren und dadurch die Rohstoffe billig importieren und teure, veredelte Produkte exportieren".

In Deutschland gingen ein Viertel der Stahlimporte, zehn Prozent der Kupfer- und 75 Prozent der Bleiimporte in den klassischen Automobilitätssektor, so Reckardt, doch nun stehe die Mobilitätswende unter anderem mit der Einführung von Elektrofahrzeugen an: "Jetzt kommt eine Umstellung und die meisten von uns wissen ja

auch, dass die Automobilindustrie in Deutschland sehr lange auf Benziner und Diesel gesetzt, Emissionsgrenzen auf europäischer Ebene sehr lange bekämpft hat. Jetzt versucht man aber in dieses neue Geschäftsmodell reinzukommen." Dazu sollten nach Wunsch der Autoindustrie Verbrenner "eins zu eins" durch Elektroautos ersetzt werden. Für diesen Wandel, für die Bekämpfung der Klimakrise brauche es jetzt also noch mehr Metalle. Powershift und andere Organisationen haben daher den Begriff "Rohstoffwende" geprägt, denn ein Umdenken in dieser Hinsicht sei dringend nötig.

### **Strategische Entscheidung für unersetzbare Rohstoffe für den ökologischen Umbau**

Bernd Pickert fragt nach den Förderbedingungen für die Rohstoffe, die für Elektromobilität benö-

tigt werden. Michael Reckordt wirbt für ein kluges Abwägen, eine strategische Entscheidung, welche Stoffe für den ökologischen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft notwendig sind: "Wir müssen überlegen: An welchen Stellen können wir unseren Rohstoffverbrauch reduzieren?" Es gehe darum, große Treiber des Metallverbrauchs zu identifizieren, um diesen Verbrauch zu reduzieren. Im Mobilitätssektor müsse über andere Formen der Mobilität nachgedacht werden, über eine andere Stadtplanung, über eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Denn aufgrund der Klimakrise sei der Druck groß, aus den fossilen Rohstoffen auszusteigen. Er gibt aber auch zu bedenken: "Ohne Strom und ohne Mobilität werden unsere Gesellschaften nicht funktionieren. Das heißt, wir müssen klären, wie wir die Rohstoffe, die wir in Zukunft noch benötigen, unter Standards abbauen und gewinnen können, die die Menschenrechte nicht verletzen."

Sophia Boddenberg stellt Elektromobilität als alleinigen Lösungsansatz für den Klimawandel infrage, denn diese verursache auch neue Probleme. "Wir müssen auch infrage stellen, wie viel Energie eigentlich verbraucht wird und wer diese Energie verbraucht", sagt sie. "Denn wenn dieser hohe Energieverbrauch weiter geht, dann werden die Kosten der Lebensweise im globalen Norden auf den globalen Süden, auf Länder wie Chile und Peru, ausgelagert."

*Dieser Beitrag als Audio:*

<https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/rohstoffe-des->

[globalen-suedens-fuer-die-energie-wende-des-nordens/](https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/rohstoffe-des-globalen-suedens-fuer-die-energie-wende-des-nordens/)

*Die ganze Diskussionsveranstaltung zum Anhören:*

<https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/rohstoffausbeutung-in-lateinamerika-energie-wende-auf-wessen-kosten/>

**Anmerkungen:**

[1] <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059c-c353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>

[2] <https://taz.de/Rohstoffausbeutung-in-Lateinamerika!/5899658/>

[3] <https://power-shift.de/>

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/gruener-extraktivismus-das-geschaeft-mit-lithium-kupfer-wasserstoff/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

---

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer  
Nachrichtenagenturen*

**Brasilien**

**Tiktok, Goldrausch, Genozid**

*von Patricia Haensel*

***Goldschürfen in Brasilien wird nun auch via Tiktok beworben. Wie das Portal für Videoclips mit irreführenden Inhalten zu Umweltzerstörung, Verelendung und Ernährungsunsicherheit beiträgt.***

*(Greifswald, 9. Mai 2023, poonal)*

- Drei Wochen einfache Arbeit, 40.000 Dollar Lohn. Im Kontrast zum brasilianischen Durchschnittseinkommen von rund 560

Dollar im Monat scheint das Geschäft mit Gold genau das - eine wahre Goldgrube. Das versprechen einige virale Videos und deren verifizierte Accounts rund um das Thema Goldschürfen in Brasilien. Dass 95 Prozent des illegalen Bergbaus in indigenen Territorien stattfinden, wo Goldschürfen verboten ist, verheimlichen sie ebenso wie das große Unheil, das die Goldgewinnung mit sich bringt.

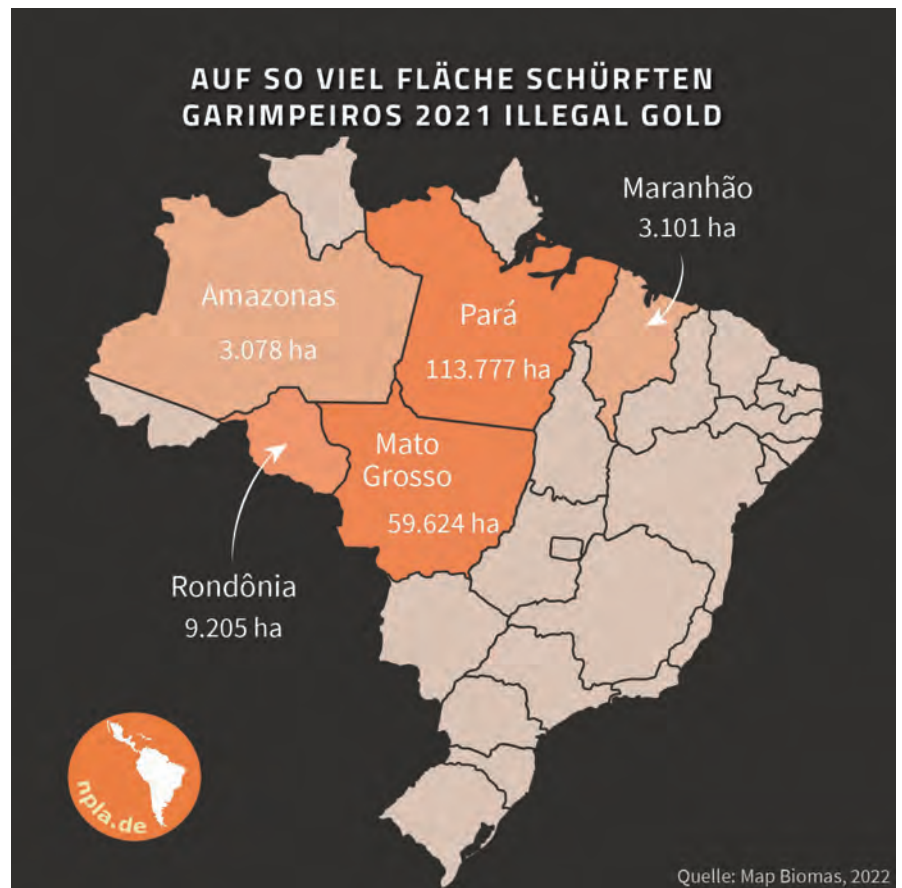
Auf der Suche nach einem besseren Leben werden Goldschürfer\*innen immer kreativer. Neben ihren Einkünften aus dem Verkauf des illegal geschürften Goldes inszenieren sich einige anonym im Internet und verdienen sich so noch Geld dazu. Besonders TikTok bietet dafür eine gute Plattform. Dessen Bedienung und Monetarisierung von Beiträgen ist simpel, die Zuschauerschaft oft jung und unkritisch.

Letzteres gilt auch für TikTok als Unternehmen: Die App moderiert ihren Inhalt nur schlecht, missachtet lokale Gesetze und lässt solche Beiträge oft passieren. Die Forscherin Marina Meira, Abteilungsleiterin der gemeinnützigen Organisation *Data Privacy Brasil* für digitale Rechte, fordert daher, den Kanalbetreiber\*innen wenigstens die Verifizierung zu nehmen. Diese trage dazu bei, dass ihre Inhalte als seriös und legal interpretiert werden. Die größere Reichweite der Beiträge verifizierter Accounts fördere letztlich das illegale Goldgeschäft.

Die sogenannten *Garimpeiros*, also Menschen, die illegal nach Gold suchen, machen sich das zunutze: Die viralen Videos bieten ihnen eine willkommene Bühne: Mit Hilfe irreführender Inhalte - wie zum Beispiel das übertrieben hohe Einkommen - bewerben sie ihre Onlineshops für Spezial-equipment. Das konnte das Online-medium *Rest Of The World* [1] in mindestens drei konkreten Fällen nachweisen.

### Mehr als Blechschalen schwenken

Während TikTok-Videos über den *Garimpo*, den nichtindustriellen



Grafik: © Patricia Haensel

Kleinbergbau, im Kommen sind, arbeitet die Regierung Brasiliens mit veralteten Konzepten. Das gab sie 2020 in einem umfassenden Bericht zu: "Der grundlegende Fehler der Gesetzgebung besteht darin, weiter mit dem Bild des *Garimpeiro* zu arbeiten, der am Flussufer Nuggets aus dem Sand sibt", gesteht die Generalstaatsanwaltschaft ein. "Stattdessen werden für das Goldschürfen heute schwere Maschinen, Flugzeuge und Hydraulikbagger eingesetzt" [2].

Die über 5.000 illegalen Minen des Amazonas [3] messen dadurch nicht selten mehrere tausend Quadratmeter, auch wenn nur eine Handvoll Menschen dort arbeitet. Mit ihrem Equipment leiten sie Flussarme um und filtern das Sediment in mehreren

Etappen. Die größten Gefahren für die Umwelt lauern dabei im letzten Schritt - dort kommt Quecksilber ins Spiel. Die Goldgräber\*innen mischen das flüssige Metall mit dem Flusswasser und schwenken darin ihre Beute: ein Gemisch aus Steinen und Goldpartikeln. Das Quecksilber trennt die Bestandteile und liefert unreines Gold. Auch dazu geben Videos im Netz Tipps.

Das Problem: Das Nervengift gelangt danach ungefiltert in die Natur. So vergiften die über 5.000 illegalen Minen das Grundwasser der größten grünen Lunge des Planeten. Quecksilber gilt als Ursache für erhebliche Schäden an der Natur und für diverse neurologische Beschwerden. Bei medizinischen Untersuchungen indigener Gemeinschaften in der Um-

gebung wurden alarmierende Mengen Quecksilber in ihren Körpern nachgewiesen [4].

Neben ihrer schweren Ausrüstung haben Goldschürfer\*innen jedoch auch unsichtbares Gepäck dabei: Krankheiten. Malaria, Corona, Quecksilber - all das belastet lokale Gesundheitssysteme. Und obwohl die Pandemie mittlerweile weitgehend eingedämmt werden konnte, ist das Problem im Amazonas noch nicht gebannt. Eingeschleppte Krankheiten wie Corona und Malaria, Abholzungen, Unterernährung und Verlust der Ernährungssouveränität führen zu erhöhter Kindersterblichkeit [5].

Internationale Organisationen warnen zudem davor, dass einige der über 20.000 *Garimpeiros* [6] auf dem Territorium einer bislang unkontaktierten Yanomami-Gruppe agieren. Dass Goldgräber\*innen die Menschenrechte Indigener missachten, ist keine Neuheit, für unkontaktierte Gemeinden geht es jedoch um die Gefährdung ihrer Existenz. Erst im Mai und Juni 2021 kam es zu schweren Angriffen auf Angehörige der Yanomami; *Garimpeiros* gingen mit Tränengas, Morddrohungen, Belästigung aller Art und Waffengewalt gegen die indigenen Bewohner\*innen vor, um sie aus ihrem Gebiet zu vertreiben [7].

"Die Fahrlässigkeit der Regierung kostet Männern, Frauen und Kindern das Leben." [8], so Junior Hekurari Yanomami, eine der Führungspersonen der betroffenen Gruppe. Damit bezieht er sich vor allem auf die Regierung Jair Bolsonaros, dessen Regime spätestens seit 2021 wesentlich für

den Goldrausch verantwortlich ist. Schon davor waren Goldgeschäfte in geschützten Gebieten zunehmend populär geworden. Satellitenaufnahmen zeigen, dass Goldaktivitäten in indigenen Territorien des Amazonas zwischen 2010 und 2020 um 495 Prozent gewachsen sind [9]. Trotzdem befeuerte der rechtsgerichtete Präsident den Goldrausch nochmal, indem er 2020 beschloss, den Bergbausektor besonders in bislang unerschlossenen Regionen zu stärken. Faktisch lud er damit Goldgräber\*innen in geschützte Gebiete ein. Wie eine unabhängige Studie aus 2022 ergab, konzentrieren sich 95 Prozent des illegalen Bergbaus auf nur drei Gebiete [10]: die Ländereien der Kayapó, Munduruku und Yanomami [11].

### **"Es ist, als wolle man Eis trocknen"**

Wie in so vielen Bereichen will Lula da Silva auch im Bergbau eine Differenz zum Regierungsstil seines Vorgängers ausdrücken. Nur wenige Wochen nach seiner Wiederwahl reiste er zu einem Besuch in das Gebiet der Yanomami. Gemeinsam mit der Ministerin für indigene Völker, Sonia Guajajara, versprach Lula, die Yanomami menschenwürdig behandeln zu wollen [12]. Jair Bolsonaro bezichtigte er des Genozids an den Yanomami und ließ ein Verfahren gegen ihn eröffnen. Es gebe sehr deutliche Hinweise darauf, dass den Yanomami Gesundheits- und Ernährungshilfe verweigert wurde, pflichtete ihm der Justizminister bei [13].

Die Assoziation Indigener Völker Brasiliens fordert nun, Bol-

sonaros Gesetz 191/2020, das einst den illegalen Bergbau in indigenen Gebieten förderte, zu überarbeiten [14]. Ziel wäre, *Garimpeiros* aus dem Territorium der Yanomami zu verbannen. Doch das reicht offenbar nicht aus. "Wenn man die dahinterstehenden Strukturen nicht auflöst, kommen sie morgen zurück. Es ist, als wolle man Eis trocknen", klagt Larissa Rodrigues, Projektleiterin der NGO *Instituto Escolhas* [15]. Die Goldgräber\*innen selbst bestätigen ihre Befürchtungen. Ihr Unverständnis für die Rechtslage thematisieren sie in ihren Videos. "Warum haben wir kein Recht, auf unsere natürlichen Ressourcen zuzugreifen?", fragt eine Stimme aus dem Off. Die Rechte der Indigenen und der Umwelt sind für sie nebensächlich bis nichtig. Razzien gegen illegalen Goldabbau nennt die Stimme "Terror gegen einfache Leute, die sich nur ihren Lebensunterhalt verdienen wollen" [16].

Um die Strukturen aufzulösen, sei es notwendig, nicht nur mit einzelnen Taskforces gegen den *Garimpo* vorzugehen, sondern die Kräfte verschiedener Behörden zu einen. Das meint Leandro Chiarottino, ein auf Finanzbetrug spezialisierter Rechtsanwalt. Er fordert Venezuela, Surinam und Guyana zu stärkeren Kooperationen auf. Denn zumindest was die Goldschürfer\*innen im Norden Brasiliens angeht, liegt die Vermutung nahe, dass sie ihre Beute über die Grenze schmuggeln, um sie erst dort in Umlauf zu bringen. Videos, die zeigen, wie man die Landesgrenzen überquert, gelten als weiteres Indiz für diesen Verdacht [17].



## Das brasilianische Gesetz als Komplize

Dass das Problem ein Internationales ist, ist besonders problematisch. Den ersten Verkauf von illegal geschürftem Gold zu kontrollieren ist der vielversprechendste Ansatz, den *Garimpo* generell einzuschränken. Institutionen, die mit den *Garimpeiros* direkt Kontakt haben, sind der beste Anhaltspunkt für die Behörden, diese ausfindig zu machen. Ist das Gold einmal in Umlauf - sprich, wird es einmal mit anderem Gold gemischt und zusammen geschmolzen, um es zu säubern - so verliert sich die Fährte.

Einer der wichtigsten Akteure Brasiliens im Ankauf von Gold sind Wertpapierhändler. Hier zahlen die Schürfer\*innen am wenigsten Steuern und erhalten sogar eine ordentliche Rechnung. Die größte Gesellschaft DTVM (*Distribuidora de Títulos e Valores Mobiliários*) verlangt beim Ankauf von Gold zwar die Lizenz, dass die betriebene Mine der Regierung bekannt ist. Ob das Gold jedoch aus genau dieser Mine stammt, das muss die DTVM nicht prüfen. Ein Dokument der "Gutgläubigkeit" des Verkäufers, das besagt, dass alles rechtens ist, entbindet die DTVM rechtlich davon.

Dieses Schlupfloch ist branchenweit bekannt. Nicht selten beantragen Goldgräber\*innen daher Lizenzen für alte Erzminen ohne Goldvorkommen. Zuständige Behörden fordern zwar geologische Berichte an, prüfen aber später nicht, wo das Goldschürfen stattfindet. Dazu fehlen Strukturen [18]. Und auch die

DTVM schaut nicht weiter nach. Beschwerden über die Handhabung der Gutgläubigkeit sind bislang im Sand verlaufen.

## Brasilianisches Gold: zu einem Drittel gesetzeswidrig

Aufgrund der vielen Gesetzeslücken und Schlupflöcher hat sich der brasilianische Bergbau zu einem "kriminalitätsfördernden" Sektor entwickelt [19]. Die Regierung hat durch ihr Wegsehen und durch das veraltete Bild vom *Garimpo* das Ihrige dazu beigetragen. Rund 30 Prozent des Goldes, das in Brasilien zwischen Januar 2021 und Juni 2022 gehandelt wurde, stammen aus irregulären Quellen. Das ergab eine der wichtigsten Erhebungen über die Legalität von brasilianischem Gold von der Regierung und zwei Forschern der Bundesuniversität von Minas Gerais. Der Wert schwankt von Bundesstaat zu Bundesstaat: In Minas Gerais, dem größten und ältesten goldproduzierenden Bundesstaat nördlich von São Paulo, ist Goldschürfen in neun von zehn Fällen legal. In Pará um den Amazonas hingegen weist die Hälfte des gewonnenen Goldes Anzeichen von Unregelmäßigkeiten auf [20].

Auch flächenmäßig ist der *Garimpo* seit 2020 weiter verbreitet als der legale Bergbau [21]. Eine mittlerweile abgewählte Regierung trägt für diese Entwicklung die Verantwortung - und die viralen Videos anonymer Goldschürfer\*innen, die die Illegalität und die Gefahren ihres Geschäfts unterschlagen und mit ihrer Zuschauerschaft Geld verdienen.

## Anmerkungen:

[1] Andrade, Matheus; Deck, Andrew: Illegal gold mining influencers are tearing up the Amazon, auf: [restofworld.org](https://restofworld.org) (20.4.2023).

[2] Salomão, Alexa: Como o garimpo ilegal 'esquenta' ouro de terras indígenas no Brasil, auf: [folha.uol.com.br](https://folha.uol.com.br) (4.2.2023).

[3] WION Climate Tracker: Illegal gold mining thrives in Amazon, miners attack indigenous people, auf: [youtube.com](https://youtube.com) (8.9.2021). Andrade, Matheus; Deck, Andrew: Illegal gold mining influencers are tearing up the Amazon, auf: [restofworld.org](https://restofworld.org) (20.4.2023).

[4] Stern (Hg.): Bericht: Kinder aus Yanomami-Gebiet in Brasilien sterben an Krankheiten und Unterernährung, auf: [stern.de](https://stern.de) (22.1.2023).

[5] Ebd.

[6] Map Biomas (Hg.): Area occupied by mining in Brazil grows more than 6 times between 1985 and 2020, auf: [mapbiomas.org](https://mapbiomas.org) (August 2021).

[7] Stern (Hg.): Bericht: Kinder aus Yanomami-Gebiet in Brasilien sterben an Krankheiten und Unterernährung, auf: [stern.de](https://stern.de) (22.1.2023); El Espectador (Hg.): "Genocidio" de yanomamis en la Amazonia: Lula acusa a Bolsonaro, auf: [elespectador.com](https://elespectador.com) (26.1.2023).

[8] Salomão, Alexa: Como o garimpo ilegal 'esquenta' ouro de terras indígenas no Brasil, auf: [folha.uol.com.br](https://folha.uol.com.br) (4.2.2023).

[9] Ebd.

[10] Map Biomas (Hg.): Area occupied by mining in Brazil grows more than 6 times between 1985 and 2020, auf: [mapbiomas.org](https://mapbiomas.org) (August 2021).

[11] Ebd.

[12] Andrade, Matheus; Deck, Andrew: Illegal gold mining influencers are tearing up the Amazon, auf: restofworld.org (20.4.2023).

[13] Ebd.

[14] Articulação Dos Povos Indígenas Do Brasil (Hg.): APIB solicita ao MPI a retirada de pauta do PL 191/2020, que libera mineração em Terras Indígenas, auf: apiboficial.org (14.2.2023). Agência Brasil (Hg.): Amazônia: garimpo ilegal em terras indígenas subiu 1.217% em 35 anos, auf: agenciabrasil.ebc.com.br (3.2.2023).

[15] Glüsing, Jens: Die tödliche Gier nach dem Amazonasgold, auf: spiegel.de (27.5.2021).

[16] Survival International (Hg.) Brasilien: Gol[d]gräber\*innen star-

ten eine Serie von Angriffen auf die Yanomami, auf: survivalinternational.de (16.6.2021).

[17] Ebd.

[18] Map Biomas (Hg.): Area occupied by mining in Brazil grows more than 6 times between 1985 and 2020, auf: mapbiomas.org (August 2021).

[19] El Espectador (Hg.): "Genocidio" de yanomamis en la Amazonia: Lula acusa a Bolsonaro, auf: elespectador.com (26.1.2023).

[20] WION Climate Tracker: Illegal gold mining thrives in Amazon, miners attack indigenous people, auf: youtube.com (8.9.2021).

[21] Salomão, Alexa: Como o garimpo ilegal 'esquentá' ouro de terras indígenas no Brasil, auf: folha.uol.com.br (4.2.2023).

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/thema/umweltwirtschaft/tiktok-golddrausch-genozid/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

---

## K I N D E R B L I C K / S p i e l e

---

### Würfelspiel - Langsamer Peter

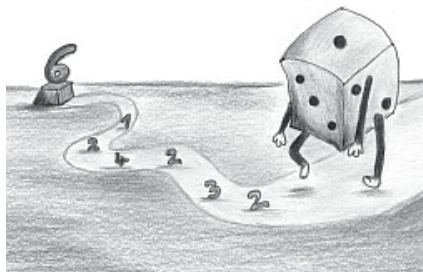
***Beliebig viele Mitspieler***

***1 Würfel***

(SB) - Jeder Spieler nennt die Zahl zwischen Eins und Sechs, die er erwürfeln möchte. Wer dazu die meisten Würfe benötigt, wird zum Langsamen Peter ernannt.

*Gespielt wird entweder:*

Jeder würfelt nur einmal, gibt den Würfel dann an den nächsten Spieler weiter und scheidet aus,



Grafik: © by Schattenblick

sobald er seine Wunschzahl geworfen hat. Wer dabei als letzter übrig bleibt, ist der Langsame Peter.

*Oder es wird gespielt:*

Jeder würfelt so oft bis seine Augenzahl gefallen ist, wobei die Zahl der Würfe notiert wird und am Ende der Runde derjenige der Langsame Peter ist, der die meisten Würfe benötigt hat.

Vor Beginn des Spiels muß abgesprochen werden, ob der Langsame Peter nun Gewinner oder Verlierer sein soll. Denn schließlich kann das Spiel auf beide Arten gespielt werden.

## Selbstverteidigung der Pflanzen -

### Der Sandbüchsenbaum, Gift und Medizin ...

(SB) 9. Juni 2023 - Pflanzen können sich nicht wie Tiere und Menschen fortbewegen, sie sind an ihren Standort gebunden. Um sich vor Fressfeinden schützen zu können, haben viele eine spezielle Abwehrtechnik entwickelt. Einige sichern das Überleben ihrer Art, indem sie sich in enormer Zahl vermehren, andere verströmen unangenehme Düfte oder sondern gefährliche, giftige Substanzen ab. Wieder andere, oft sind es Bäume, benachrichtigen die Nachbarbäume über Signalsubstanzen, die sich über die Luft hin zum nächsten Baum verbreiten. Dort lösen sie die Produktion von Abwehrstoffen aus, so dass die Feinde rechtzeitig abgewehrt werden können. Allerdings gibt es auch wirklich angriffslustige und gefährliche Pflanzen. Im Folgenden betrachten wir hier den Sandbüchsenbaum. Er kann sich nicht nur gut verteidigen, sondern greift seine möglichen Feinde auch an, was für sie im schlimmsten Fall tödlich enden kann, oder aber zu Verletzungen führt.

#### Welche Abwehrmaßnahmen nutzt der Sandbüchsenbaum

Bei dem Sandbüchsenbaum handelt es sich um einen immergrünen Baum, der bis zu 40 Meter hoch wachsen kann. Die Dicke Umfang seines Stammes beträgt ca. zwei Meter. Das Besondere an diesem Stamm mit der glatten braun-grauen Borke sind die Sta-

cheln, die ein bis zwei Zentimeter lang und konisch geformt sind. Das heißt, sie sind direkt am Stamm etwas dicker und laufen spitz zu.



*Stamm des Sandbüchsenbaums*

*Foto: 2010 by Paul Bolstad, University of Minnesota, United States, CC BY 3.0 US [https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/us/de-ed.en], via Wikimedia Commons*

Da sehr viele, dicht beieinanderstehende Stacheln die gesamte Oberfläche des Stammes bedecken, dienen sie nicht nur der Abwehr von Feinden, sondern bieten zudem noch einen Schutz gegen zu starke Sonneneinstrahlung. Das Licht wird vielfach gebrochen und abgelenkt, so dass die Wärmestrahlen die Borke nicht direkt erreichen können. Der Sandbüchsenbaum ist voller Gift. Sein giftiger Milchsaft befindet sich unter der Borke, wie auch in den Blättern, den Früchten und den Samen. Bekommt

man die milchige Flüssigkeit in die Augen, kann es zur Erblindung kommen, werden die Früchte oder Blätter gegessen, führt das zum Erbrechen, zu Durchfall und

unter Umständen zu starken Krämpfen. Hält man sich zur Reifezeit der Früchte in der Nähe dieses Baumes auf, kann es gefährlich werden.

Die Früchte, die wie kleine Kürbisse oder wie eine geschälte Mandarine aussehen und im Laufe der Reifung eine sehr harte Schale entwickeln, explodieren mit hoher Sprengkraft und wirken wie kleine Geschosse, die zu Verletzungen führen können. Die dabei freigewordenen Samen werden mit einer Geschwindigkeit

von bis zu 240 Stundenkilometern durch die Luft geschleudert und erreichen Entfernungen bis zu 45 Meter, weit genug entfernt vom Mutterbaum, um selbst mit genügend Licht und Platz wachsen zu können.

### Nutznießer des gefährlichen Baumes

Es gibt dennoch Tiere, die sich dem gefährlichen Baum nähern und auch von ihm fressen. Da wären zum Beispiel Ameisen, die zu Beginn des Reifungsprozesses der Früchte durch Spalten in sie eindringen. Dort nisten sie in den Hohlräumen und ziehen ihren Nachwuchs auf, sicher geschützt vor Fressfeinden. Die Samenhülse selbst greifen die Ameisen nicht an, denn dann würde der klebrige, ätzende Milchsaft austreten und sie töten. Darüber, ob die Ameisen ihre Behausung verlassen, bevor sie aufgesprengt wird, gaben die uns zugänglichen Quellen keinen Aufschluss.

Dann wären da noch die Soldaten-Ara-Papageien. Sie fliegen den Baum an und fressen die Früchte, denn ihr Schnabel ist kräftig genug, um die Schale zu knacken. Nach ihrer Mahlzeit müssen sie unbedingt Tonerde zu sich nehmen, denn die schwächt das Gift darin ab, so dass den Vögeln nichts geschieht. Damit haben sie sich eine Nahrungsquelle gesichert, die ihnen keiner streitig macht.

Warum muss sich gerade dieser Baum auf so aggressive Art zur Wehr setzen? Ist er besonders bedroht? Hat er besonders viele Feinde? Leider ist nicht viel über Feinde des Baumes bekannt. Tiere, wie beispielsweise Vögel, Schlangen oder Affen, können den Baum nicht erklimmen, da die spitzen Stacheln des Stammes ihnen keine Möglichkeit zum Festhalten oder Abstützen bieten. So könnte die enorme Abwehrtechnik des Sandbüchsenbaums auch als Schutz für die Tiere angesehen werden, die ansonsten die giftigen Früchte oder Blätter fressen und daran vielleicht sogar sterben würden.

### Der Mensch und der Sandbüchsenbaum

Der Mensch versteht es, diesen giftigen Baum zu seinem Vorteil zu nutzen. Er nimmt sich die Stachel, die Rinde, die Früchte oder die Blätter und verarbeitet sie zu unterschiedlichen Zwecken. Aus dem weißen, giftigen Pflanzensaft kann ein Pfeilgift hergestellt werden, das einst für die Jagd mit dem Blasrohr auf Fische oder andere Tiere benutzt wurde. Aus den Blättern und der Rinde können Arzneien hergestellt werden. Dabei wird das Gift in ganz geringen Mengen verwendet, so dass keine Schädigungen aufkommen, sondern beispielsweise eine



Blüte, Frucht und Samen des Sandbüchsenbaums

Grafik: by Descourtilz, J. Theodore.; Descourtilz, M.E.; Bessin (engraver), Public domain, via Wikimedia Commons

Die Samen des Sandbüchsenbaums sind besonders kompakt, da sie reichlich Nährstoffe in sich tragen, denn sie fallen auf dunklen Waldboden und müssen versorgt sein, bis sie groß genug sind, um an ausreichend Licht zu gelangen. Sie ähneln flachen, kupferfarbenen Bohnen von der Größe einer 50 Cent-Münze und fliegen aufgrund der hohen Explosionskraft der Frucht wie Frisbee-Scheiben durch die Luft.

Schmerzlinderung eintreten kann. Angepflanzt wird der Baum auch, um aus seinen Inhaltsstoffen Drogen herzustellen, die einen Rausch und Wahnvorstellungen hervorrufen. Sein relativ leichtes Holz wird zumeist zur Herstellung von Möbelstücken verwendet. Aus den harten Schalen der Früchte werden verschiedenartige Schmuckstücke gefertigt.

Zu Zeiten als noch mit Feder und Tinte geschrieben wurde und es keine Löschblätter gab, um die Feuchtigkeit der Tinte aufzusaugen, damit die Schrift nicht verläuft, hatte man feinen Sand zu

diesem Zweck benutzt. Er wurde auf das Schriftstück gestreut und dann wieder weggepusht oder -gewedelt. Um Sand am Schreibtisch parat zu haben, wurde eine Hälfte der unreifen und noch ungiftigen Fruchtschale mit Sand gefüllt, die andere als Deckel benutzt - so erhielt man eine Büchse mit Sand - und der Baum seinen deutschen Namen "Sandbüchsenbaum". In den Ländern, in denen der Baum beheimatet ist, wird er auch "Teufelsbaum" oder "Pistole der Affen" genannt.

Der Sandbüchsenbaum ist nicht vom Aussterben bedroht, da er

auch als Nutzpflanze angebaut wird. Ob er auch in seinem natürlichen Umfeld weiter bestehen kann und nicht der weit verbreiteten Waldvernichtung anheimfällt, bleibt diesem eigenartigen Baum zu wünschen.

*Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:*

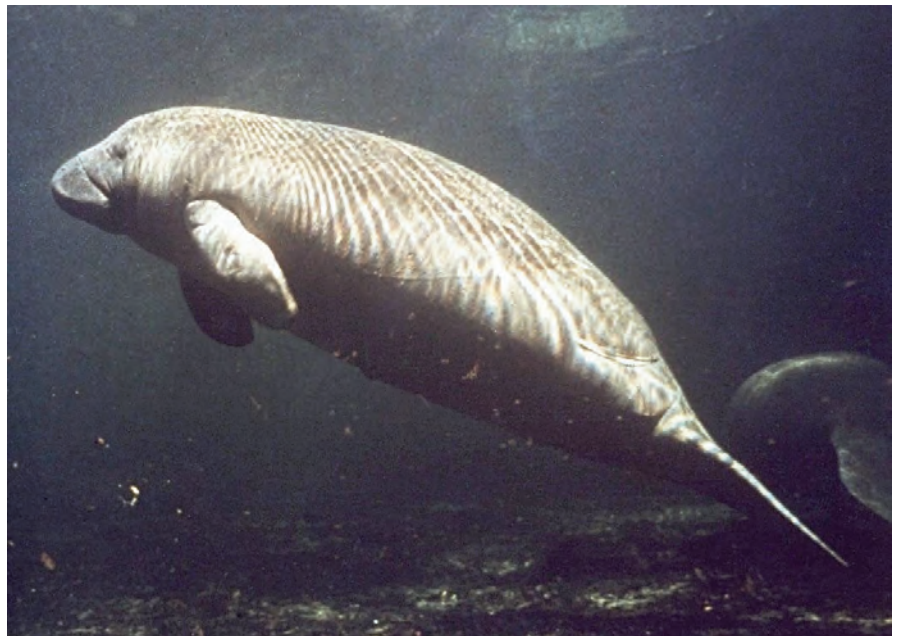
<https://www.baumkunde.de/forum/viewtopic.php?t=4531>

<https://www.pflanzenforschung.de/de/pflanzenwissen/journal/kuriose-pflanzenwelt-hura-creptians>

---

## Die Seekuh - das Aussterben eines urzeitlichen Wesens ...

(SB) 9. Juni 2023 - Eine Tierart, die kaum natürliche Feinde hat, steht jetzt auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Arten. Seekühe, auch Manatis genannt, halten sich gern in flachen, ufernahen Gewässern auf, wo sie das dort wachsende Seegras fressen - eine ihrer Lieblings Speisen. Doch ist das auch der Meeresbereich, den Menschen für sich beanspruchen, um mit Motorbooten ihre Bahnen zu ziehen. Es sind die Schiffschrauben dieser Boote, durch die den Manatis leider oft schwere Verletzungen zugefügt werden, die bei vielen Tieren zum Tod führen. Die Population der Seekühe hat sich drastisch verringert. Die zunehmende Verschmutzung des Wassers durch Plastikmüll und Abwasser macht diesen Meeressäugern zu schaffen. Dabei



*Im blaudunklen Wasser schwimmt eine Seekuh, dabei zeichnet sich deutlich ihre rundliche, nach hinten hin schmaler werdende Körperform ab, keine Rückenflosse, keine Seitenflossen, nur die beiden Vorderflossen sind zu erkennen*

*Foto: NASA, Public domain, via Wikimedia Commons*

fördern in Fluss oder Meer gelangte Düngemittel, die unter anderem Nitrate und Phosphor enthalten, das Algenwachstum. Die Algen wachsen dadurch in kurzer Zeit, nehmen eine große Fläche ein und verbrauchen Sauerstoff, was zum Absterben des Seegrases führt. Das kann gebietsweise soweit gehen, dass die Manatis nicht mehr genug fressen können und verhungern. Hinzu kommen klimatische Veränderungen, die den Seekühen das Überleben schwer machen.

### **Seekühe - eine Millionen Jahre alte Spezies**

Sie haben ein freundliches Gesicht und eine eigentümliche Körperform, die an eine längliche Birne erinnert. Ihre ältesten heute noch lebenden Verwandten sind nicht etwa Kühe, sondern Elefanten. Vor rund 60 Millionen Jahren lebten sie als Landsäugetiere in flachen Sumpfbereichen in Gewässernähe. Im Verlauf einer langen Entwicklungszeit passten sie sich schließlich an das Leben im Wasser an. Ihre Vorderbeine wurden zu Flossen, die großen Paddeln gleichen. An den abgerundeten Enden dieser Vorderflossen sind noch Fingerverhornungen zu erkennen, die durchaus als Fingernägel bezeichnet werden können. Ebsolche Fingernägel befinden sich an Elefantenfüßen - ein Hinweis auf ihre Verwandtschaft. Die einstigen Beine der Seekühe haben sich ganz zurückgebildet, so dass dort keine Flossen entstanden sind. Auf ihrem Rücken befindet sich keine Rückenflosse. Der Körper der Seekuh endet in einer großen, flachen, waagrecht verlaufenden und abgerundeten Schwanzflosse, der Fluke. Durch

Auf- und Abbewegungen der Flosse kann sich die Seekuh fortbewegen. Sie sind allerdings keine Schnellschwimmer, sie lassen sich oft treiben und steuern mit ihren Flossen. Normalerweise bewegen sie sich mit 3 bis 7 km/h durch Wasser, droht aber Gefahr, können sie eine Geschwindigkeit von 25 km/h erreichen.

Heute gibt es zwei Seekuhfamilien. Die Gabelschwanzseekuh (Dugongs), die nur an den Meeresküsten des Indischen Ozeans, einschließlich des Roten Meeres und des süd-westlichen Pazifischen Ozeans leben und die Rundschwanzseekuh (Manatis/Manatee). Letztere ist in drei Arten unterteilt, zwei leben im Meerwasser (Karibik-Manati und Westafrikanischer Manati) und nur der Amazonas-Manati hält sich ausschließlich im Süßwasser auf, doch sind alle drei Arten in der Lage sowohl in Süß- als auch in Salzwasser zu leben. Gemeinsam ist allen, dass sie sich am liebsten in warmen Gewässern aufhalten, das 19 bis 20°C haben sollte.

Seekühe haben keine Fettschicht unter ihrer Haut, die sie vor Kälte schützt und können sich leicht eine Lungenentzündung zuziehen. Sie atmen durch ihre Nasenlöcher, die oberhalb der Schnauze liegen. Alle paar Minuten schwimmen sie an die Wasseroberfläche zum Luftholen. Seekühe können ca. 4 Minuten lang tauchen, doch wenn es notwendig ist, sind sie in der Lage bis zu 16 Minuten unter Wasser zu bleiben. Die Schwanzflosse ist es, anhand der die beiden noch lebenden Familien in Gabelschwanzseekühe und Rundschwanzseekühe eingeteilt werden. Seekühe können zwischen 2,5 Meter und 4,5 Meter lang wer-

den. Im 18. Jahrhundert wurde die sogenannte Steller Seekuh entdeckt. Als einzige Seekuh bevorzugte sie das kalte Meerwasser der Beringsee zwischen Russland (Sibirien) und den USA (Alaska). Sie wies eine Länge von beeindruckenden 8 Metern, alte Überlieferungen sprechen sogar von 10 Metern, auf. Doch schaffte es der Mensch, sie bereits 27 Jahre nach ihrer Entdeckung gänzlich auszurotten. Im Vergleich zu den Arten, die heute noch leben, war die Qualität und Beschaffenheit ihrer Haut, ihrer Speckschicht und ihres Fettes für den menschlichen Genuss und Verbrauch von großem Vorteil. Die Steller Seekuh wurde aus eben diesen Gründen erbarmungslos getötet. Alten Berichten zufolge fand eine regelrechte Metzerei dieser Tiere statt, bis im Jahr 1768 keines mehr übrig blieb und sie als ausgestorben, wohl eher ausgerottet, galten.

### **Jagd auf Manatis**

Die Manatis waren leicht zu töten, denn die Jäger brauchten nur zu warten, bis die Tiere zum Luftholen auftauchten, um sie dann mit Pfeilen oder später auch mit Harpunen zu erschießen. Damals gab es wirklich noch sehr viele Seekühe und man tötete sie vorzugsweise, wenn sie sich in flachen Gewässern sammelten. Obwohl ihr Fleisch nach damaligen Wissen als ungesund galt und sogar fiebererzeugend sein sollte, wurde es aufgrund seines Wohlgeschmackes verzehrt. Das Fett der Seekühe wurde in jenen Zeiten in Kirchenlampen verbrannt oder zum Kochen verwendet. Es roch weit angenehmer als Walfischtran, der ebenfalls zu solchen Zwecken Verwendung fand. Die dicke Haut



*Karibik-Manati mit Kalb*

*Das Kalb sieht schon genauso aus wie die Mutter, es säugt Milch unter der Vorderflosse der Seekuh*

*Foto: Galen Rathbun, Public domain, via Wikimedia Commons*

der Tiere wurde in Streifen geschnitten, um daraus Peitschen und Seile anzufertigen. So wurden im 18. und 19. Jahrhundert massenweise Manatis getötet.

### **Seekühe vermehren sich nur langsam**

Wenn Seekühe vor Hunger sterben, weil nicht mehr genügend Seegras zu finden ist, wenn sie wegen ihres Fleisches gejagt oder von Schiffsschrauben verletzt werden und später verenden oder sie in verschmutzten Gewässern Giftstoffe aufnehmen und Plastikmüll fressen - all dies führt zu einer ständigen Verringerung ihrer Population, denn die Anzahl der gestorbenen und getöteten Tiere bleibt immer weitaus höher als die Anzahl der Neugeborenen. Das hat folgenden Grund: Manatis werden nämlich erst mit 6 bis 10 Jahren geschlechtsreif, auch dau-

ert ihre Tragezeit zwischen 12 und 14 Monaten und dann gebären sie nur ein einziges Kalb. Zwischen dem Muttertier und ihrem Baby entwickelt sich eine enge Bindung, die auch noch besteht, wenn das Junge nach ungefähr 2 Jahren seine eigenen Wege schwimmt. Bis eine Seekuh wieder trächtig werden kann, vergehen 4 bis 5 Jahre. Das erklärt das schlechte Verhältnis zwischen Todesfällen und Geburten. Alle heute lebenden Seekuharten sind vom Aussterben bedroht.

### **Hilfe für verletzte und verwaiste Seekühe**

Mittlerweile engagieren sich viele Menschen, Wissenschaftler, Studenten und Tierfreunde, um diesen Meeressäugern zu helfen: Zum Beispiel in Florida im "Save The Manatee Club" und in der "Florida Fish and Wildlife Con-

servation Commission" (FWC) oder in Puerto Rico, wo ein Krankenhaus für Seekühe eingerichtet wurde. Verletzte Tiere werden aufgenommen und gesundgepflegt, um wieder ausgewildert zu werden. Einige Seekühe sind so schwer verletzt, dass sie nicht mehr in Freiheit überleben könnten, andere werden als verwaistes Kalb in die Klinik gebracht und dort mit der Flasche großgezogen. Wenn diese Seekühe genesen und kräftig genug sind, werden sie in Meer, Fluss oder See entlassen. Leider sind die

Gefahren, die dort auf sie lauern, nicht beseitigt, so dass sie weiterhin bedroht sind. Um sie wirklich gut zu schützen, müssten die schlechten Umweltbedingungen verändert und noch viele andere Dinge geregelt werden. Vorerst werden in einigen Regionen Schutzgebiete für die Seekühe eingerichtet.

*Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:*

[https://www.youtube.com/watch?v=XC6YI1o\\_eUw](https://www.youtube.com/watch?v=XC6YI1o_eUw)

<https://www.youtube.com/watch?v=B2ODRBt1BTI>

<https://www.arte.tv/de/videos/092983-021-A/geo-reportage/>

Brehms Tierleben - Säugertiere  
Zwölfter Band,  
Bibliographisches Institut in Leipzig,  
1922

## Der gute Bruder ...

(SB) - Vor langer Zeit geschah etwas Merkwürdiges. Ein Kuckucksei wurde in ein fremdes Nest gelegt. Nun, sagt ihr, das ist doch nichts Besonderes, das ist doch bei Kuckucks so üblich. Ganz recht, aber hört selbst wie ein kleiner Kuckuck sein blaues Wunder erlebte.

Die Forschungsreise in den Regenwald war lange geplant und Frau Professor hatte ihre Sachen bereits sorgfältig gepackt. Diesmal allerdings hatte sie etwas im Gepäck, das nicht wirklich zu ihren Untersuchungen von Baumarten passte. Tage zuvor hatte ihr Enkel Tovje ihr ein verletztes Kuckucksweibchen gebracht, mit der Bitte, es doch wieder gesund zu pflegen. Wie konnte sie da nein sagen? Doch so ganz genesen war der Vogel noch nicht, was also tun? Frau Professor entschied sich, das Tier mitzunehmen.

Als sie mit ihrem Forscherteam das Flugzeug verließ, begaben sie sich in das Zeltlager, das für sie bereits vorbereitet worden war. Frau Professor packte ihre Sachen und Untersuchungsgeräte aus und stellte den Käfig mit dem Kuckucksweibchen, das sie Helene getauft hatte, in die Nähe des Zelteingangs, damit es sich an die Laute des Urwalds gewöhnen konnte. Heute kann niemand mehr genau sagen, wie es dazu kommen konnte, dass Helene den Käfig verlassen und davonfliegen konnte, aber alle Wissenschaftler waren in Sorge um den Vogel, denn er passte so gar nicht in den

Dschungel und war großen Gefahren ausgesetzt.

Doch Helene schien das einerlei zu sein, denn das Wichtigste für sie war es, nun bald ein geeignetes Nest zu finden, in das sie ihr Ei legen konnte. Ihr Erkundungsflug ließ sie ein recht großes Nest erblicken, in dem sich ein einziges Ei befand. Platz genug, das ihre dort hineinzulegen. So geschah es und Helene blieb noch eine Weile in einiger Entfernung auf einem Ast sitzen, bis der große Elternvogel sich auf die Eier hockte. Dann flog sie davon. Es ist nicht überliefert, ob sie zu Frau Professor zurückflog oder nicht, doch hier begann ein ganz neues Abenteuer für den Bewohner des Kuckuckseis.

So vergingen einige Wochen und der kleine Kuckuck erblickte, nachdem er unter mühevoller Picken endlich seine Eischale aufgebrochen hatte, das Licht der Welt - und seinen Nestgefährten.

"Bist du mein Bruder?", wollte er wissen und freute sich, nicht allein zu sein. "Ja, ich denke schon", brummte der viel Größere, dessen Federkleid noch ebenso feucht an ihm klebte, wie an dem Kuckuckskind. Als die Mutter, eine Harpyie, ein Greifvogel von riesiger und mächtiger Gestalt, in ihr Nest zurückkehrte, war sie erstaunt.

"Na, was ist denn das? Da sind doch tatsächlich zwei gleichzeitig aus dem Ei geschlüpft, hmm,

dann muss ich wohl beide füttern!" Ihr müsst wissen, dass Harpyien normalerweise nur ein einziges Junges großziehen.

Die beiden Vogelkinder freudent sich an und selbst als es im Nest immer enger wurde, passten sie aufeinander auf, so dass keines verlorenging. Kuno, der Harpyiensohn, war bald doppelt so groß wie Willy, der Kuckucksohn und die Mutter hatte viel zu tun, um die beiden satt zu bekommen. Besorgt blickte sie auf ihren kleinen Willy, der einfach nicht wachsen wollte, während Kuno schon eine stattliche Figur abgab. Auch beim Flugunterricht und beim Jagen zeigte der Kleine keinerlei Kunstfertigkeit. Kuno bemühte sich, ihm das Jagen beizubringen.

"Kuno, ich glaube, meine Füße sind zu klein, da sind gar keine so mächtigen Krallen dran, wie bei dir", seufzte Willy.

"Das macht doch nichts, die wachsen schon noch. Du hältst eben erst mal nach kleiner Beute Ausschau. Aber sag, hast du Lust vorher noch Flugkunststücke zu üben?", wollte Kuno wissen. "Prima, das machen wir."

Die beiden hockten auf dem Rand des Nestes, das sich ganz weit oben in den allerhöchsten Baumkronen befand. Dann breiteten sie ihre Flügel aus und stürzten sich hinab. Für Kuno, den Harpyiensohn, war es nicht schwer durch das Baum- und Blätterdickicht zu



fliegen, doch für den Kuckuck Willy schon. So kam es wie es kommen musste, er blieb an einer Schlingpflanze hängen, schoss kopfüber auf ein riesiges Blatt und rutschte hinunter auf eine Astgabel, an der er endlich Halt fand. Er schrie: "Kuno, hilf mir, ich weiß nicht, wo ich bin, wie komme ich hier wieder raus?" Keine Antwort. Nur das kreischende Gelärme der vielen Tiere im Regenwald war zu hören. Ihm gegenüber leuchtete mit ihrer roten Farbe eine merkwürdige Blüte, die aussah wie eine Tonne oder eine Kanne mit Deckel. Willy wusste nicht warum, aber er fürchtete sich vor ihr und bemühte sich, ihr nicht zu nahe zu kommen. Wieder rief er nach seinem Bruder: "Kuno, bitte, hol mich hier raus!"



*Kuckuck Willy vor der gefährlichen Blüte  
Buntstiftzeichnung: © 2022 by Schattenblick*

Die Pflanze verströmte einen süßlichen, eigentlich leckeren Duft und es schien Willy beinahe so, als könne er sie hören: "Komm, kleiner Vogel, trink von mir!"

Willy hatte Angst, wusste nicht, was er davon halten sollte. Wieder säuselte die Blüte: "Wenn du von mir trinkst, wirst du groß, stark und mächtig."

Willy überlegte: "Groß, stark und mächtig, so wie mein Bruder Kuno. Das wäre toll, dann könnte ich mich auch selbst befreien und nach Hause fliegen."

Der kleine Kuckuck zögerte noch, sollte er es wagen? Es war zu verlockend, Willy wäre gern so groß wie Kuno. Ja, er entschloss sich, von der Blüte zu trinken. Vorsichtig setzte er einen Fuß vor den anderen und abermals vernahm er ein Flüstern: "Nur keine Scheu, komm näher!"

Im selben Moment stürzte die Harpyienmutter hinab, Zweige brachen, Blätter knickten und dann ergriff sie Willy mit ihren großen Krallen, hielt ihn vorsichtig fest und flog hinauf in Richtung Nest, in dem Kuno schon wartete.

"Das war knapp, mein lieber Sohn, beinahe wärest du gefressen worden," schimpfte die Vogelmutter, war aber eigentlich glücklich, dass sie Willy retten konnte. Sie hatte seine Hilferufe gehört, Kuno nach Hause geschickt und blitzschnell den kleinen Kuckuck befreit. Willy erschrak: "Wie kann das sein, es war doch eine Blüte, sie versprach, mich groß, stark und mächtig zu machen, wenn ich von ihr trinke."

"Hättest du das tatsächlich getan, dann hätte sie dich gefangen, du wärest in sie hineingefallen und von ihr gefressen worden! Du

musst wissen, sie ist eine fleischfressende Pflanze und verspeist auch so kleine Leute wie dich. Also Willy, bleib lieber klein, bleib einfach so wie du bist, hörst du!", sprach die Vogelmutter sehr ernst zu ihm. Willy versprach es ihr.

Kuno richtete sich zu seiner vollen Größe auf und sagte ganz feierlich: "Willy, hab keine Angst, ich passe auf dich auf und zeige dir alle Gefahren, die hier im Urwald auf dich lauern. Ich beschütze dich, ob du nun groß oder klein bist, schließlich bin ich dein Bruder."

Nach diesem Schreck war Willy einfach nur glücklich, darüber dass er noch lebte und darüber, dass er einen Bruder und eine mächtige Mutter hatte, und er fühlte sich sicher und geborgen, eben zu Hause.

*Ende*

**Von der eigenen Klasse umgebracht**  
**Vor 45 Jahren wurde Aldo Moro ermordet**

*Teil 1*

**Vermächtnis eines Reformers**

*von Gerhard Feldbauer - März 2023*

**Inhalt:**

Prolog

1. Soziale Herkunft und politische Haltung
2. Gegner der DC-Rechten
3. Enrico Mattei, ein Großindustrieller gegen Washington
4. Apertura a Sinistra
5. Die faschistische Gefahr
6. Partner des Compromesso storico
7. Berlinguers Rolle
8. Der "Allende Italiens"
9. Die Attentäter
10. Moros Vermächtnis

Epilog

**Anhang**

Verwendete Literatur

Publikationen des Autors (eine Auswahl)

es 1994 den Faschisten der Forza Italia (FI) des Medien-Tycoons Berlusconi, mit dem 1946 als Nachfolger der Mussolini-Partei gebildeten Movimento Sociale Italiano (MSI) und der rassistischen Lega eine Regierung zu bilden, die mit Unterbrechungen bis 2011 währte. Im September 2022 haben dieselben Kräfte in Gestalt der von den aus dem MSI hervorgegangenen Brüdern Italiens (FdI) von Giorgia Meloni geführten faschistischen Allianz aus derselben FI und der Lega erneut die Parlamentswahlen gewonnen und am 22. Oktober - 100 Jahre nach dem Marsch Mussolinis im Oktober 1922 auf Rom, der Errichtung der faschistischen Diktatur, die bis 1945 dauerte - eine Regierung gebildet. [1]

**Prolog**

Aldo Moro ist als führender Repräsentant des linken DC-Flügels mit seiner Regierungszusammenarbeit zunächst mit Sozialisten, später mit Kommunisten zweifelsohne der bekannteste bürgerliche Reformers der Nachkriegszeit. Am 9. Mai 1978 fiel er einem Mordkomplott zum Opfer, dessen Drahtzieher reaktionäre Kreise in Washington und Rom waren, die damit seine Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei

(PCI) unter Generalsekretär Enrico Berlinguer auf Regierungsebene zum Scheitern brachten. Die Erinnerung an den 45. Todestag Aldo Moros wird dieses Jahr in Italien besondere Aufmerksamkeit finden, weil es im "Compromesso storico" mit Berlinguer um die Bildung einer breiten Volksfront - der Kommunisten, Sozialisten und katholischen Volkskräfte - zur Verhinderung eines faschistischen Machtantritts ging. Nach dem Scheitern dieser antifaschistischen Einheitsfront gelang

In jüngster Zeit melden sich Kommunisten und Linke zu Wort, um die Erfahrungen Berlinguers im Kampf gegen den Faschismus aufzugreifen, um sie im Widerstand gegen die faschistische Regierung unter Meloni zu nutzen. Er sei ein Kommunist gewesen, der für "eine Gesellschaft, in der Arbeiter und Arbeiterinnen entscheiden, was und wie produziert wird", kämpfte und Kommunisten und andere Linke sollten an seiner "demokratischen Alternative" - einer Zusammenar-

beit und Verständigung der Volkskräfte kommunistischer und sozialistischer mit denen katholischer Inspiration - anknüpfen, schrieb das kommunistische Magazin Contropiano zu seinem 38. Todestag am 13. Juni 2022. Denn die Aufgabe könne nur darin bestehen, ein - wie vor 45 Jahren von Berlinguer und Moro verfolgtes - ähnliches Bündnis aller Volkskräfte gegen den Faschismus zu bilden. Dies umso mehr, als derzeit die Möglichkeiten bzw. die Bereitschaft dazu in Italien kaum gegeben zu sein scheinen.

Ähnlich ist die Lage in Deutschland mit der in der DKP bekannten Situation, einer weiteren Splitterpartei KPD und linken Grüppchen mit kommunistischem Anspruch und einer Partei Die Linke, die aus dem opportunistischen Chaos keinen Ausweg findet und in der trotzdem die KPF nicht aufgibt und eine Hoffnung darstellt. Auch hier kann die Schlussfolgerung nur darin bestehen, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, auf die Arbeiterkämpfe, die Friedensbewegung, den antifaschistische Widerstand, aber auch auf das Festhalten an demokratischen Traditionen unter den verschiedensten Vertretern der Intelligenz und bürgerlicher Kräfte zu setzen. Auch wenn viele von ihnen keine entschiedenen antikapitalistischen Positionen beziehen, vermitteln sie letztendlich die Hoffnung, dass sie die Zukunft ihres Landes so wie bisher nicht hinnehmen werden. Diese Hoffnung hat ihre Basis in der Mehrheit der arbeitenden Menschen, die sich nicht ewig damit abfinden wird, dass von Vertretern des Kapitals, ob aus der SPD mit Liberalen und Grünen oder

CDU-Bündnissen regiert, immer mehr von ihnen zur Armut verdammt werden.



*Aldo Moro*

*Foto: dati.camera.it, CC BY 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by/4.0], via Wikimedia Commons*

Es wird der Tag kommen, an dem sie dem menschenfeindlichen System ein Ende bereiten und eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung errichten werden. Der 1997 verstorbene DDR-Wissenschaftler Jürgen Kuczynski sagte dazu in seinen Spätschriften "Asche für Phönix" über Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen: Wir bleiben "der Idee des Sozialismus treu". Und zwar nicht nur, "weil wir Marxisten sind", sondern weil uns die Erfahrungen der Geschichte die Erkenntnis vermitteln, die durch die heutige gesellschaftliche Entwicklung bestätigt wird, dass "nur eine sozialistische Lösung der sozialen Frage in unserer Epoche existiert". Diese Gesellschaftsformation werde, wenn möglicherweise unter einem anderen Namen, "den Sieg davontragen". Darauf zielte auch der Titel "Asche für Phönix"

ab, mit dem er der Gewissheit Ausdruck verlieh, dass der Sozialismus aus seiner Asche hervorstiegen wird. [2]

Ein weiterer Gesichtspunkt ist, und auch das dürfte nicht nur auf Italien zutreffen, zu verfolgen, wie die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus schon immer auf den Faschismus setzten, um ihre Herrschaft zu sichern und Kommunisten und Linke, selbst Sozialdemokraten und Reformen auf den Positionen des Kapitals, auszuschalten.

Kommunisten haben - entgegen anderslautenden Unterstellungen - Reformen immer große Bedeutung beigemessen. Und hier sollte aus dem theoretischen Reservoir Lenins geschöpft werden, der einen Verzicht "auf den Kampf für die Durchsetzung von Reformen" grundsätzlich ablehnte. Er bezeichnete sie als "ein Hilfsmittel für den Klassenkampf", betonte, sie seien nicht mit Reformismus zu verwechseln, müssten sich im Gegenteil auch "gegen die Opportunisten richten", denen man auf diesem Gebiet nicht das Feld überlassen dürfe. [3] Gleichzeitig bejahte er, dass "Anhänger der proletarischen Revolution Kompromisse oder Abkommen mit Kapitalisten schließen". Dabei komme es darauf an, "durch alle Kompromisse hindurch die revolutionäre Taktik und Organisation, dass revolutionäre Bewusstsein, die Entschlossenheit, Erfahrungheit der Arbeiterklasse und ihres organisierten Vortrupps, der kommunistischen Partei, zu bewahren, zu festigen, zu stählen, weiterzuentwickeln." [4]

Reformistische Konzepte, für die sich unter Vertretern liberaler

oder flexibler Kreise der Bourgeoisie in Krisensituationen Befürworter fanden, stießen allerdings meist auf den Widerstand der rechten, vor allem der reaktionärsten Kreise des Kapitals, die sie meist verhinderten. In nicht wenigen Fällen geschah das durch die physische Liquidierung der Reformer, obwohl selbst für flexible oder liberale bürgerliche Politiker die kapitalistische Gesellschaftsordnung generell die Grundlage von Reformen darstellte. Ihr Ziel war, mit Sozialdemokraten bzw. Sozialisten oder anderen Reformisten eine Zusammenarbeit zu erreichen, um Krisen ihres Systems zu begegnen und es zu festigen oder ihm auch auf einzelnen Gebieten günstigere Bedingungen zu verschaffen. Was das Schicksal diesbezüglicher Reformer betrifft, sei an Matthias Erzberger oder Walther Rathenau in der Weimarer Republik erinnert, die in außenpolitischen Fragen versuchten, Reformen der Regierungspolitik durchzusetzen. Zu ihnen ist sicher auch John F. Kennedy zu rechnen, der einige zaghafte reformähnliche Zugeständnisse im Inneren der USA ins Auge fasste. Ein ähnliches Schicksal erlitt der bürgerlich-liberale Olaf Palme.

Der nach 1945 entstandenen faschistischen Gefahr entgegenzutreten, war wesentliches Ziel, das IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer und der Vorsitzende der Democrazia Cristiana (DC), Aldo Moro, verfolgten, als sie Mitte der 70er Jahre das Compromesso storico genannte Abkommen über eine Regierungszusammenarbeit schlossen. Bei seiner Wertung sind allerdings einmal historische Unterschiede zu beachten und zum anderen, dass Berlinguers

Konzept der sogenannte Eurokommunismus zugrunde lag, der eine Absage an grundlegende Fragen des Leninismus und selbst des Marxismus einschloss. Die IKP gab wesentliche, für den perspektivischen Kampf einer kommunistischen Partei charakteristische Positionen auf.

Ich möchte einfügen, dass ich mit meiner Frau Irene, die als Foto-Reporterin arbeitete, für die Nachrichtenagentur ADN der DDR von 1973 bis 1979 in Rom tätig war und Aldo Moro bei zahlreichen offiziellen Anlässen wie Staatsempfängen oder als Redner in Parlamentsdebatten persönlich kennenlernte. Es war für mich menschlich sehr ergreifend, miterleben zu müssen, wie er seine Treue zu demokratischen Traditionen und sein Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten mit dem Leben bezahlte. Ihm habe ich u. a. die 2003 geschriebene Schrift "Aldo Moro und das Bündnis von Christdemokraten und Kommunisten im Italien der 70er Jahre" [5] gewidmet. Aldo Moro ist auch die Hauptfigur meiner Kriminalerzählung "Warum Aldo Moro sterben musste. Die Recherchen des Commissario Pallotta", deren fiktive, handelnde Personen ebenfalls meinem Freundes- und Bekanntenkreis in Rom entnommen sind. [6]

Mit dem Mord an Moro wurde nicht nur der Linken, sondern auch der traditionell nach links tendierenden bürgerlichen Mitte jene bis in die Gegenwart reichende schwere Niederlage beigebracht, die den Vormarsch der Rechten und Faschisten bis ins 21. Jahrhundert ermöglichte, wovon der letzte Akt, die Bildung einer Regierung unter der Führerin

der FdI Meloni mit Faschisten, zeugt.

Was die USA und ihre CIA betrifft, hat sich bis heute grundsätzlich nicht das Geringste geändert. Unverändert wird auf Drohungen, Gewalt, Mord und Terror gesetzt. Die Beispiele dafür reichen von der Haltung gegenüber China und Russland über die zur Ukraine, zu Afghanistan, Syrien und den Palästinensern bis zu Kuba und Venezuela. Nicht zu vergessen, die Bundesrepublik ist immer mit dabei. [7] Es dürfte genügen, daran zu erinnern, dass in der Ukraine im Krieg gegen Russland, von den USA gefördert und von der EU unterstützt, der am Leben erhaltene Bandera-Faschismus [8] eine aktive Rolle spielt, die 2. Panzerdivision der SS "Das Reich", die Charkow 1943 "befreite", heute in der Ukraine verehrt wird, es "starke Verbände von Rechtsradikalen", darunter das bekannte "Asow"-Regiment, gibt, insgesamt diese rechtsextremen Gruppen "ungefähr 100.000 Kämpfer stark" sind, dass die nach dem Sturz von Viktor Janukowitsch 2014 gebildete neue Regierung aus dieser "nationalistischen extremen Rechten" hervorgegangen ist, deren erste Amtshandlung das "Verbot des Russischen" war, und dass diese Gefahr "nicht einfach eine Erfindung" der Russen ist. [9]

### 1. Soziale Herkunft und politische Haltung

Der 1916 in der Kleinstadt Maglie im südlichen Apulien geborene Aldo Moro kam aus den einfachen Verhältnissen einer ländlichen Pädagogenfamilie. Der Vater war Schulinspektor, die Mut-

ter Elementarschullehrerin. Der sehr begabte Schüler studierte Jura an der Universität von Bari, an der er anschließend promovierte, sich habilitierte und später eine Professur für Strafrecht übernahm. Seit 1943 gehörte er der DC an. In Moros Bewusstsein hatte sich das einheitliche nationale Handeln während der Resistenza tief niedergeschlagen. Davon ausgehend ging es ihm während seiner Regierungszeit und als DC-Vorsitzender darum, seiner Partei und damit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem, das sie verkörperte, eine stabile Regierungsmehrheit zu verschaffen. Das hielt er nur durch die Einbeziehung zunächst der Sozialisten und später der Kommunisten für möglich. [10]

Moro reifte frühzeitig zu einem außerordentlich fähigen Politiker mit Realitätssinn für die Probleme des eigenen Landes als auch internationaler Fragen heran. Er galt als volksverbunden und war, geradezu ein Novum in der italienischen Politik, niemals in einen Bestechungsskandal verwickelt. 1946 in die Konstituante gewählt, gehörte er danach bis zu seinem Tod ununterbrochen der Abgeordnetenkammer an. Er stand fünfmal der Regierung vor, wurde 1948 das erste Mal zum Staatssekretär ernannt, danach mehrmals zum Außenminister und Chef anderer Kabinettsressorts. Für die 1979 anstehenden Präsidentschaftswahlen galt er als aussichtsreichster Kandidat seiner Partei.

Als Gegner der NATO blieb er am 27. März 1949 demonstrativ der Parlamentssitzung fern, die den Beitritt beschloss. De Gasperi schloss ihn deswegen aus dem

Kabinett aus. Viele Politiker hielten seine Karriere für beendet. Die DC bezahlte jedoch bei den Parlamentswahlen 1953 den proatlantischen Kurs De Gasperis mit einer schweren Niederlage. Von 48,5 Prozent (1948) sackte sie auf 40,1 ab. Während De Gasperi abdankte, kehrte Moro in die Politik zurück und 1955 in die Regierung. Vor den Wahlen hatten die DC-Rechten einen Gesetzentwurf für eine Rückkehr zum reaktionären Mehrheitswahlrecht eingebracht, der in verblüffender Weise dem ähnelte, mit dem sich Mussolini 1924 in einer betrügerischen Scheinwahl eine Mehrheit gesichert hatte. Der Entwurf sah vor, der Parteienkoalition (die DC wollte im Bündnis mit Sozialdemokraten, Liberalen und Republikanern antreten), die über 50 Prozent erreicht, zwei Drittel aller Parlamentssitze zuzusprechen. [11] Das Gesetz scheiterte am entschiedenen Widerstand, den vor allem IKP und ISP organisierten.

Als Moro 1963 den ersten Auftrag zur Regierungsbildung erhielt, setzte er die erste apertura a sinistra (Öffnung nach links) durch und nahm die 1947 von De Gasperi mit den Kommunisten ausgeschlossenen Sozialisten wieder in das Kabinett auf. Die Parlamentswahlen 1976 stürzten die DC erneut in die Krise. Sie selbst konnte zwar ihre Stimmen halten, aber die Sozialisten, die sich in der Regierung verschlissenen, erreichten nur noch 10,2 Prozent, während die der IKP sprunghaft um 7,3 auf 34,4 Prozent anstiegen. Als DC-Vorsitzender begann Moro nun, die Kommunisten in die Regierungszusammenarbeit einzubeziehen. Gegen die von 12,6 Millionen Ita-

liern gewählte IKP konnte das Land, so Moros Meinung, nicht mehr regiert werden. Das von ihm mit Berlinguer über die Regierungszusammenarbeit geschlossene Abkommen ging als Compromesso storico in die Geschichte ein. [12]

## 2. Gegner der DC-Rechten

Seit der Berufung De Gasperis 1947 zum Ministerpräsidenten führte die Democrazia Cristiana (DC) als großbürgerliche Partei, bis sie 1992/93 im Korruptionssumpf unterging, fast ununterbrochen die Regierungen an. Sie entstand unter dem Namen Partito Popolare Italiano (PPI) im Juni 1919 auf Initiative des Priesters Don Luigi Sturzo, um auf der Grundlage der Verankerung im Katholizismus und eines klassenübergreifenden Konzepts eine gegen die sozialistische Arbeiterbewegung gerichtete Partei der Mitte zu schaffen. Dank der Unterstützung des Vatikans gelang es ihr, vor allem mittelständische Schichten und Bauern zu gewinnen und bei den Wahlen im November 1919 mit 20,6 Prozent den dritten Platz zu belegen. Während die Kurie, die Mussolinis Marsch auf Rom befördert hatte, auch danach eine wichtige Stütze seiner Regierung blieb, bildete sich in der PPI ein antifaschistischer Flügel heraus. Auf Betreiben des Vatikans wurde Don Sturzo entmachtet und die Volkspartei 1925 für aufgelöst erklärt. [13] Der nach dem Mord an dem Sozialistenführer Giacomo Matteotti im Juni 1924 wachsende antifaschistische Widerstand zwang den Vatikan zum Lavieren. Offiziell würdigte er "die feste Haltung des Duce", musste

aber gleichzeitig verfolgten Funktionären der PPI Zuflucht gewähren. Mit De Gasperi an der Spitze existierte die Volkspartei in Rudimenten de facto weiter und wirkte unter dem Dach der legalen Azione Cattolica, in der sich unter dem bedeutendsten katholischen Sozialtheoretiker Giorgio La Pira ein starker linker Flügel herausbildete.

Im Oktober 1942 in Democrazia Cristiana umbenannt, wurde die Partei zum Sammelbecken der großbürgerlichen Politiker, die mit Hitlerdeutschland brechen wollten. Nach dem Sturz des "Duce" im Juli 1943 gehörte die DC dem Nationalen Befreiungskomitee (CLN) an und trat mit IKP, ISP und anderen Oppositionsparteien 1944 in die antifaschistische Einheitsregierung ein. Ihre Verankerung im Katholizismus, aber auch ihr antifaschistisches Image und eine bis in die 70er Jahre hinein starke linke Strömung sicherten der DC, wenn auch mit einem schrumpfenden Wähleranteil von 48,5 Prozent (1948) auf 29,2 (1992), eine Massenbasis auch unter den Arbeitern. Neben zwischen den Fronten lavierenden Strömungen bildete sich nach 1945 ein starker rechter und ein linker Flügel heraus. Durch den Übertritt zahlreicher Mussolini-Faschisten in die DC entstand ein schwarzer Rand. Vor allem, aber nicht nur, von diesem ging das Paktieren von DC-Rechten mit der 1946 als Nachfolger der Partei Mussolinis gebildeten Movimento Sociale Italiano (MSI) aus.

Der reaktionäre Kurs der DC-Rechten zeigte sich im Paktieren mit den MSI-Faschisten. 1950 empfingen Staatspräsident Einaudi und Ministerpräsident De Gas-

peri eine Delegation der MSI-Führung. 1953 erhielt das Kabinett Pella, eines zur DC gewechselten Mussolini-Faschisten, 1957 die Regierung Zoli und danach die von Antonio Segni nur mit den Stimmen der MSI gewählte die erforderliche Mehrheit. 1960 versicherte sich Fernando Tambroni, ein früherer Hauptmann der Miliz der Repubblica Sociale Italiana (RSI), seit 1926 Mitglied der Mussolinipartei und nunmehriger Ministerpräsident der DC, der Unterstützung seiner faschistischen Kampagne. 1962 wurde der Bewerber der DC Antonio Segni und 1972 Giovanni Leone nur mit den Stimmen des MSI zum Staatspräsidenten gewählt. Der PPI-Gründer Don Sturzo rief 1952 die DC und die anderen bürgerlichen Parteien auf, zusammen mit der MSI und den Monarchisten einen Einheitsblock gegen die "rote Machtübernahme" zu bilden. [14]

Die DC zeigte sich erkenntlich. Pella empfing 1953 eine Delegation der CISNAL-Gewerkschaft, und Zoli genehmigte der MSI, den Leichnam Mussolinis in dessen Heimatort Predappio zu überführen und dort in einem Ehrenhain beizusetzen. Die Feiern gestalteten sich zu einer Verherrlichung Mussolinis und der unter seinem Regime begangenen Verbrechen. Die Witwe des Diktators erhielt eine Rente bewilligt, während sie Antifaschisten und Verfolgten des Mussoliniregimes in unzähligen Fällen verweigert wurde. Das MSI-Blatt *Secolo d'Italia* bekam offizielle Staatszuschüsse.

Stärker als auf zentraler Ebene konnte die MSI in den Parlamenten der Regionen und Provinzen

sowie in Städten und Gemeinden vor allem im Mezzogiorno, dem Süden des Landes, Fuß fassen. Ihre Wahlergebnisse wuchsen 1972 in vier Regionen auf 15 und mehr Prozent an. In 47 von insgesamt 100 Provinzhauptstädten war sie in den Parlamenten mit Ergebnissen zwischen zehn und 35 Prozent vertreten. In den Regionen Kampanien, Apulien, Sizilien und Sardinien regierte die DC mehrere Legislaturperioden mit der MSI oder erhielt deren Unterstützung. In fast allen Provinzstädten sowie in 1.500 Städten und Gemeinden war die MSI mit etwa 40.000 Ratsmitgliedern vertreten. In über 100 Städten und Gemeinden stellte sie die Bürgermeister und in zahlreichen weiteren wurden die Stadtoberhäupter der DC mit ihren Stimmen gewählt. [15] Auf zentraler Ebene belegte die MSI mit Stimmen zwischen 5,9 und 6,8 Prozent, zeitweise auch zirka neun Prozent [16], den vierten Platz im Parlament, ehe sie 1994 mit 13,4 Prozent den dritten erreichte. Um das Paktieren zu kaschieren, legte DC-Innenminister Mario Scelba ein Gesetz (Legge Scelba) vor, nach dem die MSI und ihre paramilitärischen Organisationen gemäß der Verfassung aufgelöst werden sollten. [17] 1952 verabschiedet, wurde es nie gegen die MSI angewendet.

Zur Wahrung eines Restes von antifaschistischem Konsens einigten sich die bürgerlichen Parteien mit der IKP und ISP darauf, die MSI an keiner zentralen Regierung zu beteiligen. Man sprach von den Parteien des Arco costituzionale, von dem die MSI ausgeschlossen blieb. Der Verfassungsbogen erwies sich - lange, bevor er im April 1994 mit der



*Abgeordnete besuchen den Präsidenten der Republik Giovanni Leone zu Konsultationen über die neue Regierung - links Aldo Moro*

*Foto: © Präsidentschaft der Italienischen Republik, Quirinale.it, via Wikimedia Commons*

erstmaligen Aufnahme der MSI in die Regierung Berlusconi auseinanderbrach - als ein brüchiger Konsens, der dazu diente, die Gefahr des Faschismus zu verdecken.

Maßgeblicher Repräsentant des rechten DC-Flügels wurde der siebenmalige Ministerpräsident und Senator auf Lebenszeit Giulio Andreotti. Vom Image seiner Teilnahme an der Resistenza profitierend stand er mehrfach auch an der Spitze linker Zentrumsregierungen und konnte sich so lange Zeit als Mann der Mitte und des Ausgleichs vorstellen. Der Gewährsmann Washingtons, Vertraute des Vatikans und Komplize der Mafia stieg zur Schlüsselfigur des Mordkomplotts gegen

Moro auf. Während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister (1956-62) erfolgte der Aufbau der CIA-geführten geheimen NATO-Truppe Gladio, die bei allen Putschversuchen zur Errichtung eines Regimes faschistischen Typs die Fäden in der Hand hielt. Als Zentrale der Umsturzaktionen fungierte die ebenfalls von der CIA geschaffene Geheimloge Propaganda Due (P2). Während an ihrer Spitze formell der Altfaschist und Geheimdienstagent Mussolinis Licio Gelli stand, galt als ihr eigentlicher Chef Andreotti. [18]

Am 27. März 1993 wurde Andreotti wegen Komplizenschaft mit der Mafia angeklagt. Eine zweiter Prozess folgte in Perugia

wegen Anstiftung zum Mord an dem von Mafia-Killern erschossenen Herausgeber des Osservatore Politico, Mino Pecorelli, der angekündigt hatte, dessen Rolle bei der Ermordung Moros zu enthüllen. U. a. wurde bekannt, dass die "Ehrenwerte Gesellschaft" auf Betreiben Andreottis der DC in Süditalien jahrzehntelang Wählerstimmen beschafft hatte, wofür angeklagten Mafiosi Straffreiheit garantiert wurde. Im Verfahren in Perugia wurde Andreotti zu 24 Jahren Gefängnis verurteilt, 1999 in der Revision freigesprochen, was der Kassationshof 2003 bestätigte. In Palermo gab es einen Freispruch "zweiter Klasse" wegen Mangels an Beweisen. Der Einspruch der Staatsanwaltschaft wurde letztinstanzlich 2003 vom

Kassationsgericht ebenfalls zurückgewiesen. [19]

Im Ergebnis der Resistenza entstand in der DC in Gestalt einer "Iniziativa Democratica" jedoch auch ein starker linker Flügel. Es handelte sich um eine Gruppe, die sich den antifaschistischen Traditionen verpflichtet fühlte und nach der Niederlage des Faschismus für eine soziale Erneuerung der Gesellschaft auf christdemokratischen Grundlagen eintrat. Aldo Moro gehörte von Beginn an zu ihren führenden Köpfen. Es ging den Erneuerern um antifaschistisch-demokratische Veränderungen, bei denen sie in vielen Fragen mit den Sozialisten und Kommunisten übereinstimmten. Ihre sozialen Reformen gingen von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aus. Damit wollten sie den in der Arbeiterbewegung vorherrschenden Sozialismusvorstellungen eine christliche Alternative entgegenstellen. Diese Kräfte wendeten sich mehrheitlich sowohl gegen den pro-amerikanischen und auf konservativen Grundlagen von De Gasperi beruhenden eingeschlagenen antikommunistischen Kurs der kapitalistischen Restauration als auch gegen die erbitterte Frontstellung gegen die Linke insgesamt und traten dafür ein, die Regierungszusammenarbeit mit IKP und ISP fortzusetzen.

### 3. Enrico Mattei, ein Großindustrieller gegen Washington

Noch vor Moro wurde der Großindustrielle des staatlichen Sektors Enrico Mattei zu einem ihrer führenden Repräsentanten. Der 1906 geborene Mattei, ein Inge-

nieur und Chemieunternehmer, gehörte als Kommandeur einer Partisanenbrigade zu den führenden katholischen Antifaschisten. Ferruccio Parri [20] berief ihn zum Regierungsbeauftragten für das Erdölunternehmen Agip, aus dem 1953 der staatliche Energiekonzern "Ente Nazionale Idrocarburi" (ENI) hervorging, der Mattei das Monopol sicherte. Als Präsident der ENI verfügte er über eine strategisch entscheidende Position in der Wirtschaft und als Mitglied der Abgeordnetenkammer über eine entsprechende politische Funktion.

Mattei weigerte sich, die ENI der Herrschaft der US-amerikanischen Standard Oil unterzuordnen. Um Italien aus deren Abhängigkeit zu lösen, schloss er Lieferverträge mit der Sowjetunion, die vorsahen, 30 Prozent des Landesbedarfs zu sichern. Weiteren Verbrauch deckte er durch Abkommen mit arabischen Staaten. Das berührte, von den Profiten, die der Standard Oil entgingen, einmal abgesehen, die Versorgung der in Italien dislozierten NATO-Verbände und der im Mittelmeer operierenden 6. US-Flotte, für welche die ENI zuständig war. Für Washington war Mattei einer "der gefährlichsten Feinde", seine Energiepolitik "eine Bedrohung der amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Positionen in Italien und im Nahen Osten". [21] Mattei trat gegen den italienischen NATO-Beitritt auf und nachdem dieser erfolgt war, für den Austritt. Eine Anzahl Großindustrieller, darunter FIAT-Chef Agnelli, brachten seinem Kurs bezüglich der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Interesse entgegen. Diese Haltung zielte darauf ab, Italien aus der Block-

konfrontation mit dem ständigen Risiko des Übergangs in eine weltweite militärische Auseinandersetzung herauszuhalten.

Der ENI-Chef, der in der IKP und der ISP, aber auch in seiner eigenen Partei als Präsidentschaftskandidat zur Diskussion stand, unterstützte nicht nur Moros Absicht, die Sozialisten wieder in die Regierung aufzunehmen, sondern plädierte bereits 1955 für eine "Lösung der kommunistischen Frage über kraftvolle soziale und ökonomische Reformen". [22] James King, Sonderbotschafter Präsident Kennedys, berichtete aus Rom, "dass Mattei eine effektive Kontrolle über die Regierung" ausübe. [23] Für die CIA war der Bericht letzter Anlass, den "Fall Mattei" auf ihre Weise "zu lösen". Bereits im Januar 1962 kam es zu einem ersten Attentatsversuch, der jedoch scheiterte. Der nächste Anschlag am 27. Oktober gelang. Mit seinem Privatflugzeug stürzte der ENI-Chef bei Pavia ab.

Der Tod Matteis brachte für Washington mit einem Schlag die Lösung aller Probleme. [24] Der Befürworter einer sozialverträglichen Lösung der "kommunistischen Frage" war ausgeschaltet. Unter dem nun wachsenden Einfluss der pro-atlantischen Kreise wurde in Rom postwendend ein ENI-Nachfolger ganz nach dem Geschmack der Standard Oil ernannt: Eugenio Cefis, Finanzier der Faschisten im Geflecht der von der CIA zur Ausschaltung der Kommunisten betriebenen Spannungsstrategie. Er unterzeichnete bereits im März 1963 ein neues langfristiges Abkommen, in dem die italienische Ölversorgung wieder ganz unter die Kontrolle der Standard Oil gestellt wurde.



Als 1990 die CIA-Geheimtruppe Gladio aufgedeckt wurde, kam ans Licht, dass der Mord an Mattei ein Anschlag dieser geheimen NATO-Truppe war. Ein Offizier der Leibwache, der den Motor des Flugzeuges vor dem Start manipulierte, gehörte zu ihren Mitgliedern. [25]

(Fortsetzung folgt\*)

**Anmerkungen:**

[1] Feldbauer, Gerhard: "Giorgia Meloni und der Faschismus in Italien", PapyRossa Verlag, Köln 2023.

[2] Kuczynski, Jürgen: Asche für Phönix - Oder: Vom Zickzack der Geschichte. Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen, Köln 2019.

[3] Lenin, W. I.: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, Werke, Bd. 23, Berlin/DDR, 1957, S. 80, Siebente Gesamtrossische Konferenz der SDAPR (B), Werke, Bd. 24, Berlin/DDR, 1959, S. 235, Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz, Werke, Bd. 36, Berlin/DDR, S. 362.

[4] Lenin, W. I.: Über Kompromisse, Werke, Bd. 30, Berlin/DDR, S. 485, Bd. 30, S. 485, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, Werke, Bd. 31, Berlin/DDR, 1959, S. 22.

[5] Neue Impulse Verlag, Essen 2003.

[6] Schriftenreihe "Konkret" der DKP Berlin, Heft 1/2011.

[7] Siehe Vincent Bevins: Die Jakarta Methode. Wie ein mörderisches Programm Washingtons unsere Welt bis heute prägt, PapyRossa, Köln

2023. Rezension von Gerhard Feldbauer in "junge Welt", 20.02.2023.

[8] Stepan Bandera gründete während des Überfalls der Hitlerwehrmacht auf die UdSSR die Ukrainische Aufstandarmee (OUN) und andere Formationen, die an der Seite der Wehrmacht gegen die UdSSR eingesetzt wurden.

[9] Der Schweizer Militärexperte und frühere Oberst Jacques Baud in der Schweizer Zeitschrift "Zeitgeschehen im Fokus" (Ausgabe Nr. 4/5 vom 15. März 2022) zu den Hintergründen des Krieges in der Ukraine. Der Oberst war für den Schweizer Strategischen Nachrichtendienst tätig, Leiter der Abteilung "Friedenspolitik und Doktrin" der UNO für friedenserhaltende Operationen in New York (2009-2011) und nahm an weiteren militärischen UN-Missionen teil.  
[https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article\\_1306](https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article_1306)

[10] Moro, Aldo: Scritti e discorsi. Rom 1990, S. 458 f. La Rocca, Felice: L'eredità perduta. Aldo Moro e la crisi italiana. Catanzaro 2001, S. 23 ff.

[11] I giorni della storia d'Italia. Cronaca quotidiana dal 1815. Novara 1997, S. 552 ff.; La Rocca, S. 24.

[12] Moro, S. 3160; "La Repubblica", Rom; 14. Okt. 1978.

[13] Don Sturzo war bis Ende 1922 ihr Generalsekretär, danach bis zur Auflösung Mitglied des Dreierdirektoriums.

[14] Giorni, passim; Alighiero Tondi: Vatikan und Neofaschismus, Berlin/DDR 1955, S. 46.

[15] Giorni, passim.

[16] 1972 nach der Vereinigung mit der monarchistischen Partei.

[17] Legge 20 giugno 1952, "Gazzetta Ufficiale", Roma; 23. Juni 1952, Nr. 143.

[18] "L'Europeo", 15. Oktober 1982.

[19] Pecorelli, Francesco / Sommel-la, Roberto: I veleni di "Op" (Die giftigen Nachrichten des "OP"), Mailand 1995.

[20] Vorsitzender der Aktionspartei, von Juni bis Dezember 1945 Premier der antifaschistischen Einheitsregierung.

[21] Faenza, Roberto / Fini, Marco: Gli americani in Italia, Mailand 1976, S. 295, 321.

[22] "Panorama", 2. Dez. 1990.

[23] Faenza, S. 278.

[24] "New York Times", 28. Okt. 1962.

[25] Faenza, Roberto: Il malaffare. Dall' America di Kennedy all' Italia, a Cuba, al Vietnam, Mailand 1978, S. 295, 321.

\* *Anmerkung der Schattenblick-Redaktion:*

Der vollständige Text wurde bereits in der Online-Ausgabe des Schattenblick veröffentlicht unter:

[www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de) → Infopool → Geisteswissenschaften → Geschichte →

MEMORIAL/253: Von der eigenen Klasse umgebracht - vor 45 Jahren wurde Aldo Moro ermordet (Gerhard Feldbauer)

\*

**Quelle:**

© 2023 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

## Die Revolution 1848/49 in Italien war eine der erfolgreichsten in Europa

### Teil 1

### Sie endete mit einem Dreiviertelsieg der Bourgeoisie

von Gerhard Feldbauer, 8. März 2023



Europa 1848/49 - wichtige Orte revolutionärer Erhebungen, Hauptschlagrichtungen konterrevolutionärer Truppen und Staaten mit Abdankungen von Monarchen und Nationalitätenkonflikten  
 Graphik: Alexander Altenhof, CC BY-SA 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/], via Wikimedia Commons







Dieses Jahr begehen wir die 175. Jahrestage der Revolutionen von 1848 in Europa, unter denen die in Italien eine der erfolgreichsten war. Sie ging nach der zeitweiligen Niederlage im Juni 1849 weiter und endete 1870, wenn auch mit der Monarchie, aber - im Gegensatz zu Deutschland - mit dem

Machtantritt der Bourgeoisie mit einem Dreiviertelsieg. Außer der Enteignung des Großgrundbesitzes der Latifundistas erfüllte sie alle Aufgaben dieser Zeit.

Sie begann am 1. Januar 1848 zunächst friedlich in Mailand, der zu Österreich gehörenden Lombar-

dei, mit einem Raucherstreik. Die Mailänder weigerten sich, österreichische Tabakwaren zu kaufen, um so gegen das Staatsmonopol zu protestieren. Als die Behörden Zigarre rauchende Agenten in die Straßen schickten, kam es zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei sechs Menschen erschoss

## EUROPA 1848/49

-  Hauptorte revolutionärer Erhebungen
-  Abdankung eines Monarchen
-  Hauptschlagrichtungen konterrev. Truppen
-  Nationalitätenkonflikte in revolt. Staaten
-  Grenze des Deutschen Bundes
-  Kleinstaaten innerhalb des Dt. Bundes

- 1 Ausbruch der Revolution in Palermo (12. Jan. 1848) / Parlament in Palermo verk. Unabh. Siziliens (25. Mär.) / Niederschlagung durch neap. Truppen (15. Mai 1849)
- 2 Ausbruch der Revolution in Paris (22. Feb. 1848) / Abd. von König Louis-Philippe (25. Feb.) / Ausr. der Republik (26. Feb.) / Wahl Louis Napoleons (10. Dez.)
- 3 Ausbruch der badischen Revolution (1. Mär. 1848) / Niederschl. durch dt. Bundestruppen (23. Jul. 1849)
- 4 Beginn des Münchener Aufstands (3. Mär. 1848) / Abdankung von König Ludwig I. (20. Mär.)
- 5 Ausbruch der Revolution in Wien und Rücktritt Metternichs (13. Mär. 1848) / Sieg der Konterrev. nach Niederschl. des Wiener Oktoberaufstands (31. Okt.)
- 6 Revolutionsausbruch in Buda u. Pest (15. Mär. 1848) / Ungar. Unabhängigkeitskrieg (ab Okt.) / Niederschl. durch österr. und russische Truppen (Okt. 1849)
- 7 Ausbruch der Revolution in Berlin (18. Mär. 1848) / Sieg der Konterrevolution (ab Mai 1849)
- 8 Ausbruch der Revolution in Mailand (18. Mär. 1848) / Rückeroberung durch österr. Truppen (6. Aug.)
- 9 Großpoln. Aufstand in Posen (ab 20. Mär. 1848) / Niederschlagung durch preuss. Truppen (Mai 1848)
- 10 Ausbruch der Revolution in Venedig (22. Mär. 1848) / Ausrufung der Republik (23. Mär.) / Auflösung der Republik nach österr. Rückeroberung (28. Aug. 1849)
- 11 Aufstand in Moldau (Apr. 1848) / Rasche Niederschl. durch mold. Truppen / Russ. Besetzung (ab Jul. 1848)
- 12 Beginn des Pfälzer Aufstands (2. Mai 1849) / Niederschlagung durch preuss. Truppen (19. Jun. 1849)
- 13 Beginn des Dresdner Maiaufstands (3. Mai 1849) / Niederschl. durch sächs. und preuss. Truppen (9. Mai)
- 14 Ausbruch der Rev. in Siebenbürgen (15. Mai 1848) / Ende der Unruhen nach Sieg österr. und russ. Truppen
- 15 Beginn des Prager Pfingstaufstands (12. Jun. 1848) / Niederschlagung durch österr. Truppen (17. Jun. 1848)
- 16 Aufstand in der Walachei (Jun. 1848) / Abd. von Fürst Bibescu (13. Jun.) / N. durch osm. Truppen (Sep. 1848)
- 17 Papst Pius IX. flieht aus revolt. Rom (24. Nov. 1848) / Ausrufung der Röm. Republik (9. Feb. 1849) / Niederschl. durch franz. u. span. Truppen (Jul. 1849)

und fünfzig verletzte. Als am 10. Januar die Polizei erneut das Feuer auf friedliche Demonstranten eröffnete, errichteten Bewaffnete Barrikaden, die Truppen flohen in die Kasernen. Die Aufständischen wurden durch zahlreiche Bauern unterstützt, die mit Flinten und Messern bewaffnet in die Stadt kamen.

## Aufstand in Palermo

Am 12. Januar brach die Revolution in Palermo aus. Von neun Kriegsschiffen wurden die Regierungstruppen mit 5.000 Soldaten verstärkt. In fünfägigen Kämpfen warfen die Aufständischen die Linientruppen zurück, gingen am 20. zum Gegenangriff über und eroberten die Kasernen Bourgogne und Vittoria. Die Kriegsschiffe verließen mit der Masse der Soldaten Palermo. Die Erhebungen dehnten sich auf die Provinzen Caltanissetta und Messina aus und griffen auf Neapel über, wo am 27. Januar eine große Volksdemonstration eine Verfassung forderte. An ihr nahmen zahlreiche bewaffnete Arbeiter und Handwerker teil, die Arbeit und Brot verlangten. Den Liberalen gelang es, die Auslösung des bewaffneten Aufstandes zu verhindern. Unter dem Druck der Volksbewegung trat das königliche Kabinett zurück. Gemäßigte Liberale bildeten eine neue Regierung, die Ferdinand II. dazu brachte, einer Verfassung zuzustimmen, auf die er am 24. Februar den Eid ablegte. Ein in Palermo einberufenes revolutionäres Parlament bildete eine provisorische Regierung, der jedoch nur Liberale angehörten. Unter dem Druck der revolutionären Truppen, die mehrheitlich kleinbürgerliche Demokraten anführten, erklärte sie die Herrschaft der Bourbonen für beseitigt und verkündete die Unabhängigkeit Siziliens und seine Trennung von Neapel.

Die Revolutionen im Februar 1848 in Paris und im März in Wien verliehen der revolutionären Bewegung in ganz Italien weiteren Auftrieb. Piemont-Sardinien, die Toskana und selbst der Kirchenstaat erließen Verfassungen, in denen sie der liberalen Bourgeoisie eine Beteiligung an den Regierungen gewährten. Nach Bekanntwerden der Flucht des verhassten Staatsministers Metternich wuchsen die revolutionären Kämpfe in Mailand weiter an. Die meisten italienischen



März 1848 - Barrikaden während der Fünf Tage von Mailand  
Aquarell von Felice Donghi (1828-1887), Public domain,  
via Wikimedia Commons

Soldaten gingen auf die Seite der Revolution über. Freiwillige aus ganz Italien eilten den Aufständischen in der Lombardei zu Hilfe. In Pavia und Padua formierten sich Studentenbataillone, in Brescia, Bergamo und Como bildeten die Demokraten Freiwilligenabteilungen. In fünftägigen Kämpfen vertrieben die Revolutionäre den österreichischen General Radetzky aus Mailand. In ganz Italien begrüßten die Volksmassen - Handwerker und Bauern, das fortschrittliche Bürgertum und der kleine Adel - begeistert ihren Sieg.

Die Volksbewegung mit den Mazzinisten an der Spitze forderte den König von Piemont zum Krieg gegen Österreich auf. In Modena vertrieben sie die Soldaten und bildeten eine provisorische revolutionäre Regierung. In Venedig riefen sie unter dem Demokraten Daniele Manin die Republik aus und vertrieben die österreichischen Truppen aus fast

ganz Venetien. In Turin verlangte eine Volksversammlung die Volksbewaffnung, die Bildung von Freiwilligenabteilungen und die Kriegserklärung an Österreich. Die Liberalen drängten König Alberto, sich an die Spitze eines Befreiungskrieges zu stellen und als "la spada d'Italia" (das Schwert Italiens) zu handeln. Den Liberalen ging es darum, die Klasseninteressen der Großbourgeoisie und der reichen Grundbesitzer zu sichern, die befürchteten, eine Volksbewaffnung würde ihre angestrebten Machtpositionen von Anfang an beeinträchtigen. Sie strebten nach einer Herstellung des Einheitsstaates von oben.

Am 24. März 1848 erklärte Alberto Österreich den Krieg und rückte auf die lombardische Grenze vor. Unter dem Druck der Revolutionäre mussten sich ihm nun die Monarchen in Neapel, Palermo, Florenz, Modena und Par-

ma anschließen und Truppen an die Seite Piemonts entsenden. Der Unabhängigkeitskrieg erhielt gesamt-nationalen Charakter. Zur Beruhigung der Massen befahl auch der Papst, reguläre Truppen in die Lombardei in Marsch zu setzen und erlaubte, ein Freiwilligenkorps zu entsenden. Am 29. April ließ Pius IX. jedoch die Maske fallen, lehnte den Krieg gegen Österreich ab und sprach sich gegen eine Republik aller Italiener aus. Gleichzeitig setzte er das liberale Kabinett ab und ordnete die unverzügliche Rückkehr der päpstlichen Truppen und des Freiwilligenkorps an. Die päpstlichen Generäle Durando und Ferrari zögerten zunächst, der Order nachzukommen.

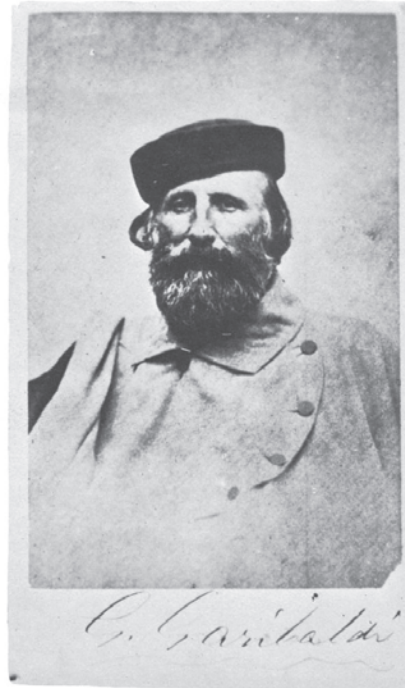
### Krieg, um zu verlieren

Statt Radetzky nachzusetzen und zur Kapitulation zu zwingen, wartete Alberto ab, immer noch auf ein "Einlenken" Österreichs hoffend. Für die Übergabe der Lombardei, Parmas und Modenas wollte er auf Venetien verzichten. Sein Ziel war, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, um seine Ausbreitung in einen revolutionären Volkskrieg zu verhindern. Da es aus Wien keine Reaktion gab, konnte er Kampfhandlungen nicht ganz vermeiden. Nach einem missglückten Sturm auf die Festung Mantua schlug die königliche Armee die Österreicher bei Pastrengo und rückte auf Verona vor, wo ihr Angriff scheiterte. Radetzky setzte am 5. Mai am Oberlauf des Piave zunächst zum Angriff auf das Korps General Ferraries an. General Durando, der mit 30.000 Mann am Unterlauf des Flusses stand, schaute tatenlos zu, wie

Ferrari geschlagen wurde. Ein österreichisches Reservekorps konnte ungehindert auf Verona vorrücken und sich mit Radetzky's Armee vereinigen. Als die Österreicher am 29. Mai bei Curtatone das neapolitanisch-toskanische Korps angriffen, stießen sie auf unerwartet starken Widerstand. Durch drei herangeführte piemontesische Divisionen wurde Radetzky's Offensive gestoppt. Am nächsten Tag gelang es auch noch, die österreichische Festung Peschiera einzunehmen. Mit einem Angriff auf Vicenza versuchte Radetzky, sich Luft zu verschaffen. In der Stadt standen 10.000 Mann des Korps von General Durando, der wie am Piave dem Kampf auswich und die Stadt gegen die Zusicherung freien Abzugs übergab. Nachdem am 15. Mai in Neapel die Konterrevolution gesiegt hatte, schied auch das süditalienische Korps aus dem Krieg aus.

Noch war indessen nichts verloren. Ein offensives Vorgehen und ein Zusammengehen mit den revolutionären Demokraten, verbunden mit einem Aufruf an das Volk zum Kampf um die Einheit Italiens, hätte Alberto den Sieg sichern können. Als sich bei Verona eine Entscheidungsschlacht anbahnte, wich er jedoch erneut aus. Er überließ Radetzky kampflos die Stadt, verharrte untätig vor dem österreichischen Festungsviereck und schaute tatenlos zu, wie der Österreicher am 14. Padua einnahm, am 15. Treviso und am 25. Palmanova. Mit Ausnahme von Venedig befand sich Venetien wieder unter österreichischer Herrschaft.

Giuseppe Garibaldi war nach Erhalt der Nachrichten über den Be-



*Giuseppe Garibaldi  
(Aufnahme des französischen  
Fotografen Nadar um 1870)  
Foto: Public domain,  
via Wikimedia Commons*

ginn des Befreiungskrieges gegen Österreich mit etwa 60 Kampffährten seiner italienischen Legion von Montevideo aus mit dem Schiff "Speranza" in See gestochen. Nach der Ankunft in Genua hatte er sich nach Turin begeben und seine Dienste angeboten. Garibaldi war wenig willkommen, man fürchtete, er würde nur die Fraktion der revolutionären Demokraten stärken. Immerhin kam das Kriegsministerium in Turin nicht umhin, ihm zu erlauben, Freiwillige anzuwerben. Ihre Ausrüstung und ihren Unterhalt musste er jedoch selbst bestreiten. Sein Freiwilligenkorps, das bald 2.000 Mann erreichte, nahm an verschiedenen Gefechten in den Alpen teil. Garibaldi verstand es, rasch auch überlegene Kräfte anzugreifen und sich schnell wieder vom Gegner zu lösen. Der legendäre Freiheitsheld Südamerikas stand schon bald im Ruf eines

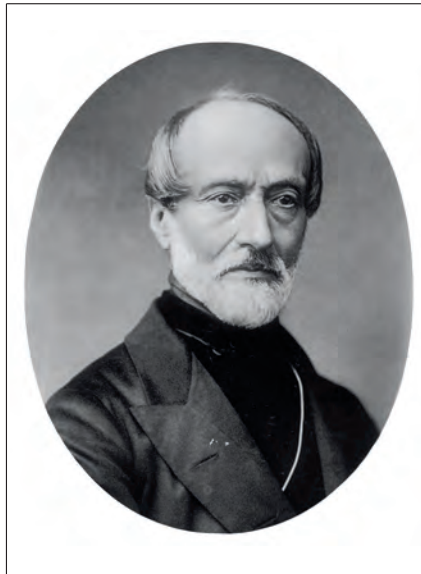
Guerillaführers von ungewöhnlichem Format.

Am 22. Juli stieß Radetzky von Verona aus mit 60.000 Mann in das hügelige Gelände südwestlich der Stadt auf die piemontesischen Stellungen vor und griff sie am 23. Juli bei Sona und Sommacampagna an. Alberto, der es versäumt hatte, seine Truppen für die sich abzeichnende Entscheidungsschlacht zu konzentrieren, standen nur 40.000 Soldaten zur Verfügung. Den königlichen Truppen gelang es trotzdem, den österreichischen Angriff aufzuhalten und in einem Gegenangriff das Gros der Österreicher zu umgehen und in ihrem Rücken eine ganze Brigade zu zerschlagen. Erst am 25. Juli wichen die Piemontesen bei Custoza südöstlich des Gardasees vor den überlegenen Kräften über den Mincio auf Goito zurück, wo es am 26. Juli zu letzten Rückzugsgefechten kam. Alberto zog sich kampflos über Cremona nach Mailand zurück. Seine Haltung in diesem Krieg brachte ihm im Volk den Spitznamen "Re Tentenna" (König Zauderer) ein. Friedrich Engels schrieb über ihn am 12. August 1848 in der "Neuen Rheinischen Zeitung": "Solange der Anschluss der Lombardei an Piemont noch nicht völlig entschieden, solange die Möglichkeit einer republikanischen Regierungsform noch vorhanden war, blieb er den Österreichern gegenüber, so schwach sie auch verhältnismäßig zu jener Zeit waren, unbeweglich in seinen Verschanzungen. Er ließ Radetzky, d'Aspre, Welden etc. eine Stadt und Festung nach der andern in den venetianischen Provinzen erobern, er rührte sich nicht. Venedig zeigte sich für ihn erst der

Hülfe würdig, als es sich unter seine Krone geflüchtet. So mit Parma und Modena. Inzwischen hatte sich Radetzky verstärkt und alle Maßregeln zum Angriff, und der Unfähigkeit und der Blindheit Karl Alberts und seiner Generale gegenüber, zum entscheidenden Siege getroffen." [1]

Die Niederlage bei Custoza löste im Volk keine Niedergeschlagenheit aus. Es kam im Gegenteil zu einem neuen revolutionären Aufschwung. In Florenz und Rom verlangten die Revolutionäre, neue Anstrengungen zur Fortsetzung des Befreiungskrieges gegen Österreich zu unternehmen. In Turin forderte die Bevölkerung die allgemeine Mobilmachung und die Fortsetzung des Krieges bis zum letzten Blutstropfen. Als die Revolutionäre die Gefängnisse stürmten und die politischen Gefangenen befreiten, setzte die Regierung Truppen gegen sie ein. Das Parlament zeigte sich dem Hof hörig und übertrug dem König diktatorische Vollmachten. Es wurde ein Versammlungsverbot erlassen, das Verteilen von Flugblättern, das Anbringen von Losungen sowie der Straßenverkauf von Zeitungen verboten.

Radetzky setzte den zurückweichenden Piemontesen sofort nach. Am 4. August kam es vor Mailand zu neuen Gefechten. Die Demokraten forderten, die Stadt gegen Radetzky zu verteidigen. Doch Alberto fürchtete, dass eine entschlossene Verteidigung der Stadt durch das bewaffnete Volk die Führungspositionen der Demokraten gegenüber den Liberalen und der Monarchie stärken und revolutionäre Auswirkungen auch auf Turin haben könnte. So zog er die Kapitulation vor und



*Giuseppe Mazzini*  
Foto: Public domain,  
via Wikimedia Commons

schloss mit Radetzky einen Waffenstillstand. Gegen die Zusicherung freien Abzugs verließ er in der Nacht zum sechsten August klammheimlich Mailand und lieferte die Patrioten der Willkür der neuerlichen Besatzung durch Österreich aus. Radetzky verhängte nach dem Einmarsch in die Stadt den Belagerungszustand. Mit den Aufständischen begann eine blutige Abrechnung. Der Waffenstillstand wurde am 9. August unterzeichnet. Die königlichen Truppen übergaben die Festung Peschiera den Österreichern und verließen die Lombardei, Modena, Parma und Venetien. Der Waffenstillstand dauerte bis zum März 1849. In Venedig hielt der Widerstand gegen Wien weiter an. Garibaldi, der bei Como operierte, setzte den Kampf ebenfalls fort. Am 6. August hatte er sich nach Gefechten mit starken österreichischen Truppen auf piemontesisches Gebiet zurückziehen müssen. Da er die Forderung des Königs, die Waffen niederzulegen, ablehnte, trat er vorübergehend in die Schweiz über.

Die Konterrevolution triumphierte auch in den anderen Staaten Italiens. Bereits im Mai hatte Ferdinand II. im Königreich beider Sizilien das von den Liberalen durchgesetzte Parlament aufgelöst und seine Truppen aus der piemontesischen Koalition zurückgezogen. Ihr kommandierender General, Guglielmo Pepe, verweigerte den Befehl und begab sich mit 1.500 Freiwilligen, die sich ihm anschlossen, nach Venedig, um an der revolutionären Erhebung teilzunehmen. Messina, wo sich die Aufständischen weiter behaupteten, ließ Ferdinand im September mit Artillerie sturmreif schießen. Erst nach viertägigen erbitterten Kämpfen gelang es den Bourbonen, die Stadt einzunehmen.

Während die Revolution in ganz Europa, ausgenommen die Offensive der Honvéds unter Lajos Kossuth in Ungarn, stagnierte, gingen die Kämpfe in Italien weiter. Mit einem Aufstand in Livorno vom 2. bis 4. September begann faktisch eine neue, die zweite Etappe der Revolution. In Venedig bestand unter Manin die Republik weiter, in Florenz jagten die Revolutionäre Großherzog Leopold II. davon und bildeten ein gemäßigtes Triumvirat. Bestimmend für den Fortgang der Ereignisse aber wurde Rom, wo Mazzini, Garibaldi und Pisacane den revolutionären Prozess vorantrieben. Zu ihnen stieß mit Graf Aurelio Saffi ein entschiedener Republikaner, zusammen mit Mazzini Herausgeber des "L'Italia del Popolo". Im September 1850 gehörte er im Exil in London, ebenfalls mit Mazzini, zu den Gründern des Italienischen Nationalkomitees, das in seinem programmatischen Manifest for-

derte, Italien im einheitlichen revolutionären Kampf zu befreien und den Nationalstaat auf republikanischer Grundlage zu konstituieren.

Als in Rom Nachrichten über einen reaktionären Staatsstreich kursierten, wurde der reaktionäre Innenminister des Papstes, Pellegrino Rossi, am 15. November Opfer eines im Stile eines Tyrannenmordes durchgeführten Anschlages. Als er die Vorhalle seines Amtssitzes im Palazzo della Cancelleria betrat, umringten ihn mehrere junge Leute in Uniformen des päpstlichen Korps, das am Befreiungskrieg gegen Österreich teilgenommen hatte, und brachten ihm mit Dolchen die tödlichen Stiche bei. Garibaldi schrieb später: "Ein junger Römer hat zum Dolch des Marcus Brutus gegriffen." [2] Der Anschlag gab das Signal zum Aufstand. Eine große Menschenmenge begab sich am 16. November zum Quirinalspalast [3], verlangte, eine provisorische Regierung zu bilden und eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Pius IX. lehnte ab und ließ seine Truppen gegen die Menge vorgehen. Mit Hilfe von Nationalgardisten vertrieben die Demonstranten die päpstlichen Einheiten. In der Nacht zum 24. November floh Pius IX. mit seinen Kardinälen in die neapolitanische Festung Gaeta. Am 30. Januar 1849 traf der in Florenz gestürzte Großherzog Leopold II. bei ihm ein. Zu ihnen gesellte sich Ferdinand II. Gaeta wurde zum Zentrum der Konterrevolution gegen die Römische Republik. Der französische Regierungschef, General Louis Cavaignac, der den Juniaufstand in Paris blutig niedergeschlagen hatte, schickte zur Unterstützung



*Papst Pius IX. (1792-1878), Aufnahme von 1871  
Foto: Battista Canè,  
Public domain,  
via Wikimedia Commons*

Pius IX. eine Flotte nach Civitavecchia. Österreich und Spanien entsandten Truppen.

### **Die Römische Republik**

Eine in Rom am 21. Januar gewählte Verfassungsgebende Nationalversammlung Italiens rief am 8. Februar die Republik aus und erklärte die weltliche Herrschaft des Papstes für beseitigt. Das Parlament, in dem neben den revolutionären Demokraten mit Mazzini und Garibaldi an der Spitze die Handels- und Industriebourgeoisie starken Einfluss hatte, nationalisierte den Kirchenbesitz und übergab ihn gegen rückzahlbare Staatsanleihen an landlose und landarme Bauern in Erbpacht, beseitigte die kirchliche Gerichtsbarkeit, erklärte die Unabhängigkeit der Schule von bischöflicher Intervention und dekretierte die progressive Besteue-

rung. Von Anfang an versuchten jedoch Vertreter der Liberalen den von den Volksmassen ausgehenden revolutionären Schwung zu bremsen und zu einem Kompromiss mit der Reaktion zu kommen. Um den Einfluss der Demokraten zu stärken, bildeten Mazzini, Saffi und Armellini Ende März ein Triumvirat zur Leitung der Republik. Sie stärkten die Nationalgarde durch die Aufnahme revolutionärer Demokraten, versuchten, die soziale Lage der Arbeiter und des kleinen und mittleren Bürgertums zu verbessern und die Dekrete zur Verteilung des Kirchenlandes an bedürftige Bauern zu verwirklichen.

Die revolutionären Ereignisse in Rom wirkten sich auf Piemont-Sardinien und die Toskana aus. In Livorno wurde die Republik ausgerufen und in Florenz nach der Flucht des Großherzogs am 8. Februar die liberale Regierung abgesetzt und eine neue provisorische berufen. Danach verlangten die Demokraten, die Republik auszurufen. Das römische Parlament schlug am 7. März der an Rom angrenzenden Toskana die Vereinigung beider Staaten vor, dazu eine gemeinsame Nationalversammlung zu bilden und auf dieser Grundlage eine gesamtitalienische Konstituante vorzubereiten. Das mehrheitlich liberale Parlament der Toskana lehnte jedoch am 30. März ab.

Um revolutionären Erhebungen in der Lombardei und in Piemont zuvorzukommen, blieb Alberto nur, einen neuen Waffengang zu unternehmen. Am 12. März kündigte er den Waffenstillstand. Es begann der zweite Unabhängigkeitskrieg zur Befreiung der Lombardei. Da Alberto auch diesmal



*Fresko mit einer Darstellung des Treffens von König Vittorio Emanuele II von Italien (r.) mit dem österreichischen Feldmarschall Radetzky (l.) in der Eingangshalle des Turms von San Martino della Battaglia*

*Foto: Wolfgang Sauber, CC BY-SA 3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0], via Wikimedia Commons*

einen Volkskrieg verhindern wollte, war der Feldzug ein abenteuerliches Unternehmen, denn er zog nur mit insgesamt etwa 110.000 Mann ins Gefecht. Sein erneuter Kontrahent, der inzwischen zum Feldmarschall aufgestiegene Radetzky, verfügte mit zirka 120.000 Bajonetten zwar kaum über mehr Truppen, ergriff aber sofort die strategische Initiative. Bereits in ersten Vorpostengefechten wurden die Piemontesen am 21. März am rechten Ticino-Ufer geschlagen und auf Novara zurückgedrängt. Am 23. März fügte Radetzky südlich von Novara den Piemontesen am Abend eine schwere Niederlage zu. Alberto war zu feige, sich der Verantwortung zu stellen und floh nach Portugal, wo er am 28. Juni 1849 verstarb.

Sein Sohn Vittorio Emanuele II. übernahm das Zepter und schloss bereits am 24. März mit Radetzky einen neuen Waffenstillstand. Da-

bei wäre wie im März 1848 auch diesmal nichts verloren gewesen. Zunächst einmal stand am Lago Maggiore noch ein Korps von 30.000 bis 40.000 Mann, das binnen zwei Tagen die Lombardei erreichen konnte. Vor allem aber hätte ein Aufruf an die Massen zur Erhebung die Wende herbeiführen können. Auch ohne diesen Appell gab es dazu die Bereitschaft. In Brescia griff die Bevölkerung bereits zu Beginn der Schlacht bei Novara die österreichische Besatzung an und vertrieb sie aus der Stadt. Tagelang leisteten die Aufständischen den herangeführten starken österreichischen Truppen erbitterten Widerstand. Erst nach einem barbarischen Artilleriebeschuss auf die Wohnviertel gelang es diesen, am 1. April die Stadt zurückzuerobern. Brescia ging mit dem Ehrennamen "Löwin Italiens" in die Annalen des Freiheitskampfes ein. "Wäre Piemont eine Republik, wäre die Turiner Regierung revolutionär und hätte

sie den Mut, zu revolutionären Mitteln zu greifen - es wäre nichts verloren", schrieb Friedrich Engels am 1. April 1849 in der "Neuen Rheinischen Zeitung". "Aber die italienische Unabhängigkeit geht verloren - nicht an der Unbesiegbarkeit der österreichischen Waffen, sondern an der Feigheit des piemontesischen Königtums."

Gegen den Waffenstillstand erhoben sich leidenschaftliche Proteste. Am 27. März forderte eine Delegation der Abgeordnetenkammer von Turin den neuen König auf, den Waffenstillstand zu annullieren und den Krieg fortzusetzen. In Turin selbst erhoben sich die Demokraten gegen die Regierung. In Genua riefen die Revolutionäre am 1. April die Republik aus, verjagten die königlichen Truppen aus der Stadt und verlangten ebenfalls, den Krieg weiterzuführen. Am 3. April konstituierte sich eine provisorische Regierung von Ligurien, die sich den Forderungen anschloss. Die revolutionären Demokraten wollten die ligurische Republik ausrufen, sich mit der Römischen Republik, Venetien und der Toskana gegen Österreich verbinden. Das Turiner Parlament forderten sie auf, sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen.

Gegen das eigene Volk ging die Piemontesische Monarchie nun mit militärischer Gewalt energisch vor. In Turin und Genua wurde die "Ordnung" mit massivem Truppeneinsatz wiederhergestellt. Österreichische Truppen konnten die Lombardei und Venetien wieder okkupieren, die Romagna, die Marken und Umbrien besetzen, überall die Fürsten an die Macht zurückbringen. Sardinien-Piemont musste keine Gebie-



te abtreten, aber hohe Kontributionen zahlen. Mit den Patrioten wurde erneut blutig abgerechnet, zahlreiche von ihnen wurden hingerichtet. Im Königreich beider Sizilien waren 1851 über 5.000 Patrioten eingekerkert. Bis 1856 standen die Lombardei und Venezien unter Kriegsrecht. In den Herzogtümern der Po-Ebene, in den päpstlichen Legationen und in Ancona standen bis 1859 österreichische Besatzungen. Aufstandsversuche der Mazzinisten 1852/53 wurden grausam niedergeschlagen.

### **Garibaldi, General der Revolution**

Alle Hoffnungen ruhten nun auf Rom. Bereits am 12. Dezember 1848 war Garibaldi mit 1.260 Mann seines Freikorps in der Hauptstadt der Revolution eingetroffen. Das Militärkomitee, das Carlo Pisacane leitete, übertrug ihm das Kommando über eine Division der Streitkräfte der Römischen Republik. Die Reaktion machte von allen Seiten mobil. Die französische Bourgeoisie, deren Macht seit Dezember 1848 Louis Napoleon verkörperte, war ein Gegner der Römischen Republik, der Einheit Italiens und ein Verbündeter des Papstes. Am 25. April traf eine französische Flotte mit 17 Kriegsschiffen und einem Landekorps von 7.000 Mann unter General Charles Oudinot in Civitavecchia nördlich von Rom ein. Sie eroberten die Garnison der Stadt und setzten die demokratischen Freiheiten der Republik außer Kraft. Das römische Parlament protestierte und verlangte den Rückzug der französischen Truppen. Das Triumvirat erklärte den Ausnahmezustand.



*Garibaldi-Denkmal auf dem Gianicolo in der Piazzale Giuseppe Garibaldi in Rom*

*Foto: Rabax63, CC BY-SA 4.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0], via Wikimedia Commons*

Spanien landeten mit 4.900 Mann bei Gaeta und setzte Truppen an der Küste vor Rom bei Fiumicino ab. Die Österreicher fielen in die Romagna ein, die Neapolitaner überschritten mit 12.000 Mann bei Terracina die Grenze. Garibaldi unterbreitete ein offensives Konzept zur Verteidigung, in die er die Volksmassen einbeziehen wollte. Er schlug vor, sich im Vorfeld von Rom dem Feind zu stellen, Positionen zirka 100 km nordwestlich bei Viterbo zu beziehen, um von dort aus die französischen Stellungen bei Civitavecchia anzugreifen. Ein Kontingent sollte in die Romagna geschickt werden, dort zum Aufstand aufrufen und den Gegner im Rücken angreifen. Mazzini wollte sich jedoch auf die Verteidigung der Hauptstadt beschränken. So konnten die Franzosen am 28. April Rom angreifen und auf die Stadtmauern vorrücken. Ihr Versuch, an der Porta Cavalleggeri in die Stadt einzudringen, scheiterte jedoch. Alle bewaffneten Bürger eilten auf die Barrikaden. Garibaldi führte die Verteidiger zum Gegenangriff. Oudinot wurde unter

schweren Verlusten in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen, viele seiner Soldaten gefangen genommen. Garibaldi, der die Franzosen unverzüglich verfolgen wollte, fand kein Gehör. Das Triumvirat setzte auf einen Kompromiss, ließ die Gefangenen frei und schloss einen Waffenstillstand.

Wiederholt griff Garibaldi die Belagerer an und warf sie weit zurück. Als er am 27. Mai auf neapolitanisches Gebiet vorrückte, wurde er von der Bevölkerung stürmisch gefeiert. Er wurde wiederum gestoppt und nach Rom zurückgerufen. [4] Das Triumvirat hatte Verhandlungen mit Frankreich zugestimmt, mit denen Paris Zeit zur Vorbereitung einer neuen Offensive gewinnen wollte. In Civitavecchia trafen dazu ständig neue Truppen und Kriegsmaterial ein.

### **Entscheidung am Gianicolo**

In der Nacht zum 3. Juni brach Oudinot den Waffenstillstand und eroberte in einem überraschenden

Angriff den die Stadt beherrschenden Gianicolo. Alle Versuche Garibaldis, den strategisch entscheidenden Hügel zurückzuerobern, scheiterten. Im Triumvirat setzte man weiter auf Verhandlungen, um den französischen General zum Rückzug zu bewegen. Man überließ die Verteidigung der Stadt allein den Einheiten Garibaldis. Von ihm am Morgen unverzüglich angeforderte Verstärkungen trafen erst am Nachmittag ein, als seine Männer, die den Hügel hinauf über offenes Gelände die an Soldaten und Geschützen überlegenen Franzosen frontal angreifen mussten, fast aufgerieben waren. Wie der Schweizer Gustav von Hoffstetter in seinem "Tagebuch aus Italien" schrieb, gab Garibaldi seinen Männern ein Beispiel an Mut und Tapferkeit, als er die Angriffe den ganzen Tag im feindlichen Geschosshagel leitete und die letzte Attacke selbst anführte. Es gelang, die Franzosen vor den Stadtmauern zum Stehen zu bringen und ihr Vordringen in die Stadt vorerst zu verhindern. [5]

Nach der Eroberung des Gianicolo schloss die auf 60.000 Mann angewachsene französische Interventionsarmee Rom völlig ein, unterbrach die Wasserleitungen in die Stadt und eröffnete ein den ganzen Juni anhaltendes schweres Artilleriefeuer, das große Verluste vor allem unter der Zivilbevölkerung verursachte. Die Vorschläge Garibaldis, den Belagerungsring zu durchbrechen und den Kampf außerhalb der Stadt zu führen, lehnte das Triumvirat ein weiteres Mal ab. Am 13. Juni forderte Oudinot Rom zu Kapitulation auf. Noch lehnte die Nationalversammlung ab. Sie erwartete, die kleinbürgerlichen Republikaner

in Paris würden den Sieg erringen, aber sie wurden geschlagen. Danach nahmen die Österreicher Ancona ein, das sich heldenhaft verteidigt hatte. Damit war auch der Fall von Rom entschieden. Bis zum 30. Juni verteidigte Garibaldi vor allem mit seinem Korps heldenhaft die Römische Republik. In der Nacht zum 1. Juli rückten die französischen Linientruppen nach erneutem schweren Artilleriebeschuss mit massiver Überlegenheit vor. Erbitterte Kämpfe tobten um die Villa Spada, das Hauptquartier Garibaldis. Während der Kämpfe tagte die Nationalversammlung. Sie beschloss, am 2. Juli die Verteidigung einzustellen. In einem letzten symbolischen Akt setzte sie feierlich die Verfassung der Römischen Republik in Kraft. Am 3. Juli besetzte General Oudinot die Stadt und verhängte das Kriegsrecht. Der nach Gaeta geflohene Pius IX. wagte es erst am 12. April 1850, in Begleitung eines starken französischen Truppenaufgebots nach Rom zurückzukehren. Am 12. Juli 1849 wurden Mazzini, Saffi und weitere führende Republikaner aus Rom ausgewiesen.

Garibaldi hatte am 2. Juli sein Korps und weitere Einheiten auf dem Petersplatz versammelt und mitgeteilt, dass er Rom verlassen und den Kampf fortsetzen werde. [6] 4.000 Mann schlossen sich ihm an. Er vollbrachte ein weiteres seiner zahlreichen militärischen Bravourstücke, als er mit dieser Truppe den französischen Belagerungsring durchbrach und nach Norden marschierte. Sein Korps wuchs auf 6.000 Mann an. Unterwegs wurde es in oft verlustreiche Kämpfe verwickelt. Als er Ende Juli in der Bergrepu-

blik San Marino Zuflucht fand, zählte es noch 1.500 Mann. Am 4. August verstarb Garibaldi Frau Anita, die im sechsten Monat schwanger war. Sie litt an Malaria. Mehr aber noch fiel sie wohl den Strapazen des entbehrungsreichen Marsches zum Opfer. Anita Ribeiro da Silva hatte Garibaldi Ende der 30er Jahre in Südamerika kennen gelernt und 1842 geheiratet. Aus einer wohlhabenden Familie kommend, kämpfte sie fortan an seiner Seite und zog furchtlos mit den Rothemden in die Schlachten.

*(Fortsetzung folgt)*

**Anmerkungen:**

[1] Der italienische Befreiungskampf und die Ursache seines jetzigen Mißlingens, Marx Engels Werke, Bd. 5, Berlin/DDR 1959, S. 367.

[2] Garibaldi: Memorie, Turin 1975, S. 212.

[3] Seit der Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes 1870 Sitz des Königs, seit der Proklamation der Republik 1946 des Präsidenten.

[4] Garibaldi: Scritti politici e militare, Rom 1908, S. 45 f.

[5] Gustav von Hoffstetter: Tagebuch aus Italien, Zürich 1860, S. 20.

[6] Garibaldi: Scritti politici e militare, S. 44 ff.

\*

**Quelle:**

© 2023 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung  
des Autors



### Graviton

Es sitzt auf dem Erkenntnisthron  
vor allen andern Kräften  
das berühmte Graviton,  
den Kosmos abzuheften.

Es hält und hält  
und lässt nicht los,  
und macht die Welt  
so klein wie groß.

Doch diese Gleichung  
und ihr Maß  
sind auch der Ursprung  
für den Fraß,

der an dem Quell  
des Denkens zehrt  
und ewig schnell  
dem Zugriff wehrt,

zum Wissen noch,  
die Illusion  
ist endlich doch  
ein Graviton

und nur Ersatz  
für wahre Macht,  
an deren Platz  
das Weltall lacht.

*von Helmut Barthel  
aus "Fabulate 2, Randbemerkungen zu Kampfkunst und Philosophie",  
Kapitel "Yin & Yang", Seite 133  
Copyright by MA-Verlag, [www.maverlag.de](http://www.maverlag.de)*

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

**Mexiko**

**Bolero soll UNESCO-Weltkulturerbe werden**

*von Juan José Olivares*



*Pepe Sánchez (1856-1918), gilt als Schöpfer des kubanischen Bolero (vorne links)*

*Foto: unbekannt, Canizares: La trova tradicional cubana p21, Public domain, via Wikimedia Commons*

**Der Bolero, eine Liebesgeschichte in 32 TPM [Takte pro Minute], ist der Ursprung vieler musikalischer Genres. Er wird generationenübergreifend praktiziert und geschätzt.**

*(Mexiko Stadt, 16. Mai 2023, La Jornada) - Bolero: Identität, Gefühl und Klang gewordene Poe-*

sie, so heißt das Portfolio des kubanisch-mexikanischen Projekts. Gemeinsam haben die beiden Länder einen Antrag ausgearbeitet, der die Erklärung des romantischen Musikstils Bolero zum Weltkulturerbe zum Ziel hat. Die Entscheidung der UNESCO über die Aufnahme des Bolero in die Liste des immateriellen Weltkulturerbes fällt im November.

**Der Bolero - eine Liebesgeschichte in 32 TPM**

Der Bolero ist eine Liebesgeschichte in 32 TPM. Entstanden ist er in Kuba, doch schon vor 100 Jahren kam er nach Mexiko. Sowohl Solist\*innen als auch Trios, verschiedenste Orchester und Mariachi bedienen sich des Genres mit Klavier, Percussion- und Blasinstrumenten. Besonders wichtig ist die Gitarre, im Speziellen der etwas kleinere Requinto. Der Bolero ist weit verbreitet, man hört ihn auf Familienfeiern, bei Serenaden, Vereinsfesten und Konzerten, in Restaurants, Bars, Parks und auf öffentlichen Plätzen. Die Begeisterung für diesen Musikstil verbindet Generationen: Eltern und Großeltern schätzen ihn ebenso wie ihre Kinder und Enkelkinder. Die Popularität des Bolero hat auch mit dem Inhalt der Lieder zu tun. Bolero handelt vom Leben, vom Lieben, er ist ein akustisches Abbild leidenschaftlicher Gefühle. Nachahmung, mündliche Überlieferung und nicht zuletzt die Allgegenwärtigkeit des Genres haben zur großen Beliebtheit des Bolero beigetragen, der bis heute im Zentrum familiärer und nachbarschaftlicher Begegnungen steht. Die Texte des Bolero sind von starker romantischer und zugleich moderner Prägung; die Verwendung der spanischen Sprache als Kommunikations- und Identitäts-

mittel ist kennzeichnend und zugleich verbindend. Der Inhalt der Lieder thematisiert das alltägliche Leben in den Gemeinden, ihre Wurzeln liegen in der Familie, der Nachbarschaft, der Gemeinschaft und dem sozialen Umfeld.

### **"Der Bolero thematisiert die innersten und wichtigsten Werte des Menschen."**

Silvia Olvera ist davon überzeugt, dass der Antrag auf Ernennung des Bolero zum Weltkulturerbe positiv beschieden wird. Die mexikanische Vertreterin des Antrags will das Musikgenre für zukünftige Generationen erhalten. Gegenüber La Jornada erzählt sie, wie es mit dem mexikanisch-kubanischen Projekt vorangeht. "Der Bolero ist ein Kulturerbe, das uns zusammenbringt und unser musikalisches Schaffen bestimmt hat. Er thematisiert die innersten und wichtigsten Werte des Menschen. Der Bolero weckt Gefühle. Er repräsentiert, wer und was wir sind. Wir werden den Bolero weiterhin lebendig halten, mit der UNESCO oder ohne sie. Die Erklärung zum immateriellen Weltkulturerbe wäre allerdings ein wichtiger Schritt für die Musiker\*innen, die den Bolero praktizieren und weitergeben. Wir möchten, dass das Genre als würdiges Element unserer Kultur anerkannt wird, das wir beim Blick in den Spiegel wahrnehmen können". Von Anfang an hat Olvera mit Philosoph\*innen und Musikwissenschaftler\*innen zusammengearbeitet, um den Antrag vorzubereiten. Damit begann die Reise, die im November in Paris enden wird, wenn die UNESCO ihr Verdikt bekannt gibt.

### **Konstante Kommunikation**

Im März 2022 begann ein kubanisch-mexikanisches Komitee, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten. Mit einem 10-minütigen Video über mexikanische und kubanische Musiker\*innen stellt das binationale Team seinen Antrag in Frankreich vor. Beigefügt sind entsprechende Informationen zum Vorschlag, um das Portfolio zu stärken. Seit Projektbeginn besteht mit der kubanischen Seite eine konstante Kommunikation und Zusammenarbeit an gemeinsamen Projekten. Jeden Montag trifft sich das Team aus Kubaner\*innen und Mexikaner\*innen, um konkrete Handlungen abzusprechen. Die Vorgaben der UNESCO genau einzuhalten sei oberstes Gebot, erklärt Silvia Olvera. Diese fordert eine vollständige Bewerbungsmappe mit einem ausgefüllten Formular, das sich mit der kulturellen Praxis und deren Bedeutung beschäftigt, die die Antragsteller\*innen schützen möchten. Neben dem Video sind auch Fotos einzureichen. Darauf folgt ein Auswahlprozess, der mit einer ersten Revision der Unterlagen beginnt und die Anträge auf fehlende Details prüft.

### **Dreigleisige Kulturförderung**

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entscheidung der UNESCO ist laut Olvera, "wie wir aus der Gesamtheit der Menschen, die den Bolero praktizieren, eine Gemeinschaft machen. In Kuba ist das leichter, weil es einmal pro Woche in mehreren Musikvereinen solche Zusammenkünfte gibt. In Mexiko haben wir Mexi-

ko-Stadt und die Halbinsel Yucatán als Haupteinflussgebiete des Bolero definiert. Im Viertel Tlalpan im Süden der Hauptstadt ist die Plaza Armando Manzanero quasi zum "Bolero-Platz" avanciert; hier gab es immerhin schon drei Konzerte." Auch am 21. Mai fand um 15 Uhr eine weitere Veranstaltung im Kulturzentrum Los Pinos statt. Dort stellten sich Musiker\*innen vor, die der IBM-Ausschuss schon ausgewählt hat, und spielten repräsentative Lieder. "Die Idee dahinter ist, zu schauen, wie sehr die Jugend den Bolero schätzt." Um ihr Ziel zu erreichen, fährt Silvia Olvera in Kooperation mit Kuba eine dreigleisige Strategie. Bildung und Ausbildung, sagt Olvera, sind essentiell. Im Bereich der Komposition, des Spielens, im Instrumentenbau oder zu Audiosystemen wurden Workshops eingerichtet, damit alle die Grundlagen für den Bolero kennen. Die zweite Ebene bildet die Verbreitung des Bolero. Darunter fallen Veranstaltungen wie Wettbewerbe, Bolero-Nachmittage und Treffen mit Musiker\*innen. Die dritte Achse beschäftigt sich mit der Vernetzung von Bolero-Bands und Musiker\*innen. Das Ziel besteht darin, "sie beim Aufbau von Netzwerken zu unterstützen, so dass sie einander gegenseitig fördern können", so Olvera.

### **Initiator\*innen des Projekts sind optimistisch**

Diejenigen, die Boleros singen, komponieren und arrangieren, sind die eigentlichen Protagonist\*innen des Projekts. "Kuba und Mexiko haben eine Liste an Akteur\*innen des Bolero erstellt.

Es hat uns sehr viel Arbeit gekostet, wenigstens den Großteil der Künstler\*innen zu erfassen. Die Intention dahinter ist, die Unterstützung des Bolero auf der Arbeit dieser Musiker\*innen aufzubauen." Silvia Olvera ist derweil "guter Dinge, dass Mexiko und Kuba mit dem Bolero ein weiteres Element ihrer Kulturen Teil der Weltkulturerbeliste der UNESCO nennen dürfen." Und warum eigentlich der Bolero? Das muss Olvera nicht lange

überlegen: "Der Bolero ist der Ursprung vieler Musikgenres, die Generationen in ganz Mexiko begeistert haben".

*Übersetzung:*  
Patricia Haensel

*URL des Artikels:*  
<https://www.npla.de/thema/kulturmedien/bolero-soll-unesco-weltkulturerbe-werden/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weiter-

gabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**  
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:  
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

---

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## **Einmal wirklich leben - Was ist wahrhaftig?**

*von Ulrich Behrens, Untergrund-Blättle - 12. April 2023*

***Akira Kurosawa zeigt in seinem Film "Einmal wirklich leben" eine Bürokratie, die nicht für die Nöte der Bevölkerung existiert, sondern für deren Abwehr.***

Da sitzt er - seit 20 Jahren. Jeder Tag ist wie der andere. Jede Handbewegung ist wie die andere. Es kommen Beschwerden herein, und er schaut sie kurz an, drückt einen Stempel auf die Papiere und legt sie auf einen der Haufen auf seinem Schreibtisch. Auch die anderen in seiner Abteilung tun nichts anderes. Akira Kurosawa (1910-1998) drehte 1952 zwischen "Rashomon" (1950) und "Die sieben Samurai" (1954) unter anderem diesen Film über einen städtischen Beamten, der eine Beschwerdestel-

le leitet und eines Tages erfahren muss, dass er unheilbar an Magenkrebs erkrankt ist und nur noch maximal ein halbes Jahr zu leben hat. Kanji Watanabe, exzellent gespielt von Takashi Shimura (1950-1982), einem der berühmtesten japanischen Schauspieler, hat es schon lange aufgegeben, Vorschläge für Neuerungen in der Bürokratie zu machen. Es herrscht tödliche Langeweile in den Räumen der Beschwerdestelle, und das einzige, was Watanabe und die meisten anderen am Leben hält, ist ihr Ehrgeiz, ihren Platz dort zu behaupten. Die Beschwerden der Bevölkerung aber werden bürokratisch verhackstückt, portionsgerecht für die Ablage vorbereitet - und sind dann verschwunden. Kurosawa zeigt eine Büro-

kratie, schon zu Anfang des Films, die nicht für die Nöte der Bevölkerung existiert, sondern für deren Abwehr. Er zeigt auch eine Bürokratie, in der Hierarchien ausschließlich dazu dienen, die Macht des jeweiligen Bürgermeisters und seiner Nomenklatura zu erhalten - bis zur nächsten Wahl. Und er zeigt eine Bürokratie, auf die die japanische Mafia, die Yakuza, mehr Einfluss haben als jeder andere. Auch wenn dies zunächst nicht das eigentliche Thema des Films ist, greift Kurosawa diese politische Struktur in "Ikiru" immer wieder auf - entlang der Geschichte des todkranken Watanabe. Als der im Krankenhaus sitzt und auf die Diagnose seiner Magenbeschwerden wartet, erzählt ihm ein anderer Patient,

dass er schon oft Menschen hier gesehen habe, denen er am Gesicht ablesen können, das sie an Magenkrebs leiden. Diese Szene gehört zu den schönsten und schrecklichsten des Films, in der Watanabe anhand der Schilderung der Symptome der Krankheit bewusst wird, dass er ebenfalls an Magenkrebs leidet - obwohl die Ärzte ihm diese Diagnose verschweigen, angeblich um ihn zu schützen. Kurosawa schildert nun, wie Watanabe mit dieser Todesnachricht umgeht und wie seine Umwelt auf seine plötzlichen Verhaltensänderungen reagiert. Er zeigt Watanabes Sohn Mitsuo und dessen Frau Tatsu, die beide auf das Geld spekulieren, das Watanabe im Laufe seiner Arbeit gespart hat. Beide wissen nichts von der tödlichen Krankheit, und Watanabe verschweigt dies auch seinen Kollegen und Bekannten. Plötzlich steht er allein - ganz allein in einer Welt, die er nicht mehr begreifen kann. Er steht sozusagen unvorhergesehen "außer sich", so als ob er sich und seine Umgebung "von außen" beobachten könnte. Es ist dieses "Außer-Sich-Sein", das es ihm ermöglicht, den Schleier von seinem bisherigen Leben zu nehmen.

Er merkt wohl, wie berechnend und kalt sein Sohn und seine Schwiegertochter sind, er geht nicht mehr zur Arbeit und besucht statt dessen eine Kneipe, in der er einen Schriftsteller trifft, dem er von der Krankheit erzählt. Watanabe will sein Erspartes ausgeben, um in den letzten ihm verbliebenen Monaten das Leben zu genießen. Der Schriftsteller zeigt ihm die Orte, an denen man "das Leben genießen" kann: schummrige Knei-

pen, Tanzlokale, Prostituierte, Spielhöhlen, Stripteasetänzerinnen usw.

Doch immer wieder erinnert sich Watanabe während dieser Ausflüge in die Vergnügungsviertel an seine verstorbene Frau, an seinen Sohn, als er noch jünger war, an die Hoffnungen und Sehnsüchte, die im Laufe der Zeit völlig erstarben sind. Und es wird ihm klar, wie er sein Leben durch die Tätigkeit, die er 20 Jahre lang ausgeübt hat, vergeudet, ja geradezu weggeschmissen hat - in gutem Glauben, aber auch in der Beengtheit von Hierarchien.

Und er merkt, dass die Vergnügungsviertel ihm nicht über den Schmerz seines Lebens und den Schmerz seines nahen Todes hinweghelfen können. Auch die junge Kollegin Toyo, die ihn aufsucht, damit er deren Kündigung gegenzeichnet, ist ihm letztlich kein Trost. Watanabe merkt bald, dass der Kontakt mit der jungen Frau ihm nur teilweise Trost schafft, weil sie ihn an die Jugend, an das Lebendige, das Ungestüme erinnert. Doch Watanabe ist nicht mehr jung.

Und dann, dann endlich kommt ihm die rettende Idee. Er erinnert sich an eine Beschwerde von Müttern, die für ihre Kinder endlich einen Spielplatz haben wollten. Auf dem Gelände, wo der Spielplatz entstehen soll, allerdings wimmelt es von Moskitos. Jetzt weiß Watanabe, was er zu tun hat.

Kurosawa zeigt uns also in eindrücklichen Bildern und durch einen überzeugenden Hauptdarsteller den Weg eines Mannes in

einen sinnvollen Tod nach einem sinnenleerten Leben. Er zeigt einen Watanabe, der in den letzten Monaten seines Lebens nicht mehr locker lässt, von Pontius zu Pilatus rennt, nur um eines zu erreichen: dass der Kinderspielplatz gebaut wird. Er nervt seine Vorgesetzten, einschließlich des Bürgermeisters, er weicht auch nicht vor den Yakuza zurück. Watanabe "holt nach", was er bislang versäumt hat, handelt, wie er hätte immer handeln sollen.

Und in diesem Moment wechselt Kurosawa die Szenerie. Anstatt in der zeitlichen Abfolge weiterzugehen und den Kampf Watanabes mit der Bürokratie zu zeigen, wechselt er zu der zentralen Szene des Films nach dem Tod des Beamten: die Totenfeier, bei der selbst der Bürgermeister anwesend ist, natürlich Watanabes Kollegen, sein Sohn, seine Schwiegertochter, sein Bruder und dessen Frau. Der tote Watanabe ist ein Held in den Augen der Bevölkerung und eine Gefahr für den reibungslosen Ablauf der Bürokratie. Alle Anwesenden, bis auf Watanabes Kollegen Saito, bestreiten die Verdienste des Toten, reden sie klein, reden ihn klein. Sie sitzen sich in zwei Reihen gegenüber, das Bild Watanabes an der Frontseite des Raumes - und heucheln, lügen, bestreiten, lachen. Vor allem aber haben sie Angst - Angst davor, dass die machthungrige Bürokratie mit dem Bürgermeister an der Spitze, an der alle ihren (wenn auch noch so kleinen) Anteil haben, wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Sie trinken, trinken viel. Und je mehr sie trinken, desto mehr bekommt das Lügengebäude, das sie sich selbst gezim-

mert haben, Risse - bis sie am Schluss alle zugeben müssen, dass der Tote eine Art Held war.

Kurosawa zeigt tatsächlich einen Helden. Nicht so sehr einen Helden des Alltags, sondern einen des Lebens und des Todes. Ein bisschen ist dieser Watanabe wie wir alle, ein "normaler" Bürger, einer, der sich angepasst hat, der es längst aufgegeben hat, für Neuerungen und Verbesserungen einzutreten, geschweige denn zu rebellieren. Im Angesicht des eigenen Todes aber rebelliert er, nicht auf eine ungestüme oder gar destruktive Art. Nein, er rebelliert, indem er die Bürokratie, die eigene Bürokratie eine Zeitlang von innen aushöhlt: durch ein gehöriges Maß an Standhaftigkeit, an Unbeugsamkeit, an Eigensinn - ohne Rücksicht auf irgendwelche persönlichen Konsequenzen. Der nahende Tod - das zeigt Kurosawa in Rückblenden während der Totenfeier - verschafft Watanabe die letzte Chance auf etwas Sinnvolles, etwas Bedeutendes in seinem nur noch kurzen Leben. Ruhig, gelassen, ohne Aufregung geht er seinen Weg, bis der Spielplatz endlich gebaut ist.

Kurosawa verknüpft damit ein Einzelschicksal mit dem Schicksal einer Gemeinschaft, die von einem scheinbar übermächtigen und korrupten politischen Apparat beherrscht wird. So ein bisschen schimmern in diesen Szenen die Gestalten der Samurai in der Person des Kanji Watanabe durch, die in vielen anderen Filmen des Regisseurs eine große Rolle spielen - nicht die Samurai, die sich zu bestialischen Horden entwickeln, son-

dern jene Einzelkämpfer, die aus der Verzweiflung ihres eigenen Lebens, aber auch aus einer tiefen Erkenntnis über das Leben selbst heraus sich dazu entschließen, "die gute Tat" zu vollbringen, jenen zu helfen, die es nötig haben.

Dabei stilisiert Kurosawa Watanabe jedoch nicht zu einem jener Helden etwa des Hollywood-Kinos, in dessen Präsentation das Heldentum gepflegt wird, also jenes leere, hohle Bild eines Bilder-Helden, der mit der Wirklichkeit nichts mehr gemein hat. Watanabe bleibt bis zum Schluss ein einfacher Mann, einer aber, der erkannt hat, dass das Leben, sein Leben einen sozialen Sinn haben muss, und zwar so, dass auch für ihn persönlich ein Sinn in sein Leben kommt und dieses wahrhaftig wird. Zugleich lässt Kurosawa jedoch auch Zweifel daran aufkommen, ob das Leben in der Moderne überhaupt einen Sinn hat, wenn dieser sich für den Durchschnittsmenschen nur im Angesicht des Todes realisieren lässt.

Zudem bleibt die Geschichte auch insofern realistisch, als sich in der Bürokratie aufgrund der Feigheit und des Duckmäuser-tums der anderen Bürokraten nichts ändert. Nur im Suff gestehen sie sich ein, dass nicht der Bürgermeister, sondern Watanabe ihr Vorbild sein müsste. Was bleibt, ist das Schlussbild, in dem man Saito sieht, der immer mal wieder zu dem Spielplatz geht, für den Watanabe gesorgt hat. Eine geringe Hoffnung, aber immerhin ein Schimmer von Hoffnung. Eine, die da lautet: Vielleicht folgt Saito irgendwann einmal den Spuren Watanabes.

**Einmal wirklich leben**

Japan 1952 - 143 min.

Regie: Akira Kurosawa

Drehbuch: Akira Kurosawa,  
Shinobu Hashimoto

Darsteller: Takashi Shimura,  
Shinichi Himori, Haruo Tanaka

Produktion: Sajirot Motoki

Musik: Fumio Hayasaka

Kamera: Asakazu Nakai

Schnitt: Akira Kurosawa

Link zur Erstveröffentlichung:  
<https://www.untergrund-blättele.ch/kultur/film/einmal-wirklich-leben-7488.html>

Das Untergrund-Blättele ist ein Online-Magazin für kritischen Journalismus aus dem Großraum Zürich, das analytische und kontroverse Texte zu den Themenschwerpunkten Politik, Gesellschaft, Ökonomie und Ökologie publiziert. Ein ganz besonderes Augenmerk gilt dabei auch dem kulturellen Teil. Der inhaltlich und redaktionelle Anspruch liegt unter anderem darin, Synergien innerhalb von linken Strömungen herzustellen.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

**Quelle:**

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger

E-Mail:

[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)

Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)





*Vijay Prashad*

## Washington Bullets

*Geschichten über die CIA, Verschwörungen  
und Auftragsmorde*

*Vijay Prashad*  
**Washington Bullets**  
*Geschichten über die CIA,  
Verschwörungen und  
Auftragsmorde*  
Mangroven Verlag, Kassel 2022  
163 Seiten  
ISBN: 978-3-946-94628-1



*Patrice Lumumba, Premierminister des Kongo, ermordet 1960*  
Foto: Harry Pot, CC BY-SA 3.0 NL  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.en>,  
via *Wikimedia Commons*

(SB) 30. Mai 2023 - Der 1967 im indischen Kolkata geborene Historiker und Publizist Vijay Prashad gehört seit mehr als einem Vierteljahrhundert zu den führenden Kritikern der von den USA und den früheren Kolonialmächten als G7-Gruppe verfolgten Globalisierung. Er ist ein Nefewe der Feministin Brinda Karat, die 2005 zum ersten weiblichen Mitglied des Politbüros der Communist Party of India - Marxist (CPI-M) und damit der größten linksgerichteten Politbewegung Indiens gewählt wurde. Wie sei-

ne Tante ist auch Prashad ein bekennender Sozialist, dessen geopolitische Analysen sich aus dem großen Reservoir des marxistischen Denkens speisen wie auch eine dezidierte Dritte-Welt-Perspektive aufweisen.

Prashad hat an der Universität von Chicago promoviert und von 1996 bis 2017 als Professor für internationale Politik am Trinity College in Hartford, Connecticut, gelehrt. In den Nullerjahren zog der indische Intellektuelle durch lautstarke Unterstützung der palästinensischen Kampagne "Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen" (abgekürzt BDS) gegenüber Israel den Unmut prominenter



zionistischer Organisationen in den USA wie der Anti-Defamation League (ADL) auf sich. Seit einigen Jahren wieder in Indien



*Die CIA stellt Che Guevaras Leiche unmittelbar nach seiner Ermordung 1967 in Bolivien zur Schau*  
Foto: Gustavo Villoldo, CIA operative, Public domain,  
via *Wikimedia Commons*

ansässig, leitet er von Neu-Delhi aus das über den gesamten globalen Süden vernetzte Tricontinental Institute for Social Research und arbeitet nebenher als Gastprofessor beim Chongyang Institute for Financial Studies an der Renmin-Universität in Beijing.

Prashads aufschlussreiche Artikel zum Dauerthema des Kampfs der ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika, Asien und Lateinamerika gegen die Hegemonie des westlichen Kapitalismus erscheinen in vielen Publikationen rund um den Globus, nicht zuletzt bei der altehrwürdigen US-Wochenzeitschrift *The Nation*. Er ist Autor zahlreicher Bücher wie "War Against the Planet - The Fifth Afghan War, Imperialism and Other Assorted Fundamentalisms" (2002), "The Darker Nations - A People's History of the Third World" (2007), "Arab Spring, Libyan Winter" (2012), "Death of the Nation and the Future of the Arab Revolution" (2016) und "The Withdrawal: Iraq, Libya, Afghanistan and the Fragility of U.S. Power" (2022). Das letztgenannte Werk hat er zusammen mit dem angesehenen US-Linguisten und -Regierungskritiker Noam Chomsky vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) verfasst. Prashads Bücher erscheinen meistens, aber nicht ausschließlich, bei dem von ihm 1999 in Indien mitbegründeten Verlag NewLeft Books, der auf die Verbreitung der Schriften von Aktivisten und Vordenkern aus der Dritten Welt spezialisiert ist und den er bis heute als Chefredakteur leitet.

Vor kurzem hat der Kasseler Mangroven Verlag Prashads bereits 2020 auf Englisch erschiene-



*Chiles Präsident Salvador Allende, ermordet 1973*  
Foto: Biblioteca del Congreso Nacional, CC BY 3.0 CL  
<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/cl/deed.en>,  
via Wikimedia Commons

nes Manuskript "Washington Bullets - Geschichten über die CIA, Verschwörungen und Auftragsmorde" in deutscher Übersetzung herausgegeben. Das Buch behandelt nicht so sehr bestimmte Komplote und spezifische Einzelheiten, wie der US-Auslandsgeheimdienst seit 1947 in den früheren Kolonialgebieten sein blutiges "wet work" verrichtet, sondern vielmehr, welche politisch-propagandistische Funktion die grausame, scheinbar niemals endende Hinrichtungsserie erfüllt. Die Rede ist hier von der gnadenlosen Terrorisierung meist ländlicher Bevölkerungen und Volksgruppen in den ressourcenreichen, nicht-industrialisierten Teilen der Welt und der Liquidierung ihrer fähigsten und charismatischsten Anführer und Anführerinnen - das, was einst der ehemalige US-Außenamtsmitarbeiter William Blum mit dem Titel sei-

nes aufsehenerregenden Buchs über die globalen Operationen der CIA seit dem Zweiten Weltkrieg als "Killing Hope" ("Zerstörung der Hoffnung") so treffend charakterisierte. Dazu Prashad:

*Was ist der Preis für das Geschoss eines Attentäters? Ein paar Dollar hier, ein paar Dollar dort. Die Kosten für die Kugel. Die Kosten für eine Taxifahrt, ein Hotel, ein Flugzeug. Das Geld, das für das Anheuern des Attentäters gezahlt werden muss, für sein Schweigen, das durch eine Überweisung an eine Schweizer Bank erworben wurde. Der Preis, den die Psyche des Attentäters bezahlen muss, dafür dass er einem, zwei, drei oder vier Menschen das Leben genommen hat. Aber der höchste Preis wird nicht von den Geheimdiensten bezahlt. Den höchsten Preis zahlen die Menschen. Denn bei diesen Attentaten, diesen Morden, dieser Gewalt der Einschüchterung sind es die Menschen, die dort, wo sie leben, ihre Leitfiguren verlieren. Anführer der Bauern, Gewerkschaftsführer, Anführer der Armen. Die Attentate werden zu Massakern, wenn dadurch Menschen, die für ein bestimmtes Ziel kämpfen, verschwinden. Ihr Selbstvertrauen beginnt zu straucheln. Diejenigen, die aus der Menge kamen, für diese sprachen und diese organisierten, sind nun entweder tot, oder, wenn nicht gestorben, dann zu ängstlich, um sich wieder aufzurichten; sie sind zu isoliert, zu durcheinander, da ihr Gefühl der Stärke, ihr Gefühl der Würde, durch dieses oder jenes Attentat beschädigt wurde. In Indonesien lag der Preis für die Geschosse der Attentäter daher in Millionenhöhe, in Guatemala betrug er Zigtausende. Der Tod von Lu-*

mumba zerstörte die soziale Dynamik des Kongo und machte seine Geschichte mundtot. Was kostete es, Chokri Belaid (Tunesier, 1964-2013) und Ruth First (Südafrikanerin, 1925-1982) zu ermorden, was brauchte es, um Amilcar Cabral (Bissau-Guineer und Kapverdiener, 1924-1973) und Berta Cáceres (Honduranerin, 1971-2016) zu töten? Was bedeutete es, die Geschichte dieser Länder zu ersticken, um die Ordnung der Reichen zu bewahren? Jedes abgefeuerte Geschoss schlug eine Revolution nieder und brachte unsere gegenwärtige Barbarei hervor. Deshalb ist dies ein Buch über Geschosse. (S. 15f.)



*Pakistans Präsident Zulfikar Ali Bhutto, ermordet 1979, beim Besuch im Weißen Haus sechs Jahre zuvor  
Foto: White House photo by Knudsen, Robert L., Public domain, via Wikimedia Commons*

Prashad ist es gelungen, das System, mittels dessen die USA als Speerspitze des westlichen Kapitals seit 1945 die ärmsten Länder der Welt in Knechtschaft halten, in seiner Vielschichtigkeit zu be-



*El Salvadors Erzbischof Oscar Romero, ermordet 1980, beim Besuch im Vatikan zwei Jahre zuvor  
Foto: Arzobispado de San Salvador; Congregatio de Causis Sanctorum, Public domain, via Wikimedia Commons*

schreiben und für den Leser begreiflich zu machen. Er verurteilt die Art, wie 1920 bei der Gründung des Völkerbunds, des Vorläufers der Vereinten Nationen, die Kolonien der Verlierer des Ersten Weltkrieges - allen voran das deutsche Kaiserreich und das Osmanische Reich - mit einem Federstrich in "Mandatsgebiete" unter der Hoheit der Siegermächte Großbritannien, Frankreich und USA verwandelt wurden. (Bereits 1823 hatten die USA durch die Verkündung der Monroe-Doktrin Lateinamerika zum eigenen "Hinterhof" erklärt und 1898 mittels Krieg Guam, Kuba, Puerto Rico und die Philippinen der Kontrolle Madriids entrissen und damit dem schwächeren Spanischen Reich den Todesstoß versetzt). Im Ersten und Zweiten Weltkrieg haben Abertausende Menschen aus Afrika, Asien und der Karibik - bestes Beispiel Frantz Fanon aus Martinique - in den Armeen und Marinen ihrer europäischen Ko-

lonialherren mitgekämpft und dadurch ein Gefühl der Ebenbürtigkeit gewonnen, welches später wieder daheim ihren jeweiligen Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wesentlich vorantreiben sollte.

Nach 1945 versuchten Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Portugal vergeblich, mit Hilfe der USA ihre Kolonien wie Kenia, Jemen, Algerien, Vietnam, Indonesien und Mosambik zu behalten. Als dies zusehends nicht mehr ging, trat das ein, was Prashad einen "Hybridkrieg gegen die Dekolonisierung" (S. 49) nennt. Unter Regie des berühmten Brüderpaars Kalter Krieger, US-Außenminister John Foster Dulles und CIA-Chef Allen Dulles, nahm die Anwendung der neuen Strategie 1953 und 1954 im Iran und in Guatemala ihren Lauf. In Teheran und Guatemala-Stadt stürzte die CIA, unterstützt von einheimischen Militärs, Geistlichen und Geschäftsleuten, Mohammad Mossadegh und Jacobo Arbenz, schlicht weil sich die beiden gewählten Regierungschefs angemaßt hatten, einen gerechteren Anteil der Einnahmen aus dem Öllexport ans eigene Volk zu verteilen bzw. landlosen Bauern zu eigenen Grundstücken zu verhelfen. In beiden Fällen blieben die abgesetzten Politiker noch am Leben - Mossadegh unter Hausarrest in einem abgelegenen iranischen Dorf, Arbenz im mexikanischen Exil. Andere Vorkämpfer für "die Verdammten dieser Erde" sollten nicht so glimpflich davon kommen, sondern ihren mutigen und selbstlosen Einsatz für eine bessere Welt mit dem Leben bezahlen, was die eingefügten Bilder dieser Rezension unterstreichen.



*Thomas Sankara, sozialistischer Präsident von Burkina Faso, ermordet 1987 (Bildmitte)*

*Foto: Abushaka, CC BY-SA 4.0*

*[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>],  
via Wikimedia Commons*

In der vorliegenden Lektüre erläutert Prashad die Standardmaßnahmen, die praktisch zu jedem erfolgreichen CIA-Putsch gehören, und listet sie wie folgt auf:

1. Die öffentliche Meinung im Vorfeld und währenddessen beeinflussen
2. Auf den "richtigen" Mann vor Ort setzen
3. Die Generäle rechtzeitig in Stellung bringen
4. Die Wirtschaft des betroffenen Landes vorher in die Knie zwingen
5. Das jeweilige "Regime" diplomatisch isolieren
6. Massenproteste vor Ort organisieren
7. Grünes Licht signalisieren
8. Gezielte Attentate durchführen
9. Jede eigene Beteiligung leugnen

Obwohl marxistischer Materialist, hat Prashad für den häufig gebrachten Einwand, diejenigen Personen, welche die dunklen Machenschaften der CIA und befreundeter Geheimdienste unter-



*Libyens Revolutionsführer Muammar Gaddafi, ermordet 2011*

*Foto: Antônio Milena/ABr, CC BY 3.0 BR*

*<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en>,  
via Wikimedia Commons*

suchten und beleuchteten, seien "Verschwörungstheoretiker", will

heißen Paranoiker mit fehlendem Realitätsbezug, nichts übrig. Er führt den irreführenden Vorwurf auf den österreichisch-britischen Philosophen Karl Popper zurück, der ihn nachweislich mit seinem in der westlichen Publizistik vielgepriesenen Buch "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" aus dem Jahr 1945 erstmals in Umlauf gebracht hat. Für Prashad stellt das Begriffspaar "Verschwörungstheorie / Verschwörungstheoretiker(in)" nichts weniger als einen "Klassenangriff auf jede Kritik am Kapitalismus und Imperialismus" (S. 90) dar.

Während Prashad in seinem Buch die Umstände der bekanntesten CIA-Staatsstrieche wie jene gegen Kongos Patrice Lumumba und Chiles Salvador Allende nicht unberücksichtigt lässt, hebt er in "Washington Bullets" doch vor allem die weniger bekannten Fälle hervor, in denen die USA mit ihren tödlichen Machenschaften die Entwicklungsbestrebungen ganzer Länder und Regionen in ihr Gegenteil verkehrt haben, wie 1983 bei der fadenscheinig begründeten Militärintervention auf der Karibik-Insel Grenada zwecks Beseitigung des dort regierenden linken New Jewel Movement um Maurice Bishop und 1987 beim gewaltsamen Staatsstreich in Burkina Faso gegen Präsident Thomas Sankara. Der ehemalige Fallschirmjäger, der sich als Sozialist und Panafrikaner verstand, hatte in nur vier Jahren als Staatschef die Korruption in Burkina Faso bekämpft und vorbildliche Entwicklungspolitik einschließlich des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur sowie des staatlichen Bildungs- und Gesundheitswesens betrieben.

Doch Sankara musste verschwinden, weil er auf der internationalen Bühne immer wieder als unerschrockener Gegner der Schuldenfalle agierte, in die Washington mittels Petrodollar-Krediten sowie mit Hilfe der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) die meisten Entwicklungsländer in den siebziger und achtziger Jahren gelockt hatte und sie seitdem nicht mehr herauslässt. Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Organisation für Afrikanische Einheit, der Vorgängerorganisation der Afrikanischen Union (AU), im Juli 1987 im äthiopischen Addis Abeba hatte Sankara in einer Rede an die Adresse des Sitzungsvorsitzenden folgende



*Die linke Politaktivistin Marielle Franco, ermordet 2018*  
Foto: Marcelo Freixo  
CC BY 2.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>],  
via Wikimedia Commons



*Die honduranische Menschenrechts- und Umweltaktivistin Berta Cáceres, ermordet 2016*  
Foto: UN Environment, CC BY 3.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0>], via Wikimedia Commons

Kriegserklärung an das westliche Bankensystem abgegeben und damit vermutlich das eigene Todesurteil unterschrieben:

*Der Ursprung der Schulden liegt im Kolonialismus. Diejenigen, die uns Geld leihen, sind dieselben, die uns kolonialisiert haben. ... Staatsschulden sind Neokolonialis-*

*mus. ... Die Schulden dienen einer durchdachten Wiedereroberung Afrikas zu dem Zweck, sein Wachstum und seine Entwicklung durch fremdländische Regeln zu unterjochen. ... Die Schulden können nicht zurückgezahlt werden, erstens, weil die Gläubiger nicht sterben werden, wenn wir sie nicht zurückzahlen. Soviel steht fest.*

*Doch wenn wir sie zurückzahlen, werden wir sterben. Soviel steht ebenfalls fest. Diejenigen, die uns die Schulden aufgehalst haben, haben gewettet wie im Kasino. Solange sie Gewinne einstrichen, gab es keine Diskussionen. Doch jetzt, wo sie Verluste erleiden, fordern sie die Rückzahlung, während wir über die Krise reden. Nein, Herr Präsident, sie haben gezockt und sie haben verloren. Das sind halt die Spielregeln, und das Leben geht weiter. Wir können nicht zurückzahlen, weil uns die Mittel dazu fehlen. Wir können nicht zurückzahlen, denn wir sind für diese Schulden nicht verantwortlich. [1]*

Wie Prashad richtig konstatiert, hat sich seit der Ermordung Sankaras die Schuldenkrise des globalen Südens nicht trotz, sondern gerade wegen der ergriffenen, weil von den westlichen Gläubigerinstitutionen mit Unterstützung der CIA durchgesetzten Austeritätsmaßnahmen wie Privatisierung

tisierung, Deregulierung und Steuerreform nur noch verschärft. Nach Angaben der Weltbank hat zwischen 2011 und 2018 die Verschuldung der öffentlichen Hand in den 65 ärmsten Entwicklungsländern durchschnittlich um 18 Prozent und in den Ländern Subsahara-Afrikas im Schnitt um 27 Prozent zugenommen. Dass diese Schulden, deren kontinuierliche Zunahme nicht zuletzt auf die Zinsdynamik zurückzuführen ist, niemals zurückgezahlt werden, kann jedes Kind erkennen. Doch sie bleiben in den offiziellen Bilanzen erhalten wegen ihrer Funktion als Druckmittel und als eventuelle Rechtfertigung für drastische Zwangsmaßnahmen der Gläubiger aus dem industrialisierten Norden.

Obwohl nicht besonders lang - gerade einmal 163 Seiten - enthält "Washington Bullets" eine ganze Fülle an Informationen und Fakten, an die man anderswo nicht so leicht herangekommen wäre. Viele haben schon einmal von der frühzeitigen Instrumentalisierung der Moslembruderschaft durch Großbritannien und Israel gehört, die damit der Herausforderung durch den säkularen Pan-Arabisismus begegnen wollten, oder vom "Kampf der Kulturen" des CIA-Strategen Samuel Huntington, der mit diesem Manifest in den Nullerjahren den "Globalen Antiterrorkrieg" der Regierung George W. Bushs ideologisch untermauerte. Doch wer wusste schon, dass bereits 1951 der britische Diplomat John Playfair Price, Oberst David Barrett, Mili-

tärattaché in der US-Botschaft in Taipeh, und der taiwanese Islamgelehrte Haji Yousuf Chang in einer Denkschrift an Washingtoner Politikreise die Idee einer weltumspannenden Allianz von Demokratie und Islam gegen den Kommunismus in Umlauf brachten? Wegen dieser und anderer Perlen der Erkenntnis kann man Prashads Buch nur wärmstens empfehlen.

**Anmerkung:**

[1] Tricontinental Institute for Social Research, Life or Debt: The Stranglehold of Neocolonialism and Africa's Search for Alternatives, Dossier Nr. 63, 11. April 2023, [https://thetricontinental.org/dossier-63-african-debt.crisis./](https://thetricontinental.org/dossier-63-african-debt.crisis/), (SB-Übersetzung aus dem Englischen)

*Utsa und Prabhat Patnaik*

**Eine Theorie des Imperialismus**

*Mit einer Anmerkung von David Harvey*

*Utsa und Prabhat Patnaik*

**Eine Theorie des Imperialismus**

*Mit einer Anmerkung von David Harvey*

*Mangroven Verlag, Kassel 2023*

*268 Seiten*

*ISBN 978-3-9469-4625-0*



**Bedarf, Konsum und Raub**

(SB) 30. Mai 2023 - Die marxistischen ÖkonomInnen Utsa und Prabhat Patnaik legen als ein Resultat ihrer langjährigen Forschungsarbeit eine Theorie des Imperialismus vor - wohlgermerkt nicht in Konkurrenz zu diesbezüglichen Ausführungen Wladimir I. Lenins und Rosa Luxemburgs, wohl aber im Sinne einer unverzichtbaren Ergänzung, die ein lange ausgeblendetes Feld unter die Lupe nimmt. Es geht dabei um die wesentliche Bedeu-

tung des Globalen Südens, dessen fortgesetzte Ausbeutung in Kolonialismus und Imperialismus nicht etwa von peripherer, sondern zentraler Bedeutung für die Herausbildung und Durchsetzung des Kapitalverhältnisses ist. Im Zentrum der Theorie steht der Handel zwischen den Kernökonomien des Globalen Nordens und Ländern des Globalen Südens, wobei das indische Autorenpaar untersucht, wie die Nachfrage des Nordens nach Waren des Südens eine imperialistische Beziehung auf Dauer

gestellt und verfestigt hat. Sie erforschen die Dynamik dieses Prozesses und diskutieren Innovationen, die es den Ökonomien des Südens ermöglichen könnten, einen höheren Wohlstand zu erreichen, ohne dabei den Ökonomien des Nordens zu schaden. Erörtert wird also nichts weniger als die Zukunft einer Weltwirtschaft, die angesichts mannigfaltiger Krisen mit verheerenden Folgen für Millionen von Menschen zusammenzuberechen droht. Das Buch enthält auch eine Entgegnung des marxistischen Humanographen und Sozialtheoretikers David Harvey, der erhebliche Einwände gegen die vorliegende Theorie geltend macht, und schließt mit einer Erwiderung der Patnaiks auf diese Kritik. Die AutorInnen suchen und pflegen also den Disput, der zudem in weiteren Passagen des Buches anhand der Erörterung möglicher Gegenargumente befördert wird.

Der hier ins Feld geführten These zufolge definiert der Begriff Imperialismus eine Form ökonomischer Beherrschung einer Region durch eine andere, wobei Kolonialismus als ein besonderer Fall und historischer Vorläufer des Imperialismus aufzufassen sei. Dieser überdauerte in der Regel das Ende der Kolonialherrschaft mit modifizierten, jedoch im Kern unveränderlichen Eigenschaften. Diese invarianten Eigenschaften des Imperialismus vorzustellen ist das umfassende theoretische Anliegen des Buches. Wenngleich die Analyse Verbindungen zur marxistischen Tradition hat, legt sie doch insbesondere deren Begrenztheiten offen. Den Kapitalismus als eine ökonomische Formation der modernen Zeit könne man nur ver-

stehen, wenn man den Imperialismus als einen Wesenszug des Kapitalismus auffasst. Er stellt also nicht, um ein Wort Lenins aufzugreifen, bloß das letzte Stadium des Kapitalismus dar, sondern ist weit über ein kontingentes Anhängsel hinaus essenziell für die innere Wirkungsweise des Kapitalismus. Denn das Kapital ist keineswegs statisch, vielmehr wohnt ihm eine Dynamik inne, da es sich unablässig den Anforderungen der Konkurrenz stellen muss und zu seiner Reproduktion unabdingbar auf neue und externe Stimuli angewiesen ist. Und ein solcher lebensnotwendiger externer Stimulus wird über die Beziehungen der Herrschaft und Unterwerfung hergestellt, die das Kapital außerhalb seiner ursprünglichen territorialen Verankerung unentwegt in entfernteren Regionen der Welt sucht.

In ihrer Analyse entwickeln die AutorInnen folgende Argumentationslinie: Kapitalakkumulation führt zu steigender Nachfrage bei bestimmten Waren. Dies führt zu steigender Produktion, was seinerseits den Angebotspreis erhöht. Träte diese Situation tatsächlich ein, wäre der Geldwert bedroht. Da es der Kapitalismus niemals zulassen kann, dass aus dieser Bedrohung des Geldwerts eine tatsächliche Geldentwertung resultiert, wird eine Einkommensdeflation erzwungen, die den Kleinproduzenten und der Arbeiterschaft im Globalen Süden harte ökonomische Lasten aufbürdet. Das dieser theoretischen Analyse innewohnende imperialistische Verhältnis zeichnet sich klarer ab, sobald es mit empirischen Belegen unterfüttert wird. Wie die Patnaiks argumentieren, stellen

tropische und subtropische Regionen Waren bereit, die nördliche Länder dringend benötigen, aber aus geographischen und klimatischen Gründen nicht oder nur unzureichend auf ihrem eigenen Territorium produzieren können. Dies würde dazu führen, dass die betreffenden Waren zu einem bestimmten Zeitpunkt wie etwa im nördlichen Winter nur zu steigenden Angebotspreisen produzierbar werden. Träte dieser Fall ein, könnten entsprechende Waren aus den südlichen Herstellerländern nur zu Bedingungen erworben werden, die den Wert des Geldes bedrohen. Um dies zu vermeiden, zwingen die Metropolenregionen den Ländern der Peripherie eine Deflation der Einkünfte auf, stürzen mithin die Armen und Kleinproduzenten in Leid und Not.

In diesem Sinne könne Imperialismus als ein Bündel von Maßnahmen definiert werden, das Einkommensdeflation in Ländern des Globalen Südens erzwingt. Da das Kapital von Anfang an seine Reproduktion anstrebt, bedarf diese Akkumulation auch außerhalb liegender Quellen, weshalb ihm der Imperialismus innewohnt. Der fortgesetzte Bedarf an Waren aus südlichen Regionen darf nicht zu steigenden Preisen führen, damit der Geldwert und ein Währungssystem, das zur Aufbewahrung von Vermögen geeignet sein soll, stabil bleiben. Um diese Stabilität sicherzustellen, wird die externe Bevölkerung in einen Zustand chronischer Armut gebracht. Damit wird deren eigene Nachfrage nach den von ihr hergestellten Produkten beschränkt. Indem diese Produkte dem heimischen Gebrauch entzogen werden,

bleiben sie für die nördlichen Länder verfügbar, und zwar zu einem Angebotspreis, der keiner Steigerung unterliegt.

Die Argumentation des Buches ließe sich auch vom Ausgangspunkt des Geldes her rekonstruieren, da der Kapitalismus seinen Mittelpunkt im Geld oder in Anlagen, die an Geld gebunden sind, als Speicher von Vermögen hat. Der Wert des Geldes bemisst sich nach der Menge an Waren, die man mit einem bestimmten Geldbetrag innerhalb eines gegebenen Zeitraums kaufen kann. Fällt der Wert des Geldes im Verhältnis zu den Waren, droht ein Wechsel von Geldanlagen zu Anlagen in Waren, womit der Status des Geldes als Vermögensspeicher und schließlich auch als Zirkulationsmittel untergraben wird. In Hinblick auf essenzielle Waren, die von den Metropolenländern nicht produziert werden können, wird deren Angebotspreis durch Kompression der Nachfrage in den Produzentenländern niedrig gehalten.

Die Autoren untersuchen mögliche Einwände gegen ihre These wie etwa jene, dass im Falle einer grenzenlosen oder in hohem Umfang ungenutzten Landmasse schlichtweg mehr Agrarprodukte sowohl für den heimischen Verbrauch als auch den Gebrauch in den Metropolenregionen erzeugt werden könnten. Eine solche Ressourcenfülle sei aber nicht gegeben. Denkbar wäre zudem bei begrenztem Landvorrat eine Intensivierung der Landnutzung, die jedoch erhebliche weitere Investitionen erforderlich machte. Da diese für die Kleinproduzenten unerschwinglich seien, bedürfte es staatlicher Maßnahmen, die jedoch unter kapitalistischen

Rahmenbedingungen nicht geduldet würden. So wird ein "ausgeglicherer Haushalt" dieser Staaten erzwungen, der grundlegende strukturelle Verbesserungen verhindert.

Im Stadium des Kolonialismus wurden die erhobenen Steuern hauptsächlich dazu genutzt, um Produkte für die Ausfuhr in die Metropolenländer zu kaufen - im Grunde also ein Warenkauf ohne Bezahlung. Hinzu kam die Einfuhr von industriell erzeugten Fertigwaren in die kolonisierten Länder, die deren Handwerksprodukte obsolet machten, eine Deindustrialisierung hervorriefen und eine permanente Reservearmee von Arbeitskräften schufen. Diese Einkommensdeflation setzte sich in der postkolonialen Periode mit weiteren Mitteln fort, wie sie insbesondere für die neoliberal geprägten Jahrzehnte charakteristisch waren. Länder der peripheren Regionen verfangen sich in ihrem Streben nach "Entwicklung" im Netzwerk des globalen Finanzkapitals und begeben sich in den Wettbewerb, Investitionen anzulocken. Hat man dem Kapital Konzessionen eingeräumt, kann die geforderte verantwortungsvolle Fiskalpolitik nur durch Kürzungen öffentlicher Ausgaben sichergestellt werden, was wiederum die Einkünfte deflationiert. Hinzu kommt ein Wiederaufleben der ursprünglichen Akkumulation, indem der bäuerlichen Bevölkerung der Landbesitz entzogen wird.

Das Buch behandelt noch weitere derartige Strategien, arbeitet Unterschiede zwischen Kolonialismus und gegenwärtigem Imperialismus wie auch deren übereinstimmenden Grundzüge her-

aus. In die Theorie eingebettet wird zudem die Zwischenphase der Entkolonialisierung in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg als eine Art Zäsur im Rhythmus des Imperialismus. Regierungen, die aus dem Erfolg der Massenbewegungen zur Dekolonialisierung hervorgegangen waren, ergriffen politische Maßnahmen gegen die Flucht einheimischen und fremden Kapitals wie auch zur Unterstützung der Kleinproduzenten. Die Patnaiks stellen die Heraufkunft des Neoliberalismus nach der Umgestaltung der Bretton-Woods-Institutionen als Strategie gegen den Anstieg der Warenpreise dar, der aus dem Wegfall der kolonialen Einkommensdeflation und einer entsprechenden Politik der nunmehr unabhängigen Regierungen resultierte. Sie weisen den Neoliberalismus als Wiederherstellung des dem Kapitalismus innewohnenden Imperialismus aus.

Als theoretische Analyse des Imperialismus und Diagnose seines Fortbestands arbeitet das Buch nicht heraus, was für einen Widerstand gegen ihn erforderlich wäre oder wie eine Welt ohne ihn aussehen könnte. Die AutorInnen sprechen zwar im letzten Abschnitt von einer Transzendierung des Kapitalismus, deuten aber lediglich an, dass eine Nord-Süd-Entkopplung mit einer teilweisen Süd-Süd-Verkopplung verbunden sein könnte. Die Vorbehalte gegen eine Reduzierung der Globalisierung sind Legion und mit einem Rückfall in Nationalismen negativ assoziiert. Indessen legen die Patnaiks nahe, dass eine Abkehr von der Hegemonie des globalen Finanzkapitals und ei-



ne Rückkehr zu größerer nationaler Souveränität im ökonomischen Bereich der beste Weg sei, den zurecht gefürchteten Nationalismen mit ihren ethnischen Trennlinien und extremistischen religiösen Tendenzen entgegenzuwirken.

### **Ein Kommentar David Harveys**

Der britisch-amerikanische Geograph David Harvey stellt die zentrale These in Frage, auf der die Imperialismustheorie des indischen Ökonomenpaars gründet. Der Behauptung, die aus den tropischen Gebieten extrahierten agrarwirtschaftlichen Gebrauchswerte seien von existenzieller Bedeutung für den Metropolkapitalismus, könne man einfach keinen Glauben schenken. Zum einen seien die weltweit extrahierten Energie- und Mineralressourcen weitaus bedeutsamer und keineswegs nur in den Tropen vorhanden, zum anderen machten die von dort bezogenen Agrarprodukte lediglich 8 Prozent der Importe in den Metropolländern aus. Wenn die Patnaiks argumentierten, dass der Gebrauchswert dieser Erzeugnisse aber wesentlich höher sei, halte er dies nicht für stichhaltig. Nur wenige dieser Produkte seien unverzichtbar, manche ließen sich notfalls kompensieren, viele auch aus anderen Regionen beziehen.

Wo genau die tropische Landmasse liegen soll, von der unter wechselnden und mithin unscharfen Begriffen die Rede ist, wird nicht näher definiert. Unberücksichtigt bleibt auch, dass sich Länder wie Brasilien, Argentinien, Mexiko oder Indien, insbe-

sondere aber die USA und China über verschiedene Klimazonen erstrecken. Die Klassifikation eines Globalen Südens, der dank seiner monopolartigen Stellung bei Agrarprodukten eine eigenständige Imperialismustheorie begründe, sei nicht haltbar. So ist China einer der weltweit größten Produzenten von Reis im Süden, Weizen im Norden und Baumwolle, wobei diese Erzeugnisse vorwiegend für den heimischen Verbrauch bestimmt sind. Und die höchst effiziente und hoch subventionierte Produktion von Reis, Zucker, Baumwolle und Zitrusfrüchten in den USA sorgt für eine überaus konkurrenzfähige subtropische Komponente innerhalb der kapitalistischen Monopolwirtschaft. Zu nennen sind auch die Regionen am Mittelmeer mit ihren agrarwirtschaftlichen Schwerpunkten.

Auch halte die These nicht Stand, wonach alles Land der Tropen bereits unter wirtschaftlicher Nutzung stehe. Im Sub-Sahara-Afrika existiere noch "offenes Land", die Invasion Amazoniens verschiebe die Grenze von gewerblicher Agrarwirtschaft und Regenwald, auch in Südostasien schreite dieser Prozess dramatisch voran. Wenngleich es sich um einen Vertreibungs- und Verdrängungsprozess handle, seien die Landressourcen noch keineswegs ausgeschöpft. Zudem führt Harvey bedeutende Unterschiede in Umweltbedingungen, Agrarregimen und Landnutzungspotentialen an, die einen pauschalen Begriff wie "die Tropen" unzulässig vereinfachten. Vieles hänge von kulturellen Voraussetzungen, der Kolonialgeschichte und gesellschaftlichen Organisationsweisen ab, so dass die Palette von

traditionellen nicht-bäuerlichen Agrarformen oder Subsistenzwirtschaft über Techniken der "Grünen Revolution" bis hin zu großindustrieller Landwirtschaft vor allem bei Exporterzeugnissen reiche. Die These, in den Tropen sei der größte Teil der Agrarwirtschaft nichtkapitalistisch organisiert, treffe keinesfalls zu. Suchte man jenes tropische oder subtropische Land, in dem auch Pflanzen gemäßiger Zonen angebaut werden können und das zugleich unter Bedingungen nichtkapitalistischer bäuerlicher Landwirtschaft genutzt wird, ließe sich allenfalls Indien in Teilen und vielleicht noch die afrikanische Sahelzone nennen.

Das Imperialismusproblem dürfte Harvey zufolge eher aus einer Konstellation hervorgehen, in der die Kräfte aus umgekehrter Richtung wirken. So zerstört eine hocheffiziente und stark subventionierte Agrarindustrie Nordamerikas und Europas die bäuerlichen Produktionssysteme dort, wo sie überhaupt noch existieren. Die Vereinigten Staaten sind einer der größten Exporteure von Nahrungsmitteln sowohl als Rohstoffe als auch in verarbeiteter Form. So wenig Harvey den Transfer von Wert und Reichtum in Abrede stellt, die Extraktivismus und Welthandel mit sich bringen, weist er doch die einfache und seines Erachtens irreführende Rubrik eines Imperialismus zurück, die von einem physikalischen geographischen Determinismus abgeleitet wird. Der historische Materialismus werde mit einem stofflichen Materialismus der Naturwissenschaften verwechselt, der vermeintlich natürliche Bedingungen voraussetze und dabei die

gesellschaftliche Produktion des Raums wie auch die lange Geschichte der menschlichen Veränderungen der Umwelt ausblende. So seien die Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion nicht durch die Natur ein für alle Mal festgelegt, sondern unterlägen einem historischen Wandel in den Bereichen Land, Technologie, Kultur, Wirtschaft und Politik.

Staaten der gemäßigten Zonen haben Machtpositionen angehäuft, die weit über die von den Patnaiks angeführte Macht über die tropische Landmasse hinausgehen. Diese Dominanz gründet auf militärischem Potential und Technologie, Forschungs- und Entwicklungsdynamik, Organisationsformen und sozialer Infrastruktur, die in ihrer Gesamtheit für die Standortwahl des Kapitals ausschlaggebend sind. Die Konzentration weltweit führender Hochtechnologie an diesen Standorten vergrößert wiederum deren Vorsprung vor anderen Regionen, die über große noch verwertbare Arbeitskräftereserven verfügen, die sich exzessiver Ausbeutung anbieten. So sind 90 Prozent der freien Exportzonen auf der tropischen Landmasse angesiedelt.

Wie die AutorInnen zurecht feststellten, führe die Notwendigkeit in der Peripherie, Devisen zu erwirtschaften, zum Anbau von Exportpflanzen, der die örtliche Versorgung mit Nahrungsmitteln schmälert. Der Komplex imperialistischer Praktiken reiche jedoch weit darüber hinaus und lasse sich nicht mittels eines statischen Geographieverständnisses auf Klima und Bodentypen reduzieren, zumal die relativen Räume der Weltwirtschaft ständig

von Innovationen im Verkehrs- und Kommunikationswesen umgewälzt werden. Der globale Kapitalfluss ändert häufig seine Richtung und die Arbeitskräfte versuchen ihm zu folgen. Geographie in Harveys Sinn widme sich der Frage, wie die Menschen die Erde nutzen und wie sie sie zugerichtet haben. Industrialisierung und Exportfertigungszonen dringen in die tropische Landmasse vor, eine massive Verstädterung zeugt von der Wanderbewegung einer zunehmend besitzlosen Landbevölkerung.

Zweifellos erhöhen die Wertströme der Akkumulation den Reichtum in der einen Weltgend zu Lasten einer anderen, doch seien diese Ströme komplizierter geworden und änderten des öfteren ihre Richtung. Habe sich der Abzug von Reichtum zwei Jahrhunderte lang in Ost-West-Richtung bewegt, so sei es in den letzten 30 Jahren zu einer weitgehenden Umkehrung gekommen. Es gelte also, das weltweite Muster der Kapitalströme und die derzeitige Hyperaktivität des Kapitals in seiner Suche nach neuen Gelegenheiten der Mehrwertextraktion differenzierter zu untersuchen, als dies die AutorInnen getan hätten. Der Tendenz zu beständiger Überakkumulation stehe als Entlastung die Tendenz geographischer Expansion oder Umstrukturierung gegenüber. Ein Teil des überakkumulierten Kapitals muss sich in Gestalt materieller und sozialer Infrastruktur einschließlich des Staatsapparats im Raum verfestigen, damit das übrige Kapital frei und unentwegt über den Raum strömen kann. Unverzichtbar sei also, den Widerspruch zwischen der territorialen Logik der

Staatsinteressen und der molekularen Logik des Kapitalflusses besser zu verstehen. Folgte man den Argumenten der Patnaiks, müsste man Untersuchungen zu zentralen Entwicklungen in der Weltwirtschaft als irrelevant einstufen.

### **Entgegnung auf David Harveys Einwände**

Nicht minder am streitbaren Disput um relevante Inhalte interessiert wie David Harvey zögern Utsa und Prabhat Patnaik nicht, dessen Kritik ihrerseits argumentativ zurückzuweisen. Sie verteidigen ihre Theorie des Imperialismus und unterfüttern sie mit zusätzlichen empirischen Daten, wobei insbesondere ihre Befunde zu vorkolonialen und kolonialen Verhältnissen der Produktion von Lebensmitteln und Ernährungslage der Bevölkerungen erhellend sind. Wenn gleich man Harvey attestieren kann, in dieser Debatte die wirkmächtigeren Pfeile im Köcher zu haben, ist die Lektüre des Buches doch allemal empfehlenswert, da es eine anregende Kontroverse entfaltet, die dem Verständnis der Leserschaft zugute kommt und dessen Neigung bestärken dürfte, sich vertiefend mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

*Weitere Rezensionen und  
Buchbesprechungen siehe:*

SCHATTENBLICK →  
Infopool →

*BUCH* → *Biographie* →  
*BUCH* → *Hörbuch* →  
*BUCH* → *Lyrik* →  
*BUCH* → *Romane* →  
*BUCH* → *Sachbuch* →

*Thomas Metscher*

**Sein und Bewusstsein**

***Ontologische Reflexionen***



(SB) 30. Mai 2023 - Mit "Sein und Bewusstsein" nimmt sich Thomas Metscher einer Thematik an, die von zentraler Bedeutung im materialistischen Denken wenn nicht gar für Philosophie schlechthin ist. Wenn im Untertitel des Buches von "ontologischen Reflexionen" die Rede ist, so mag dies zum einen dem Umstand geschuldet sein, dass ein Band dieses Umfangs der Fülle des Gegenstands nicht gerecht werden kann. Nicht zuletzt aber verweist der Terminus "Reflexionen" auf den Versuchscharakter des Unternehmens, der wiederum der Denk- und Schreibart des Autors entspricht. Was er in seinen Schriften und in der Vergangenheit auch in seiner Lehre anzubieten hatte, sei nirgendwo ein wie auch immer geschlossenes System. Es seien Überlegungen zu Problemfeldern, die zu lösen noch weiterer inten-

siver Arbeit bedürfe. Auch die in dem vorliegenden Buch niedergelegten Gedanken seien nicht mehr als Bausteine, vielleicht auch nur Vorbereitungen für einen noch zu schreibenden Text. Es deutet sich hier eine grundsätzliche Herangehensweise an, die auf Grundlage der unbeirrbaren Überzeugung, dass eine menschenwürdige Gesellschaft erst noch zu errichten sei, einer Offenheit des Denkens verpflichtet ist, die sich Dogmen nicht unterwirft und der Weiterentwicklung des materialistischen Entwurfs verschrieben hat.

Gemeinhin gilt der Satz, wonach das Sein das Bewusstsein bestimmt, als Grundsatz allen materialistischen Denkens, das seiner Herkunft aus Marx, Engels und der Tradition des radikalen Materialismus die Treue hält. Doch wie Metscher hervorhebt, sei damit nicht mehr als das erste Wort gesagt, das unbesehen für das Ganze zu halten, was es dazu zu sagen gibt, in die Falle eines bloßen Umkehrschlusses führe, also Fleisch vom Fleische nur dem Schein nach verworfener Auffassungen bleibe. Denn für den Materialismus als dialektisches Denken bestimme nicht nur das materielle Sein das Bewusstsein, sondern zugleich auch das Bewusstsein das Sein, und dies in einem vielfachen Sinn: nicht nur im Sinne des Baumeisters, der als bewusst Tätiger in jedem Arbeitsprozess anwesend ist und diesen als menschli-

*Thomas Metscher*  
***Sein und Bewusstsein***  
*Ontologische Reflexionen*  
*Mangroven Verlag, Kassel 2023*  
*337 Seiten*  
*ISBN 978-3-946-94632-8*

chen erst hervorbringt, sondern bereits im Sinne täglich erfahrener Lebenswelt, aus der allein besondere Gegenstände und Gegenstandsbereiche ausgesondert werden können.

Das Denken von Marx, so wenig es einer gegenwärtigen Mode und Machart zufolge auf Hegel reduziert werden kann, da zwischen beiden gravierende Unterschiede bestehen, steht gleichwohl in einer Tradition, die auf frühgriechisches Denken zurückgeht und in der Aristotelischen Anthropologie seinen ersten Höhepunkt hat: der Mensch ist ein "soziales Lebewesen", das mit dem Logos ausgestattet ist. Es gelte also zu fragen, was der Logos sei, wenn wir der Frage nach Bewusstsein und Sein nachgehen wollen. Dazu gehört die Frage nach dem alltäglichen Bewusstsein ebenso wie die Frage nach dem Wissen der Wissenschaften und den Künsten. Nach der festen Überzeugung Metschers ist marxistisches Denken also nur als dialektisches zu haben oder gar nicht. Somit ist der Satz, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, als dialektischer aufzufassen.

Der 1934 geborene Thomas Metscher studierte Anglistik, Germanistik, Soziologie und Philosophie in Berlin, Bristol und Heidelberg und wurde 1966 mit einer Dissertation über den irischen Dramatiker Sean O'Casey promoviert.

Von 1961 bis 1971 lehrte er deutsche Literatur an der Queen's University of Belfast. Von 1971 bis zur Emeritierung 1998 war er Professor für Literaturwissenschaft und Ästhetik an der Universität Bremen. Er ist Mitherausgeber der Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte und kann auf zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte und Theorie der Literatur, Ästhetik und Kulturtheorie zurückblicken. Seine gegenwärtigen Forschungsgebiete sind philosophische Grundlagen ästhetischer Theorie, Literaturanalyse, Theorie des Bewusstseins und Fundierungsprobleme marxistischer Theorie. Zu seinen wichtigsten jüngeren Veröffentlichungen zählen: Logos und Wirklichkeit. Ein Beitrag zu einer Theorie des gesellschaftlichen Bewusstseins (2010) sowie Kunst. Ein geschichtlicher Entwurf (2012).

### **Hans Heinz Holz - Lehrer und Freund**

Thomas Metscher, der dieses Buch dem marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz, seinem Lehrer und Freund, gewidmet hat, fasst ihre Zusammenarbeit in folgende Worte: "Unsere Gemeinschaft bedeutete Gemeinsamkeit der philosophischen, ästhetischen und politischen Gesinnung. Sie bedeutete keine Abhängigkeit des Einen vom Anderen. Im Gegenteil: unsere Freundschaft entstand aus der Verbindung von Übereinstimmung und Differenz, war deshalb vielleicht haltbarer als Freundschaften, die Differenzen nicht zulassen wollen." (S. 22)

Der Journalist, Kunstkritiker und Universitätsprofessor Hans Heinz Holz (1927-2011) gehört zu den

bedeutendsten deutschsprachigen Philosophen und Gelehrten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Von Jugend an lebenslang Kommunist, hat er nie die Seiten gewechselt. Da er stets um Erkenntnis rang und verschiedene Denkansätze in ihrem Zusammenwirken und auseinander Hervorgehen zu würdigen wusste, war er ein Freigeist auf hohem Niveau, der sich von Dogmen nicht einschränken ließ. Obgleich er aus seiner kommunistischen Überzeugung nie einen Hehl machte, pflegte er langjährige Freundschaften mit Menschen aus bürgerlichen Kreisen, die seine Kompetenz und Verlässlichkeit wertschätzten. Und weil er nie ein Betonkopf war, der Weisungen von oben über das eigene Nachdenken stellte oder sich wohlbegründete Überzeugungen verbieten ließ, eckte er immer wieder auch in der eigenen Partei an.

Holz wusste ein Lied davon zu singen, was es heißt, hüben wie drüben in Ungnade zu fallen. Sein Versuch, an der Universität Mainz zu promovieren, scheiterte 1954 an einem tiefgreifenden politischen Dissenz. Ein zweiter Versuch mit der Option auf Habilitation führte an der Karl-Marx-Universität Leipzig unter dem Philosophen Ernst Bloch zum Erfolg. Da dieser jedoch 1956 keine Promotionsurkunde mehr ausstellen durfte, weil er bei der DDR-Führung in Ungnade gefallen war, wurde Holz erst 1969 promoviert.

In den 1960-er und frühen 1970-er Jahren gehörte Holz zu jenen kommunistischen Intellektuellen, die gegen orthodoxe Erstarrungen die Pluralität des marxistischen Denkens im Bewusstsein hielten. Er wies auf die Bedeutung Anto-

nio Gramscis und Palmiro Togliattis hin, die die Allgemeingültigkeit des sowjetischen Weges zum Kommunismus in Frage stellten. Auch betonte er die Bedeutung der damals im sowjetischen Kommunismus verfemten Philosophen wie Georg Lukács und Ernst Bloch und wollte nach dem Bruch zwischen der Sowjetunion und China auch das Werk Mao-Tse-Tungs als einen der vielen nationalen Wege zum Sozialismus verstanden wissen. Die Lehre vom Polyzentrismus nehme das Denkmodell der europäischen Metaphysik, die Mannigfaltigkeit in der Einheit, wieder auf.

Widerspruch erfuhr Holz bei dem Versuch, die Ontologie wieder in den marxistischen philosophischen Diskurs einzuführen, vor allem im Rückgriff auf Leibniz. Kritiker sahen darin die Gefahr eines Abweichens vom konsequent materialistischen Standpunkt. Diese werde deutlich in seinem Werk Weltentwurf und Reflexion (2005). Hier entwickle Holz die Kategorie der Widerspiegelung als Metapher einer Seinsstruktur anstatt eines sinnlich-materiellen Vorgangs. Widerspiegelung sollte bei Holz den Wirkungszusammenhang der materiellen Vielheit als universelles Reflexionssystem modellieren und die Besonderheit des menschlichen In-der-Welt-Seins als Moment des allgemeinen Naturverhältnisses begründen.

Metschers einleitender Beitrag im vorliegenden Band entzieht sich dem, was im Bereich wissenschaftlichen Denkens noch als zulässig gilt. Der Form nach ist es eine Montage, ein Stück philosophischer Literatur, das sich der poetischen Collage bedient. Wie

er dazu anmerkt, würden kundige Leser die Anspielungen und versteckten Zitate zu entschlüsseln wissen. Der Text sei ein Dokument einer poetischen wie politischen, um nicht zu sagen persönlichen, ja existenziellen Betroffenheit und für ihn das einzige Medium, seine Solidarität mit dem philosophischen Schriftsteller Holz auszudrücken. Er trägt den Titel: Babij Jar. Der Spiegel des Sees und die Form des Gedankens. Lyrische Montage. (In Memoriam Hans Heinz Holz)

### **Materialistische Ontologie gesellschaftlichen Bewusstseins**

Die Theorie des Bewusstseins ist noch immer ein Desiderat marxistischen Denkens, schreibt Metscher, wobei Bewusstsein meist unter dem Gesichtspunkt des Ideologischen behandelt werde. Dabei werde meist vergessen, dass Ideologie zwar eine notwendige Form menschlich-gesellschaftlichen Bewusstseins, dieses aber mehr als Ideologie ist. Dieses "Mehr" sei sogar eine Voraussetzung, dass so etwas wie Ideologie und "mehr als Ideologie" überhaupt existieren und wahrgenommen werden kann. Ein Buch wie das vorliegende, das sich mit der Frage menschlich-gesellschaftlichen Bewusstseins befasst, sei so wenig ideologisch reduzierbar wie es auf der anderen Seite der Medaille zeitgenössischen Denkens in seinen Erkenntnissen neurophysiologisch reduzierbar ist. Die Analyse des physiologisch-materiellen Trägers von Bewusstsein erklärt nicht das menschlich-gesellschaftliche Bewusstsein in Gestalt seiner Inhalte und gesellschaftlichen Erscheinungen. Bewusstsein lässt sich allein "phäno-

menal" in seinen Tätigkeiten, Produktionen und Rezeptionen aus der Vielgestalt seiner Formen und in diesem Sinne ontologisch erschließen als Wirklichkeitsform und struktureller Bestandteil des geschichtlichen Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse. (S. 20)

Der Mensch ist, nach Marx, "bewusste Lebenstätigkeit" - "freie bewusste Tätigkeit". Bewusstsein gehört wesensmäßig zum menschlichen Sein, und so wenig es Bewusstsein ohne Sein gibt, so wenig gibt es menschliches Sein ohne Bewusstsein. Bewusstsein als menschliches ist unmittelbar als Sprache gegeben und lebenspraktisch präsent im Wissen des Alltags. Es ist konstitutiver Bestandteil menschlicher Arbeit, menschlicher Tätigkeit überhaupt. Es existiert in Gestalt eines welterschließenden Logos, der Bedingung menschlicher Reproduktion wie kultureller Weltbildung ist. Es existiert als Denken zwischen den Polen von Metapher, Symbol und Begriff. Es existiert in den historischen Weltanschauungssystemen von Mythos, Religion, Kunst und Philosophie wie auch in der Form von Wissenschaft. Und es hat im Kontext seiner sozialen Genese, Funktion und Wirkung den Charakter von Ideologie.

Um diese Vielfalt der ontologischen Formen von Bewusstsein theoretisch zu fassen, wird hier der Begriff des "Logos" gebraucht, der nach Metschers Auffassung die größte Bedeutungsbreite des uns zur Verfügung stehenden Wortfeldes besitzt. Das Wort "Ontologie" steht für das Seiende im Ganzen, und so unternahm der Autor bereits in seinem Buch Logos und Wirklichkeit. Ein Beitrag zu einer Theorie des ge-

gesellschaftlichen Bewusstseins (2010) den Versuch, Bewusstsein als omnipräsentes Phänomen menschlichen Seins, Teil materieller menschlicher Lebenstätigkeit zu behandeln, seinen Ort im geschichtlichen Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse zu bestimmen, es als Element dieses Ensembles zu erklären und abzuleiten. Diese Vorgehensweise zielte also auf so etwas wie eine materialistische Ontologie des gesellschaftlichen Bewusstseins ab - ganz im Sinne der Gespräche mit Hans Heinz Holz.

### **Der Marxismus als Theorie des Gesamtzusammenhangs**

Wie Thomas Metscher betont, bewege sich sein Beitrag im Erbe des Holzschen Denkens. Er verstehe sich also nicht als dessen Kritik, sondern als dessen Weiterentwicklung. Seiner Auffassung nach handelt es sich beim Marxismus im hier entwickelten Verständnis um eine philosophisch begründete Form kohärenten begrifflichen Wissens, die auf ein perspektivisches Ganzes der Welterkenntnis zielt. Von wesentlicher Bedeutung bleibt indessen, dass sein ultimatives Ziel nicht die Erkenntnis, sondern die Veränderung der Welt ist, nämlich eine Veränderung zum Zweck der Errichtung einer menschenwürdigen Gesellschaft. Philosophisch begründet sei dieses Denken, weil es seine Voraussetzungen reflektiert, weil es methodisch verfährt, weil seine Argumente aus Gründen erfolgen. Die Gründe dieses Denkens sind empirisch überprüfte und überprüfbare Prinzipien. Weltanschauung ist der Marxismus, insofern er eine Sicht auf Welt entwirft, die diese in Bezug

auf den Menschen im ganzen erfasst - als Theorie des Gesamtzusammenhangs.

Diese Sicht des Marxismus schließt an das Denken von Hans Heinz Holz an, der wie kein Zweiter seiner Generation den Begriff des Marxismus als philosophische Theorie des Gesamtzusammenhangs ausgearbeitet hat. Die Konstruktion des Gesamtzusammenhangs ist ihm das eigentliche Feld der theoretischen Philosophie, ohne den sie ihre anderen Leistungen nicht begründen, nicht in einer wissenschaftlichen Weltanschauung fundieren könnte. Im abschließenden Beitrag des Buches legt der

Autor neben der Klärung dieses Sachverhalts den Versuch einer kategorialen Konkretion vor. Er hält diese für notwendig, weil der Begriff des Gesamtzusammenhangs im Holzschen Denken, seiner Schlüsselstellung ungeachtet, auf der Ebene einer hohen Abstraktion verbleibt, seine Bestimmung in ihm also keineswegs erschöpft ist. Metscher schlägt vor, zwischen fünf kategorialen Ebenen des Gesamtzusammenhangs zu unterscheiden, nämlich Alltag, Gesellschaft/gesellschaftliche Formation, Geschichte, menschliche Welt und Natur sowie Wirklichkeit als das "Seiende im Ganzen". Ihnen zugeordnet sind erweiternde

Überlegungen zur Genesis elementaren Weltwissens, zur Dreidimensionalität der geschichtlichen Wirklichkeit, zum Begriff der Kultur wie auch zum Verhältnis von Marxismus und Religion.

Die Frage nach Sein und Bewusstsein war eine zentrale Frage der Gespräche zwischen Hans Heinz Holz und Thomas Metscher. Der vorliegende Band lässt erahnen, wie zugewandt und fruchtbar sich diese Zusammenarbeit gestaltet hat. Und mehr noch: Dass das letzte Wort über die Errichtung einer menschenwürdigen Gesellschaft in der Tat noch nicht gesprochen ist.

*Gerhard Feldbauer*

## **Giorgia Meloni und der italienische Faschismus**

(SB) 23. Juni 2023 - "Der Faschismus ist eine Ausgeburt des Kapitals, und um der Festigung seiner Macht willen ist er bereit, jedes beliebige Mittel einzusetzen - von grausamer Gewalt bis zur geschickten Betäubung der Massen ... mit einem giftigen ideologischen Betäubungsmittel." Diese Worte schrieb Julius Fucik, kurz bevor ihn die Hitlerfaschisten hinrichteten. (S. 15) Indem Gerhard Feldbauer dieses Zitat dem ersten Kapitel des Buches voranstellt, das von der Karriere Giorgia Melonis handelt, weist er darauf hin, dass der Faschismus den herrschenden gesellschaftli-

chen Verhältnissen wesensverwandt ist - als ein Instrument zur Krisenbewältigung, sollten die Widersprüche der Klassengesellschaft vehement zum Ausbruch drängen. Für einflussreiche Kreise der bürgerlichen Gesellschaft bleibt der ihrem Schoß entspringende Faschismus dauerhaft eine Option rechtsextremer Ermächtigung, um das Gewaltmonopol des Staates, die kapitalistische Eigentumsordnung und die ihr entsprechenden Produktionsverhältnisse um den Preis reaktionärster Verwerfungen und grausamster Repression zu sichern und fortzuschreiben. Zugleich unterstreicht

*Gerhard Feldbauer*  
***Giorgia Meloni und der italienische Faschismus***  
*PapyRossa Verlag, Köln 2023*  
 168 Seiten  
 ISBN 978-3-89438-804-1



der Autor mit dieser Zitation den skupellosen Drang zur Macht, dem die extreme Rechte in mannigfaltigen Erscheinungsformen und unter verschlagenen Täuschungsmanövern zur Durchsetzung zu verhelfen trachtet.

So ist der Faschismus, wie ihn Feldbauer auslotet, ein historisch fortgeschriebenes gesellschaftliches Instrument und Reservoir, das keineswegs einer finsternen, aber erfolgreich bewältigten Epoche der Vergangenheit zugeschrieben und mithin als heute noch relevante Gefahrenlage entsorgt werden kann. In Italien ist er in alter Gesinnung und zu Tarnzwecken notdürftig in neuem Gewand auf dem Wege demokratischen Prozederes an die Regierungsmacht zurückgekehrt. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 25. September 2022 setzte sich die aus Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni, der Lega Matteo Salvini und der Forza Italia des inzwischen verstorbenen Silvio Berlusconi gebildete rechtsextreme Allianz mit rund 43 Prozent durch. Dabei waren die Brüder Italiens mit 26 Prozent die eindeutig führende Kraft des Bündnisses, während die Lega mit 8,8 und die FI mit 8,1 Prozent deutlich dahinter rangierten. Bei den Fratelli d'Italia - der Name entspricht der ersten Textzeile der italienischen Nationalhymne - handelt es sich um eine allenfalls oberflächlich verschleierte Nachfolgepartei vorangegangener faschistischer parteipolitischer Strukturen. Als Parteisymbol übernahm die Brüderpartei bezeichnenderweise die schon von den Vorgängern im Logo geführte Flamme über einem schwarzen Sarg, die den Geist Mussolinis verkörpern soll. Als Meloni 2022 aufgefordert wurde, auf die Flamme im Partei-

logo zu verzichten, weigerte sie sich mit den Worten: "Wir sind stolz darauf." (S. 155)

Dr. phil. Gerhard Feldbauer habilitierte sich in italienischer Geschichte und war langjähriger Pressekorrespondent in Italien und Vietnam. Er arbeitet als freiberuflicher Publizist, hat eine Reihe von Büchern zur Geschichte Italiens vorgelegt und veröffentlicht regelmäßig Beiträge insbesondere zu aktuellen Entwicklungen in diesem Land. Die Publikationen des Autors zeichnen sich stets durch fundierte Sachkenntnis, eine entschiedene Positionierung wie auch eine Fokussierung auf die wesentlichen Entwicklungsstränge und Zusammenhänge aus. Dieses Zusammenspiel langjähriger wissenschaftlicher Forschung, ergiebiger journalistischer Recherche und einer angemessenen Aufbereitung, welche die Kapazität der Leserschaft nicht aus dem Blick verliert, bürgt für eine Aufklärung und qualitative Bereicherung zumal hinsichtlich der aus deutscher Sicht oftmals verwirrenden politischen Entwicklungen in Italien. Dazu sei in diesem Zusammenhang angemerkt, wie verständnisfördernd die im Anhang beigefügten Erläuterungen zu den politischen Parteien sind, die nach dem Zusammenbruch des alten Parteiensystems 1991/92 als Formationen entstanden sind.

Der Autor arbeitet die ungebrochene Kontinuität faschistischer Präsenz in Italien heraus, welche die Geschichte des Landes auf besondere Weise geprägt hat. Wenngleich das vom Nationalen Befreiungskomitee verhängte Todesurteil gegen Mussolini am 28. April 1945 von einem Partisanen-

kommando vollstreckt worden war, gelang es dem italienischen Faschismus nach Kriegsende, sich als Bewegung weitgehend intakt über seinen politischen und militärischen Zusammenbruch hinwegzuretten. Gefördert von der US-Besatzungsmacht, der es um die Verhinderung einer linksdominierten Regierung und um die Sicherung der Südflanke der künftigen NATO ging, wurde der Faschismus von rechten bourgeois Kreisen als Reserve im Krisenfall am Leben gehalten. Das erfolgte dann erstmals 1994 unter Berlusconi mit dem Führer des 1946 als Nachfolger der Mussolini-Partei konstituierten Movimento Sociale Italiano (MSI), Gianfranco Fini, dem Nachfolger des MSI-Gründers Giorgio Almirante. Diese Situation trat nach dem Rücktritt des früheren EZB-Bankers Mario Draghi, der als Garant der neoliberalen Herrschaft des Kapitals und Statthalter Brüssels in Rom galt, 2022 abermals ein. (S. 10)

Eine Woche vor dem hundertsten Jahrestag von Mussolinis "Marsch auf Rom", der Machtübergabe an den "Duce", trat im Herbst 2022 die Führerin der Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, ihr Amt als Ministerpräsidentin Italiens an. Ihr mehrheitlich aus Mussolini-Anhängern gebildetes Kabinett wurde in linken Medien als Regierung "reueloser Faschisten" charakterisiert. Feldbauer geht auf Melonis "unbeschwertes Verhältnis zum Faschismus" ein, indem er ihren Aufstieg von der faschistischen Jugendfront bis ins höchste Regierungsamt nachzeichnet, der von expliziten Bekenntnissen zu den Verbrechen Mussolinis, einer zutiefst rassistischen Gesinnung und Verherrli-

chung von Diktaturen geprägt war. Sie setzte sich als Hardlinerin in einem rechtsextremen Spektrum durch, indem sie noch radikaler und kompromissloser als etwa ein Berlusconi oder Salvini eine ungebrochene faschistische Tradition beschwor und hochhielt.

Nicht zuletzt aber war Meloni bislang bestens im Stande, die jeweiligen Machtverhältnisse klar zu erkennen und zu ihren Gunsten auszunutzen, selbst wenn es dazu einer vorgeblichen Kehrtwende ihrer öffentlich vorgehaltenen Auffassungen bedurfte. Es zeugt von einer ausgesprochenen Ignoranz und Fehleinschätzung hiesiger Medien, wenn der Aufstieg Melonis zunächst auf oberflächlichste Weise als bloßes Polit-spektakel skandalisiert wurde, um nach erfolgter Wahl mit dem beschwichtigenden Hinweis abzuwinken, die neue italienische Regierungschefin habe sich offensichtlich bereits die Hörner abgestoßen und werde in Erfüllung ihres Amtes auf eine konservativbürgerliche Politikerin zurückgestutzt, die sich den gängigen administrativen Sachzwängen und Gepflogenheiten fügen müsse.

Feldbauer weist demgegenüber anhand diverser Beispiele nach, dass Meloni mit großem taktischen Geschick allzu gefährliche Klippen umschiffte, indem sie frühere Aussagen und Positionen schlichtweg leugnete, wo ihr dies aus taktischen Erwägungen geboten erschien. So behauptete sie in ihrer ersten Regierungserklärung, nie mit dem Faschismus oder antidemokratischen Regimes sympathisiert zu haben. Sie habe die Rassengesetze von 1938 immer als Tiefpunkt der italienischen Geschichte betrachtet, als eine

Schande, die das Volk für immer prägen werde. Sie verkündete ihre Verbundenheit mit dem jüdischen Volk und erklärte, Juden seien ein grundlegender Teil der italienischen Identität. Ein Austritt aus der EU war für sie plötzlich kein Thema mehr, allenfalls gewisse Reformen mahnte sie an, so dass sie mit Rückendeckung aus Brüssel Regierungschefin werden konnte.

Wer jüngst Giorgia Meloni, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und den niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte Seite an Seite beim Besuch in Tunesien sah, wo sie dem regierenden Autokraten Kais Saied mit vereinten Kräften einen Pakt vorgelagerter europäischer Grenzpolizei schmackhaft machten, mochte irrtümlich schlussfolgern, die Regierungschefin Italiens erweise sich allen Unkenrufen zum Trotz längst als moderate und eingehegte politische Führungskraft. De facto hat sie jedoch im Schulterchluss mit der forcierten Abschottungspolitik der EU ihr eigenes rassistisches Projekt des Kriegs gegen geflohene Menschen erheblich weitreichender und reibungsärmer bedient, als es ihr nach wie vor in dieselbe Kerbe schlängelnder Infrastrukturminister Salvini je vermochte. Meloni braucht sich an dieser Front nicht zum eigenen Schaden zu exponieren, da sie erfolgreich die Welle EU-europäischer Abwehr und Vernichtung von Flüchtlingen reiten kann.

In einer taktischen Volte mutierte Meloni zur zuverlässigen Atlantikerin, Freundin der EU und nicht zuletzt Unterstützerin der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland. Dabei erfreuen die Waffenlieferungen an Kiew auch die hei-

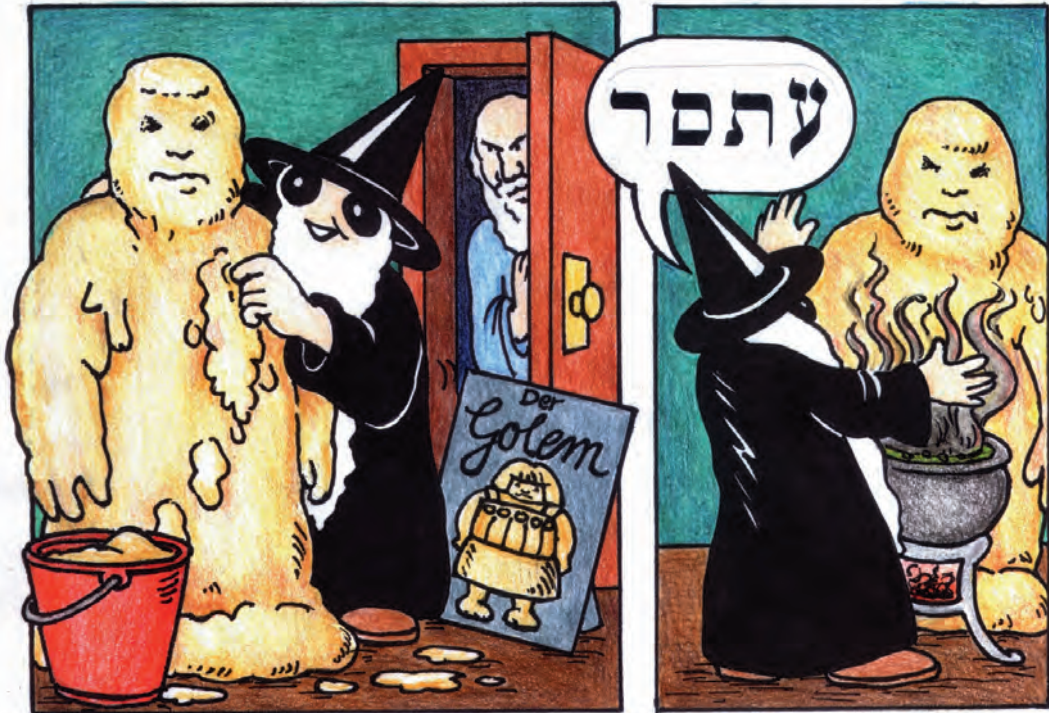
mische Rüstungsindustrie, während andere Kapitalfraktionen die gravierenden negativen Folgen der Sanktionen gegen Moskau insbesondere auf dem Energiesektor bitter beklagen. Auch scheint eine Mehrheit der Bevölkerung, die unter den Krisenfolgen zu leiden hat, baldige Verhandlungen im Ukrainekrieg anzumahnen. Feldbauer untersucht denn auch die aktuellen Aussichten, die Regierung zu Fall zu bringen, wobei er nicht umhin kann, ein eher düsteres Bild zu zeichnen, ohne deshalb auf den antifaschistischen Geist auch nur im mindesten zu verzichten.

Zentrales Feindbild des Faschismus bleiben jegliche Bestrebungen, sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr zu setzen, mögen deren Urheber profitgetriebener, patriarchaler oder rassistischer Provenienz sein. Wie eingangs zitiert, steht den Faschisten in Verfolgung ihrer Ziele jedes beliebige Mittel zu Gebote. So wenig der "Duce" als identischer Wiedergänger auferstehen wird, so wenig sind faschistische Ideologie und Präsenz in neuem Gewand gebannt. Giorgia Meloni hat reichlich Kreide gefressen, um allzu riskante Kollisionen zu meiden und ihre Gegner zu täuschen. Frei nach dem Motto ihrer Bewegung, "der Vergangenheit niemals abschwören, in die Zukunft schauen", erschöpft sie sich nicht in marginaler Nostalgie, sondern trägt die Flamme des "Duce" in zeitgemäßer Innovationsgewalt voran. Die Herrschaft des Menschen über den "Untermenschen" als Wesenskern faschistischer Ratio zu exekutieren, soll den Sozial- und Kulturkampf im Inneren zuspitzen und die Teilhabe an expansiven Gelüsten nach außen beflügeln.



# MAGUS ROLF

DA STAUNT DER GOLEM  
UND MAGUS ROLF WUNDERT SICH ...



© 2023 by Schattenblick

## Olympia zum Trotze - Gesinnungssport setzt sich durch ...

***"Diese anti-russische Haltung sitzt im Grunde wie ein Geschwür fest in vielen Köpfen. Und wer sich beispielsweise im Sport für russische Athletinnen und Athleten offen positioniert, hat Angst vor medialen Repressalien und Verlust von Sponsoren oder Arbeit." [1]***

*(Marco Henrichs, ehemaliger Trainer im russischen Schwimmsport und Athletiktrainer, ehemaliger Triathlet und Extremschwimmer, Mitglied im Deutsch-Russischen Forum e.V. sowie Pe-tent von "Kein Ausschluss russischer & belarussischer Athleten von den Olympischen Spielen 2024")*

(SB) 30. Mai 2023 - Worüber regen sich die NATO-Versteher im westlichen Elitesport eigentlich auf? Sind die halbherzigen Bemühungen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), (bela)russischen Athletinnen und Athleten eine Rückkehr in den internationalen Sport zu ermöglichen, nicht eine perfekte Steilvorlage für die hiesigen Herrschaften und ihre Mediensprachrohre, Russland und Belarus nach Kräften zu dämonisieren?

36 Länder - darunter die 27 EU-Mitgliedsstaaten und nur zwei aus Asien - haben seit Beginn des Ukrainekrieges Sanktionen gegen Russland beschlossen. Weder Indien und China noch Länder aus Afrika oder Lateinamerika haben sich an den Sanktionen beteiligt. Anfang dieses Jahres haben 170 Nationale Olympische Komitees

die Grundsatzentscheidung des IOC befürwortet, dass russischen und belarussischen Aktiven eine Rückkehr in den internationalen Sport zu ermöglichen sei, nur 36 votierten dagegen. 36 ist auch die Zahl der Sportminister vornehmlich aus den westlichen OECD-Staaten, die dem IOC-Vorstoß kritisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Unübersehbar ist, dass die große Mehrzahl der Staaten und Sportfachverbände kein Interesse hat, sich an der verlogenen Sanktionspolitik des Westens zu beteiligen, zumal sie zum Teil katastrophale Folgen insbesondere für die Länder des globalen Südens zeitigt. Die dichotome Wiederkehr des Kalten Krieges im internationalen Sport wird nur von jenen Nationen mit Vehemenz betrieben, die der Auffassung sind, Russland habe einen "unprovzierten" Angriffskrieg gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen, während sie die Opfer der ukrainischen Aggression seit 2014 unter der russischsprachigen Zivilbevölkerung im Donbass, die sich mehrheitlich dem us-geführten, von rechtsnationalen Banden unterstützten Maidan-Putsch widersetzen, unter den Teppich kehren.

Ende März hatte dann das IOC den Weg für die Rückkehr russischer und belarussischer Athleten in den internationalen Sport als "Neutrale" geebnet, sofern sie die Invasion in der Ukraine nicht unterstützen oder nicht beim russischen oder belarussischen Militär

oder bei nationalen Sicherheitsbehörden unter Vertrag stehen. Diese Empfehlungen gelten nicht für Mannschaftswettbewerbe, die weiterhin ausgeschlossen bleiben. Auch dürfen bei Sportereignissen keine (bela-)russischen Flaggen, Hymnen oder andere Formen der Identifikation zu Gunsten dieser Länder präsentiert werden. Während die russische Seite die Entscheidung als "inhuman" und "offen diskriminierend" verurteilt, weil die Athleten jetzt nicht nur aufgrund der Nationalität, sondern auch wegen der Mitgliedschaft in einem Verein, der Sportart (Team) oder sogar nur aufgrund ihrer politischen Einstellungen diskriminiert werden, hat die ukrainische Regierung im April ein Dekret erlassen, das den Athletinnen und Athleten des Landes die Teilnahme an Wettkämpfen verbietet, bei denen auch Russen und Belarussen am Start sind. Das ukrainische Regime, das offen mit faschistischen Kräften paktiert, alle oppositionellen Parteien und Medien im Land kaltgestellt hat, Kriegsdienstverweigerung als Straftat verfolgt und Männer von der Straße weg zwangsrekrutiert, um sie im Stellvertreterkrieg zwischen der USA/NATO und Russland zu verheizen, bleibt damit seiner harten Linie treu. Zwar gibt es vereinzelte Stimmen von ukrainischen (Ex-)Athleten, die einen Boykott auch mit Blick auf die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen nächstes Jahr in Paris ablehnen, weil man diese Plattform "nicht den russi-

schen und weißrussischen Narrativen überlassen" dürfe, wie der ukrainische Skeleton-Rennfahrer Vladyslav Heraskevych hervorhob [2], doch wie fast überall in der westlichen Medienwelt wird suggeriert, dass nur der russische Präsident Putin den Sport kriegspropagandistisch instrumentalisieren wolle. Tatsächlich sind die Sanktions- und Boykottbestrebungen der westlichen Unterstutzerländer Teil der zivilen Kriegsführung gegen Russland, mithin als sportpolitische Waffe im Propagandakrieg zu bewerten.

Aufgrund der IOC-Empfehlung haben sich Sportarten wie Taekwondo, Judo, Bogenschießen, Fechten, Skateboarding, Tischtennis, Radsport, Golf, Moderner Fünfkampf, Triathlon, Schießen und Ringen inzwischen dafür entschieden, Athleten aus den verfemten Ländern unter den genannten Bedingungen die Wiedereingliederung zu gestatten, während die westlichen Wertekrieger, die am liebsten alle kulturellen Brücken nach Russland abreißen und das größte Land der Welt zerschlagen wollen, Putin keinen Zentimeter Propagandaboden durch den staatstragenden Sport gönnen wollen. Da viele russische Athleten bei staatlichen Militärsportvereinen angestellt sind oder sich mit öffentlichen Äußerungen hinter die Politik ihres Präsidenten gestellt haben, findet nun eine regelrechte Hexenjagd auf russische Athleten, Trainer und Offizielle statt, um sie als "putinnah" oder "Unterstützer von Terroristen und Mördern" zu desavouieren.

Schätzungen zufolge sollen etwa 80 Prozent der russischen Athletinnen und Athleten in armee-

sportlichen Institutionen beschäftigt sein. Vielen russischen SportlerInnen, die z.B. beim zentralen und legendären Armeesportclub ZSKA Moskau angestellt sind, wird vorgeworfen, in Verbindung zum Militär zu stehen, dort Offiziere oder Anwärter auf eine Offizierslaufbahn zu sein. Trotzdem seien sie - wie etwa bei der kürzlichen Judo-Weltmeisterschaft geschehen - zugelassen worden. [3] Vermeintlich nüchtern und sachlich weist etwa das ZDF darauf hin, dass nicht alle Sportler in der Rosgwardija, der russischen Nationalgarde, Dienst an der Waffe leisten müssten: "Wie in Deutschland die Sportsoldaten der Bundeswehr müssen sie zwar eine Grundausbildung absolvieren, können sich aber ansonsten auf den Sport konzentrieren." Um dann nachzuschieben: "Im Gegensatz zu Deutschland spielen sie in Russland jedoch propagandistisch eine wichtige Rolle." [4]

Tatsächlich haben auch in Deutschland schon etliche Minister, Funktionäre und Militärs auf die wichtige gesellschaftliche Rolle von Sportsoldaten hingewiesen, nur nennen sie es nicht "Propaganda", sondern "Werbung" für den "Arbeitgeber Bundeswehr". Bekanntlich machen Propaganda immer nur die anderen - kein Politiker, Journalist oder Wissenschaftler würde sich selbst der Propaganda bezichtigen.

Forderungen von PolitikerInnen nach Gesinnungstests, einseitigen Antikriegserklärungen oder speziellen Datenbanken für inkriminierte AthletInnen und TrainerInnen wurden und werden bereits erhoben. Sportverbände, die (be-)russische Athleten als "Neutrale" wieder zulassen wollen, ha-

ben längst angefangen, private Sicherheitsfirmen oder Anwälte zu beauftragen, um "Hintergrund-Checks" von Athleten durchzuführen. Diese Agenten durchsuchen nun Sanktionslisten oder fahnden in den Medienarchiven und sozialen Netzwerken nach "Pro-Kriegspropaganda" von russischen und belarussischen AthletInnen, wobei die fast beliebige Verwendung und Auslegung des Propagandabegriffs der Willkür Tür und Tor öffnet. Da die Richtlinien des IOC "teils scheunentor-große Unklarheiten lassen", wie die SZ monierte, haben jetzt die regierungstreuen Leitmedien die Chance, jeden Athleten, der mit "Putins Krieg" oder dem Militär in Verbindung gebracht werden kann, als "russische Sau" durchs Dorf zu treiben.

Würde man in "Sportdeutschland" alle von Militär, Polizei oder Zoll geförderten KadersportlerInnen dafür verantwortlich machen, dass sie von einem Staat alimentiert werden, dessen Ampel-Regierung eine waffenstarrende "Zeitenwende"-Politik eingeleitet hat, die nach außen einen tödlichen NATO- und Wirtschaftskrieg gegen Russland forciert und nach innen die Militarisierung bei gleichzeitiger Verarmung der Gesellschaft betreibt, dann könnte vielleicht sogar "Athleten Deutschland e.V." auffallen, dass sich der Wind unter verändertem Blickwinkel schnell auch gegen die deutschen Sportkanonen drehen könnte. Der vom Bundesinnenministerium gesponserte Lobbyverein, der mit SPD-Sportministerin Nancy Faeser ("Es gibt keinerlei Grund für eine Rückkehr Russlands in den Weltsport.") voll auf einer Linie liegt, betreibt ein emotionales

Moralbombing gegen den (bela-) russischen Sport, das zwar in der dumpfen Sportunterhaltung und bei lodenröten Kriegstreibern antirussische Affekte zu wecken vermag, doch kaum repräsentativ für alle deutschen KadersportlerInnen sein dürfte, geschweige denn für den Sport insgesamt.

Darüber kann auch das Rechtsgutachten nicht hinwegtäuschen, das der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) um seinen Präsidenten Thomas Weikert (SPD) bei Prof. Patricia Wiater, Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Menschenrechte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie Mitglied des erst im vergangenen Jahr geschaffenen Menschenrechtsbeirats des DOSB, in Auftrag gab. Jedem politisch denkenden Menschen ist klar, dass der vom BMI über die "goldenen Zügel der Finanzen" gelenkte DOSB mit einem solchen Gutachten, das den Ausschluss russischer Athletinnen und Athleten nicht als Verstoß gegen internationale Diskriminierungsverbote klassifiziert, lediglich sein opportunistisches Lavieren zwischen den sportpolitischen Fronten legitimieren wollte. Noch im März hatte sich der DOSB in einer Erklärung für den Ausschluss russischer und belarussischer Athleten und Funktionäre von internationalen Wettkämpfen ausgesprochen, während das IOC auf die Stellungnahmen von zwei UN-Sonderberichterstatterinnen rekurrierte, die u.a. erhebliche Bedenken geäußert hatten, wenn russische und belarussische Sportler, Kampfrichter und Funktionäre lediglich wegen ihrer Nationalität von Wettkämpfen ausgeschlossen werden. Nach Auf-

fassung der UN käme dies einer Diskriminierung und damit einer Menschenrechtsverletzung gleich.

Der bekannte Investigativjournalist Jens Weinreich warf dem IOC um seine "Gottheit" Thomas Bach ernstlich vor, sich auf Angaben der Nichtregierungsorganisation Crisis Group gestützt zu haben, obwohl keiner der aufgelisteten weltweit 72 bewaffneten Konflikte, Kriege oder Krisen als "Vernichtungskrieg" ("war of extermination") von der UN verurteilt werde und auch nicht mit dem Ukrainekrieg vergleichbar sei. [5] Offenbar ist für regierungsnahen Journalisten, die auch mit dem Whataboutism-Vorwurf hausieren gehen, nur dann ein Krieg von Bedeutung, wenn viele Menschen dabei umkommen oder die UNO ihren Stempel darauf gibt. Das IOC hatte geltend gemacht, "dass die NOKs in den Regionen, die von diesen bewaffneten Konflikten und Kriegen betroffen sind, die Grundsätze der Olympischen Charta befolgen. Sie fordern nicht den Ausschluss von Athleten der anderen Konflikt- oder Kriegspartei und erlauben ihren Athleten, ohne Einschränkungen an internationalen Sportwettkämpfen teilzunehmen". [6]

Natürlich ist das IOC ein kapitalistisch durchorganisiertes Großunternehmen, das sich angesichts der weltweit steigenden Zahl von Konflikten und Kriegen - die USA und ihre Vasallen trommeln bereits gegen China - um den Fortbestand seines profitablen Geschäftsmodells sorgt. Die hehren Werte, die die IOC-Bonzen im Munde führen, sind zwar schön anzuhören, dienen jedoch fast immer dazu, die eigentlichen - in der Regel ökonomischen - Interessen

zu verschleiern. Wie ist es sonst zu verstehen, dass Friedensapostel Thomas Bach (Ex-FDP) wegen des russischen Einmarsches in die Ukraine Wladimir Putin umgehend den Olympischen Orden entzog, während er keine Hemmungen hat, den "Völkermörder Henry Kissinger" [7], an dessen Händen das Blut von Hunderttausenden durch US-Angriffe umgebrachter Menschen allein in Indochina klebt, als Genius mit "brillantem Verstand" zu feiern? [8] Bis heute wird Kissinger als "Honour Member" im IOC geführt.

Indes, wenn die imperialistischen Staaten des Westens anfangen, Sportveranstaltungen zu sanktionieren oder zu boykottieren, sobald es ihren hegemonialen Interessen dient, während sie die eigenen Leichen im Keller still vergraben, dann kann der Weltsport in der Tat einpacken. Wer grundsätzliche Kritik am IOC mit all seinen Machenschaften und Herrschaftsfunktionen hat, der sollte diese auch äußern, aber unabhängig vom Ukrainekrieg, der geopolitisch vom "Wertewesten" instrumentalisiert wird.

Doch davon sind die Medien von "Bild" bis "Spiegel" weit entfernt, eben weil sie Teil der Verwertungsketten im warenförmigen Sport sind und von den Doppelstandards leben. Zur Camouflage der Widersprüche gehört auch, dass man diese gar nicht erst an die große Glocke hängt. So hat der ehemalige Extremsportler, Triathlet und Trainer Marco Henrichs eine Petition gestartet, in der das BMI unter Nancy Faeser aufgefordert wird, "jegliche Versuche zu unterlassen, auf das Internationale Olympische Komitee (IOC) und den Deutschen Olympi-

schen Sportbund e.V. (DOSB) mit dem Ziel politisch einzuwirken, eine Rückkehr der russischen und belarussischen Sportlerinnen und Sportler zu den Olympischen Spielen zu verhindern". Diese gut begründete Petition [9], die nicht nur von einigen namhaften Spitzensportlern, sondern auch von Trainern, Funktionären und Journalisten sowie dem Sportrechtler Dr. Michael Lehner, Vorsitzender des Doping-Opfer-Hilfe-Vereins, unterschrieben wurde, wird in den deutschen "Qualitätsmedien" schlichtweg verschwiegen. Lediglich in den Alternativmedien wird darüber umfänglich berichtet. Das lässt tief blicken, wie weit der Gesinnungskrieg im Sport bereits fortgeschritten ist.

**Anmerkungen:**

[1] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=94846>. 10.03.2023.

[2] <https://www.dw.com/de/ukrainische-sportler-sehen-boycott-internationaler-wettkampfe-kritisch/a-65637618>. 16.05.2023.

[3] <https://www.deutschlandfunk.de/russland-belarus-ueberpruefung-ioc-sportverbaende-100.html>. 13.05.2023.

[4] <https://www.zdf.de/nachrichten/sport/russische-athleten-armee-propaganda-putin-100.html>. 12.03.2023.

[5] <https://www.jensweinreich.de/2023/04/07/die-ioc-propaganda-von-den-70-bewaffneten-konflikten-und-kriegen/>. 07.04.2023.

[6] <https://olympics.com/athlete365/voice/following-a-request-by-the-11th-olympic-summit-ioc-issues-recommendations-for-international-federations-and-international-sports-event-organisers-on-the-participation-of-athletes-with-a-russian-or-be/>. 28.03.2023.

[7] <https://www.telepolis.de/features/Happy-Birthday-Voelkermoerder-Henry-Kissinger-9065840.html?view=print>. 26.05.2023.

[8] <https://www.insidethesame.biz/index.php/articles/1137379/thomas-bach-henry-kissinger-ioc>. 27.05.2023.

[9] <https://www.change.org/p/keinausschluss-russischer-belarussischer-athleten-von-den-olympischen-spielen-2024>

---

SCHACH und SPIELE / Schach

---

*Stefan Gottuk*

**Instruktive Schachendspiele aus der Praxis**

***Die Entscheidung fällt nach dem 40. Zug***

(SB) 29. Mai 2023 - Die Fülle an Werken über das Endspiel ist in der Fachliteratur Legion und lässt Verkaufsregale regelrecht unter ihrem Gewicht aufächzen. Das Spektrum der Anwendungen, Lösungsansätze und kapriziösen Pointen in einem einzelnen Buch erschöpfend aufzugliedern und einem Jünger der Schachkunst didaktisch näherzubringen, ist eine Aufgabe mit tausend Fäden. Anders als beim Mattangriff im Mittelspiel läuft das Endspiel über viele Etappen, und auf die

Feinheiten kommt es im Besonderen an, bis ein schlußendliches Ergebnis vorliegt. Das erfordert Feingefühl von jedem Autor, der sich darin versucht, die Spreu vom Weizen zu trennen und die wesentlichen Kernpunkte als Lerninhalte in ein Buchformat zu bannen.

So wie die Seite des Vorteils bestrebt ist, ebendiese Vorzüge zu verstärken und dynamisch auszubauen, hat die unterlegene Seite mit dem Bemühen zu ringen, ih-

*Stefan Gottuk*  
***Instruktive Schachendspiele aus der Praxis***  
*Die Entscheidung fällt nach dem 40. Zug*  
 Joachim Beyer Verlag 2023  
 357 Seiten  
 ISBN 978-3-95920-161-2

re stellungsgemäßen Verteidigungspotentiale im Spiel zu halten und die Pfade ins Remis zielgenau zu verfolgen. Und anders als der Angreifer, der notfalls in ein Remis einwilligen könnte, hat der Verteidiger keine andere Option, als die besten Züge im Abwehrkampf zu finden, um seine schwierige Position ans rettende Ufer zu bringen.

Am Brett sind Intuition und Plan ausschlaggebende Elemente, der Vorteil allein macht noch keinen

Sieg aus. Wer schließlich gewinnt oder das Remis hält, muß sich in der Regel komplexer Manöver bedienen. Ein Lehrbuch, das diesen Namen verdient, sollte die dazu notwendigen Schrittfolgen systematisch, plausibel und nachweislich aufzeigen. Und sicher ist: Es gibt mehr zu lernen als simple Verkehrsregeln. Dafür ist die Endspielkunst enzyklopädisch zu weit verzweigt.

"Instruktive Schachendspiele aus der Praxis" von Stefan Gottuk nimmt sich dieses Anspruchs gewissenhaft an und verwirklicht ihn mit Bravour. So wird anhand theoretisch bedeutsamer Fallbeispiele aus der Meisterpraxis, ohne dabei auf Streifzüge in den Amateurbereich zu verzichten, ein fundiertes Wissen zu Struktur und Dynamik verwickelter Endspielpositionen geboten. Hinzu kommt, dass die diversen Materialverhältnisse von Bauern, Leicht- und Schwerfiguren jeweils gesondert betrachtet werden und, zu Prinzipien kompromittiert, einen Leitfaden hergeben, der es auch einem weniger geübten Leser ermöglicht, sich im Dickicht der Schwierigkeiten zu rechtzufinden.

Dabei wurde auch nicht vergessen, dass die Verlaufsformen in dieser letzten Partiephase oft wechseln und neue dynamische Stellungsbilder entstehen, die ein modifiziertes bis stark abgewandeltes Vorgehen erfordern. So bleibt das Ergebnis im Endspiel solange offen, bis der letzte Zug getan ist. Die Bezeichnung Endspiel drückt, wie es schon im Untertitel heißt, aus, dass mit vermindertem Material gespielt wird und taktische mehr noch als strategische Motive den Ton angeben.

Verteidigungsanstrengungen konkurrieren immer mit den gegnerischen Gewinnpotentialen. Dieser Kampf gestaltet sich zuweilen stolperig und folgt nicht immer der stringenten Linie. So darf man denn auch den Blick über die Linse auf die Fehlversuche, die einen Sieg verschenken oder ein Remis aus der Hand geben, im Rahmen eines Lehrbuches über Endspiele nicht unberücksichtigt lassen. Auf dem Weg zur Meisterschaft oder zu einem besseren Vereinsspieler ist das Lernen aus Fehlern und Falscheinschätzungen oftmals sogar verdienstvoller als das Präsentieren eines klaren Gewinnweges. Elementare Siegesmanöver passen von der Zahl her auf eine Insel, doch die Menge gescheiterter Versuche bevölkert einen ganzen Kontinent. Wer lernen will, muß seinen Fehlern begegnen und diese in einem laufenden Prozess je nach Erkenntnisgrad korrigieren. Wer etwas auswendig lernen will, ist nie gestürzt. Ein Lehrbuch zum Endspiel ist im Grunde nichts anderes als ebendiese kompromisslose Reise entlang der Abgründe des Irrtums.

Gottuk hat in seinem Werk neben dem Hauptanliegen zur Darstellung wertvoller Endspielkenntnisse nicht darauf verzichtet, den Leser mit mehr als hundert Übungs- und Testaufgaben zu konfrontieren, die die einzelnen Kapitel begleiten, und ihn so zum Selbststudium zu animieren, ohne das niemand auskommt. Das jeweils Erlernte sogleich in der eigenen Praxis zu überprüfen, rundet das Bild nicht nur ab, es verhilft vielmehr zu den ersten Schritten auf diesem schwierigen Terrain.

Endspiele mit Bauern, Springern, Läufern und Türmen folgen unterschiedlichen Motiven und sind ebenso unverzichtbar wie die Kenntnis von Ablenkung und Zwischenschach. Eingedenk dessen, dass das Endspiel nicht selten den herausforderndsten Teil einer Schachpartie ausmacht, hat der Autor und FIDE-Meister und seit 1994 Träger der B-Trainer-Lizenz des Deutschen Schachbundes (DSB) ein Werk geschaffen, das dem Leser einen hilfreichen Kompass zur Richtungsbestimmung an die Hand gibt.

Dies gilt um so mehr, als der weltweit anerkannte Endspielexperte Dr. Karsten Müller bei der Gestaltung des Buches und der Analyse der Stellungsproblematiken mit Rat und Tat zur Seite stand. Auf die mögliche Frage, warum ein weiteres Endspielbuch so dringend nötig gewesen sei, antwortet Müller im Geleitwort, dass es zwar etliche Bücher zur Endspieltheorie gäbe, wo vor allem die Grundlagen zu Bauern- und Turmendspielen in voller Breite erfasst sind, die jeder Turnierspieler kennen muss, dass in dem Buch von Gottuk jedoch ausgewählte Beispiele aus der aktuellen Turnierpraxis vorgestellt werden, "die eine Vielzahl lehrreicher Aspekte beinhalten" (S. 9).

Empfehlenswert ist zudem, dass die charakteristischen Motive zu den einzelnen Endspieltypen am Ende des Buches in einem gesonderten Motivverzeichnis versammelt sind, was dem Leser die Suche leicht macht und einem Trainer einen Orientierungsfaden in die Hand gibt, um Lerninhalte besser zusammenstellen zu können. Davon, dass Müller und

Gottuk schon sehr lange befreundet sind - beide spielten eine Zeitlang für den SC Diogenes -, und sich auch später "regelrechte Analyseduelle" (S. 9) geliefert haben, profitiert der Leser also in doppelter Hinsicht.

Gestaltung und Gliederung der Kapitel folgen denn auch weniger den Ansprüchen an ein rein akademisches Lehrwerk, es empfiehlt sich vielmehr als ein zur Anregung verfasstes Arbeitsbuch, eines, das gelesen und studiert werden und nicht Staub auffangen will im hintersten Regal. Was dem Buch seinen unverkennbar eigenen Charakter gibt, ist die Aneinanderreihung von strikter Partieanalyse und eingestreuten Exkursen zu Neben- und Untervarianten, die das Lesen zwar etwas erschweren, dafür jedoch in ihrer Umfänglichkeit ein Bild auf das ganze Geschehen werfen.

Zugrunde liegt den Exkursen die in der Endspielliteratur eher

selten anzutreffende Idee, in kritischer Stellung ein spezielles Manöver separat und weitreichend zu analysieren und die Konsequenzen daraus wieder auf die gespielte Brettpartie zurückzuschließen. Man versteht so, warum gewisse Züge am Brett verworfen wurden, mag ihre Beurteilung nun richtig oder falsch gewesen sein. Auf jeden Fall erhält man darüber eine größere Klarsicht auf die Umstände und Auswahlprozesse, die den jeweiligen Spieler dazu bewogen, einen bestimmten Zug zu präferieren. Allein von der nackten Notation ist dies nicht zu leisten. So entsteht ein spannendes Wechselspiel zwischen dem, was auf dem Brett geschah, und den Weiten gedanklicher Konzeptionen, die jede Partie begleiten. So mancher Zug, der im Ausschlußverfahren als fehlerhaft aussortiert wurde, wird in seinem eigentlichen Wert erst nachträglich erkannt.

Darüber hinaus besticht die sprachliche Kompetenz, mit der Gottuk die einzelnen Endspieletappen und kritischen Momente aufs nachvollziehbarste darstellt und so Sachverhalte aufklärt, die einem analytisch-mathematischen Verstand auch ohne allzu textliche Begleitung leicht eingehen, einem Wortliebhaber jedoch für ein Begreifen nicht unbedingt ausreichen. Gerade der Verzicht auf den schrillen Mißton einer Schulmeisterei und die Versessenheit auf schnöde heruntergebrochene Faktengewalt macht hier das Lesevergnügen aus.

Dass die einzelnen Kapitel mit einer thematischen Einleitung versehen sind und auch jeder Beispielpartie ein kurzer Geleitext mit den wichtigsten verhandelten Motiven wie beispielsweise Festungsbau, Abzugsschach, Zugzwang oder Freibauer vorangestellt wird, erhöht die Aufmerksamkeit und fokussiert den Blick auf die prägenden Etappen

DIENSTE / Wetter



*Bei Cola im Garten  
ist Jean-Luc platziert.  
Er braucht nicht zu warten,  
wenn er Zeit verliert.*

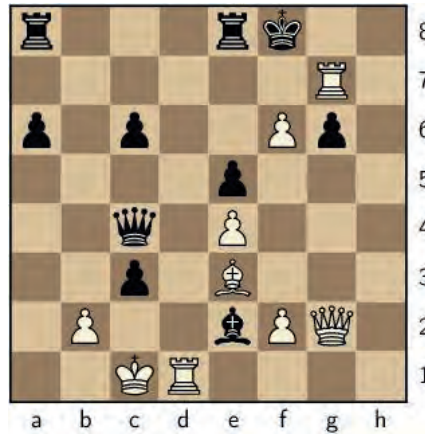
des Kampfes. Auch ein Fazit am Ende einer Analysepartie schärft das Verständnis beim Leser für die Wendepunkte und verpaßten Chancen, den Sturz einer eigentlich remisertifizierten Stellung in die Niederlage und die hohe Bedeutung eines Eckfeldes für den Ausgang der Partie.

In all diese Abenteuer und Entdeckungen eingeführt zu werden, wäre für sich genommen schon ein großer Zugewinn und ist doch nur der Schatten der in diesem Buch praxis- und greifbar vermittelten Lerneffekte. Wer auf dem Parkett der Endspiele trittsicherer werden möchte, sollte an diesem Buch nicht achtlos vorbeigehen.



### Fest im Adlergriff

(SB) - Wie viele Teufel man auch besiegt, stets tritt ein anderer an seine Stelle; wie viele Pointen man auch ersinnt, so wird sie doch von einer listigeren bezwungen. Im heutigen Rätsel der Sphinx in einer Stellung, die beiden Seiten Chancen bot, waren der weiße als auch der schwarze König in Gefahr. Mitunter gewinnt, wer gerade am Zuge ist, und in diesem Falle hatte sich Weiß einen Hieb ausgedacht, der charmant und durchschlagend wirkte, aber dem am Ende die nötige Schlagkraft fehlte. Zwar hätte 1.Tg7-g8+ Kf8xg8 2.Dg2xg6+ zum Ziel geführt, aber Schwarz könnte der weißen Kombination mit 1...Dc4xg8! dazwischenfunken. Ein neuer Einfall musste her, um die schwarze Abwehr tatsächlich zu durchdringen, Wanderer.



Rico - Ballbö  
Gijon 1955

*Auflösung des Sphinx-Rätsels  
aus Wochendruckausgabe Nr. 178  
"Zwischenmenschliche  
Welten":*

Als Daskalow in einem Moment der Verwirrung statt des korrekten Zuges 24.Lf1-d3 zu 24.Td1-d2? griff nutzte Meister Bobozow die Gelegenheit zu einem grandiosen Angriff mit 24...La4-b3!! Der Läufer war tabu wegen 25.a2xb3? Ta8-a1+ und daher musste Daskalow 25.Se4-c3 spielen aus dem Adlergriff konnte er sich nicht mehr lösen: 25...Ta8xa2! 26.Sc3xa2 Lb3xa2+ 27.Kb1xa2 Dc7-a5+ 28.Df3-a3 Da5xd2 29.f6xe7 Dd2xd5+ 30.b2-b3 Tb8-a8 31.Lf1-a6 - 31.e7-e8D+ Ta8xe8 32.Th1-g1 Te8-a8 33.Lf1-a6 Dd5-c6! - 31...Dd5-g2+ 32.Ka2-b1 Dg2xh1+ und Weiß war am Ende.



### Gedanken stolpern

(SB) - Einen Gedanken mit dem anderen zu verknüpfen, fiel schon den antiken Philosophen nicht leicht, und den Schachspielern

von heute geht es nicht anders, wenn sie auf dem Brett Zugfolgen ersinnen, die auf den ersten Blick weise aussehen, aber im Kern einen Fehler ausbrüten. So hatte Kuypers in seiner Partie gegen Toran im heutigen Rätsel der Sphinx mit 1...Lg7-d4+ darauf spekuliert, nach der Antwort 2.Lg5-e3 mit 2...Df5-g5?? die Illusion von einer Fesselung aufbauen zu können. Ein netter Einfall, der jedoch an der Strenge der Logik zerbricht. Ein einzelner Gedanke ist hübsch anzuschauen, aber mehrere zu einem Bündel zusammengeschnürt ergeben nicht immer ein Konzept gegen die Wirklichkeit, Wanderer.



Toran - Kuypers  
Malaga 1965

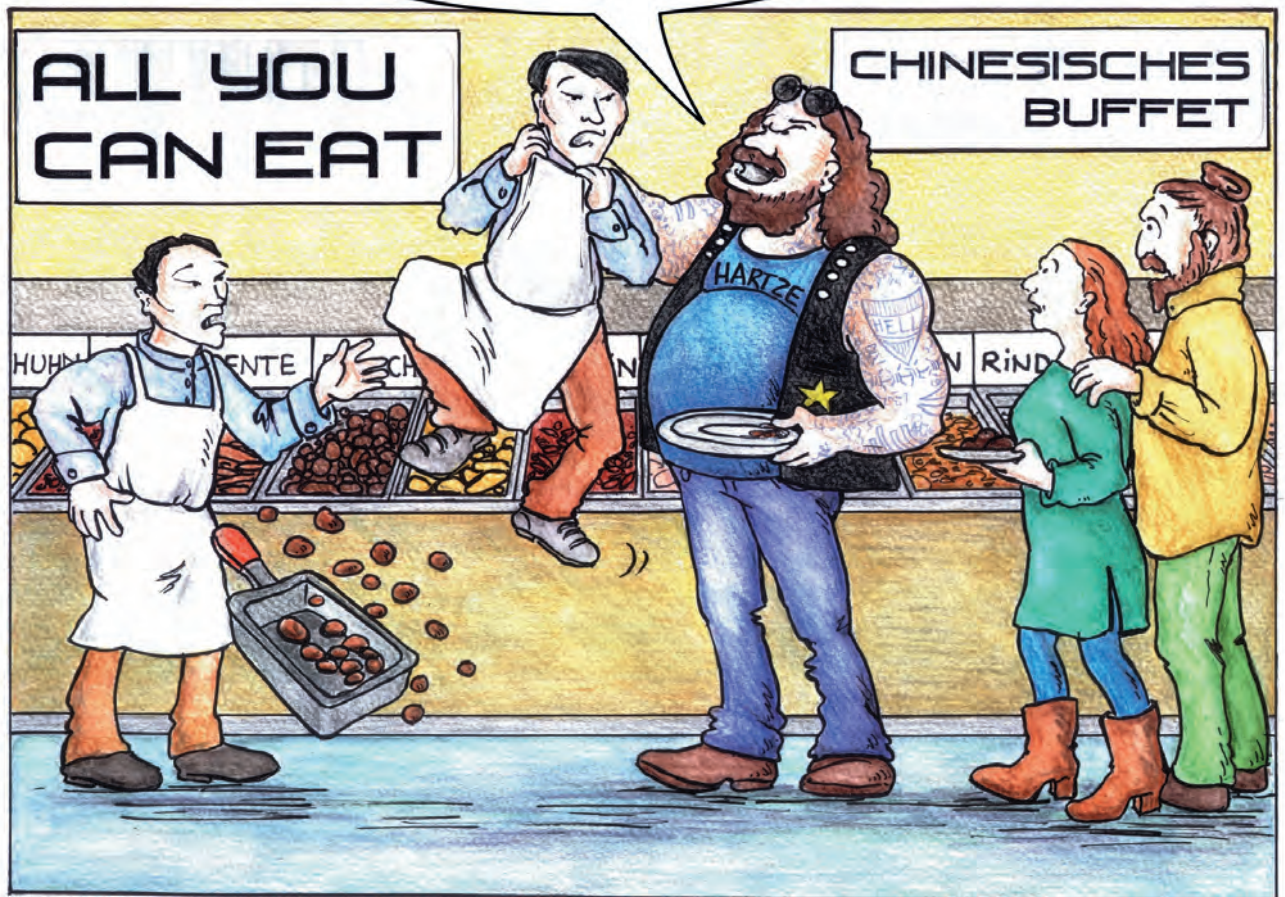
*Auflösung des  
Sphinx-Rätsels  
"Fest im Adlergriff":*

Die Kraft einer Kombination steigt, wenn der wichtigste Verteidiger der Gegenseite seine Funktion verliert, und so setzte sich Weiß mit 1.Le3-c5+! durch. Nun, da die schwarze Dame von der Deckung des Feldes g8 abgelenkt ist, trägt Weiß den Sieg mit 1...Dc4xc5 2.Tg7-g8+! Kf8-f7 3.Dg2-g6+ Kf7-e6 4.f6-f7+ den Sieg davon.



# Das Büfett

EIN CHINAHAPPEN ...



© 2023 by Schattenblick



## Schattenblick

**Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert**

Seit 2013 auch als **Wochendruckausgabe** mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.  
Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben: € 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:  
MA-Verlag, Commerzbank Heide  
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00  
BIC: COBADEFFXXX

**MA-Verlag**  
**Redaktion Schattenblick**  
Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Telefon: 04837 / 90 26 98  
E-Mail: [redaktion@schattenblick.de](mailto:redaktion@schattenblick.de)  
Internet: [www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de)

**Schattenblick Wochendruckausgabe**  
- fassen, lesen und begreifen -

## IMPRESSUM

### Elektronische Zeitung Schattenblick

Herausgeber:

MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41,

25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse:

[ma-verlag@gmx.de](mailto:ma-verlag@gmx.de)

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Internet: [www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de)

Registergericht:

Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):

Helmut Barthel, Dorfstraße 41,

25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß

§ 10 Absatz 3 MDStV:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41,

25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN-Print: 2195-9021

Redaktion: Nach einem Beschluss des

Schattenblick-Redaktionsteams von

1994 liegt die Autorenschaft von Eigen-

beiträgen in der Regel bei der Schatten-

blick-Redaktion und wird mit dem Kürzel

(SB) ausgewiesen.

Gender-Hinweis: Aus Gründen der bes-

seren Lesbarkeit wird im Schattenblick

bei redaktionseigenen Texten überwie-

gend das generische Maskulinum ver-

wendet. Sämtliche Personenbezeichnun-

gen gelten gleichermaßen für alle Ge-

schlechter (männlich, weiblich, divers).

Die verkürzte Sprachform hat nur redak-

tionelle Gründe und beinhaltet keine

Wertung.

Urheberschutz und Nutzung: Nachdruck

und Wiedergabe, auch auszugsweise,

nur mit ausdrücklicher Genehmigung

des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich

anders vermerkt, liegen die Urheber-

rechte für Bild und Text bei: Helmut

Barthel

Haftung: Die Inhalte dieser Druckaus-

gabe wurden sorgfältig geprüft und nach

bestem Wissen erstellt. Bei der Wieder-

gabe und Verarbeitung der publizierten

Informationen können jedoch Fehler nie

mit hundertprozentiger Sicherheit aus-

geschlossen werden.

Sämtliche Beiträge der Online-Tages-

zeitung Schattenblick stehen jedem Le-

ser und Interessierten unabhängig von

Zeit und Ort unter der Internetadresse

[www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de) kostenlos zur

Verfügung. Darüber hinaus können sie

auf allen mobilen Medien (Smartphone,

Tablet, E-Reader etc.) oder über das

zeitgesteuerte Abrufsystem Calibre ge-

lesen werden.

## Kooperationspartner von Schattenblick



**pressenza**  
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

**Pressenza**  
Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger  
E-Mail:  
[redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)



**poonal**  
Presedienst lateinamerikanischer  
Nachrichtenagenturen

Herausgeber: Nachrichtenpool  
Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>